



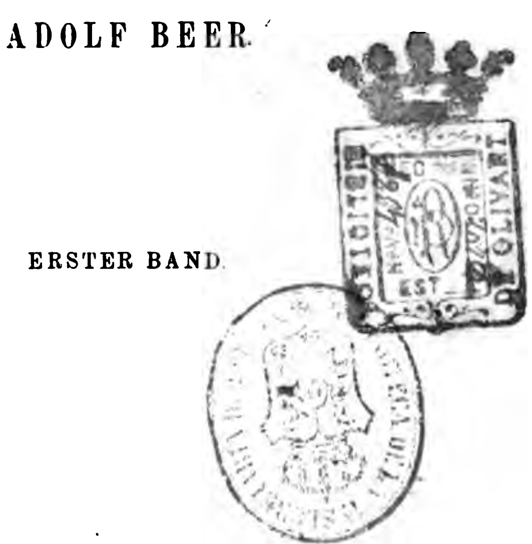
DIE

ERSTE THEILUNG POLENS.

VON

ADOLF BEER.

ERSTER BAND.



WIEN.
DRUCK UND VERLAG VON CARL GEROLD'S SOHN.
1873.

VORWORT.

Hundert Jahre sind verflossen, seitdem eines der folgenreichsten Ereignisse europäischer Geschichte sich vollzog. Am 5. August 1772 einigten sich die drei Mächte, Oesterreich, Preussen und Russland, über die erste Theilung Polens. Seit jener Zeit hat sich die historische Wissenschaft vielfach damit beschäftigt, das geheimnissvolle Dunkel zu lüften, welches jene Verhandlungen umhüllt. Eine kleine Literatur ist erwachsen, ohne dass es bisher gelungen wäre, volle Klarheit über das ganze Geäder von Thatsachen zu verbreiten.

Lange Zeit hindurch beherrschten Rulhière und sein Fortsetzer Ferrand die Auffassung über die Genesis des Theilungsvertrages. Diesen Männern standen recht umfassende Hilfsmittel zu Gebote: mündliche Ueberlieferungen und schriftliche Aufzeichnungen. Dennoch waren sie nicht in der Lage, einen ganz richtigen Einblick in die Verhandlungen zu gewähren und die vielfach verschlungenen Fäden vollständig zu entwirren. Die ihnen zur Verfügung stehenden Quellen waren blos secundärer Natur. In vielen Punkten streifen sie hart an die Wahrheit, ohne jedoch in's Schwarze zu treffen.

Die preussischen Historiker beschränkten sich im Wesentlichen auf die Darstellung der wichtigsten Thatsachen; sie suchten die Beschuldigung, dass Friedrich der Motor der Theilung gewesen, zu entkräften. Merkwürdigerweise fanden sie keinen Glauben, und in den letzten Decennien bürgerte sich immer mehr die Ansicht ein, dass gerade Friedrich zumeist auf eine Theilung hingesteuert, und die unverstümmelte Herausgabe der königlichen Aufzeichnungen schien hiefür neue Belege zu liefern.

Das Material, welches dem Forscher bisher zur Verfügung stand, war spärlich genug. Abgesehen von einigen belanglosen Memoiren, konnten blos die von Görtz veröffentlichten Documente benützt werden; die wichtigste Schrift, die Aufzeichnungen Friedrich's, wurde mit entschiedenem Misstrauen angesehen und desshalb nicht genügend ausgebeutet. Herrmann zog in seiner russischen Geschichte, bei Darstellung der ersten Theilung, das Dresdener Archiv heran. Zumeist waren es die Depeschen Essen's, die von ihm benützt wurden. So werthvoll auch die Berichte dieses Beobachters sind, sie gewähren nur einen reichhaltigen Stoff für die Schilderung der inneren Verhältnisse Polens, über den Theilungsprocess als solchen verbreiten sie der Natur der Sache nach kein Licht. Essen war in dieser Beziehung auf das blosse Hörensagen angewiesen, von den Strömungen in Berlin, Petersburg und Wien konnte er nur oberflächliche Kunde haben. Herrmann bringt auch in der That keine neue Auffassung, so verdienstvoll und zutreffend seine sonstige Darstellung der polnischen Zustände ist.

Die Publication Smitt's (Frédéric II., Catharine II. 1860) liess neue Aufschlüsse erwarten. Dieser Schriftsteller

hatte sich durch einige Werke einen achtbaren Namen gemacht, und man mochte hoffen, dass er die ihm zugänglichen russischen Archive in eingehender Weise ausbeuten werde. In diesen Erwartungen sah man sich allerdings getäuscht. Seine Arbeit hat keinen andern Zweck, als den seiner Ansicht nach strictesten Nachweis zu liefern, dass Friedrich, und nur Friedrich, direct auf die Theilung hingearbeitet. In dem ersten Theile seiner Arbeit, der 1850 niedergeschrieben wurde, hatte er doch wenigstens einigermassen Anhaltspunkte für diese Behauptung. Aber auch in dem letzten Abschnitte, den Smitt zehn Jahre später hinzugefügt, lässt er sich in seiner Auffassung nicht beirren, obwohl mittlerweile mancherlei in die Oeffentlichkeit trat, was bei unbefangener Würdigung seine Ansichten zu modificiren geeignet gewesen wäre. Es musste anderseits mit Misstrauen erfüllen, dass Smitt, dem russische Materialien zugänglich waren, nicht ein einziges Actenstück mittheilt, welches einigermassen Aufschluss über die russische Politik gewährt, sondern sich damit begnügt, Depeschen Friedrich's an Solms zu veröffentlichen. Auch verfährt er keineswegs bei Benützung seines Materiales, gelinde gesagt, kritisch genug, er würde sonst manche falsche Interpretation, um nicht zu sagen Verdrehung, vermieden haben.

Im Laufe der fünfziger Jahre erschien, leider nicht vollständig, der Briefwechsel Friedrich's mit Heinrich, der werthvolle Angaben über die vorliegende Frage enthält, sodann veröffentlichte Schlözer seine jedenfalls interessante Studie: Catharina und Friedrich, wobei das preussische Archiv zum ersten Male benützt ist. Der Charakter der Schlözer'schen Arbeiten ist bekannt genug, und wie man

auch über dieselben denken mag, seine Angaben sind zuverlässig, seine Auszüge aus dem Schriftwechsel des Königs mit seinem Gesandten in Petersburg getreu, wenn auch etwas spärlich. Eine überzeugende Kraft wohnt Schriften solchen Gepräges nicht inne; sie gelten, wenn auch mit Unrecht, nicht für voll. Schlözer hat den Stoff nicht erschöpft und viele Räthsel ungelöst gelassen.

Die beiden letzten Schriftsteller, die über den vorliegenden Gegenstand geschrieben, sind: Ssolowjoff und Janssen. Ersterer hat in seinem Werke, „Der Fall Polens", auch russische Quellen benützt, aber er verwerthet dieselben bloss zur Schilderung der inneren Verhältnisse der Republik, um das Vorgehen Russlands zu erklären oder wo möglich zu rechtfertigen; über den wichtigsten Punkt gleitet er mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit hinweg und hält an der bisherigen Auffassung fest. Auch die Arbeit Janssen's bewegt sich in den hergebrachten Geleisen. Mit Benützung von Smitt und der Publication von Theiner sucht er die Genesis der ersten Theilung blosszulegen, ohne sich der richtigen Ansicht zu nähern, denn von den Depeschen des Nuntius gilt dasselbe, was oben von Essen gesagt ist. Werthvoll für die Vorgänge in der polnischen Hauptstadt, sind sie für die entscheidende Frage vollständig unbrauchbar. Zudem hat die Arbeit Janssen's einen confessionellen Anstrich.[1])

[1]) Als der Druck meines Buches bis zum 6. Bogen des zweiten Bandes vorgerückt war, wurde mir eine Arbeit vom Geh. Rathe Max Dunker „Die Erwerbung Westpreussens" zugesendet. Dieselbe beruht auf Studien im Berliner Archive, fast auf denselben Papieren, die mir zur Verfügung standen: leider konnte ich eine oder die andere Notiz

Die Bemühungen, zu einem vollständig befriedigenden Resultate zu gelangen, konnten nur durch Eröffnung der Archive zu Berlin und Wien vom Erfolge gekrönt werden, denn die Möglichkeit der Benützung der russischen Schätze scheint noch in weite Ferne hinausgerückt zu sein. Durch Verwerthung des Wiener und Berliner Materials konnte man in den Stand gesetzt werden, den Verhandlungen schrittweise zu folgen und keinen wesentlichen Punkt unerhellt zu lassen.

In Wien und Berlin war ich so glücklich den Schatz zu heben. Aus Studien in diesen Archiven, sowie aus einer nochmaligen Durchforschung des Dresdener Archivs ist das vorliegende Buch erwachsen. Was die österreichische Politik anbelangt, glaube ich in meiner Arbeit einen vollständig klaren Nachweis über ihre Stellung zu dieser Frage gegeben zu haben. Nicht minder ist die Antheilnahme Friedrich's des Grossen an diesem Ereignisse nach den mir zu Gebote stehenden Quellen unwiderleglich festgestellt. Manche Räthsel bietet noch immer die polnische Politik Russlands, obzwar die Tendenz für Jeden, der klar sehen will, keinem Zweifel unterliegen kann. Man wird es hoffentlich nicht tadeln wollen, wenn man in meiner Arbeit die Sucht nach Hypothesen vermisst. Wer mit dem Handwerk bekannt ist, weiss, wie leichten Kaufes diese zu machen sind, und seitdem ich durch ein genaues Studium der einschlägigen Literatur mich überzeugt habe, dass fast alle bisher angestellten Versuche hinter das Geheimniss zu kommen, sich

---

aus dem Briefwechsel Friedrich's mit seinem Bruder nicht mehr verwerthen, und ich kann mich nur freuen, dass unsere Resultate bezüglich der preussischen Politik fast dieselben sind.

als eitel erwiesen, habe ich die Lust, mich in ähnlichen Bahnen herumzubewegen, verloren. Ich beschränke mich auf die Darstellung dessen, wozu die mir zur Verfügung gestandenen archivalischen Quellen eine Handhabe bieten, und überlasse es der weiteren Forschung, Einzelnes noch mehr aufzuhellen, als es durch mich geschehen konnte.

Die Einflussnahme einer jeden der drei Mächte auf die Theilung dürfte nun vollkommen sichergestellt sein, und die Historiker hätten sich viel Mühe und Arbeit ersparen können, wenn sie den Angaben Friedrich's mehr Glauben geschenkt hätten, denn diese werden durch die angestellten Untersuchungen in jeder Beziehung bestätigt.

Nur der grösste Historiker der Gegenwart hat auch in dieser Frage seinen intuitiven Scharfsinn bewiesen. Leopold von Ranke berührt in seinem jüngsten Werke die Theilung Polens und folgt, unbeirrt durch alle Einwendungen, der Ueberlieferung Friedrich's: „Man würde Friedrich mit Unrecht", sagt Leopold v. Ranke, „als den ersten Urheber einer den drei Mächten gemeinschaftlichen Gebietserweiterung auf Kosten Polens betrachten; dieser Gedanke ist, von Oesterreich veranlasst, in den Salons von Petersburg ergriffen worden: dass derselbe aber so grosse Dimensionen annahm und zu einer Umgestaltung der Machtverhältnisse im Norden und Osten führte, dazu hat Friedrich ohne Zweifel den Anstoss gegeben."

Ueber diesen Punkt kann nunmehr kein Zweifel obwalten. Wir besitzen für diese Behauptung einen Gewährsmann, dessen Glaubwürdigkeit wohl Niemand anfechten wird: Kaunitz. Ueber die Genesis der Theilung stimmt

der österreichische Staatskanzler mit dem preussischen Könige im Wesentlichen überein. In einer Denkschrift vom 25. September 1771, welche den Titel führt: „Kurze Schilderung der diesseitigen Massnahmen während des zwischen den Türken und Russen obwaltenden Krieges", legt Kaunitz dar: die Politik Oesterreichs habe es bewerkstelligt, dass sich Preussen jeder feindseligen Einmischung in die polnischen Angelegenheiten enthalten und nicht den kleinsten Schritt gewagt habe, sich auf Kosten Polens zu vergrössern. Sodann fährt er wörtlich fort: „Dieses dauerte so lange, bis wir die Anfangs blos zu unserer Sicherheit in Vorschlag gebrachten Cordonsanstalten gegen mein weniges Einrathen in einen Eroberungsplan verwandelt und dadurch dem König von Preussen die gewünschte Gelegenheit gegeben haben, sich auf unser Beispiel zu beziehen, solches in verdoppeltem Maass nachzuahmen und sich den Weg zu allen denjenigen geheimen Bearbeitungen bei dem russischen Hofe zu bahnen, welche bloss auf seine eigene Vergrösserung und Nebenvortheile abzielen."

Zu besonderem Dank fühle ich mich dem königlichen preussischen Staatsministerium gegenüber verpflichtet, welches mir bereitwilligst die Erlaubniss zur Benützung des Berliner Archivs ertheilt hat. Nicht minder habe ich Ursache, den Vorständen der Archive zu Berlin, Dresden und Wien für die bereitwillige Unterstützung, die sie mir bei meinen Studien angedeihen liessen, erkenntlich zu sein.

Am 5. August 1872.

Adolf Beer.

INHALTS-VERZEICHNISS.

dung von Solms nach Petersburg. — Seine Instruction. — Panin. — Schwanken Catharina's. — Ihr Versuch sich mit Oesterreich über Polen zu verständigen. — Haltung Oesterreichs, dessen Antwort. — Russlands Anwürfe in Frankreich. — Erklärung Friedrich's. — Uebersendung eines Vertrags-Entwurfes nach Petersburg. — Russland und England. — Catharina's Briefe an Friedrich vom 6. October 1763, und an Maria Theresia. — Versuche Oesterreichs einer Einigung mit Frankreich über die Neuwahl eines Königs. — Vorschläge von Kaunitz. — Die Ansicht des Staatskanzlers über die Polen. — Die in Frankreich über die Königswahl herrschenden Ansichten. — Oesterreich gegen einen Piasten. — Ueberzeugung von den geheimen Abmachungen zwischen Preussen und Russland. — Aufträge an Mercy sich Klarheit zu verschaffen. — Oesterreich und die Integrität Polens. — Die polnischen Angelegenheiten zwingen Catharina zu dem Bündniss mit Preussen. — Antwort Maria Theresia's auf das Schreiben des Czarin. — Die Uebernahme der Geschäfte durch Panin. — Russlands Forderungen an Preussen. — Friedrich's Auffassung derselben. — Seine Absicht blos auf den Abschluss einer Defensivallianz gerichtet. — Der Vertrag vom 11. April 1764. — Die einzelnen Bestimmungen desselben.

Viertes Capitel.

Tod August's III. — Der Erzbischof von Gnesen übernimmt die Geschäfte. — Bestrebungen und Aussichten Sachsens, die polnische Krone zu erlangen. — Anwürfe in Frankreich. — In Berlin. — In Petersburg. — In Wien. — Throncandidaten in Polen. — Stellung des Primas zu dieser Frage. — Parteien in Russland. — Die Instruction Catharina's an die russischen Gesandten in Warschau. — Entschlüsse in Dresden. — Kaunitzens Stellung zu denselben. — Hoffnungslosigkeit, die Pforte zu einer Theilnahme zu bewegen. — Die Candidatur Branicki's. — Eintreffen Mercy's in Warschau. — Sein Antrag eine Declaration zu erlassen von Kaunitz anfangs abgelehnt — später angenommen. — Eindruck der Erklärungen Oesterreichs und Frankreichs. — Die Polen fordern Geld. — Einrücken russischer Truppen. — Friedrich's Auffassung. — Die Polen wenden sich nach Wien. — Conferenz daselbst über die polnische Frage. — Kaunitzens Darlegungen. — Anträge Oesterreich's in Berlin. — Die Wahlen in Polen. — Vorgehen der Russen in Graudentz. — Stellung der Patriotenpartei. — Eröffnung des Convocationsreichstages. — Unschlüssigkeit der Patrioten. — Pläne der Csartoryski über Aenderungen der Verfassung. — Beschlüsse des Convocationsreichstages über die Wahl. — Auffassung der Sachlage in Frankreich und Oesterreich. — Versuche des Staatskanzlers mit den Czartoryski. — Abberufung Paulmy's und Mercy's. — Der Wahlreichstag. — Die Wahl Stanislaus August's.

Fünftes Capitel.

Die ersten Regierungsjahre Stanislaus August's.
Seite 175—225.

Sechstes Capitel.

Die Conföderation von Bar und der Türkenkrieg.
Seite 226—250.

Siebentes Capitel.

Oesterreich und Preussen. Seite 260 - 305.

Berichtigungen und Druckfehler.

S. 24 fehlt der Hinweis auf den geistvollen Essay Sybel's, dem ich einige Striche bei der Charakteristik Catharina's entlehnt habe.

S. 24, Zeile 3 anstatt musste lies „sollte".

S. 33, Zeile 2 anstatt Westen lies „Südwesten".

An einer Stelle heisst es „Preussisch-Polen" anstatt Polnisch-Preussen.

Durch meine Abwesenheit vom Druckorte haben sich einige Ungleichmässigkeiten in der Schreibung eingeschlichen, so auf dem ersten Bogen „Katharina", sonst durchweg, wie sie sich schrieb, „Catharina"; Curland und Kurland u. dgl. m.

Die erste Theilung Polens.

Erstes Capitel.

Europa nach dem siebenjährigen Kriege.

Der Hubertsburger Friede war geschlossen. Mit gespannten Blicken hatte das gesammte Europa fast sieben Jahre lang den grossartigen Kampf des Heldenkönigs verfolgt, der zumeist auf sich angewiesen einer Welt starrender Waffen die Stirne bot. Oft geschlagen, nie ganz besiegt, hielt er Stand, und jene gewaltigen Pläne, die auf die Vernichtung des aufstrebenden Staatswesens abgezielt, mussten für immer zu Grabe getragen werden.

Die Welt sehnte sich nach Ruhe und Frieden, nach den langen verheerenden Kämpfen, die sie in bangem Athem gehalten. Ganz Mitteleuropa zeigte nur zu deutlich die Spuren der Kriegsfurie. Verödete Städte, entvölkerte Ortschaften, niedergebrannte Stätten, unbebaute Gegenden waren fast überall zu erblicken. Der materielle Wohlstand war auf Jahre hinaus vernichtet, der Ackerbau, Handel und Industrie hatten tief gelitten, und es bedurfte der grössten Sorgfalt, des angestrengtesten Fleisses, der hingebendsten Thätigkeit, um die Wunden zu heilen, die überall sichtbar waren.

Hatte der Krieg auch in den Gebietsverhältnissen der einzelnen Staaten keine Aenderung herbeigeführt, die Beziehungen derselben unter einander erfuhren manche bedeutsame Umgestaltung. Durch den Krieg waren alte Allian-

zen gelöst, neue noch nicht angeknüpft worden, und das gesammte europäische Staatensystem befand sich in einem Zustande der Gährung und Umwandlung. Voraussichtlich bedurfte es einiger Zeit, ehe neue Kristallisationspunkte sich herausgebildet hatten.

Gewaltige Veränderungen hatten sich in den letzten zwei Dezennien vollzogen. Der Gegensatz zwischen Frankreich und England bestimmte die gesammte Politik in den ersten Jahrzehnten des Jahrhundertes der Aufklärung. Fast alle Staaten wurden davon berührt; auf alle bedeutenden und unbedeutenden Fragen, welche die europäische Welt in Anspruch nahmen, blieb dies Verhältniss nicht ohne Rückwirkung. Ganz Europa war daran betheiligt, wenn England es unternahm, den mächtigen endlosen Uebergriffen der französischen Macht Schranken zu setzen. Selbst an den Kämpfen um die Herrschaft auf dem Meere, die blos Frankreich und England speciell betrafen, konnten die continentalen Staaten sich nicht entschlagen, Antheil zu nehmen. Mochten jene um Indien oder Amerika an einander gerathen: Europa wurde in Mitleidenschaft gezogen. Der Streit war nun entschieden; England blieb Sieger und befestigte für die Dauer seine maritime Seeherrschaft. Erschöpft und aus tausend Wunden blutend legte Frankreich das Schwert aus der Hand, vorläufig ohne Aussicht, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen.

Weit folgenreicher noch für die föderativen Beziehungen der einzelnen Staaten seit dem österreichischen Erbfolgekriege war die Bildung der preussischen Grossmacht und der gewichtige Einfluss, den Russland im Laufe des Jahrhundertes auf die europäischen Verhältnisse allmälig, aber stätig gewonnen hatte. Durch die Erwerbung Schlesiens hatte der preussische Staat mit einem Schlage eine entscheidende Bedeutung für die gesammte Politik erlangt, insbesondere aber war es die österreichische Monarchie, die

durch das Aufkommen des Nachbarstaates sich hart getroffen fühlte. An die Stelle der beruhigenden Sicherheit, mit Ausnahme der Pforte in unmittelbarer Nähe keinen gefahrdrohenden Gegner zu wissen, trat nun die Ueberzeugung, dass der Donaustaat in Zukunft bei allen Eventualitäten mit einer neuen Macht rechnen müsse, welche die Bestrebungen desselben zu kreuzen und zu hemmen im Stand war, deren Bekämpfung und Niederdrückung daher ein Axiom der österreichischen Politik wurde. Nach Innen und nach Aussen vollzog sich in Folge dessen in den dem siebenjährigen Kriege vorangehenden Jahren ein bedeutsamer Umschwung. Den habsburgischen Regenten war es bisher nicht gelungen, aus den heterogenen Elementen der ihrem Scepter unterworfenen Länder ein einheitliches Staatsgebilde zu schaffen. Alle Massnahmen in dieser Richtung kamen über die Anfänge nicht hinaus. Mannigfache Ursachen wirkten hierbei mit, am meisten wohl der Umstand, dass die Staatslenker Oesterreichs mehr die auswärtige Politik in's Auge fassten und der Consolidirung nach Innen hin von jeher nur geringe oder nur vorübergehende Aufmerksamkeit schenkten. Selbst dem grössten Staatsmanne, den die Monarchie besessen, dem Prinzen Eugen, war es nicht gelungen, in dieser Beziehung eine totale Aenderung herbeizuführen. Viele, ja die meisten seiner dahin gerichteten Bestrebungen scheiterten und mussten scheitern, so lange man in Wien zu einer Beschränkung einer nach allen Gegenden der Windrose lugenden Politik sich nicht bequemen konnte.

Einer Frau blieb es vorbehalten, viel zu spät für den Staat, einen Umschwung zu vollziehen.

Unter den Frauengestalten, die je einen Thron geziert, gibt es wohl wenige, die mit der Tochter des letzten Habsburgers verglichen werden können. An Grossartigkeit der politischen Ideen, an Selbstständigkeit der Initiative, an wahrhaft schöpferischem Herrschergeiste ist Maria Theresia

von anderen übertroffen worden; was sie auszeichnet, ist die Reinheit des Charakters, die Keuschheit der Sitte und Zucht, der Adel des Gemüthes, die Stärke der Empfindung. Nicht allein die Herrscherin, das Weib übte auf jeden, der sich dieser Persönlichkeit nahte, einen unbeschreiblichen Zauber aus. Die süssen Freuden der Liebe, die nagenden Schmerzen des Hasses hatte sie mächtig in sich erfahren, und diese seelischen Kämpfe drückten ihrem Wesen ein eigenartiges Gepräge auf. Wohl wenige Frauen besassen eine solch klare und tiefe Vorstellung von den grossen Pflichten, die ihnen als Herrscherinnen oblagen. Mit unermüdlicher Hingebung nahm sie sich der mannigfachen, vielfach lästigen Geschäfte an und unterzog sich den mühevollen Aufgaben, die ihr als Gebieterin vieler an Cultur und Sitte unter sich verschiedenen Völker zufielen. Als heranblühendes Weib war sie zum Thron gelangt, und auch nach den wechselvollen Ereignissen einer dreiundzwanzigjährigen Herrschaft waren die Spuren ihrer Schönheit noch nicht verwischt. Die Zeit war indess auch an dieser Zaubergestalt nicht spurlos vorübergegangen, sie hatte den Sorgen und Mühen ihres Amtes ihren Tribut gezollt. Gleich beim Beginne ihrer Regierung sah sie sich, die junge unerfahrene Königin, einer Welt von Feinden gegenüber, und erst nach mannigfachen, hartnäckigen Kämpfen war das Erbe ihrer Väter gegen alle Anfechtung sichergestellt. Nach Herstellung des Friedens nahmen die grossen Aufgaben der inneren Verwaltung ihre Thätigkeit in Anspruch; unter ihrer Betheiligung und Mitwirkung vollzog sich die bedeutsame Umwandlung der ihrem Scepter anvertrauten Länder aus einem mittelalterlichen, patriarchalischen Staatswesen zum modernen Staate. Die meisten staatlichen Einrichtungen des heutigen Oesterreichs zeigen noch die Spuren Maria Theresianischen Schaffens und Wirkens, und Decennien nach ihrem Hingange zehrte man von den Anordnungen, die sie getroffen. Auf dem Ge-

biete der Verwaltung und der Justiz, in den verschiedenen Zweigen des Unterrichtswesens und der Finanzen hat sie geradezu epochemachend gewirkt, und wenn später Oesterreich so mannigfachen Gefahren trotzte und aus den stürmischen Zeiten revolutionärer Tage unverkürzt hervorging, so dürfte ein grosser Theil des Verdienstes der Frau zufallen, die, der erste Oesterreicher in Oesterreich, es verstand, aus einem Conglomerat einzelner Länder ein einheitliches Gefüge zu bilden und den Grund zu legen zur Schaffung des modernen Staates an den Ufern der Donau.

Wenn mancher Schatten diese sonst reine Gestalt trübt, so findet dies in eigenthümlichen Verhältnissen eine Erklärung. Als Frau auf die Mitwirkung und Unterstützung Anderer angewiesen, fühlte sie nur zu oft das tiefe Bedürfniss des Rathes ausserhalb ihres Familienkreises stehender Personen, da es an einer bedeutenden Persönlichkeit in ihrer unmittelbaren Umgebung fehlte. Ihr Gemahl, Franz I., ragte über die Mittelmässigkeit trotz mancher vortrefflichen Eigenschaften nicht hinaus. Indolent und träge hielt er sich von den Staatsgeschäften gern ferne; selbst wo er eingriff, legte er durchaus keine grosse Auffassung an den Tag. In den ersten Jahren ihrer Regierung war es der Sohn des Strassburger Professors, Bartenstein, dessen Führung Maria Theresia sich anvertraute, der die fast kenntnisslose, aber hochbegabte Frau in die sorgenvollen Geschäfte des neuen Amtes einweihte. Seine ausserordentliche Geschäftskenntniss, seine unermüdliche, erstaunliche Arbeitskraft, sein energischer ausdauernder Fleiss, seine treue Hingabe an ihr Land und ihre Person erwarben Bartenstein das volle Vertrauen der Herrin. Ihm übergab sie die Erziehung ihres Erstgeborenen, seinem Rathe lauschte sie in grossen und kleinen Fragen, und später noch, nachdem er Jahre lang von dem wichtigen Posten, den er bekleidet, entfernt gewesen war, wendete sie sich in Tagen bedeutungsvoller Entscheidung an ihn,

seine Ansicht zu erkunden, ehe sie einen Entschluss fasste. Bis an ihr Lebensende bewahrte sie dem Manne ein treues, dankbares Andenken.

Ein fast noch grösseres Vertrauen brachte sie dem Grafen Kaunitz entgegen, der seit dem Mai 1753 fast ein halbes Jahrhundert lang das Staatskanzleramt in Händen hatte. In Kaunitz erkannte und ehrte Maria Theresia den hochbegabten Mann, und selbst die Fehler und Schwächen seines Wesens erschienen ihr in einem ganz anderen Lichte. Bei dem sonst nicht gewöhnlichen Scharfblicke für Menschen und Verhältnisse, welchen die Monarchin unstreitig besass, bleibt es jedenfalls eigenthümlich, dass sie nie einen vollständigen Einblick in sein Wesen, keinen richtigen Massstab für die Beurtheilung seines Charakters gewann. Wohl war man aller Orten einig über die hohe Begabung des Mannes, wohl erkannte man überall sein bedeutendes staatsmännisches Talent. Sonst gingen die Meinungen schroff auseinander. In den Augen Maria Theresia's war Kaunitz der genialste Mann, der uneigennützigste Charakter, der geradeste Politiker. In seiner Gewundenheit sah sie staatsmännische Gewandtheit, in seiner Verschlagenheit diplomatische Ueberlegenheit, in den Kreuz- und Querzügen seiner Thätigkeit politische Geschicklichkeit, in seiner masslosen Eitelkeit und grenzenlosen Selbstüberschätzung nur berechtigtes Selbstgefühl, und während Andere der Ansicht waren, dass Kaunitz fortwährend auch sein eigenes Interesse im Auge habe, erblickte sie überall selbstlose Hingebung und aufopferndste That. In keinem Momente ihres Lebens zweifelte sie daran, dass ihr Staatskanzler der ehrlichste Mann der Welt sei, und wenn Kaunitz sich vielfach vergebens Mühe gab, diesen Glauben auch bei anderen zu erwecken und zu festigen, bei der Monarchin fand er jedenfalls ein gläubiges Gemüth, welches ihm freiwillig den Tribut zollte, nach dem er sonst fruchtlos rang.

Es ist nicht ohne Interesse, die Beziehungen Maria Theresia's zu dem Staatskanzler zu verfolgen. Mit fast engelartiger Geduld ertrug sie alle seine Launen, fügte sie sich in seine Sonderbarkeiten, die aller Welt unbequem wurden, doch immer bei der Monarchin liebevolle Entschuldigung und Erklärung fanden. Die Fehler und Schwächen des Menschen wurden in ihren Augen durch die grossen Eigenschaften des Staatsmannes aufgewogen. Bei jeder Gelegenheit hatte sie ein freundliches Wort für ihn in Bereitschaft, wohl selten las sie ein grösseres Schriftstück, ohne ihrer Bewunderung in der anerkennendsten Weise Ausdruck zu geben. Namentlich in spätern Jahren, als das Eingreifen Josefs den unumschränkten Machteinfluss des Staatskanzlers zu schmälern drohte, wurde die Monarchin nicht müde zu beschwichtigen, zu versöhnen, auszugleichen, wenn die Ansichten der beiden Männer einander diametral entgegenstanden und einen Bruch befürchten liessen. Es ist rührend zu lesen, welch' freundlichen Worte sie an Kaunitz richtete, um ihn zu begütigen, wie sie ihn bat, sie ja nicht zu verlassen und bis an ihr Lebensende bei ihr auszuharren. Wie oft beklagte sie sich bitter, dass er in einem solch kalten Tone zu ihr rede, nicht wie ein Freund an eine gute, bewährte Freundin, die von seinem Werthe überzeugt sei und sich ihm verschuldet fühle. Und wenn Kaunitz in einer Anwandlung verletzten Selbstgefühles um seine Entlassung bat, standen ihr die herzlichsten Bitten zur Verfügung, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen.

Richelieu ausgenommen, hat wohl selten ein Staatsmann auf ein Land einen solchen nachhaltigen Einfluss ausgeübt und die Geschicke desselben in solch entscheidender Weise bestimmt, als Graf, später Fürst Kaunitz. Ehe Josef als Kaiser und Mitregent sich an den Geschäften betheiligte, gab es keine Persönlichkeit in den Wiener Kreisen, deren Rath so sehr ausschlaggebend war. Der frühzeitige

Tod des Grafen Harrach, das Ableben des Grafen Haugwitz entledigten ihn der einzigen gewichtigen Nebenbuhler, deren Talent und Kenntnisse mit den seinen verglichen werden konnten. Eifersüchtig auf seine Stellung und seinen unumschränkten Einfluss duldete Kaunitz kein ebenbürtiges Talent in seiner Nähe, welches einen gewissen Grad von Selbstständigkeit verrieth. Er wollte herrschen, unbeschränkt, unbeirrt durch die Einsprache oder Widerrede Anderer. Eitel bis zum Uebermass regte ihn jeder Widerspruch auf; in seiner Einbildung gab es Niemanden, dessen geistige Begabung sich mit der seinen messen konnte. Ein Talent ersten Ranges, dünkte er sich ein Genie, der bedeutendste Diplomat seines Jahrhunderts, lebte er in dem Wahne der grösste Staatsmann desselben zu sein. Niemand kannte seiner Meinung nach die Bedürfnisse des Staates genauer als er, keiner besass eine solch eingehende Kenntniss von den Verhältnissen anderer Staaten.

Das politische System Oesterreichs hat er auf eine Reihe von Jahren hinaus bestimmt. Das grosse Bündniss gegen den grossen Gegner der habsburgischen Monarchie war einzig und allein sein Werk. Was fast für unmöglich gehalten wurde, die widerstrebenden Interessen Oesterreichs und Frankreichs wenigstens momentan in den Hintergrund zu drängen und die beiden Mächte zu einem Bunde gegen den aufstrebenden Nachbarstaat zu vereinen, ihm gelang die schwierige That. Und selbst als nach harten, mühseligen Kämpfen diese Pläne gescheitert waren, erhielt er sich nicht nur in der Gunst der Monarchin, sondern rettete noch in die Zukunft den Gedanken der österreichisch-französischen Allianz. So schroff und schneidend auch die Politik Oesterreichs und Frankreichs in manchen Fragen auseinanderging, so sehr auch die beiden Staaten einander vielfach entgegenarbeiteten: an dem Grundgedanken des politischen Systems hielt der österreichische Staatskanzler nach wie vor fest und immer

nur für kurze Zeit, fast mit Widerstreben, befreundete er sich mit andern Ideen. Nur durch ein Bündniss mit Frankreich und Russland sollte Oesterreich einen dauernden Schutz gegen die preussische Macht finden können. Darin insbesondere bestand der grosse Umschwung, der sich in dem europäischen Staatensystem durch das Emporkommen Preussens vollzogen hatte, dass der Donaustaat bei seiner nunmehrigen Politik von den nach anderen Richtungen nur zu oft übergreifenden Tendenzen abgezogen und zu einer Concentrirung seiner Kräfte gegen die Macht an der Spree gezwungen wurde. Hatte auch das Bündniss mit Frankreich die langjährig genährten Hoffnungen des österreichischen Staatskanzlers ihrer Realisirung nicht um einen Schritt näher gebracht, war auch der Plan, Oesterreich von seinem gefährlichsten Nebenbuhler zu befreien, gescheitert, nach wie vor sah Kaunitz in Frankreich die einzige Stütze gegen den Nachbarstaat. Der ehemaligen Allianz mit den Seemächten blieb er Zeit seines Lebens abhold; nur einmal noch während seiner so langjährigen Amtswirksamkeit sah er sich durch die Macht der Umstände gezwungen, — es war im Jahre 1789 — in einer Verbindung mit dem Inselstaate ein Heil für die Monarchie zu erblicken.

Wie die Dinge damals lagen, hatte man in Wien keinen stichhaltigen Grund der Allianz mit Frankreich den Rücken zu kehren. Zwar gewährte dieselbe bei der bekannten Wetterwendigkeit der französischen Staatsmänner und bei der geringen Sympathie für Oesterreich in den Versailler Kreisen keinen dauernden Schutz für alle Wechselfälle der Zukunft, aber momentan war an eine Lösung dieser erst kürzlich geschürzten Bande nicht zu denken, da nach keiner Richtung ein Ersatz zu hoffen war. Für die Gegenwart reichte das Bündniss mit Frankreich genugsam aus, in der Zukunft mussten sich die Mittel ergeben, neuen Gefahren begegnen zu können. Im Falle eines Absprunges Frank-

reichs war immer Zeit genug, eine Wiederanknüpfung der politischen Verbindungen mit England zu versuchen, und bei dem Gegensatze, der die beiden Mächte an der Seine und Themse von einander trennte, konnte für den Fall eines Bruches mit Frankreich eine Verständigung mit den britischen Staatsmännern nicht ausbleiben.

Auch seine Auffassung über die Stellung Oesterreichs zu Russland änderte Kaunitz nicht, obzwar in den letzten Jahren in Petersburg ein bedeutsamer politischer Umschwung zu Tage getreten war. Nach der Ansicht des österreichischen Staatskanzlers bestanden zwischen den beiden Staaten eigentliche Differenzen nicht, denn auch im russischen Interesse lag es, gegen Preussen fortwährend auf der Hut zu sein und sich dem zunehmenden Einflusse desselben zu widersetzen, und in Constantinopel fielen die Aufgaben Oesterreichs und Russlands ebenfalls in derselben Richtung zusammen. Nach der Ansicht des Grafen Kaunitz bewegte sich die russische Politik auf falscher Fährte, wenn sie diese zwingenden Wahrheiten in den Wind schlug und eine vollständige Frontveränderung vornahm.

Dem Abfalle Russlands von der grossen Coalition gegen Preussen schrieb man es in der Wiener Hofburg zu, dass die Vernichtung desselben nicht erfolgt war. So hart am Ziele alle Anstrengungen scheitern zu sehen, war allerdings schmerzlich genug. Mit Aengstlichkeit hatte man schon in den letzten Jahren der Regierung Elisabeths den Vorgängen in Petersburg gelauscht, wäre zu den grössten Opfern bereit gewesen, um den Grossfürsten von seiner bekannten Hinneigung zu Friedrich abzubringen und für die Allianz mit Oestereich zu gewinnen. Vergebens. Dem bedeutenden Talente des damaligen Vertreters am russischen Hofe, Mercy, gelang es nicht, den Bruch Russlands mit Oesterreich abzuwenden. Der Tractat vom Jahre 1762 blieb aber nach der

Behauptung des Grafen Kaunitz der grösste Fehler der russischen Politik.

Man machte auch in Versailles aus der trostlosen Lage, in welcher man sich befand, kein Hehl, erklärte sich geneigt, auf einen Congress einzugehen, um durch Vermittlung Englands und Frankreichs zu einem anständigen Frieden zu gelangen. Auch die Abberufung Mercy's war beschlossene Sache. Da gelangte die Nachricht von der Thronveränderung in Petersburg nach Wien. Die erste Nachricht erhielt man aus Warschau, ohne ihr rechten Glauben beizumessen. Zwischen Furcht und Hoffnung taumelten die Wiener Kreise in den nächsten Tagen dahin, bis die sichere Bestätigung eingelangt war. In dem ersten Rausche gab man sich den kühnsten Erwartungen hin, erging sich in vollster Bewunderung über das kluge und herzhafte Benehmen der neuen Monarchin, hielt dafür, dass der neunte Juni nicht nur für die Mitwelt, sondern auch für die Nachwelt ewig denkwürdig bleiben werde, „beugte sich vor der göttlichen Vorsehung, die über Oesterreich, das russische Reich und die Christenheit gewachet hat". „So lange wir leben", heisst es in einem kaiserlichen Rescripte, „ist mir keine Nachricht zugekommen, welche uns grössere Herzensfreude, als jene von der glücklichen Thronbesteigung verursacht hat."[1])

Allem Anscheine nach hatte man auch allen Grund dazu. Der kluge Gesandte, von einer Schaar trefflich abgerichteter Agenten gut bedient, hatte über die einzelnen Stadien der Revolution genaue Kunde erhalten, sich auch beeilt, nachdem der glückliche Ausgang für Katharina zweifellos war, noch zeitig genug „schickliche Merkmale seiner Theilnahme" zu bekunden und sein Vorgehen zum Vortheile

[1]) Rescript an Mercy vom 29. Juli 1762, sammt einer Anzahl von P. S. Am 29. Juni hatte man Mercy die Weisung gegeben, unter Umständen sein Abberufungsschreiben zu übergeben (Wiener Archiv).

seiner Monarchin geltend zu machen.[1]) Das Manifest, welches die Kaiserin am Tage nach ihrer Thronbesteigung erliess, musste die Hoffnungen auf diesen Regierungswechsel noch mehr emporschnellen. Man zweifelte nicht daran, dass Katharina die Absicht habe, die gefährliche Macht Preussens thunlichst zu beschränken und einen nach Umständen billigen und anständigen Frieden bewerkstelligen zu helfen. Man war auch augenblicklich mit guten Rathschlägen bei der Hand, auf welche Weise dies am leichtesten und raschesten zu erreichen sei. Lebhaft wünschte man, dass die Kaiserin noch im laufenden Jahre den Feldzug gegen Preussen eröffnen möchte, und die Gelegenheit nicht verabsäumt würde, den Feind im Herzen seines Landes in die grösste Verlegenheit zu setzen. Und dass man sich bereit erklärte, zur Erreichung dieses Zieles die Hand zu bieten, begreift sich leicht. Mindestens aber erwartete man die Belassung russischer Truppen in Pommern und Preussen bis zum Abschlusse eines Friedens, wenn Katharina mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse Russlands zu einer Offensive gegen Friedrich nicht bewogen werden könnte. Auch wurde der Gedanke hingeworfen, Katharina möge sich Dänemark gegenüber in dem holsteinischen Tauschgeschäft willfährig erweisen, jedoch unter der Bedingung, dass es mit einem Theile seiner Kriegsmacht Preussen bekämpfen helfe.[2]) Man erwog alle möglichen Bedingungen, welche die Kaiserin stellen könnte, selbst das Aufgeben der Allianz mit Frankreich. Auch dies wollte man vorläufig nicht schlechterdings zurückweisen, nur begreiflich machen, dass es sich mit dem Ansehen und der Ehre Oesterreichs nicht vertrüge, während des Krieges das Bündniss mit Frankreich zu lösen.

---

[1]) Von Mercy 12. Juli 1762. P. S. (Wiener Archiv).

[2]) An Mercy 29. Juni, 29. Juli u. P. 1. vom 29. Juli.

In der That wurde man in Wien noch mehr bestärkt, dass sich in Petersburg nicht blos ein Personenwechsel, sondern auch eine Systemänderung vollzogen habe, nachdem von Mercy am 31. Juli gemeldet wurde, dass das russische Cabinet eine Reihe von Anfragen an ihn gestellt habe, und auch Galitzin, der russische Gesandte am österreichischen Hofe, sich mit Kaunitz in ausführlichen Gesprächen erging. Diese bezogen sich auf die Beziehungen zu den Türken, auf die Erneuerung der Allianz und die Mediation Russlands in dem Kampfe zwischen Oesterreich und Preussen. Damals lag die Wiederanbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu dem Petersburger Hofe in der Hand des österreichischen Staatskanzlers. Von Constantinopel waren Gerüchte kriegerischer Tendenzen nach der russischen Hauptstadt gedrungen, und Katharina befürchtete ernstliche Verwickelungen mit der Pforte. Sie suchte eine Verständigung mit Wien. Hätte man hier eine genaue Kunde von der friedlichen Stimmung in Constantinopel gehabt, man würde mit Feuereifer sich bemüht haben, die Willfährigkeit zu einer Unterstützung Russlands zu bekunden. Der Argwohn und das Misstrauen Kaunitzen's liessen ihn zu einem rechten Entschlusse nicht kommen. Katharina hatte mittlerweile den Frieden mit Preussen einfach bestätigt. Als daher Fürst Galitzin die Erneuerung der Allianz, die er den veränderten Umständen gemäss modificirt wissen wollte, in Anregung brachte, lautete die Antwort des österreichischen Ministers nicht ganz zufriedenstellend. Man habe nicht erwartet, liess er sich vernehmen, dass Russland die eroberten Gebiete herausgeben werde, sich jedoch hierin getäuscht, sehe überhaupt über die eigentlichen Absichten der russischen Monarchin nicht klar. So lange man aber mit den Zielen und Tendenzen der Politik in Petersburg nicht bekannt sei, könne man auf nichts eingehen. Auch die Mediation, die Katharina lebhaft beanspruchte, nahm man nicht einfach und rückhaltslos an, sondern verwies dar-

auf, dass Stahremberg erst kürzlich die Vermittelung Frankreichs und Englands in Antrag gebracht habe, wovon man daher nicht abgehen könne. Doch gab Kaunitz ein Mittel an, wodurch die Absichten der Kaiserin, sich an dem Friedenschluss in hervorragender Weise zu betheiligen, erreicht werden könnten, wenn sie sich nämlich entschliessen würde, im Besitze der preussischen Provinzen zu bleiben und eine bewaffnete Mediation ins Werk zu setzen.[1])

Hierauf ging man in Petersburg nicht ein.

Die leisen Hoffnungen, die mit der Thronbesteigung Katharina's rege geworden, mussten daher wieder zu Grabe getragen werden. Russland war und blieb wenigstens für die nächste Zeit für Oesterreich verloren, aber in keinem Momente liess der Staatskanzler die Möglichkeit einer Wiederanknüpfung der alten Beziehungen zu dem nordischen Staate aus dem Auge, und welch' scheinbaren Gleichmuth er auch über die Abtrünnigkeit Russlands zur Schau trug, er hing doch immer dem Gedanken nach, dass man in Petersburg der neuen Staatskunst, die im Widerspruche mit aller Erfahrung und jeder vernünftigen Vorsicht stand, und nur in unrichtigen Begriffen und unberechtigten Vorurtheilen wurzelte, den Rücken kehren werde.

Denn, trotz dieser gerade nicht erfreulichen Erfahrungen leistete man doch längere Zeit nicht auf alle Hoffnung Verzicht, dass es der österreichisch gesinnten Partei gelingen könnte, dauernd ans Ruder zu kommen. Namentlich Bestuscheff hielt man für eine starke Säule. Man beurtheilte zwar diesen Staatsmann ziemlich richtig, man verkannte seinen Wankelmuth nicht, die Geriebenheit und Verschlagenheit seines ganzen Wesens, seine besondere Vorliebe für krumme Wege und verwickelte Projecte, allein seine Grundsätze, sagte man sich wieder, seien gut, und er wäre schon

---

[1]) An Mercy 26. Aug. 1762 (W. A.).

zu vorgerückt an Jahren, um seine politischen Ueberzeugungen zu ändern. Und man wähnte, dass es ihm doch noch gelingen könnte, dauernd Kejserlingk und Panin, die entschiedensten Gegner Oesterreichs, zu stürzen. Man wusste in Wien, wie sehr Bestuscheff den Leidenschaften der Monarchin schmeichle, und war mit dessen Plan einer Vermählung Orlows mit Katharina bekannt. Wenn der ehemalige Grosskanzler dennoch bisher seine frühere Stellung nicht wiedererobert hatte, so erblickte man darin, wie Kaunitz sich ausdrückte, ein kluges und besonnenes Vorgehen, indem er zuerst die nothwendigen Vorbereitungen treffen, die Pfeile erst scharf zuspitzen wolle, ehe er sie abschiesse.

Die geringe Aussicht auf eine Verständigung mit Russland fiel um so bedeutsamer in die Wagschale, als Frankreich allein keineswegs nach allen Richtungen für die Sicherstellung der Monarchie ein vollständiges Genügen bot. Man besass allerdings die Gewähr, nicht bei jeder Frage, die in der europäischen Politik auftauchte, in activer Weise in Anspruch genommen zu werden, allein das Bündniss mit Versailles realisirte auch nicht jene kühnen Hoffnungen, die bei seiner Bildung daran geknüpft worden waren.

Mannigfache Ursachen wirkten hiebei mit. Frankreich hatte im Laufe der letzten Jahrzehnte seine tonangebende Stellung in der politischen Welt eingebüsst. Es fehlte zwar in den französischen Kreisen nicht die Begier, in allen bedeutsamen Fragen ein entscheidendes Wort mitzusprechen, wohl aber die Kraft. Die inneren Verhältnisse waren die trübsten der Welt, die Finanzen zerrüttet, das Heer vernachlässiget, die Flotte trotz mancher darauf verwendeten Fürsorge in keinem blühenden Zustande, die Verwaltung in fast chaotischer Unordnung. Dazu kam der Mangel einer bedeutenden Persönlichkeit, welche Fähigkeit besessen hätte, die gebundenen Kräfte zu entfesseln und die wahrhaft unerschöpflichen Hilfsmittel des Landes flüssig zu machen und zu verwerthen.

Die Allianz mit Oesterreich hing wie ein Bleigewicht an Frankreich. Nach keiner Richtung konnte es eine selbstständige consequente Politik entfalten, fast überall wurde es durch den Bundesgenossen gehemmt. Der Grundgedanke der damaligen französischen Politik mündete in dem Satze: Festhalten an dem Bündnisse mit Wien, Zurückdrängung Russlands von einer Einflussnahme in die europäischen Angelegenheiten. In letzterer Beziehung stimmten der König und sein Premierminister der Duc von Choiseul überein. Viel hatte Frankreich selbst dazu beigetragen, dass Russland in den gewichtigen Fragen des europäischen Continents eine bedeutungsvollere Rolle als früher spielte. Durch das Heranziehen der nordischen Macht zum Kampfe gegen Preussen erlangte diese ein Ansehen, wie nie zuvor. Der Fehler liess sich nicht so leicht verbessern, der vorwärtsstrebenden russischen Macht kein Halt zurufen. Auch gingen in dieser Richtung die Ansichten der Staatsmänner zu Wien und Versailles auseinander. Zu einer Beschränkung Russlands bot Kaunitz nur die Hand, so lange er es in inniger Verbindung mit Preussen wusste, er war nie gesonnen, alle Brücken der Verständigung vollständig abzubrechen, um in jedem Momente in Bereitschaft zu sein, die alten Beziehungen wieder aufnehmen zu können. So lange die russisch-preussische Allianz unerschütterlich schien, wurde Kaunitz allerdings nicht müde, auf die grosse Gefahr hinzuweisen, die daraus für das europäische Staatensystem erwuchs, zu einem energischen Vorgehen hätte er gewiss jede Mitwirkung versagt. Auch herrschte zwischen Ludwig XV. und Choiseul über die Richtung, in welcher der Grundgedanke der französischen Politik verwirklicht werden sollte, keine vollständige Gleichartigkeit der Gesinnung. Choiseul war nicht abgeneigt, die Verbindung mit Oesterreich nöthigenfalls preiszugeben, an welcher Ludwig mit fast ungewohnter Zähigkeit festhing. Die Allianz mit Wien sah er als seine eigenste That an. Das österreichisch-französische Bündniss

hatte in den Versailler Kreisen ausser dem Könige keine entschiedenen Vertheidiger. Auch in einem anderen Punkte wichen der König und sein Minister von einander ab. Letzterer hatte in manchen Momenten seiner Wirksamkeit auch kriegerische Anwandlungen, mit denen er aber bei seinem Herrn keinerlei Anklang fand, nach dessen Ansicht die Tendenzen der französischen Politik nur auf friedlichem Wege ihre Realisirung finden sollten. Nur zu einem Kampfe mit England hätte Ludwig seine Zustimmung nicht versagt; dieser Gedanke allein vermochte ihn noch aus seiner sonstigen Indolenz und Trägheit aufzurütteln und ihm, wenn auch nur für kurze Zeit, eine gewisse geistige Spannkraft zu verleihen. Die Bestrebungen um Hebung der Flotte fanden daher bei ihm einen beredten Anwalt. Den Plan an eine Landung in England hielt er bis an sein Lebensende fest; unter den königlichen Papieren fand man ein hierauf bezügliches, vollständig ausgearbeitetes Project vor.

Mangelte schon an und für sich jede Einheitlichkeit in den leitenden Kreisen, so ging diese noch mehr in die Brüche durch die sonderbare Neigung des Königs, hinter dem Rücken seiner Minister auf eigene Faust Politik zu machen. Ein ganzes Heer geheimer Agenten empfing specielle Aufträge und Weisungen aus den königlichen Gemächern, die vielfach den ministeriellen widersprachen. In Petersburg und Warschau, in Stockholm und Wien besass Ludwig geheime Correspondenten, deren Berichte ihm allein zugingen.

In einer weit besseren Lage als Oesterreich, welches fruchtlos sieben Jahre lang die grössten Anstrengungen gemacht hatte, befand sich Preussen. Wohl blutete der Staat aus tausend Wunden, fast ein Drittel der Bevölkerung lag auf den Schlachtfeldern, auch fiel der Verlust an Menschencapital weit schneidender in die Wagschale als in Oesterreich. Aber die gebrachten Opfer wurden von den grossen

Vortheilen aufgewogen. Schlesien konnte wohl für immer den alten Stammlanden eingefügt betrachtet werden. Die neue Provinz hatte ihre Zugehörigkeit zu Preussen mit Blut besiegelt. In dem europäischen Staatensysteme hatte sich der junge Staat eine achtunggebietende Stellung erworben. Auf deutschem Boden war eine neue Grossmacht entstanden, deren Interessen mit jenen Deutschlands von nun an zusammenfielen, und die eine gewaltige Anziehungskraft auf die anderen deutschen Stämme ausüben musste. Vollzog sich dieser Process auch langsam und allmälig, jedenfalls war es bedeutungsvoll, dass die habsburgische Präponderanz damals noch härter getroffen wurde, als es ohnehin schon durch die vorhergehenden Ereignisse des 18. Jahrhunderts der Fall gewesen war. Der moderne Staat hatte über den patriarchalischen den Sieg davongetragen.

Nicht der Tüchtigkeit seiner Herrscher allein, auch dem Glücke verdankte Preussen sein rasches Aufkommen. Muss es doch auch als eine besondere Gunst des Geschickes betrachtet werden, dass König Friedrich nicht blos Schlachten zu schlagen, sondern auch die Wunden zu heilen verstand, mit derselben Sorgfalt, die er der äusseren Machtstellung zuwendete, zugleich in den inneren Verhältnissen seine Thätigkeit entfaltete.

Unter allen Herrschern, die die Geschichte kennt, gibt es wohl keinen, der ein gleiches Verständniss für die staatlichen Aufgaben besass, eine solch' energische Hingabe an den Staat und für den Staat an den Tag legte. Der Staat, an dessen Spitze ihn das Geschick stellte, war ihm keine Nebensache, sondern nahm alle seine Kraft in Anspruch; er betrachtete die darauf verwendete Arbeit als die heiligste Pflicht seines Lebens. Der König ist der erste Diener des Staates: in diesen von ihm ausgesprochenen Worten liegt für ihn ein glänzenderes Zeugniss, als in allen erfochtenen Siegen. Ein absoluter Monarch wie irgend einer, beutete er die ihm

anvertraute Macht nicht zu willkürlichen Zwecken aus, sondern identificirte sich mit den Interessen des Staatengebildes, welches er beherrschte.

Von dem ersten Tage seines Regierungsantrittes hat er sich den Plan vorgezeichnet, der von nun an den gesammten Inhalt seines Lebens bildete: Preussen eine mit Oesterreich gleichberechtigte Stellung in dem europäischen Staatensysteme zu verschaffen. Von jugendlichem Ehrgeize geschwellt und von einem intuitiven Verständnisse, für das was Noth that, getrieben, fasste er mit genialem Instincte jenes Land ins Auge, welches er der habsburgischen Macht abringen wollte. Ueber die Mittel Anfangs im Unklaren, schwankte er keinen Moment über das Ziel. Dieser Schritt entschied für die Zukunft die Politik seines ganzen Lebens. Als er nach dem zweiten Waffengange mit Oesterreich Frieden schloss, mochte er wähnen, sich den neuen Erwerb für die Dauer gesichert zu haben. Mit weiser Selbstbeschränkung begnügte er sich mit dem wichtigen Lande, ohne neue Objecte ins Auge zu fassen. Viel zu genau mit den politischen Strömungen bekannt, beabsichtigte er vorläufig keine weitere Schwächung des Gegners. Zu dem siebenjährigen Kriege gab er keinen Anlass, die Waffen wurden ihm in die Hand gedrückt. Die Gefahr ahnend, kam er ihr zuvor. Das Netz, welches über seinem Haupte zusammengezogen werden sollte, wollte er zerreissen, ehe die letzte Schlinge geschürzt war. Nach Ruhe lechzend, steckte er das Schwert in die Scheide, sobald sich ihm die Möglichkeit bot, ohne Verkürzung an Land und Leuten aus dem ihm aufgedrungenen Kampfe hervorzugehen.

Unter den Staatsmännern gibt es wenige, die von Zeitgenossen und der Nachwelt so schief beurtheilt worden wären, wie gerade Friedrich. Als bald nach seiner Thronbesteigung durch das Ableben Carls VI. der Bestand der habsburgischen Monarchie, die seiner Ansicht nach, der Masse

der darauf einstürmenden Feinde nicht gewachsen, in Frage gestellt war, verschmähte er es allerdings nicht, die trostlose Lage seiner Nachbarin auszubeuten und sich in den für Preussen so wichtigen Besitz Schlesiens zu setzen. Sonst war seine Politik die einfachste der Welt, und weit entfernt von jenen gierigen Plänen nach Vergrösserung seines Landes, die man ihm fortwährend in die Schuhe schob. Es waren nicht blos theoretische gleissnerische Betrachtungen, wenn er sich in seinen Briefen an die Kurfürstin von Sachsen, Marie Antonie, mit wahrhaft bewunderungswürdiger Beredtsamkeit über die Folgen der Kriegsfurie erging; er war von diesem Gedanken tief erfüllt. In jedem Moment zu einem neuen Waffengange entschlossen, wenn ein vitales Interesse seines Staates in Frage stand, steuerte seine Staatskunst nur auf Erhaltung des Friedens los. Einer der ersten Feldherren aller Zeiten, steht er als Staatsmann-König fast ohne Gleichen da. An Geriebenheit und Verschlagenheit mit andern wetteifernd, in den Künsten der verlogenen Diplomatie seiner Tage ein Meister, ist seine Politik von einem grossartigen Geiste durchweht. Wenn der grosse Kurfürst die hervorragende Stellung Preussens als deutsche Macht begründet hat, so verdankte das neue Staatsgebilde seine Bedeutung als europäische Macht einzig und allein Friedrich dem Grossen.

Unverkürzt gelang es ihm aus dem siebenjährigen Kriege hervorzugehen, aber er besass keinen einzigen Bundesgenossen. Preussen stand vereinsamt und isolirt. Die Allianz mit England war längst brüchig geworden. Die Staatsmänner des Inselreiches hatten den König seinem Schicksale überlassen und einseitig den Frieden mit Frankreich geschlossen. Nur die Verehrung und Hingebung Peter's III. von Russland hatte es dem Könige in den letzten Jahren des Krieges möglich gemacht, fürderhin seinen Gegnern die Spitze bieten zu können. Ein Vertrag zwischen Preussen und Russland sollte die neue Allianz auch für die Zukunft festigen, als Peter's

Ermordung die künftige Stellung der nordischen Macht wieder in Frage stellte und die ersten Kundgebungen der Czarin eine düstere Perspective eröffneten. Für Friedrich bildete selbst nach geschlossenem Frieden das Bündniss mit Russland ein Axiom seines politischen Systems. Der Wiener Staatskunst traute er nicht; Oesterreich galt ihm als der unversöhnlichste Gegner seines Hauses, und so grosse Hochachtung er auch der Kaiserin zollte, er war überzeugt, dass sie den Verlust Schlesiens nie verschmerzen werde. Zwischen Preussen und Oesterreich lag eine unüberbrückbare, mit Blut angefüllte Kluft. An die Rückkehr zu einer Allianz mit Frankreich war, insolange als die französische Staatskunst im Schlepptau Oesterreichs erschien, nicht zu denken, selbst wenn die leitenden Kreise an der Seine dem Könige grösseres Vertrauen eingeflösst hätten, als es wirklich der Fall war. Mit England war eine Verständigung unmöglich, so lange Bute an der Spitze der Geschäfte stand.

Die Entscheidung über das föderative europäische Staatensystem lag in den Händen der Zerbster Fürstentochter, die vor kurzer Zeit die Krone Russlands an sich gerissen hatte. Das jüngste Staatenglied, welches erst seit Decennien seinen Einfluss geltend zu machen und eine Rolle in den bedeutsamen Angelegenheiten der europäischen Völkerfamilie zu spielen begann, war in die Lage gesetzt, fast die Geschicke des europäischen Welttheils zu bestimmen.

Als ein junges, kaum flügge gewordenes Mädchen, die Tochter eines kleinen deutschen Fürsten, betrat Catharina zum ersten Male die weiten Gefilde des russischen Reiches. Ihre Phantasie mochte ihr schon damals die luftigsten Bilder vorgegaukelt haben, schon sah sie sich als Herrscherin der Länder, die sie flüchtig durcheilte. In den massgebenden Kreisen des Petersburger Hofes gefiel ihr munteres und lebendiges Wesen, sie wurde zur Gemahlin des Thronfolgers, Peter, bestimmt.

Sehr bald stand sie in einer ihr fremden Welt allein; die Mutter, die sie nach Petersburg begleitet hatte, musste ihre Tochter, deren Erziehung erst vollendet werden musste, nach einiger Zeit der Sorge Anderer überlassen. Der russische Hof war nichts weniger als geeignet, Sittenreinheit und züchtige Keuschheit zu nähren und zu pflegen. Kaum dem Flügelkleide entrückt, blickte Catharina in einen Abgrund von Sittenlosigkeit und Verderbniss. Die Herrscherin that es allen übrigen zuvor. Ein Firniss oberflächlicher Bildung verdeckte gleissnerisch die innerliche Hohlheit. Catharina wurde die Gemahlin des Grossfürsten. Zu ihrem Manne trat sie in durchaus keine Beziehungen. Peter gebrauchte seine Gemahlin zur Aufführung von schalen Possen, zur Abrichtung von Soldaten; sie diente ihm als Genossin kindischer Spiele und leeren Zeitvertreibs. Sie stand am Hofe allein, ohne Freund, ohne Rathgeber. Die Personen, denen sie sich in vertraulicher Weise nähern wollte, verschwanden rasch aus ihrer Nähe. Waren es Frauen, wurden sie verheirathet oder auf irgend eine Weise entfernt; Männer büssten die Freundschaft, die ihnen die Grossfürstin entgegenbrachte, mit Kerker oder Verbannung. Auch bei ihrem Gatten fand Catharina gegen mannigfache Angriffe und Kränkungen, die sie zu erdulden hatte, keinen Schutz. Peter machte aus seiner Abneigung gegen seine Frau kein Hehl, nicht selten war sie auch seinen Misshandlungen ausgesetzt. Nur die Hoffnung einst die Krone zu tragen, hielt sie in diesem Jammer aufrecht.

Ihr liebebedürftiges Herz sehnte sich nach irgend einem Menschen. Die Sinnlichkeit machte ihre Rechte geltend, in den Armen eines Fremden, des schönen Soltykow, lernte sie die ehelichen Genüsse kennen. Die Kaiserin begünstigte das Verhältniss, denn es sollte für einen Thronfolger Sorge getragen werden. Paul, der nachmalige Kaiser, war die Frucht dieser intimen Beziehungen.

Nicht lange sollte sich Catharina des Umganges ihres Geliebten erfreuen, da er selbst zum Ueberbringer der Botschaft nach Schweden gewählt wurde, dass ein Thronfolger geboren sei. Dann erschien der schöne Pole, mit den glühenden Augen und dem liebenswürdigen Wesen, der sie bezauberte und hinriss. In den Lauben des Oranienbaumer Gartens tauschte sie glühende Küsse und feurige Schwüre mit Stanislaus Poniatowski, während ein Genosse, der Frauenreizen sich immer zugänglich erwiesen, Wache hielt, um jeden Störer abzuweisen, und Peter an dem Umgange einer unschönen und bucklichten Russin kindisches Behagen fand.

Ihr Gatte bestieg den Thron. Zurückgesetzt und von ihrem Manne rücksichtslos behandelt, von dem Geliebten getrennt, der die Residenz hatte meiden müssen, fühlte sie sich vereinsamt; selbst ihr Leben schien bedroht. Der Selbsterhaltungstrieb machte seine Rechte geltend. Durch die Beseitigung ihres Mannes bahnte sie sich den Weg zur Selbstherrschaft.

Catharina hatte das ersehnte Ziel geheimster Wünsche erreicht, sie wollte herrschen, glänzen, bewundert und gepriesen sein. Vom ersten Tage ihrer Thronbesteigung entfaltete sie alle jene Eigenschaften, die sie während der glänzenden Jahre ihrer Herrschaft auszeichneten: Muth und Schlauheit, energische Thatkraft und kluge Berechnung, Selbstständigkeit des Willens und gefügige Unterordnung, je nachdem Zeit und Umstände es erheischten. Unermüdlich fleissig, befreite sie sich bald von der Abhängigkeit von andern, der ganze Mechanismus des Regierens wurde ihr bald geläufig. In den wichtigsten Fragen der äussern und innern Politik sprach sie das entscheidende Wort, bestimmte sie die leitenden Gesichtspunkte, nicht eher ruhend und rastend, bis sie sich eine eigene Ansicht gebildet hatte. Zur Herrscherin geboren, fühlte sie sich jetzt in ihrem Elemente. Allein es dauerte lange, ehe sie sich in ihrer Stellung sicher fühlen

konnte. Freunde waren zu belohnen, Gegner zu beschwichtigen, Unentschiedene zu gewinnen. Und da in Russland nicht politische Grundsätze die Parteien schieden, die Gegensätze vielmehr persönlicher Natur waren, bedurfte es der gan en Klugheit und Besonnenheit ihres Wesens, um den verschiedenen Ansprüchen, die an sie herantraten, Rechnung zu tragen. Sie, die Fremde, hatte einen um so schwierigeren Stand, da auch die Vorurtheile und Stimmungen der Massen in Betracht zu ziehen waren.

Unter den Persönlichkeiten an ihrem Hofe gab es Niemand, den sie unbedingt zu Rathe ziehen konnte. Sinnliche Neigung und Dankbarkeit ketteten sie an Gregor Orlow; er führte ihr seine Brüder als helfende Genossen zu. Gregor Orlow's unbedeutende Natur konnte ihr nicht als Stütze dienen. Schlecht unterrichtet und arbeitsscheu, dem Sinnengenusse fröhnend, entzog er sich allen nur einigermassen wichtigen Geschäften. Weder für die innern noch für die äusseren Fragen der Politik hatte Orlow Sinn und Verständniss. Galante Abenteuer und Trinkgelage fesselten ihn mehr als alle Commissionen, zu deren Mitglied ihn die Kaiserin gemacht hatte. Zur Mitwirkung bei der Lösung der schwierigeren staatlichen Aufgaben, welche Catharina in Anspruch nahmen, erwies er sich ganz ungeeignet, und sie sah sich genöthigt, nach andern Persönlichkeiten zu greifen.

Noch stand Woronzow an der Spitze des auswärtigen Amtes.[1] Von ganz niedriger Herkunft hatte er unter Elisabeth sein Glück gemacht; durch Bestuscheff's Anempfehlung es bis zum Vicekanzler gebracht. Der damalige Grosskanzler duldete keinen begabten Nebenbuhler, und gerade die Unbedeutendheit Woronzow's verschaffte ihm die Gunst des allmächtigen Mannes. Seine Hinneigung zu Preussen beirrte ihn nicht, später auch Oesterreich gegenüber seine Willfährigkeit an den Tag zu legen, und in den Jahren 1755 und 1756 war er fast ein consequenterer Beförderer

der Pläne des Fürsten Kaunitz, als sein Nebenbuhler, der Grosskanzler. Ohne eigene Ideen, mit winzigen Kenntnissen war Woronzow für alles zu haben. Nur seine glatte, höfliche Aussenseite liess in ihm den Diplomaten erkennen. Seine Gewohnheit, langsam zu sprechen, war darauf berechnet, ihm den Anschein eines gründlichen, tiefüberlegenden Mannes zu geben, während sie die Folge eines schwerfälligen Kopfes war, der sich nur mühselig in neuen Ideenkreisen zurechtfand. Vorsichtig, fast furchtsam liebte er zweideutige Antworten, um sich für jeden Fall ein Hinterpförtchen offen zu lassen. Und doch gelang es dieser Natur, die nur geschaffen schien, von andern beherrscht zu werden, die höchste Stufe zu erklimmen, welche dem Ehrgeize geöffnet war.[1])

Auch der alte Intriguant Bestuscheff war zurückgekehrt. Die Jahre der Verbannung waren spurlos an ihm vorübergegangen. Dieselben Ideen und Neigungen legte er nach wie vor an den Tag. Noch immer wünschte er die Leitung der Geschäfte in seine Hand zu bekommen: er hatte die Einträglichkeit des von ihm Jahre lang bekleideten Postens genugsam kennen zu lernen Gelegenheit gehabt. Seinem Laster fröhnte er wie in früheren Tagen. Als Säufer war er ins Exil gegangen, als Trunkenbold kehrte er heim. Auch in seiner Servilität und seinem schmutzigen Aeussern war eine Veränderung nicht zu spüren. Und doch sah sich Catharina genöthigt, dem Manne zu schmeicheln und das Unangenehme seiner Person mit in den Kauf zu nehmen.

Nur ein Mann war in Sicht, dem die Monarchin ihr Vertrauen zuwenden konnte. Panin, der Gouverneur ihres Sohnes, hatte sich Anspruch auf ihre Dankbarkeit erworben, da er zum Sturze Peter's mit beigetragen hatte. Seine Absicht war allerdings gewesen, der Mutter seines Zöglings blos die Regentschaft bis zur Mündigkeit Pauls

[1]) Memoire sur la Cour de Russie, im Wiener Archive.

zu übertragen, aber er war klug genug sich in die vollendete Thatsache zu fügen. Catharina's Scharfblick erkannte, welche nützlichen Dienste ihr dieser Mann leisten konnte. Ohne hervorragende Begabung, gerade keine bedeutende Arbeitskraft, ohne grosse Gesichtspunkte, den sinnlichen Freuden ergeben, besass Panin doch eine Anzahl tüchtiger Eigenschaften, die ihn der Monarchin werth machten. Ruhig und besonnen, freundlich und zuvorkommend, fügsam und eifrig war er ganz geeignet in die Ideen der Czarin einzugehen. Ein Gegner Oesterreichs und Vertreter der preussischen Allianz stimmten seine politischen Gesichtspunkte im Grossen und Ganzen mit den ihrigen überein. Und dabei war er, was damals in Russland zu den Seltenheiten gehörte, ein ehrlicher Mann; selbst seine Gegner rühmten ihm nach, der Bestechung unzugänglich zu sein.

Eines schöpferischen Geistes bedurfte Catharina ohnehin nicht. Die Festsetzung der politischen Richtung, die sie einzuschlagen gesonnen war, war das Product ihres Geistes. Sie nahm den Faden der russischen Politik dort wieder auf, wo er beim Tode Peters des Grossen abgerissen worden war.

Die Proclamation, welche Catharina zu erlassen sich bemüssigt sah, erwähnte unter den Anklagen gegen ihren Gemahl nicht nur die Bedrohung der orthodoxen Religion, sondern auch die Besudelung der Glorie von Russland, die unter Strömen Bluts durch siegreiche Treffen auf die höchste Stufe gebracht und nun durch den geschlossenen Frieden mit dem ärgsten Feinde des Staates mit Füssen getreten worden war. Das Manifest schien einen vollständigen Bruch mit der Politik ihres Vorgängers anzudeuten. Das russisch-preussische Bündniss konnte damit als beseitigt gelten, denn die Worte der Kaiserin liessen keine andere Deutung zu, als dass sie die Wiederanknüpfung der alten Allianz mit Oesterreich im Auge habe.

Diese Erklärung war jedoch unter dem Drange des Moments veröffentlicht worden. Catharina war mit sich vollständig im Klaren, sich mit den Gegnern Friedrich's zu dessen Bekämpfung nicht zu verbinden. Es mag dahin gestellt bleiben, in wie weit das Gefühl der Dankbarkeit gegen Friedrich hiebei mitgewirkt haben mag, keinesfalls war er bei einer berechnenden Persönlichkeit, wie jene Catharina's, ausschlaggebend. Bei der Politik Russlands, die ihrem Geist vorschwebte und von ihr wohl schon längst reiflich erwogen worden war, ehe ihr das Geschick die Angelegenheiten des grossen Reiches in Händen legte, schien die Bundesgenossenschaft Preussens ihr von höherem Werthe, als jene Oesterreichs. Ob sie Polen oder die Türkei ins Auge fassen mochte, nach beiden Richtungen hatte sie von Preussen keinerlei Hemmnisse zu befürchten, während die Interessen Oesterreichs jene Russlands in beiden Fragen vielfach kreuzten. Vorläufig musste aber ein Bündniss mit Preussen vertagt werden; es handelte sich einstweilen darum, nach keiner Seite Anstoss zu geben. Bis zur Beendigung des Krieges, an welchem sie keinen Theil nehmen wollte, konnte sie auch leicht die Hände frei behalten, Hoffnungen erregen, ohne sich zu binden. Lag eine Vernichtung der preussischen Macht ausserhalb ihres Gesichtskreises, so schloss sie sich insoferne den Gegnern derselben an, als sie eine Vergrösserung Preussens mit dem Interesse Russlands nicht für vereinbar hielt. Durch die Rückberufung des russischen Heeres, welches in den letzten Monaten gemeinschaftlich mit Preussen Oesterreich bekämpft hatte, trug sie der herrschenden Stimmung in Petersburg, die der Allianz mit Preussen nicht günstig war, Rechnung. Die Erhaltung eines Gleichgewichts zwischen den beiden deutschen Staaten war einer der leitenden Gedanken ihrer Politik. Catharina erweckte auch in Wien mancherlei Hoffnungen, bekundete in Versailles den lebhaften Wunsch mit Frankreich gute Beziehungen zu un-

unterhalten, knüpfte mit England Verbindungen an und liess den preussischen Gesandten in Petersburg durch den geheimen Rath Olzuliew wissen, sie sei Willens, das gute und freundschaftliche Einverständniss mit dem Könige zu unterhalten, erwarte jedoch von ihm, dass er nichts thun würde, was dasselbe zu beeinträchtigen im Stande sein könnte. An eine Ratification des zwischen Peter und Friedrich vereinbarten Vertrages war, wie die Dinge lagen, ohnehin nicht zu denken, wenn auch sonst eine Aenderung desselben in einigen wichtigen Punkten sich nicht als nothwendig herausgestellt hätte.

Auch nach einer andern Richtung stand von Vorneherein so viel fest: Catharina hatte eine entschiedene Antipathie gegen Frankreich und eine besondere Vorliebe für England. Ein instinctiv staatsmännischer Gedanke und persönliche Motive wirkten gleichmässig dabei mit. Wollte Russland, und dahin mündete die russische Politik, seine dominirende Stellung im Norden für die Dauer befestigen, so war ein Bündniss mit England von ungleich höherem Werthe, da Frankreich durch seine Vergangenheit gebunden seiner Partei in Dänemark und Schweden nur schwer den Rücken kehren und in's russische Lager übergehen konnte. Dazu kamen nun die persönlichen bitteren Erlebnisse der letzten Jahre. Der englische Gesandte hatte ihre Beziehungen zu Stanislaus August seiner Zeit unter seinen Schutz genommen, Frankreich dagegen die Entfernung desselben vom russischen Hofe bewerkstelligt. Französische Intriguen hatten eine Entfremdung zwischen ihr und Elisabeth hervorgerufen, auch die ohnehin feindselige Stimmung ihres Gatten gegen ihre Person genährt.

Endlich in der wichtigsten Frage, die ihren Geist beschäftigte, hatte sie von England, wenn auch keine Unterstützung, doch keinen Widerspruch zu besorgen, während die Tradition Frankreichs auf eine Beschränkung und Ein-

dämmung der russischen Macht gerichtet war. Von jeher bekämpften sich gerade in Polen die französische und russische Diplomatie, und den vorherrschenden Einfluss Russlands in der Republik für die Dauer sicherzustellen, schwebte der Czarin von Anfang an vor. Die weiten Länderstrecken Polens trennten den russischen Staat von der civilisirten europäischen Staatenwelt, und um als gleichberechtigtes Glied in dieselbe einzutreten, gab es kein anderes Mittel, als vollste Abhängigkeit Polens von Russland, oder dessen Vernichtung. Das letztere lag damals noch ausserhalb des Gesichtskreises der russischen Politik, auf das erstere steuerte sie mit vollen Segeln los

Zweites Capitel.

Rückblicke auf Polens Vergangenheit.

Die Blüthezeit der königlichen Republik, wenn von einer solchen bei diesem Staatengebilde überhaupt gesprochen werden kann, war in der Mitte des achtzehnten Jahrhundertes längst dahin. Beim Aussterben des Jagellonenstammes hatte Polen seine grösste territoriale Ausdehnung erlangt. Der erste dieses Geschlechtes brachte dem Stammgebiete das Grossfürstenthum Lithauen als Angebinde mit; ein beträchtlicher Theil ursprünglich russischer Landschaften, nebst der alten Hauptstadt Russlands, war an Polen gekommen. Durch glückliche Kämpfe mit den Nachbarländern wurden neue Gebiete erworben. Der deutsche Orden musste in dem Thorner Frieden (1466) einen grossen Theil seiner Landschaften abtreten; der Rest des preussischen Ordenslandes gelangte 1505 unter polnische Lehenshoheit. Einige Jahre später fand die Wiedervereinigung Masoviens mit dem damals mächtigsten Slavenreiche statt; Sigismund II. erwarb Livland von dem Heermeister Gotthard Ketteler, Curland und Semgallen wurden polnische Lehen.

Polen feierte, was seine äussere Machtstellung anbelangte, unter den beiden letzten Jagellonen seine Glanzperiode. Fast mochte es scheinen, dass diesem Slavenstamme die Herrschaft über das östliche Europa zufallen würde. Allein schon damals zeigte das gesammte staatliche Leben jene Gebrechen, die zwei Jahrhunderte später ein trauriges Geschick heraufbeschworen.

Fast ohne natürliche Grenzen, nach allen Seiten Einfällen ausgesetzt, nur gegen Westen durch die Karpathen einigermassen geschützt, konnte Polen den erstarkenden Nachbarreichen nur dann einen entschiedenen Widerstand entgegensetzen, wenn es dem Königthum gelang, mit energischer Faust alle Kräfte zusammenzuballen und die dasselbe beschränkenden Elemente niederzuhalten. Nirgends in Europa wäre die Bildung einer fast absolutistisch königlichen Gewalt mehr am Platze gewesen, nirgends hätte sie der Entwicklung des Landes und der Kräftigung der Nationalität grössere Dienste leisten können. Nur einem selbstbewussten Königthum konnte es, gelingen, aus dem Länderconglomerate einen einheitlichen Staat zu bilden. Gerade das Gegentheil geschah. An Stelle einer festen Centralisation die loseste Decentralisation, die allerdings nicht blos in den durch die natürlichen Verhältnisse gegebenen Provinzialgegensätzen, sondern in der gesellschaftlichen Organisation ihre Erklärung findet.

Der Gegensatz zwischen Grosspolen, Kleinpolen und Lithauen, den wichtigsten Theilen des Slavenstaates, wurde nie vollständig ausgeglichen. In der That waren es verschiedenartige Elemente, die hier zu einem Staatsganzen verbunden waren; die Verschiedenheit der Bevölkerung erhielt auch durch die Bezeichnung der Nationen von Grosspolen, Kleinpolen und Lithauen ihren Ausdruck. Das Bewusstsein verschiedener Abstammung erhielt sich während der ganzen Zeit der Republik; erst am Ende des 16. Jahrhunderts hatte die lange staatliche Vereinigung so viel bewirkt, dass die polnische Sprache das gemeinsame Idiom der herrschenden Classe zu werden begann. Die Lubliner Union von 1569 war das Werk langandauernden Ringens, um wenigstens in einigen wichtigen Punkten eine staatliche Gemeinsamkeit an die Stelle territorialer Verschiedenheiten treten zu lassen. Nach den Grundbestimmungen der Union

sollte künftighin eine Person als König und Grossfürst gewählt, die Rechte beider Länder, Polens und Lithauens, durch dasselbe Document bestätigt werden; kein Theil sollte künftighin selbstständige Bündnisse schliessen dürfen, im ganzen Gebiete Eine Münze gelten, auf einem Reichstage die gemeinsamen Angelegenheiten zur Berathung kommen. Es waren die Anfänge einer innigeren gesammtstaatlichen Verbindung, ohne dass alle Sonderrechte beseitigt waren. Die Verwaltung der beiden Länder blieb auch fürderhin getrennt; die Verschiedenheiten in der rechtlichen Gesetzgebung konnten auch nicht als beseitigt gelten.

Dem letzten der Jagellonen gebührt das Verdienst, dieses unstreitig schwierige Werk zu Stande gebracht zu haben. Diese Errungenschaft wurde aber durch andere Nachtheile in den Schatten gestellt. Mit der Ausgleichung der nationalen und sprachlichen Gegensätze, wenigstens was die höheren gesellschaftlichen Schichten anbelangt, ging eine Erstarkung der königlichen Gewalt nicht Hand in Hand. Denn gerade während der Jagellonischen Herrschaft wurde die Stellung des Königthums immer mehr herabgedrückt; beim Aussterben dieser Familie waren ihm fast alle wichtigen Attribute entwunden. Auch anderswo vollzog sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung ein ähnlicher Process; in Polen jedoch verlor die königliche Gewalt an Machtfülle, ohne dass ein anderer Factor des Staatslebens jene wichtigen Befugnisse erlangte, welche der König mindestens als executives Organ selbst in den beschränktesten Monarchien sich bewahrt hat.

Eine Adelsherrschaft der schlimmsten Art machte sich breit, die mit keiner Aristokratie irgendwo verglichen werden kann. Unter dem Deckmantel der innigsten Vaterlandsliebe und der tiefsten Religiosität hat es der polnische Adel von jeher verstanden, seine eigene Herrschsucht und das geheime Streben nach eigennützigen materiellen Vortheilen zu verbergen, sich insbesondere in kritischen Momenten eine

nicht unbeträchtliche Anzahl von Prärogativen zuzueignen und staatliche Einrichtungen einzubürgern, die unter dem Scheine des Rechtes die wildeste Anarchie bargen.

Eine stattliche Reihe von Gerechtsamen hatte der Adel sich allgemach erworben, und er benützte jede sich darbietende Gelegenheit, seinen Freiheiten und Rechten eine grössere Ausdehnung zu geben. Alle Würden, Ehren und Aemter sollten künftighin nur unter dem Beirath des Provinzialadels verliehen werden, und während bisher sämmtliche Polen derselben theilhaftig werden konnten und nur Ausländer von dem Genuss ausgeschlossen waren, wurde jetzt eine tiefere Kluft zwischen Adeligen und Nichtadeligen geschaffen. Ferner wurde dem eingebornen Adel die Verwaltung sämmtlicher Burgen, Schlösser und Starosteien vorbehalten. [1])

Die thatsächlich hervorragende, man kann sagen vorwiegende Stellung des Adels im polnischen Staatsorganismus unter dem ersten Jagellonen fand in der wichtigsten Bestimmung, welche die Versammlung zu Horodlo im Jahre 1413 traf, ihren Ausdruck. Alle Adeligen Polens und Lithauens, hiess es daselbst, werden von nun an zum Vortheil und Nutzen des Reiches Convente und Parlamente, wenn es einmal nöthig sein sollte, in Lublin und Parczow, oder einem anderen passenden Orte unter Zustimmung und Einwilligung des Fürsten abhalten. Damit wurde allerdings, wie Caro bemerkt, nur ein thatsächliches Verhältniss anerkannt, denn die Staatshoheit ruhte nicht mehr bei dem Könige, sondern bei dem Adel.

Der Adel bildete eine grosse geschlossene Kaste, die neuen Elementen keinen Zutritt gewährte. Innerhalb derselben gab es keinerlei Rangstufen. Man hielt an dem Principe allgemeiner Gleichheit sämmtlicher Edelleute fest.

---

[1]) Vrgl. hierüber Caro, Geschichte Polens. Band III.

Mochten auch einige Familien in der Führung eines Titels, als Fürsten, Grafen oder Barone eine besondere Auszeichnung suchen, factisch begründete derselbe nicht das geringste Recht, auf welches nicht auch das unbemitteltste Mitglied der Adelssippe Anspruch machen konnte. Man that sich auf die Festhaltung dieses Grundsatzes ungemein viel zu Gute; rühmte es auch als eine besondere Eigenthümlichkeit der polnischen Freiheit, dass die Stimme des ärmsten Edelmannes gerade so viel als jene des reichsten Grundbesitzers gelte, dass in der Republik die Stimmen nicht gewogen, sondern gezählt wurden.[1])

Dieses formale Gleichheitsprincip war praktisch eine Chimäre. Nach dem Gesetze sollte allerdings der Edelmann, der nicht eine Hufe sein eigen nennen konnte, gleiche Rechte mit dem Besitzer ausgedehnter Latifundien besitzen, aber diesem standen mannigfache Mittel zur Verfügung, um sich unter den herabgekommenen oder vom Hause aus unbegüterten Genossen einen Anhang zu verschaffen, und auf diese Weise einen massgebenden Einfluss zu gewinnen.

Der Adel erfreute sich einer erklecklichen Anzahl von Sonderrechten. Nicht blos das adelige Gut war steuerfrei, auch sonst belasteten ihn keinerlei Zölle und Auflagen, selbst das Salz, welches auf den dem Staate gehörigen Bergwerken gewonnen wurde, musste ihm kostenfrei verabfolgt werden. Kein Adeliger durfte verhaftet werden, ehe das Urtheil vom Richter gefällt worden war; die Gerichtsbarkeit befand sich in seinen Händen, die höheren geistlichen Stellen und Würden bei den Hauptkirchen blieben ihm vorbehalten; königliche Güter, über welche dem Könige das Verfügungsrecht zustand, konnten nur einem Adeligen verliehen werden.

[1]) Vergl. Hüppe, Verfassung der Republik Polen, Berlin 1867. S. 68.

Auch in andern Ländern hat sich die Aristokratie längere Zeit hindurch grösserer Vorrechte erfreut, allein fast überall fand sich irgend ein Gegengewicht, welches sich den Ausschreitungen derselben entgegensetzte und die bevorrechtete Stellung entweder vollständig brach oder wenigstens einengte. Zumeist waren es zwei Factoren, die dies bewerkstelligten: die erstarkende königliche Gewalt und das emporblühende Bürgerthum. In Polen dagegen hatte es der Adel verstanden, das Königthum zu vollständiger Nullität herabzudrücken, und an einem Bürgerstande slavischer Zunge fehlte es ganz und gar. In den Städten Pommerns, Ost- und Westpreussens wetteiferte die Bevölkerung allerdings an Tüchtigkeit und Energie mit den Communen Deutschlands, aber es waren zumeist deutsche Ansiedler, die später in ihren Rechten beschränkt wurden, die den Grundstock der Bevölkerung bildeten.

Nachdem die männliche Linie des Jagellonenstammes ausgestorben war, wurde die Republik zu einem Wahlreiche erklärt. Der neugewählte König hatte nun regelmässig eine ganze Reihe vom Reichstage entworfener Bestimmungen (*Pacta conventa*) zu beschwören. Ausdrücklich wurde ihm das Recht benommen, sich einen Nachfolger zu ernennen. In seiner Umgebung sollte sich immer eine Anzahl von Senatoren befinden, ohne deren Zustimmung er weder die Gesandten der auswärtigen Höfe empfangen, noch welche absenden durfte. Auch die Vermählung des Königs wurde später an die Zustimmung des Reichsrathes geknüpft. Auf die Entscheidung über Krieg oder Frieden hatte er keinen Einfluss. Es war der Schatten einer königlichen Gewalt, die ihm verblieb. Von der Fülle der Gerechtsame, mit denen selbst in den modernen constitutionellen Staaten der König ausgestattet ist, besass der polnische Monarch nur trümmerhafte Fetzen. Er berief die Reichstage, setzte ihre Verhandlungsgegenstände fest, verlieh den Gesetzen durch seine

Unterschrift Gesetzeskraft; dies war aber auch Alles. An der Verwaltung des Landes hatte er fast gar keinen Antheil, sie lag ganz in den Händen der lebenslänglichen, unabsetzbaren Beamten. Die Ernennung derselben stand ihm allerdings zu, und eine kraftvolle, energische Persönlichkeit hätte hier eine Handhabe finden können, die Machtfülle des Königthums zu erweitern und zu befestigen. Leider fand sich in der ganzen Reihe der Regenten, die seit Heinrich von Valois anderthalb Jahrhunderte hindurch aufeinander folgten, nur ein Einziger, der die volle Fähigkeit und eine Zeitlang auch die energische Thatkraft besass, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. König Stephan Bathory's Streben nach Stärkung der Regierungsgewalt ist in den von ihm gesprochenen Worten ansgeprägt: er wolle kein gemalter König, kein König in abstracto sein. Seine Regierung dauerte jedoch für die Lösung dieser schwierigen Aufgabe viel zu kurze Zeit, um nachhaltige Folgen nach sich ziehen zu können.

Die königliche Macht blieb eine beschränkte, aber an ihre Stelle trat kein anderes Organ, welches die Functionen der Staatsgewalt in vollem Masse hätte ausüben können. Denn, nicht die allerdings sonderbaren Auswüchse der polnischen Verfassung haben dem polnischen Staatswesen jene verfallene Gestalt gegeben, die in nicht geringem Masse das Unglück des Landes verschuldete, sondern der Mangel einer jeden vernünftigen Administration. Die Verquickung derVerfassungs- und Verwaltungsbefugnisse hat nirgends zum Heile geführt, in Polen musste sie bei dem geringen organisatorischen Talente, welches der Nation überhaupt eigen ist, geradezu zum Verderben gereichen.

Die Grenzen der Staatsgewalt festzustellen bleibt doch das wichtigste und schwierigste Problem, mit dem sich der menschliche Geist seit jeher beschäftigt. Jedenfalls münden darin alle staatlichen Bestrebungen; von der Lösung dieser

Aufgabe hängt wohl zumeist die Stellung ab, die sich ein Volk oder Staat im geschichtlichen Leben erringt. Im Alterthum überwucherte vielfach der Staat die Individualität, nahm die Kräfte des Einzelnen fast ganz im Dienste des Gemeinwesens in Anspruch. In Polen ist es das Individuum, welches für die persönlichsten Zwecke sich das Staatswesen dienstbar macht.

Der eigentliche Schwerpunkt der staatlichen Gewalt ruhte seit der Beschränkung des Königthums in dem Reichstage. Allein die Befugnisse desselben waren doch nur begrenzter Natur, da die Landboten an die Ausführung der ihnen ertheilten Instructionen strict gebunden waren. Die Gewalt lag demnach bei den Mandataren, bei der Nation. Der föderative Charakter des Staatsorganismus tritt dadurch am deutlichsten hervor, dass die Landboten nicht als Vertreter des Gesammtreiches, sondern blos der Landschaften, von denen sie gewählt waren, erscheinen. Auch mussten sie am Schlusse des Reichstages ihren Wählern von ihrem Gebahren Rechenschaft ablegen. Durch dies Verhältniss waren die Mitglieder bei der Berathung gesammtstaatlicher Fragen fortwährend von kleinlichen Rücksichten auf die speciellen eigenartigen Interessen ihrer Provinz oder Landschaft geleitet, der Blick auf das grosse Ganze getrübt. Weil nur der Adel die Landboten aus seiner Mitte entsendete, die grosse Masse des Volkes vollständig unvertreten war, so fanden die Bedürfnisse desselben keine Berücksichtigung. Die polnische Freiheit, auf welche die Nation so stolz war, war nur das Privileg der Adelskaste.

Das grösste Gebrechen bestand jedoch darin, dass der Verfassungsapparat nicht mit der nöthigen Regelmässigkeit arbeitete. „Das stürmische Meer des polnischen Parlamentarismus,“ sagte der Woywode von Posen im 18. Jahrhunderte, „wird Niemand so glücklich sein, zu ergründen oder zu beschreiben.“ Tumultuarische Versammlungen gehörten

zu den gewöhnlichen Erscheinungen. Es war kaum anders möglich, da Befugte und Unbefugte an den Sitzungen Antheil nahmen, die Zuhörer in bunter Reihe mit den Abgeordneten beisammen sassen. Der Grundsatz, dass sich die Minderheit dem Fortgange der Berathungen entgegensetzen kann, fand schon im 16. Jahrhundert Anwendung. Die Versammlungen wurden auf diese Weise unterbrochen, oder, wie der technische Ausdruck in Polen lautete, zerrissen. Seit 1652 trat nun als consequente Fortbildung die Erscheinung zu Tage, dass das Veto eines einzigen Landboten jede weitere Verhandlung hemmte und die Frucht mehrwochentlicher oder mehrmonatlicher Berathungen illusorisch machte.

Um die Staatsgewalt, die in dem Reichstage ruhte, nicht zur vollständigen Unthätigkeit zu verurtheilen, griff man zu einem Mittel, welches im Grunde genommen die Revolution für rechtlich permanent erklärte, oder wie ein Pole sich ausdrückt: die Unordnung wurde in die Form des Rechts gekleidet. Es ist dies die Conföderation. Der polnische Adel nahm es als eine ihm gesetzlich zustehende Befugniss in Anspruch, sich zur Erreichung bestimmter Zwecke, zur Vertheidigung eigener Gerechtsame, zur Erhaltung des Reichs und zur Sicherheit gegen die Staatsgewalt mit einander zu verbinden. Eine derartige Conföderation umfasste nicht immer den Gesammtadel der Republik, in welchem Falle man sie Generalconföderation nannte, sondern beschränkte sich vielfach auf eine Provinz. Auch das Königthum bediente sich dieses Mittels, um eine schon bestehende Conföderation durch Bildung einer neuen zu sprengen. Die Theilnehmer an einer derartigen Vereinigung, mochten ihre Absichten welcher Art immer sein, konnten nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Selbst Reichstage eigneten sich die Formen der Conföderation an, wenn es galt, irgend welche Beschlüsse durchzusetzen, die in den regelmässigen Verhandlungen des Vertretungskörpers bei der geforderten Stimmeneinhelligkeit

nicht zu erreichen waren. Die Legalität nahm die Form der Revolution an. Während der Dauer solcher Conföderation ruhte die Staatsgewalt, indem sämmtliche Functionen derselben auf jene übergingen. Die Conföderation erhob die Steuern, übte die richterliche Gewalt aus, organisirte die Bewaffnung, berief die Versammlungen und löste sich erst auf, wenn sie ihre Ziele erreicht hatte. Ganz richtig bemerkt ein Schriftsteller: Wo alle Augenblicke verfassungsmässig an Stelle des in gesetzmässige Schranken gebannten Königs und der Republik „die conföderirte Republik" treten konnte und sogar treten sollte, mit allen Mitteln individueller Gewaltübung und mit ihrem Gefolge von Klagen und Protesten, da war die Anarchie permanent und ein eiserner beständiger Despotismus nothwendig geworden. [1])

Auch in den wirthschaftlichen Verhältnissen trat der trostlose Zustand der Republik in schneidender Weise hervor. Weder die Privatwirthschaft des Einzelnen, noch die öffentliche Wirthschaft des Staates bieten dem Beschauer einige Seiten dar, auf welchen er auch nur mit geringem Behagen verweilen könnte. Der Ackerbau, der wichtigste Erwerbszweig des Landes, hatte die primitiven Stadien seiner Entwickelung nicht überschritten. Mit ausserordentlich seltenen Ausnahmen hat der polnische Adel sich wenig Mühe gegeben, dem in manchen Gegenden überaus fruchtbaren Grund und Boden eine intensivere Pflege zuzuwenden. Noch weit nachtheiligere Folgen als anderswo hat hier der gebundene Zustand der Bauernschaft nach sich gezogen. Kein starkes Königthum konnte hier den Uebermuth und Druck der Gewissenlosigkeit und des Unverstandes des Adels auch nur einigermassen lindern. So lange der Bauer gegen Ueberbürdung und Willkür von Seite der Grundherren geschützt wurde, erfreute er sich auch einiger Wohlhabenheit; allein

[1]) Hüppe, die Verfassung Polens, S. 159.

seit dem Ende des 16. Jahrhunderts war die königliche Gewalt unfähig einzugreifen.[1]) Die Könige mussten sogar darauf Verzicht leisten, den bäuerlichen Unterthanen rechtliches Gehör zu geben. Ein drastisches Bild polnischer Zustände entwirft der königliche Schriftsteller Stanislaus Leszczinski. Polen, sagt er, ist das einzige Land, wo die Masse des Volkes aller Rechte der Menschheit entbehrt. Ein Edelmann verdammt hier seinen Unterthanen selbst ohne irgend einen legitimen Grund, noch häufiger ohne rechtliches Verfahren und ohne alle Förmlichkeit. Man betrachtet die Bauern als Geschöpfe einer ganz anderen Art und verweigert ihnen fast die Luft, die sie einathmen; zwischen ihnen und den Thieren, die die Felder pflügen, ist kaum ein Unterschied.

Dass Handel und Industrie nicht über die ersten Stadien der Entwicklung hinausgekommen waren, versteht sich ohnehin von selbst. Wer sollte sich auch damit beschäftigen? In ähnlicher Weise wie in Spanien verachtete der Adel jede gewinnbringende Thätigkeit, die nur durch harte Arbeit zu erringen war. Die Germanisirung der Marken, Pommerns und Preussens hätte eine belebendere Einwirkung auf das Sarmatenreich ausüben können, wenn der Pole für derartige Anregungen überhaupt fähig gewesen wäre. Danzig's Blüthe war nicht das Verdienst des polnischen Stammes. Der gesammte Verkehr lag in den Händen der deutschen Colonisten und der Juden, welch letztere namentlich ein höchst wichtiges Element der Bevölkerung bildeten. Schon am Ende des 12. Jahrhunderts in grösserer Anzahl im Lande zerstreut, bemächtigten sie sich hier wie anderswo, wo der herrschende Stamm des Landes in mercantiler und industrieller Unthä-

---

[1]) Belehrend: Hasenkamp, De Rusticorum Regni Poloniae Saec. XIV—XVI conditione. Regiom. 1853. Lelewel, Betrachtungen über den politischen Zustand des ehemaligen Polens. Leipzig 1841.

tigkeit beharrte, des Handels und der Industrie. Im ganzen Mittelalter repräsentiren sie fast überall das bewegliche Element gegenüber dem starren unbeweglichen Ackerbaustaate. Von einsichtigen Fürsten, die in dem Emporkommen der Gewerbe einen Fortschritt begrüssten, erhielten sie Schutz und Privilegien, und soweit es die Umstände gestatteten, auch Sicherstellung gegen die pöbelhaften Angriffe der Massen. Vom Anfang ihrer Ansiedelung im Lande fiel ihnen der Kleinverkehr zu. Der Geldhandel lag ganz in ihren Händen, sie borgten gegen Faustpfand, und es fehlte nicht an Klagen über die wucherischen Zinsen der Darleiher. Die nationalökonomische Wahrheit, dass in dem hohen Zins auch die Assecuranzprämie für unberechenbare Verluste enthalten ist, war dem adeligen Polen noch nicht aufgegangen. Unter allerlei Vorwänden suchte sich der Schuldner den Verpflichtungen zu entziehen und machte sich auch oft ein Verdienst daraus, wenn er das Gut nicht zurückerstattete, das Pfand mit Waffengewalt zurückforderte. Angriffe gegen Leib und Leben waren nicht selten, und der Jude musste noch seinem Schöpfer danken, wenn er mit einzelnen Wunden davonkam.

Um das verschuldete und unverschuldete Unglück voll zu machen, wurden dem Lande auch die religiösen Wirren nicht erspart. Ehe der Adelsrepublik, wie ein geistvoller Historiker sich ausdrückt, im Osten Europas dieselbe Aufgabe zufiel, der Philipp II. im Westen nachstrebte, die Beherrschung der Welt im Namen des katholischen Glaubens zu übernehmen, [1]) hatte es eine Zeitlang den Anschein, dass auch die katholisch-slavische Welt von der gewaltigen reformatorischen Bewegung würde ergriffen werden. Schon

[1]) Sybel, Gesch. d. Revol. 2. Aufl. Bd. I. 157—59. Die Parallele mit Spanien zuerst von einem Polen, dem Historiker Lelevel, gezogen, in der Revue du Nord 1835.

früher hatten die Ideen des Johann Huss in Polen Eingang und in mannigfachen Kreisen Aufnahme gefunden. Die adelige Jugend, die damals in grösserer Anzahl die Prager Universität besuchte, sog daselbst jene Grundsätze ein, denen der böhmische Reformator mit Eifer und Gewandtheit Ausdruck gab. Auch am königlichen Hofe fanden die hussitischen Lehren Anklang. Es fehlte in Polen, ähnlich wie anderswo, nicht an Klagen über die Herrschsucht und Verweltlichung der Geistlichkeit, und insbesondere die hierarchischen Gelüste des Clerus, eine bevorrechtete Stellung innerhalb des Staates zu erlangen, riefen die Opposition des Adels, der an dem Principe der Gleichheit sorgsam festhielt, hervor.

Auch das Königthum wehrte damals dem übergreifenden Einflusse des Papstes. Kasimir sagte: er wolle lieber die Herrschaft verlieren, als zugeben, dass Jemand wider seinen Willen Bischof in Polen werde. Die Ansichten von der selbstständigen Stellung des Königthums wurden von den höchsten Würdenträgern getheilt. Der König habe nur Gott über sich, behaupteten sie; dem Oberhaupt der Kirche müsse man allerdings Gehorsam erweisen, aber nur in geistlichen Dingen, nicht in weltlichen.

Die Lehren Luthers fanden bald in Polen Eingang und Verbreitung. Die deutsche Bevölkerung in den unter polnischer Oberhoheit stehenden preussischen Städten fiel denselben fast ausnahmslos zu. Danzig ging mit seinem Beispiele voran. Kaum war die Kunde, dass Luther seine berühmten Thesen an der Schlosskirche von Wittenberg angeschlagen hatte, hieher gedrungen, als ein Mönch — Johann Knade ist sein Name — die Kutte ablegte, ein Weib nahm und sich offen gegen das Papstthum erklärte. Tiefere Wurzeln schlug der Calvinismus, der in einigen Gegenden Polens das Lutherthum ganz verdrängte. In Kleinpolen wurde Krakau die wichtigste reformirte Gemeinde. In Lithauen

begünstigte die erste Familie des Landes die Lehre Calvins. Fürst Nikolay Radziwill, der Schwarze zubenannt, bot seinen ganzen mächtigen Einfluss auf, dem calvinischen Bekenntnisse Eingang zu verschaffen. Kaum der tausendste Theil der Bevölkerung soll der katholischen Kirche treu geblieben sein; von hier aus verbreitete sich der Calvinismus nach Weissrussland, Podolien und Samogitien.

Selbst der dem Katholicismus treu bleibende Theil des Adels verschloss sich nicht ganz den neuen Ideen. Der Clerus musste nicht blos von Protestanten sich mancherlei Anklagen gefallen lassen, fast allgemein findet sich die Tendenz, eine Beschränkung seines Einflusses durchzusetzen. Auf dem Reichstag zu Piotrkow 1552 nahm der Adel die Befugniss der Rechtsprechung in Glaubenssachen für die weltlichen Stände in Anspruch. Der Ruf nach einer Beschränkung der bischöflichen Gewalt war fast ein einstimmiger. Die Forderung nach einer allgemeinen Nationalsynode fand grossen Anklang, ein darauf bezüglicher Antrag wurde einmal sogar von dem Primas befürwortet. Auf dem Reichstage zu Lublin waren den Berichten zufolge die meisten Senatoren und Landboten Bekenner der lutherischen und kalvinistischen Lehre. Schon einige Jahre früher wurde auf dem Reichstage zu Wilna die Erklärung von dem Könige abgegeben, dass die Würden von Senatoren und Landboten ausnahmslos allen christlichen Confessionen zugänglich seien; selbst mehrere Bischöfe unterschrieben diesen Beschluss. Polen stand durch diese Gleichstellung der christlichen Glaubensbekenntnisse im 16. Jahrhundert einzig da. Während in anderen Ländern gegen Andersdenkende mit Scheiterhaufen und Schaffot gewüthet, in protestantischen Gebieten die katholische Lehre verfolgt wurde, gab die Adelsrepublik ein würdiges Beispiel der Religionsduldung.

Diese freisinnigen Grundsätze wurden nach dem Tode Sigismund August's von der Conföderation im Jahre 1573

festgehalten. Feierlich und eidlich gelobten die Polen für ewige Zeiten den Frieden unter einander zu halten, wegen Uebung irgend einer Religion oder wegen Abänderung des Gottesdienstes kein Menschenblut zu vergiessen, deshalb keine Einziehung der Güter, Verlust der Ehre, Gefängniss oder Vertreibung zu verhängen, endlich der Obrigkeit bei einem des Glaubens wegen eingeleiteten Strafverfahren keinen Vorschub zu leisten, selbst wenn sich dieselbe auf frühere Gesetze berufen sollte.[1]) Der Widerspruch der geistlichen Würdenträger verhallte, der Bischof von Krakau unterzeichnete den Artikel.

Die katholische Lehre befand sich in einer grossen Gefahr; Rom bot alle Mittel auf, um der weiteren Verbreitung der Ketzerei in den slavischen Ländern Einhalt zu thun. Der päpstliche Nuntius wurde von den Jüngern Loyola's getreulich unterstützt. Schon unter dem Nachfolger Heinrich's von Anjou, Stephan Bathory, gelang es der katholischen Partei, einige Erfolge zu erzielen. Der König war zwar einsichtig genug, die Forderung des päpstlichen Legaten, die Aemter nur mit Katholiken zu besetzen, in den königlichen Städten nur den katholischen Gottesdienst zu gestatten, abzulehnen, allein sonst griff er, so weit er eben konnte, der katholischen Gegenreformation unter die Arme. Die Jesuitencollegien zu Krakau, Pultusk und Grodno wurden durch königliche Unterstützung gefördert. Der König stimmte dem päpstlichen Gesandten bei, dass künftighin die Bisthümer nur mit Katholiken besetzt werden sollen; selbst auf weltliche Angelegenheiten gestattete er ihm eine weitgehende Einflussnahme.

Welch starke Wurzeln die katholische Gegenbewegung fasste, zeigte sich bei der Wahl des schwedischen Prinzen

---

[1]) Reimann, die polnische Königswahl von 1573 in Sybel's histor. Zeitschrift Bd. 11 S. 97.

Sigismund, dessen streng katholische Gesinnung die Hoffnungen Roms stärkte. Auch er beschwor die Pacta conventa, bestätigte die Rechte der Dissidenten. Aber er fand Mittel, die katholische Partei zu kräftigen. Die Verleihung der Würden und Aemter, deren Anzahl eine beträchtliche genannt werden konnte, war bei aller Beschränkung der königlichen Gewalt unverkürzt geblieben. Bei dem bekannten Eigennutze der Polen war dies ein grossartiger Hebel für die katholisch-jesuitische Partei. In der That machte Sigismund von seinem königlichen Rechte ganz im Sinne Roms Gebrauch. Nicht blos die geistlichen, auch die weltlichen Stellen wurden nur mit Katholiken besetzt. Die Bestrebungen der Jesuiten trugen bald reiche Frucht. Die von denselben geleiteten Schulen waren überfüllt; in den Reihen des protestantischen Adels fanden massenhafte Uebertritte zum Katholicismus statt. Beim Regierungsantritte Sigismund's waren die Katholiken im Senate nur spärlich vertreten, man zählte deren kaum sechs; die überwiegende Mehrzahl waren Akatholiken; bei seinem Tode waren dieselben auf 3 bis 4 Personen zusammengeschrumpft. Die Katholiken bemächtigten sich der Kirchen, die in den letzten Decennien von Protestanten benützt worden waren, alle Klagen und Appellationen fruchteten nichts. Nur in den Städten behauptete sich der Protestantismus trotz aller Unbill, die er zu erfahren hatte; in den polnisch-preussischen Städten gehörte ihm die Mehrheit der Bewohner an. Hier waren die jesuitischen Umtriebe machtlos. Ueber die Stellung der alten Lehre sprach sich der päpstliche Nuntius in bezeichnender Weise aus; vor Kurzem, schrieb er, konnte es scheinen, als würde die Ketzerei den Katholicismus in Polen vollends beseitigen; jetzt trägt der Katholicismus die Ketzerei zu Grabe.[1])

---

[1]) Ranke, Päpste. II. 362, ff. 368.

Verhängnissvoller als die Bekämpfung der protestantischen oder calvinistischen Lehre war das Vorgehen gegen die Bekenner der griechischen Kirche. Schon im 14. Jahrhundert war die Anzahl derselben durch die Eroberung der russischen Provinzen unter Kasimir eine nicht unbeträchtliche, später machte sie einen bedeutenden Theil der Bevölkerung des polnischen Staates aus. Der griechischgläubige Adel Lithauens hatte Anfangs auch dieselben Rechte, wie der katholische Polens, in dem Senate wurde eine Anzahl Stellen mit ihm besetzt. Nur der geistliche Stand war unvertreten.

Die Jesuiten richteten ihre Thätigkeit auch gegen die orthodoxe Kirche. Ihren Bemühungen gelang es wenigstens einen Theil der Bekenner derselben zur Union mit Rom zu bewegen und innerhalb der griechischen Kirche jene Spaltung hervorzurufen, die für Polen folgenreich werden sollte. Seitdem der Metropolit von Kiew, der Erzbischof von Polock und vier Bischöfe die Oberhoheit des Papstes anerkannt hatten (1596), hörte die Zwietracht zwischen den Unirten und Nichtunirten nicht auf. Die Streitigkeiten um Güter und Stellen wurden nie beigelegt; da von Seite des Staates die ersteren begünstigt wurden, so sahen die letzteren in dem mächtig aufstrebenden russischen Nachbarstaate den einzigen Schutz für künftige Beeinträchtigung. Die Verstimmung und der Missmuth arteten mit der Zeit in bittern Hass aus; auch an Aufständen fehlte es nicht, nachdem die staatlichen Versprechungen, alle Aemter in den Gegenden der Nichtunirten mit Orthodoxen zu besetzen, schlecht gehalten wurden, und der gemischte Gerichtshof, der bei Streitigkeiten mit Katholiken die Entscheidung fällen sollte, zumeist zu Gunsten der römisch gesinnten Glaubensgenossen entschied. Nur wenige Staatsmänner glichen dem Kanzler von Lithauen, Leon von Sapieha, der Weite des Blickes genug besass, um rechtzeitig die grosse Gefahr zu erkennen,

die aus diesem angefachten Streite dem polnischen Staate erwachsen sollte. Ihr habt den gefährlichen Funken angefacht, schrieb er 1622 dem unirten Erzbischof von Polock, der einen allverheerenden Brand hervorzubringen droht. Die Union hat nicht Freude gebracht, sondern nur Zwietracht, Streit und Störung; es wäre weit besser gewesen, wenn sie nie stattgefunden hätte."

Ein neuer Geist, der bisher der Adelsrepublik fremd war, hielt in Polen seinen Einzug: Zelotismus und Unduldsamkeit. Die Reihen des Adels orthodoxen Glaubens lichteten sich, die Aussicht auf Aemter und Würden übte eine gewaltige Anziehungskraft aus und bewerkstelligte den Uebertritt der bedeutendsten lithauischen Adelsgeschlechter vom griechischen zum lateinischen Ritus.

Von bedeutsamen Folgen wurde für Polen, dass Russland sich in die Streitigkeiten der Republik mit den Orthodoxen einzumischen begann. König Kasimir III. ahnte die Gefahr und suchte die Gährung in der Ukraine durch bestimmte Versprechungen zu beschwichtigen. Sie wurden jedoch nicht gehalten; die Bischöfe bestritten dem Könige das Recht, in einem Vertrage etwas zum Nachtheile der Kirche einzuräumen. Die Kosaken machten kurzen Process; sie unterwarfen sich dem Czar, wie sie ausdrücklich erklärten, wegen Beeinträchtigung ihrer religiösen Freiheit.[1]) Die Streitigkeiten unter den kirchlichen Parteien dauerten in Polen ununterbrochen fort; die feierliche Bestätigung der Rechte der Nichtkatholiken bei derWahl der Könige schützte Protestanten und Nichtunirte nicht vor Beinträchtigung. Sobieski erkannte diesen Krebsschaden des polnischen Staatswesens und sprach auf dem Sterbebette die Ueberzeugung

---

[1]) Pichler, Geschichte der kirchlichen Trennung zwischen dem Orient und Occident. München 1865. Bd. II. S. 91—117.

aus, dass Polen unter dem Gezänke der religiösen Parteien zu Grunde gehen müsse.[1])

Nach Innen national nicht geeint, durch religiöse Zwiste gespalten, wirthschaftlich ruinirt, financiell herabgekommen, öffnete der polnische Staat durch die Wahlfreiheit der Könige den Einmischungsgelüsten des Auslandes Thür und Thor. Diese mussten sich steigern, je aussichtsloser der Zustand der Republik wurde und in einem schroffen Gegensatze gegen die erstarkende Macht der Nachbarstaaten stand.

In unmittelbarer Nähe der Republik vollzog sich seit dem Ende des 15. Jahrhunderts eine Reihe bedeutsamer Veränderungen. Die österreichische Linie des habsburgischen Hauses begründete ihre Weltstellung, die auf die osteuropäischen Verhältnisse unabhängig von der Kaiserwürde in die Wagschale fiel. Die schwedische Macht kam empor; hart an der Grenze war jener protestantische Staat im Bilden begriffen, dessen Entwicklung im Gegensatze zur Republik sich vollzog: Preussen; die später verhängnissvolle Macht Russlands warf schon damals ihren Schatten voraus, endlich bedrohte das Einstürmen der Türken den Bestand der Republik.

Die habsburgische Politik hat sich frühzeitig mit dem Polenstaate beschäftigt und sich zu demselben in einer um so grösseren Opposition befunden, da sie ihr Augenmerk auf die Erwerbung der böhmischen und magyarischen Lande richtete, auf welche Polen eine grosse Anziehungskraft auszuüben schien. Als der Heimfall Böhmens und Ungarns für die österreichisch-habsburgische Linie gesichert war, suchte man bei der Wahl des republikanischen Oberhauptes einem Habsburger den Sieg zu sichern. Nach dem Scheitern

[1]) Chodzko, Geschichte Polens von Gruner. Berlin 1862. S. 276.

dieser Pläne trat man in scheinbar freundschaftliche Beziehungen zur Republik, die bei den fortwährenden Türkenkriegen von grosser Bedeutung wurden. Eine Erstarkung des polnischen Gemeinwesens lag nicht im Interesse Oesterreichs; so viel Selbstentsagung und Einsicht besass man in Wien nicht, um in dieser Richtung seinen durch die Jesuiten unterstützten gewichtigen Einfluss in Warschau geltend zu machen. Weil Oesterreich nicht nach der Erwerbung einzelner Gebietstheile Polens strebte und die Phrase von der Nothwendigkeit der Erhaltung des polnischen Staates im Munde führte, verwandelte sich die früher begründete Abneigung in Sympathie, und man gewöhnte sich an der Weichsel daran, in dem Donaustaate eine befreundete Macht zu sehen.

Die ersten bedeutsamen Verluste sollte die Republik durch Schweden erleiden. Die Wahl Sigismunds III. aus dem Hause Wasa war verhängnissvoll für Polen. Der Krieg mit Schweden konnte nur durch Abtretung eines Theils von Livland beendet werden. Die Republikaner hatten für die schwierige Lage ihres Staates kein Verständniss. Während Schwedens und Russlands militärische Macht an Bedeutung gewann, vergeudeten sie Zeit und Kraft mit inneren Streitigkeiten und beschränkten den König Wladislaw IV. auf das blosse Gerücht, er wolle die Macht des Adels brechen, auf eine Ehrenwache von 1200 Mann und verboten ihm das Halten anderer Truppen zu einer Zeit, als die Stärkung der militärischen Hilfsmittel gebotene Pflicht war. Schweden warf gierige Blicke auf das ganze polnische Gebiet bis zu den Flüssen Netze, Warthe, Bug und Niemen. Wäre der Plan Karl Gustavs zur Durchführung gelangt, so hätte die Republik den Rest von Livland, West-Preussen, einen Theil von Posen, Masovien und Lithauen verloren, und wäre überhaupt aus der Reihe der selbstständigen Mächte schon unter Johann Kasimir's Regierung gestrichen

worden. Denn die Schwäche der Republik war eine notorische Thatsache, und schon im 17. Jahrhunderte tauchten die ersten Projecte einer Theilung Polens auf.

So weit kam es damals noch nicht. Carl Gustav drang in Grosspolen ein, wo sich der Adel unterwarf, nahm Warschau, bemächtigte sich Kleinpolens und eines Theiles von Lithauen.[1]) Polen schien verloren, denn kurz zuvor hatte auch der Czar für seine Glaubensgenossen, die ukrainischen Kosaken, zu den Waffen gegriffen. In Lithauen wurden die wichtigen Städte Polock, Smolensk, Witepsk von den Russen erobert (1654), im folgenden Jahre fielen Minsk, Wilna, Kowno, Grodno und Lublin in ihre Hände. Der Czar gedachte diese weiten Gebiete dauernd zu erwerben und nahm den Titel Grossfürst von Lithauen, Westrussland, Volhynien und Podolien an. Blos in der Ukraine behaupteten sich die polnischen Waffen. Nur das Dazwischentreten des Wiener Hofes und die Conföderation einiger Patrioten zu Tiszowice retteten das Land vom völligen Untergange. Oesterreich vermittelte einen Waffenstillsand zwischen dem Czar und der Adelsrepublik auf Grundlage des Status quo, aus leidiger Abneigung gegen die protestantischen Staaten. Polen sollte damals von seinem Geschicke, aus der Reihe selbstständiger Staaten zu verschwinden, noch nicht ereilt werden. Allerdings erlitt es schliesslich einen bedeutenden Verlust an Land und Leuten. Durch den Vertrag von Warschau wurde der grosse Kurfürst von der polnischen Oberhoheit über Preussen befreit, Schweden durch den Tractat zu Oliva mit einem Theile Livlands abgefunden, mit dem Czaren nach dem wieder ausgebrochenen Kriege ein Waffenstillstand geschlossen, der demselben Smolensk, Czernikov, die Ukraine jenseits des Dnieper und später auch Kiew beliess.

---

[1]) Geiser-Carlsson, Geschichte Schwedens. Bd. IV, S. 108.

Die Gefahr für Polen war vorläufig beschworen. Aber anstatt der Consolidirung des Staatswesens die volle Kraft zuzuwenden, verzettelte man dieselbe in neuen Kämpfen. Ein Bürgerkrieg brach aus: Lubomirski erhob die Waffen gegen den König, dessen Truppen geschlagen wurden. Der Friede zu Lengowice bestätigte die Forderungen der Aufständischen. Das Schicksal der Republik ahnend, rief damals Johann Kasimir aus: Bei unsern inneren Unruhen und Zwistigkeiten haben wir einen Angriff und eine Theilung der Republik zu fürchten. Gott gebe, dass ich ein falscher Prophet sei, aber ich meine, der Moskowiter werde Lithauen, der Brandenburger Grosspolen und Preussen und Oesterreich Krakau und die angrenzenden Länder nehmen.

Der letzte Wasa, der die Cardinalswürde mit dem Königthum vertauscht hatte, dankte ab und widmete sich wieder dem geistlichen Stande. Michael Viesnoviecki trug über den Gegen-Candidaten, den Herzog von Condé d'Enghien, den Sieg davon. Die französisch gesinnte Partei spann Ränke zu seiner Entthronung, ein Bürgerkrieg wurde mit Mühe abgewendet. Die Türken benützen diese Wirren, bemächtigen sich Podoliens und der Ukraine und besetzen die Grenzfeste Kamieniec. In dem Vertrag zu Buzacz verpflichtet sich Michael zu einem Tribute an die Ungläubigen. So glänzend scheinbar die Regierung seines Nachfolgers Johann Sobieski nach Aussen war, nach Innen war er nicht im Stande, den unaufhörlichen innern Streitigkeiten ein Ende zu machen.

Die Erhebung des Kurfürsten von Sachsen auf den polnischen Thron war ein Unglück für das Land. Polen gerieth in den nächsten Decennien in vollste Abhängigkeit von Russland. Nur russischer Unterstützung hatte August II. seine Wiedereinsetzung in Polen nach der Schlacht von Pultawa zu danken. Gegen die fortwährende Einsprache der Republik setzten sich die russischen Truppen im Lande fest,

brandschatzten, plünderten und fügten dem Lande fast eben soviel Schaden zu, als die Feinde, die Schweden. Die Conföderation von Sendomir, die sich bei ihrer Bildung zum Zwecke gesetzt hatte, das Land von den fremden Kriegsschaaren zu befreien, erzielte keine Resultate. Die innere Zwietracht dauerte bis zum Jahre 1717. Russischer Vermittlung gelang es damals, den Frieden zwischen dem Königthum und dem oppositionellen Theil des Adels wiederherzustellen. Nur in einem Punkte zeigte der polnische Adel trotz aller Parteiungen und Zwistigkeiten eine merkwürdige Einstimmigkeit: in der Beschränkung der Rechte der Dissidenten.

Der Nachfolger August's II. wurde den Polen durch russische Waffen förmlich aufgedrungen. Während seit dem 16. Jahrhundert österreichischer und französischer Einfluss sich fortwährend bekämpft hatten, traten einander in dem 18. Jahrhunderte Frankreich und Russland gegenüber. Die Unterstützung Oesterreichs erleichterte der nordischen Macht den Sieg. In Wien hatte man theils keine Ahnung von den Folgen dieser Politik, in dem Wahne, dass auch Russland nichts anderes anstrebe, als den anarchischen Zustand der Republik zu verewigen. Oesterreich hat am meisten das Vordringen der russischen Macht befördert, trotz aller Abneigung die man gegen eine Verbindung mit derselben empfinden mochte. Die Polen waren pflichtvergessen und kurzsichtig genug, um die Gunst der russischen Kaiserin zu buhlen. Förmliche Wallfahrten nach Petersburg begannen, man machte sich daselbst ein Verdienst daraus, Conföderationen zu Gunsten des Königs zusammenzubringen, und erbettelte nebenbei Geldgeschenke.

Obzwar der sächsische Stamm mehr als ein halbes Jahrhundert lang die polnische Krone trug, feste Wurzeln fasste er im Lande nicht. Durch Begünstigungen allerlei Art, insbesondere durch Verleihung grosser Domänen, durch

Austheilung von Würden und Aemtern gelang es wohl eine Anzahl polnischer Grossen zu gewinnen, ohne jedoch dauernd ihre Sympathien zu erwerben und jenes Band zu knüpfen, welches in den andern monarchischen Staaten Europa's sich zwischen Herrscher und Volk herausbildete. Der Eigennutz des polnischen Adels wurde im vollsten Masse von August II. und seinem Nachfolger, August III., befriedigt, aber die sächsischen Fürsten blieben den Polen immer Fremde, und die beiden Männer, die nacheinander mit der polnischen Krone geschmückt worden waren, besassen auch nicht jene Eigenschaften, um ihre Stellung zum Heile des Landes und zur Befestigung der Verbindung Polens mit Sachsen verwerthen zu können. Der glänzende Hofstaat der Auguste bestrickte den für Aeusserlichkeiten empfänglichen Sinn der Nation. Die Nachahmung Ludwigs XIV. erfreute die republikanischen Gemüther ungemein. Schon sahen sie in Warschau ein neues Paris erstehen, seit längerer Zeit ein gewaltiger Magnet für bildungsbeflissene Polen; französische Sitte bürgerte sich in den Haushaltungen vornehmer Polen ein und übertünchte mühselig mit gleissnerischem Schein die innere Unbildung, ja Rohheit. Frauen gewannen einen massgebenden Einfluss auf die Geschäfte, spannen Ränke und steigerten die ohnehin nicht geringe Unordnung, die schon seit lange der polnischen Verwaltung eigenthümlich war. Nur die Laster Frankreichs fanden in Polen eine neue Stätte, von jenen grossen Fortschritten, die unter Ludwig XIV. durch die Thätigkeit grosser Staatsmänner durchgeführt worden waren, wurde bei der Nachahmung des leuchtenden Vorbildes ganz abgesehen. Die Erfahrungen des 17. Jahrhunderts konnten genugsam darlegen, wie sehr die Vertheidigung des Landes im Argen liege; sie blieben wirkungslos. Weil bisher durch das Dazwischentreten Dritter der polnische Staat vor vollständiger Vernichtung bewahrt worden war, baute man auch für die Zukunft zumeist auf Gott, der ja

der polnischen Nation immer günstig gewesen und auch künftighin seine schützende Hand werde walten lassen. Auf Verträge fussend, wähnte man sich dadurch dauernd gegen die Eingriffe und Uebergriffe der Nachbarstaaten geschützt, und der Gedanke von der Nothwendigkeit eines polnischen Reiches zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts fand in den Kreisen der republikanischen Staatsmänner die scharfsinnigsten und beredtesten Anwälte.

Polnische Schriftsteller haben uns ein trauriges Bild von den trostlosen Verhältnissen der Republik im 18. Jahrhundert gezeichnet. Auch den Zeitgenossen waren die Mängel und Gebrechen des gesammten Staatswesens nicht unbekannt. Schärfer und einschneidender kann der damalige Zustand nicht gezeichnet werden, als es der erste Würdenträger, der Primas gethan. „Dieses Königreich“, sagte er, „gleicht einem offenen Hause, einem von Winden umbrausten Gebäude. Die Gesetze sind ausser Kraft, die Tribunale sind nicht in Wirksamkeit, der Meineid an der Tagesordnung, das Münzwesen verschlechtert, die Städte verwaist, die öffentlichen Märkte verödet. Jeder will gebieten, jeder sucht einige Starosteien zu erhalten, die doch den Würdigsten zufallen sollten. Ueberall Zerstörung, nirgends Aufbau. Nur der Himmel kann schützen und helfen, dass das Reich nicht zu Grunde gehe.“

Drittes Capitel.

Das preussisch-russische Bündniss.

Lange vor dem Ableben August's III. beschäftigten sich die betheiligten Kreise mit der Wahl seines Nachfolgers. Ludwig's XV. Mussestunden waren seit der Mitte der vierziger Jahre damit ausgefüllt, dem Prinzen von Conti den Thron zu verschaffen. Eine polnische Deputation, die sich im Jahre 1745 nach Paris begeben hatte, um diesen Antrag zu stellen, gab dazu die äussere Veranlassung. Die geheime diplomatische Thätigkeit, die Ludwig seitdem hinter dem Rücken seiner Minister entfaltete, concentrirte sich zumeist auf Polen. In Wien war man mit diesen Plänen genau vertraut, und schon Bartenstein war nicht müssig, dieselben zu kreuzen. Durch die innige Verbindung mit Russland hatte man einen wichtigen Bundesgenossen gewonnen, und die Opposition gegen Frankreich steigerte sich um so mehr, als man von verschiedenen Seiten Berichte erhielt, dass auch Friedrich mit Ludwig einverstanden sei. In Petersburg sprach der englische Gesandte sogar von einer Abtretung Polnisch-Preussens an Friedrich, um welchen Preis dieser für den Plan des französischen Cabinets gewonnen worden sei. [1])

Diese vermeintliche Betheiligung Preussens an den französischen Umtrieben in Polen bot Oesterreich damals

---

[1]) Extrait de Precis de ce que l'envoyé d'Angleterre M. de Guydikens a dit en Conference au Ministre de la Russie. Beilage zum Berichte Funk's vom 3. Februar 1755. (Dresdener Archiv.)

eine Handhabe, um den Beitritt Sachsens zu dem russisch-österreichischen Bündnisse vom Jahre 1746 zu betreiben, unter dem Versprechen, dem Kurprinzen zur Erlangung des polnischen Thrones, allerdings ohne Waffengewalt anzuwenden, behilflich sein zu wollen.[1])

Das von Oesterreich nach Sachsen übersendete Memoire machte in den massgebenden Kreisen einigermassen Eindruck. In einer Conferenz, die am 14. Juli 1753 abgehalten wurde, und an welcher sich nebst Brühl, Mniszek, Flemming, die Gesandten Russlands und Englands betheiligten, wurde die polnische Frage eingehend erörtert. England hatte diese Berathung und eine hierauf bezügliche Beschlussfassung ausdrücklich gefordert. Brühl lehnte ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Oesterreich und Russland vorläufig ab, da er befürchtete, sich in der anderen Frage, welche damals die diplomatischen Kreise ungemein beschäftigte, nämlich bezüglich des russisch-österreichischen Vertrages, die Hände zu binden. Die Sicherung der Krone Polens allein genügte dem sächsischen Premierminister nicht, er wünschte noch andere greifbarere Vortheile zu erlangen. Nur einer Präliminarvereinbarung mit den Mächten redete er das Wort, um noch bei Lebzeiten des Königs dem Kurprinzen die Succession in Polen sicher zu stellen. Frankreich sollte sondirt, die Pforte ausgeholt werden; aber in dieser Richtung nur die befreundeten Mächte thätig sein, Sachsen jedoch im Hintergrunde bleiben; auch in Warschau wollte es nicht den ersten Schritt bei den polnischen Grossen thun, sondern die Initiative den verbündeten Regierungen überlassen wissen. Man kam überein, dass die Bildung einer Conföderation für den Fall in

---

[1]) Vgl. meine Einleitung zu den Aufzeichnungen des Grafen Bentink. CXXXVII.

Angriff genommen werden sollte, wenn die Erlangung der Einstimmigkeit nicht in Aussicht stehen würde. [1])

Eine unmittelbare Wirkung hatte diese Berathung nicht. Oesterreich zeigte geringe Geneigtheit für Sachsen die Bahn zu ebnen, da dieses sich dem ihm gemachten Vorschlage, dem russisch-österreichischen Vertrage vom Jahre 1746 beizutreten, nicht gefügig zeigte. Zwar kam in den nächsten Jahren die polnische Angelegenheit zwischen Kaunitz und dem sächsischen Gesandten am Wiener Hofe vielfach zur Sprache, man beschränkte sich jedoch darauf Ansichten auszutauschen, ohne irgend ein bestimmtes Abkommen zu treffen. [2]) Die grossen Opfer, die gerade Oesterreich durch seine Betheiligung an der letzten Königswahl hatte bringen müssen, waren aus der Erinnerung seiner Staatsmänner noch nicht verwischt. Kaunitz setzte auch in dieser Richtung die Politik seines Vorgängers consequent fort und ging einer Uebernahme neuer Verpflichtungen aus dem Wege.

Polen kam damals für die österreichischen Staatsmänner nur insoweit in Betracht, als es zur Bekämpfung Preussens nützliche Dienste leisten konnte. Obzwar die Stellung der Republik in dem europäischen Staatensysteme ganz bedeutungslos war, die materiellen Hilfsmittel des Landes gering wogen, das Heer und die Festungen in einem trostlosen Zustande sich befanden, auch alle Bemühungen, in dieser Beziehung Reformen einzuführen, vollständig scheiterten: war die Verbindung mit der Republik doch für Oesterreich von grosser Wichtigkeit. Russland konnte bei einem Kampfe mit dem grossen Nachbar erst dann bedeutende Dienste

---

[1]) Protocole de la Conférence tenue ce 14 de Juillet 1753 (Dresdener Archiv).

[2]) Flemming an Brühl vom 23. Februar 1754 und die Antwort Brühl's vom 4. März 1754 (Archiv zu Dresden).

leisten, wenn die Republik den moskowitischen Streitschaaren den freien Durchgang durch ihr Gebiet gewährte. Die Bestrebungen des Grafen von Broglie, der im Jahre 1752 als Gesandter nach Warschau abgesendet wurde, um die Bildung einer französischen Partei in Angriff zu nehmen und die politischen Pläne seines Königs befördern zu helfen, mussten deshalb an Oesterreich den energischesten Gegner finden. Als man sich in Wien entschloss, die traditionelle Allianz mit England über Bord zu werfen und mit Frankreich in Verbindung zu treten, um den grossen Plan gegen Friedrich II. ausführen zu können, zögerte man keinen Augenblick, die polnische Republick an Frankreich zu überliefern, indem man wähnte, dass die französischen Staatsmänner durch diese Condescendenz sich bewogen fühlen dürften, den österreichischen Anträgen beizustimmen. Dies Anbot kam nun allerdings bei dem französisch-österreichischen Bündnisse nicht in Betracht, machte auch bei den Staatsmännern an der Seine keinen Eindruck, allein die Erklärung liegt darin, dass diese, und Frau von Pompadour mit ihnen, von den geheimen Absichten ihres königlichen Herrn, den Prinzen Conti zum Könige zu machen, nicht die geringste Kunde hatten. Das Geheimniss wurde von Ludwig und seinen Agenten getreulich gewahrt, und trotz mehr oder minder sicherer Anhaltspunkte gelang es den Ministern nicht, das Dunkel zu lüften, welches diese sorgfältig geheim gehaltenen Tendenzen umhüllte. Diese Bestrebungen wurden auch dann nicht eingestellt, nachdem Frankreich in dem Vertrage zu Versailles vom 1. Mai 1757 sich verpflichtet hatte, der Wahl eines Mitgliedes des sächsischen Hauses kein Hinderniss in den Weg zu legen. Broglie, der sich in seiner Thätigkeit nicht beirren liess, musste bald darauf, nachdem Oesterreich und Russland zu wiederholten Malen bei dem französischen Minister über ihn Klage geführt hatten, abberufen werden. Ludwig XV. opferte Conti dem Bündnisse

mit Maria Theresia, ganz liess er das Project nicht fallen, da er den heimkehrenden Gesandten mit der Leitung der geheimen, auf Polen Bezug habenden Correspondenz betraute. Nur eine Aenderung war eingetreten: Ludwig XV. stellte nicht so sehr die Wahl Conti's in den Vordergrund, nur die Wahlfreiheit der Polen wollte er aufrecht erhalten wissen. Doch erklärte er, ganz zufrieden zu sein, wenn Prinz Conti die meisten Stimmen auf sich vereine.[1]) Ludwig war in Petersburg thätig, dem Prinzen nicht nur den Befehl über ein russisches Truppencorps zu verschaffen, sondern auch seine Wahl zum Herzoge von Curland zu befördern, um ihm auf diese Weise den Weg zur Erlangung der polnischen Krone zu ebnen. Sogar von einer Heirath Conti's mit der Kaiserin von Russland, Elisabeth, war die Rede.[2]) Erst als Conti in das Lager der Opposition übergetreten war, wurde das Project seiner Erhebung auf den polnischen Thron vom Könige fallen gelassen. In den vertrauten Cirkeln kam die Wahl eines spanischen Prinzen in Betracht, auch die Unterstützung des sächsischen Hauses wurde erörtert und trat 1758 wieder in den Vordergrund. Nur erfreute sich nicht der Kurprinz des königlichen Wohlwollens; Prinz Xaver, der Liebling der Dauphine, erhielt den Vorzug.

Der Plan noch bei Lebzeiten August's III. dem sächsischen Hause die Nachfolge zu sichern, beschäftigte, wenn auch nur vorübergehend, die Dresdener Staatsmänner. Auf die Unterstützung Oesterreichs machte man sich grosse

---

[1]) Je ne changeray jamais de facon de penser et d'agir pour la liberté entière des Polonais sur la choix à venir a leur Roy et que malgrè le bouderie des Prince Conti :.. si les Polonais le choisissent j'en serai charmé. Ludwig an Tercier 27. November 1756 bei Boutaric I, 213, diplomatie secrète de Louis XV. einem Werke, dem wir über diese Punkte die mannigfachsten Aufschlüsse verdanken.

[2]) Boutaric a. a. O. I. S. 222.

Rechnung. Abgesehen von der innigen Verbindung, in welcher man zu dem Wiener Hofe stand, konnte man auch auf ein bestimmtes Versprechen fussen, welches Maria Theresia bei der Wahl ihres Gatten zum Kaiser gegeben hatte, obzwar man sie auch im Verdacht hatte, für ihren Schwager, Karl von Lothringen, die polnische Königskrone zu ersehnen. Von Russland erwartete man, wenn sich in Polen selbst kein Widerstand zeigte, keinerlei Widerspruch. Es blieb jedoch bei den Besprechungen; es ist wenigstens nicht ersichtlich, dass irgend ein Schritt in dieser Richtung geschehen wäre.[1])

Selbst während der wuchtigen Kriegsjahre wurde Polen von den europäischen Mächten nicht aus dem Auge gelassen. Nicht blos Oesterreich und Frankreich verständigten sich über die bevorstehende Königswahl, auch Preussen und Russland trafen hierauf bezügliche Vereinbarungen, nachdem Peter III. von der grossen Allianz zurückgetreten war. Der Czar und Friedrich verbanden sich in dem zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrage, dessen Ratification durch die Ermordung Peters unterblieb, die Wahlfreiheit in Polen aufrecht zu erhalten, die Umgestaltung der Republik zu einem Erbreiche nicht zu gestalten und derartige ungerechte und den Nachbarn gefährliche Absichten selbst mit Waffengewalt abzuwenden.[1]) Ueber eine bestimmte Persönlichkeit wurde damals ein Uebereinkommen nicht getroffen. Friedrich begnügte sich mit der Feststellung eines Princips, welches ihm genugsame Handhabe bot, bei geeigneter Gelegenheit unbequemen Bewerbern entgegen zu treten.

---

[1]) Considerations sur le project des faire designer une successione au Trone de Pologne du vivant du Roy.; ohne Datum, wahrscheinlich 1755. (Dresdener Archiv.)

[2]) Vgl. Häusser. Zur Geschichte Friedrichs II. und Peters III., in den Forschungen zur deutschen Geschichte. Bd. 4, S. 3 ff.

Preussen sicherte sich vorläufig eine gewisse Einflussnahme bei der Königswahl. Der Vater Friedrichs, Friedrich Wilhelm I., war mit Oesterreich und Russland über die Erhebung des Wittiner's einverstanden gewesen, hatte sich jedoch später von dem ganzen Handel fern gehalten. Durch die in den letzten Jahren eingetretenen politischen Aenderungen war die Stellung der Nachbarstaaten zu einander vollständig verrückt worden, eine Uebereinstimmung bei einer etwa eintretenden Erledigung des polnischen Thrones war nicht zu erwarten. Eine weitere Verbindung Polens mit Sachsen konnte für Preussen, welches mittlerweile zur europäischen Macht herangewachsen war, nicht erwünscht sein, so lange die kurfürstliche Familie in inniger Verbindung mit Oesterreich stand. Auch in dem Interesse Russlands lag es nicht, nachdem es seine intimen Beziehungen zu Oesterreich abgebrochen hatte, einem Manne die königliche Würde übertragen zu lassen, der österreichischen Interessen sich zuneigte. Es fragte sich nun, von welchen Gesichtspunkten die neue Regentin Russlands sich werde leiten lassen.

Catharina schwankte nicht lange. Sie war entschlossen, dem russischen Machteinfluss in Warschau eine dauernde Stätte zu bereiten und bei einer neuen Königswahl nur eine Persönlichkeit zu dieser Würde gelangen zu lassen, deren vollste Abhängigkeit von Russland ausser Zweifel stand. Je fester der Entschluss bei ihr stehen mochte, ihrem Staate eine tonangebende Stellung zu erringen, um so nothwendiger war es, die Geschicke der Republik in innigster Weise mit Russland zu verknüpfen.

Begegnete sich ihre Politik in dieser Beziehung mit jener Peter's I., so lenkte sie auch in einer anderen Angelegenheit in die von ihm betretenen Bahnen ein. Seit der Auflösung des alten Ordenstaates der deutschen Ritter war das zum Herzogthum erhobene Kurland in ein Lehensver-

hältniss zur polnischen Republik gerathen. Peter I. erkannte die Wichtigkeit dieses Gebietes für Russland, nachdem er die andern ehemals dem Orden gehörigen Landstriche den Schweden glücklich abgerungen hatte. Schon damals mochte er die einstige Erwerbung dieses Herzogthumes ins Auge gefasst haben. Um dieselbe mit der Zeit anzubahnen, vermählte er eine Prinzessin seines Hauses mit dem Nachkommen des Ordensmeisters Gotthard Kettler, Friedrich Wilhelm, und als dieser wenige Monden nach der Hochzeit starb, liess er Kurland von Russen besetzen, unter dem Vorwande, Anna sei gesegneten Leibes. Seitdem liess man in Petersburg das Herzogthum nicht aus dem Auge. Als Catharina auf den Thron gelangte, war der Sohn des Polenkönigs, Karl, Herzog von Kurland, zu dessen Erhebung Elisabeth ihre Zustimmung gegeben hatte. Schon Peter III. beschäftigte sich mit dem Plane, einem seiner Verwandten mit Beseitigung Karls den herzoglichen Hut Kurlands zuzuwenden. Ernst Johann Biron wurde aus der Verbannung zurückberufen und musste auf seine vermeintlichen Rechte Verzicht leisten. Nun lag die Wiedereinsetzung Biron's im Plane Catharina's, wodurch sie am meisten den Machteinfluss Russlands in Kurland zu befestigen ein Mittel sah. Die Kaiserin heischte von August die Verzichtleistung seines Sohnes zu bewirken; durch 15000 Mann russischer Truppen, die in Kurland einrückten, gab sie ihrer Forderung Nachdruck.

Der Moment war von Catharina günstig gewählt. Von keiner Seite konnte August irgend eine Unterstützung erwarten, die wichtigsten europäischen Staaten waren von anderen wichtigeren Fragen in Anspruch genommen. Auch der Reichstag, den er zu dem Behufe einberief, um das Recht der Republik auf das Herzogthum zu wahren, liess ihn im Stiche. Schon hatte Catharina mit den Gegnern

der sächsischen Königsfamilie geheime Verbindungen angeknüpft; formelle Anlässe wurden benützt den republikanischen Vertretungskörper zu sprengen.

Der energische Widerstand, den Carl in Mitau den einrückenden russischen Truppen entgegensetzte, musste daher fruchtlos bleiben. Auch blieb es ohne Belang, dass August eine Versammlung des Senats einberief, die mit überwiegender Majorität Carl als den legitimen Herzog von Kurland anerkannte und den Beschluss fasste, gegen Biron und seine Genossen einen Criminalprocess einzuleiten. Schon bei diesen Berathungen trat es klar zu Tage, dass Catharina in den ersten Monaten ihrer Regierung thätig gewesen war, sich einen Anhang zu bilden, der später noch wichtigere Dienste zu leisten ausersehen war.

Zwei grosse Parteien, an ihrer Spitze die grössten Familien des Landes, bekämpften einander seit Jahrzehnten in Polen: die Potocki und die Czartoryski. Letztere standen längere Zeit in innigen Beziehungen zu dem königlichen Hause und erfreuten sich auch einer Fülle königlicher Gnaden. Einsichtig genug über die Gebrechen des staatlichen Organismus, wollten die Stimmführer dieses Hauses sogar zur Stärkung der königlichen Gewalt ihre Hand bieten. Durch die Bildung einer Conföderation mit dem Könige an der Spitze, sollte der Weg zur Anbahnung gesunderer Zustände geebnet werden. Schon hatten 130 Senatoren sich darüber geeinigt, als durch das Dazwischentreten des Grafen von Broglie das ganze Unternehmen scheiterte (1752). In Wien unterschätzte man auch den Einfluss und die Bedeutung dieser Familie nicht und gab August III. fortwährend den wohlgemeinten Rath, sich die Unterstützung derselben zu sichern. Persönliche Differenzen mit dem allmächtigen Minister Brühl trieben die Czartoryski später in das Lager der Opposition. Das Füllhorn königlicher Gunst fiel nun den Potocki in den Schooss.

Polnische Geschichtsschreiber erzählen uns, dass in den letzten Jahren der Regierung August's III. die Ueberzeugung von dem traurigen, fast trostlosen Zustande der Republik in weiteren Kreisen feste Wurzel gefasst habe und die Nothwendigkeit grosser Reformen erkannt worden sei. Nur über die Mittel seien die Ansichten auseinander gegangen.[1]) Die Potocki und ihr Anhang wünschten eine Regeneration der Nation von Innen heraus und dabei dennoch die Erhaltung der Freiheiten, auf welche die Republik stolz war. Es ist jedoch nicht ersichtlich, auf welche Weise diese sogenannte patriotische Partei das grosse Ziel zu erreichen gedachte, und man dürfte auch schwerlich auf irgend eine That hinweisen können, die deutlich zeigte, dass sie sich über das Reformwerk klar geworden sei. Das sächsische Kurhaus hatte sich bisher vollständig unfähig erwiesen den Bedürfnissen des Landes gerecht zu werden, und wenn die Potocki und Radziwill sich dennoch an dasselbe anschlossen und den Wühlereien der Gegner sich entgegensetzten, so lagen die Beweggründe ebensosehr in dem Eigennutze, wie in der heftigen Feindschaft, welche diese Familie gegen die Czartoryski hegte.

Seitdem der Bruch der Czartoryski mit dem königlichen Hause eingetreten war, richteten die Führer ihr Augenmerk auf Russland, mit dessen Hilfe sie eine Anzahl Missbräuche abzuschaffen und künftighin die Königswahl nach ihrem Sinne zu lenken hofften. Durch ihren Neffen Stanislaus Poniatowski reichten ihre Beziehungen in die höchsten massgebenden Kreise Russlands. Catharina hatte ihre Verbindung zu Stanislaus auch nach der unfreiwilligen Entfernung desselben aus Petersburg nicht abgebrochen, und nach ihrer Thronbesteigung bediente sie sich der Vermittelung des österreichischen Gesandten, des Grafen Mercy, um

---

[1]) Vgl. Lelewel, Geschichte Polens. Leipzig 1847, S. 204 ff.

ihn von dem gelungenen Staatsstreiche in Kenntniss zu setzen.[1]) Die Hoffnungen der Czartoryski schnellten kühn empor. Der vielleicht längst genährte Gedanke, einem Mitgliede ihres Hauses, die Krone Polens auf's Haupt zu setzen, gedieh damals zur Reife. Vergebens suchten nun die sächsischen Minister, Brühl voran, einzulenken. Zur Beseitigung der Differenzen war es jetzt offenbar zu spät. Der Unterstützung der Monarchin Russlands sicher, wiesen die Czartoryski eine Aussöhnung mit dem Könige zurück. Auf dem Reichstage von 1762 warfen sie Brühl offen den Fehdehandschuh hin. Stanislaus August Poniatowski, damals zum ersten Male Landbote für Mielnick, hinderte die Eröffnung der Berathungen, indem er die Giltigkeit der Wahl eines Sohnes des Ministers Brühl anfocht, unter dem Vorwande, dass er nicht das Indigenat in der Republik besitze. Und doch hatten die Czartoryski dabei mitgewirkt, dass es Brühl vor Jahren möglich gewesen war, seine erdichtete Abstammung von dem Hause Ocieczin nachzuweisen. Heftiger Tumult entstand in der Versammlung, die Säbel wurden auf beiden Seiten gezogen, der Landtag wurde zerrissen.

Die Czartoryski arbeiteten nun mit allen Mitteln auf den Sturz August's; nicht einmal seinen Tod wollten sie abwarten. Eine Conföderation war im Bilden begriffen, russische Truppen waren auf Betreiben der Czartoryski eingerückt, auf deren Unterstützung man sich Rechnung machte, der Bürgerkrieg stand bei der Erbitterung der erhitzten Parteien bevor, da traf die Kunde ein, dass August III. das Zeitliche gesegnet habe.

Wir sind nicht genau unterrichtet, wie weit Catharina mit den Umtrieben der Czartoryski bekannt oder damit einverstanden war. Ganz fern stand sie denselben wahrscheinlich nicht. Stanislaus Poniatowski wollte auf die erste

---

[1]) Depeschen Mercy's Juli—December 1762. (W. A.).

Kunde von der Thronbesteigung Catharina's nach Petersburg eilen, sie hielt ihn zurück, ermahnte ihn zur Geduld, gab ihm die bündigsten Versprechungen in Bezug auf seine Zukunft. Der Plan, Stanislaus Poniatowski zum Könige der Republik zu machen, stand in dem politischen Programm Catharina's obenan. [1])

Es mochte gewiss für die Kaiserin von Russland einen besonderen Reiz haben, dem Manne, in dessen Armen sie die süssen Freuden der Liebe mit vollen Zügen geschlürft, die Krone des Nachbarreiches zu verschaffen, einen bestimmenden Einfluss übte die Erinnerung an die schönen Stunden der Vergangenheit indess nicht. Wenn sie auch manchmal in den Armen ihrer Geliebten die kaiserliche Würde weit hinwegwarf und sich ganz und gar als Weib fühlen mochte, die Schwächen des Geschlechtes beeinflussten die Massnahmen ihrer Regierung nicht, in bedeutsamen Momenten vergass sie nie, wenigstens in den kraftvollen Zeiten ihrer Herrschaft, welche Interessen sie als Czarin zu berücksichtigen habe. Auch die Gerüchte einer beabsichtigten Verbindung mit Stanislaus, die schon damals verbreitet waren, um sich eine Zufluchtsstätte für den Fall zu sichern, wenn ihre Stellung durch eine neue Revolution erschüttert würde, dürften jeder Begründung entbehren und blos den müssigen Conjuncturen redseliger Botschafter ihre Existenz verdanken.

Die richtige Erklärung für die Handlungsweise Catharinens braucht nicht in phantastischen Grillen gesucht zu werden; sie liegt näher und einfacher. Die Czarin dürstete nach Ehre und Ruhm. Russland sollte jene hervorragende Stellung in dem europäischen Staatensysteme einnehmen, die schon Peter I. erstrebt und welche die russische Politik auch seitdem nie aus dem Auge verloren hatte. Die

[1]) Ein Brief Catharina's vom 2. August 1762 oft gedruckt, ein bisher unbekannter vom November im Documentenbande.

Abhängigkeit Polens von Petersburg musste bei Durchführung dieses Planes eine vollendete Thatsache werden. Catharina war scharfsinnig genug, um Stanislaus Poniatowski richtig zu beurtheilen: für einen grossen Charakter hat sie ihn nie gehalten. Ein gefügigeres Werkzeug für die Durchführung ihrer Absichten konnte sie wohl nicht finden.

Es lag nicht ausserhalb der Tendenz Catharina's, die Erhebung Stanislaus Poniatowski's womöglich ohne fremde Mitwirkung durchzusetzen. Je weniger sie die Beihilfe anderer in Anspruch nahm, um so heller leuchtete in den russischen Kreisen ihr Ruhm, um so mehr war sie in der Lage, wenn später die Nothwendigkeit einer Allianz aus irgend einem Grunde sich geltend machte, die Bedingungen derselben vorzuschreiben. Hierin dürfte zumeist die Erklärung zu suchen sein, dass die Beziehungen zu Preussen, trotz aller Versicherungen von der Bereitwilligkeit ein Bündniss abzuschliessen, längere Zeit nicht enger geschürzt wurden.

Als Catharina zum Throne gelangte, war Preussen in Petersburg durch den Grafen von der Goltz vertreten. Der preussische Gesandte blieb vollständig im Unklaren über die Richtung, welche die russische Politik nunmehr einschlagen würde. Von Woronzow, den er bei Gelegenheit um eine Erklärung über den Allianzvertrag und um die Willensmeinung der Kaiserin befragte, erhielt er keine Antwort. Nur der einzige Kejserlingk, der sich allerdings des Vertrauens der Monarchin in hohem Grade erfreute und schon damals bei Festsetzung der Grundsätze über das Vorgehen in Polen das massgebendste Votum besass, machte einige Andeutungen, dass die Kaiserin nicht abgeneigt sein dürfte, in eine innige Verbindung zu Preussen zu treten, obwohl es nicht im Interesse Russlands läge, sich in irgendwelche Defensivallianzen mit einem der Nachbarstaaten einzulassen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass man über die in Polen einzuschlagenden Massnahmen Vereinbarungen treffen könnte. Goltz war in

dieser Richtung ohne Instructionen, daher auch nicht in der Lage, eine Anfrage Kejserlingk's, ob der König geneigt sein dürfte dazu die Hand zu bieten, in bindender Weise zu beantworten. Nur im Allgemeinen hob er hervor, dass Friedrich gewiss Alles thun würde, um die Bande zwischen Preussen und Russland fester zu knüpfen, sobald er von den Ansichten der Kaiserin unterrichtet sein werde.[1])

Für Friedrich lag die Erspriesslichkeit, ja Nothwendigkeit zu Tage, seinen bisherigen Vertreter am Petersburger Hofe abzurufen. Mit welcher Gewandtheit und Klugheit auch von der Goltz seinen Posten ausgefüllt hatte, er war nach dem in Petersburg eingetretenen Wechsel doch nicht mehr am Platze. Seine innige Verbindung mit Peter III. konnte ihm der Natur der Sache nach bei der Kaiserin zu keiner Empfehlung gereichen, wenn sie auch von dem Verdachte, dass er bei ihrem Gemahl gegen sie gewirkt hatte, abgekommen war. Jedenfalls war eine neue, bisher ganz unverbrauchte Persönlichkeit, bessere Dienste zu leisten geeignet. Goltz sah dies selbst ein und betrieb eifrig seine Abberufung; am 20. September 1762 wurde der wirkliche Kämmerer und geheime Legationsrath Victor Friedrich Graf von Solms zum Nachfolger bestimmt.

Eine bessere Wahl konnte Friedrich nicht treffen. Ruhig und besonnen, ein trefflicher Beobachter, hatte Solms während eines langjährigen Aufenthalts in Stockholm Gelegenheit gehabt, sich mit der nordischen Politik bekannt zu machen. Anfangs October 1762 reiste er ab, beim Beginn des nächsten Monats war er an Ort und Stelle. Die ihm ertheilte Instruction schrieb ihm vor, sich auf die Rolle eines Beobachters zu beschränken, auf die verschiedenen Strömungen, die sich in Petersburg geltend machen, ein scharfes Auge

---

[1]) Depeschen von Goltz vom 24. August 1762 in den Forsch. IX. S. 60.

zu haben, die eigentlichen Absichten und Pläne der Kaiserin und ihrer Minister zu erforschen, um zu einem richtigen Einblicke in das politische System Catharina's zu gelangen. Es waren mehrere Monate verflossen, seitdem die Czarin die Zügel des russischen Staates ergriffen hatte, und Friedrich mochte sich in vielfacher Richtung über den Regierungswechsel beruhigt haben, sowohl über die Vermittlerrolle, die er Catharina zuschrieb, als auch über das an ihn gestellte Verlangen Russlands, Sachsen zu räumen, aber mit vollständiger Sicherheit war er nicht im Stande, die Tendenzen der neuen Fürstin zu beurtheilen. Von einigen Andeutungen abgesehen, welche der allerdings preussisch gesinnte Kejserlingk gemacht hatte, war von den andern massgebenden Persönlichkeiten mit keinem Worte erwähnt worden, ob und unter welchen Bedingungen die russische Politik die Erneuerung des Vertrages mit Preussen in Aussicht genommen habe. Natürlich war Friedrich ausser Stande, seinem Gesandten detaillirte Weisungen für diesen Fall mitzugeben; die allgemeine Versicherung des lebhaftesten Wunsches und der grössten Bereitwilligkeit in eine innige Verbindung mit Russland zu treten, musste vor der Hand ausreichen. Damals noch im Kriege mit Oesterreich, lag es dem Könige am Herzen, dass Russland seine Schritte in Constantinopel, wo er an einer Diversion gegen Oesterreich nicht ohne Erfolg arbeitete, nicht kreuze.

Die realistische Politik Friedrich's beschränkte sich auf das zunächst liegende. Seinem praktischen, ruhig und nüchtern abwägenden Geiste lagen jene grossen Combinationen fern, die bei den Staatsmännern Oesterreichs so oft im Schwunge waren. Mit viel zu grosser Sorgfalt unterwarf er Thatsachen und Personen einer eingehenden scharfen Prüfung, und wilde Speculationen fanden bei ihm keinen Eingang. Es konnte ihm nicht entgehen, dass Polen allerdings das Object war, welches die Politik Catharina's in's Auge fasste.

Die Kränklichkeit August's III. liess schon längst eine Thronerledigung als bevorstehend annehmen. Damals mit andern Sorgen belastet, lag ihm der Gedanke einer directen Einflussnahme auf die polnischen Verhältnisse ganz fern. In dieser Richtung war er für Russland zu haben. Ihm war es ganz gleichgültig, wer in Warschau mit dem Purpur geziert wurde, wenn es nur kein Mitglied des österreichischen oder sächsischen Hauses war. Strebte nun Russland eine Vereinbarung über diesen Gegenstand an, so hielt es Friedrich nicht für schwer, über die zu unterstützende Persönlichkeit zu einer Verständigung zu gelangen.[1])

Vor Beendigung des Krieges war jedoch nicht einmal an eine Aufnahme von Verhandlungen über eine russisch-preussische Allianz zu denken. Dem stellten sich mancherlei Schwierigkeiten entgegen, die in der eigenthümlichen Lage Catharina's begründet waren. Sie machte auch in der That daraus kein Hehl. So sehr sie eine Verbindung mit Friedrich wünschen mochte, in dem gegenwärtigen Momente war sie unthunlich. Catharina wollte und musste dem Kriege fern bleiben, und ehe der Friede geschlossen war, konnten die Grundlagen des neuen Vertrages nur schwer festgestellt werden. Lebhaft wünschte die Kaiserin, dass Friedrich seine Geneigtheit zum Frieden zu erkennen geben möchte, denn Oesterreich bot eine Zeit lang Alles auf sie zu gewinnen, und wenn der König bei seinem Widerstreben sich in Verhandlungen einzulassen beharrte, konnte sich Catharina doch genöthigt sehen, in der einen oder anderen Weise eingreifen zu müssen und von den, wie es scheint, bereits festgesetzten politischen Grundsätzen abzugehen.[2])

---

[1]) Forschungen IX, 61, wo die Instruction an Solms im Auszuge mitgetheilt ist.

[2]) Schreiben der Kaiserin an Friedrich, Moskau 17. October 1762. Forschungen IX, 62.

Friedrich war über die Haltung Russlands fast bis zum Schlusse des Jahres im Unklaren: erst die Nachrichten von Solms über die in den Petersburger Kreisen herrschenden Ansichten waren ganz beruhigend. Dieser behob das Misstrauen des Königs über die eigentlichen Gesinnungen Catharina's vollständig. In Petersburg hatte die Erklärung des preussischen Gesandten, der König wolle nur die Wiedergewinnung seiner Staaten und sei bereit Frieden zu schliessen und Sachsen zu räumen, einen guten Eindruck gemacht. Der russische Kanzler Woronzow zeigte sich hierüber sehr befriedigt und regte sogar den Gedanken einer Erneuerung der zwischen Preussen und Russland geschlossenen Allianz an. Solms ging darauf ein und bat ihn, seiner Herrin den Vorschlag zu machen. Für Friedrich wäre bei seiner damaligen Lage schon das Gerücht von eingeleiteten Verhandlungen zwischen ihm und Catharina von grossem Vortheile gewesen, da es nicht verfehlt haben würde in Wien grossen Eindruck zu machen und alle Vorsätze, den Krieg energisch weiter zu führen, zu vereiteln.

So leicht und glatt gingen die Dinge allerdings nicht. Panin, dessen Einfluss bei der Monarchin im Steigen war, verläugnete zwar seine friedeliebende Gesinnung nicht, ohne aber noch entschieden Farbe zu bekennen, wenn er auch dem Bündnisse mit Preussen sich zuneigte. Ihm schrieb man die Anregung zu den freundlichen Eröffnungen zu, welche die Kaiserin nach ihrer Thronbesteigung dem Könige hatte machen lassen. Auf einen Anwurf des preussischen Gesandten behufs der Erneuerung der Allianz lehnte Panin ab, schon im gegenwärtigen Momente eine bindende Erklärung abzugeben. Noch sei die Zeit nicht gekommen, sagte er zu dem Grafen Solms, von verschiedenen Seiten werden Anträge gemacht; England, Oesterreich und auch Frankreich bewerben sich um die Bundesgenossenschaft der

Kaiserin, die jedoch bisher eine Entscheidung nicht getroffen habe.[1])

Noch sahen die russischen Staatsmänner über die Stellung der verschiedenen Staaten für den Fall einer eintretenden Königswahl nicht klar, und es war nicht ganz unmöglich, dass Russland sein vorgesetztes Ziel erreichen konnte, ohne sich nach irgend einer Seite zu binden. Man hatte in Petersburg bald erkannt, welchen Werth Oesterreich auf ein Bündniss mit Russland legte, auch war man sich darüber klar, dass es bezüglich Polen's keinen neuen Krieg beginnen würde. Gelang es, mit Wien und Versailles die Vereinbarung zu treffen, dass nur ein Piast an die Spitze der Republik treten sollte, so rechnete man mit Sicherheit darauf, die Wahl auf eine Russland genehme Persönlichkeit lenken zu können. Sodann war die Furcht vor einem Türkenkriege bestimmend für die russischen Staatsmänner, sich die Wiener Kreise durch eine Allianz mit Preussen nicht völlig zu entfremden. Allein in kluger, vortauender Weise wies auch Panin schon jetzt auf Polen hin, worüber eine Verständigung bei der Gemeinschaftlichkeit der Interessen erzielt werden könnte. Schon aus diesem Grunde sehnte man in Petersburg das Ende des Krieges herbei. So sehr Friedrich auch seinerseits wünschen mochte, mit Russland vollständig in's Reine zu kommen und den Tractat zu erneuern, er hielt es doch für klug nicht zu drängen und sich mit den Versicherungen Panin's vorläufig zu begnügen.

Seit dem Beginne des Jahres 1763 beschäftigten Gerüchte von der Krankheit König August's, die einen gefährlichen Charakter anzunehmen schien, die russischen Kreise lebhaft. In den gesellschaftlichen Cirkeln wurde die

---

[1]) Vergleiche die Depeschen von Solms bei: Schlözer, Friedrich der Grosse und Catharina die Zweite. Berlin 1859. S. 141, auch die Auszügé bei Häusser, Forschungen IX. S. 67 fg.

Eventualität einer baldigen Erledigung des Thrones besprochen, die einzelnen Candidaten einer Kritik unterzogen. Man nannte damals die sächsischen Prinzen, Xaver und Carl, und den Fürsten Adam Czartoryski. Solms hatte noch nicht in Erfahrung gebracht, für wen man sich entscheiden würde. Catharina wahrte sorgfältig ihr Geheimniss. Panin sprach wohl im Allgemeinen mit dem preussischen Gesandten über die polnischen Angelegenheiten, betonte fortwährend das gemeinschaftliche Interesse Russlands und Preussens und erörterte die Gesichtspunkte, die hiebei in Petersburg massgebend waren. Während man schon fest entschlossen war, durch alle zu Gebote stehenden Mittel die Wahl auf eine Russland genehme Persönlichkeit zu lenken, führte Panin die Phrase im Munde, dass man nicht die Absicht habe sich einzumischen und bei der Wahl des neuen Königs einen Zwang auszuüben, wenn man durch die Cabalen der andern Mächte nicht dazu gezwungen würde. Der Refrain seiner Darlegungen lautete stets: es wäre nothwendig sich über den Candidaten, dem man den Vorzug ertheilen wolle, zu verständigen. Noch immer nannte jedoch Panin den Candidaten Russlands nicht; nur jene Bewerber bezeichnete er, deren Wahl verhindert werden müsste. In erster Linie stand natürlich ein österreichischer Prinz, sodann ein etwa von Frankreich unterstützter Candidat, mochte er nun Prinz Xaver oder Conti heissen; nach Panin's Meinung war jedes Mitglied irgend eines fremden Hauses vom Uebel. Anspielungen von Solms, wen Russland im Auge habe, beantwortete er ausweichend: er sei viel zu wenig unterrichtet mit Personen und Zuständen in Polen. Nur das brachte Solms heraus, dass Prinz Adam sich der Unterstützung Russlands nicht zu erfreuen haben werde; er vermuthete, Catharina würde am liebsten Stanislaus Poniatowski mit dem Purpur geschmückt sehen.[1])

[1]) Solms 22. Februar 1763. Bei Häusser in den Forschungen IX. S. 73.

Catharina trug es Friedrich nicht nach, dass ihr Wunsch für den vertriebenen Herzog von Curland bei den Verhandlungen in Hubertsburg ein secularisirtes Bisthum in Deutschland zu erlangen, nicht in Erfüllung gegangen war. Friedrich seinerseits hatte zwar die Bereitwilligkeit ausgesprochen, Russland zu unterstützen, zu einer Befürwortung des sonderbaren Projectes gab er sich jedoch nicht her. Von beiden Seiten fehlte es auch nunmehr an den herzlichsten Freundschaftsversicherungen nicht, im Wesentlichen kam die Angelegenheit der Allianz keinen Schritt vorwärts. Wohl berührte Panin in seinen Gesprächen mit Solms auch den einen oder den andern Punkt, der Friedrich sehr am Herzen lag, so den Abschluss eines Handelstractates, ohne jedoch die Hand an die Ausführung legen zu wollen, unter dem Hinweise, die Regierung sei erst im Begriffe sich zu ordnen und zu organisiren.

Wie Friedrich nach Abschluss des Friedens die Sachlage beurtheilte, erwies sich für ihn ein Bündniss mit Russland als eine entschiedene Nothwendigkeit. Die Ruhe war zwar wieder hergestellt, aber Niemand konnte für die Dauer Bürgschaft übernehmen. Die Pläne seiner Gegner waren gescheitert: sie konnten heute oder morgen wieder aufgenommen werden. Und doch sehnte sich der König aus vollstem Herzen nach Ruhe. Die Vorboten des herannahenden Alters, das Wohl des Staates und seiner Familie, machten ihm dieselbe gleichmässig wünschenswerth. Nur dann glaubte er mit einer gewissen Sicherheit die Erhaltung des Friedens sich und seinem aus vielen Wunden blutenden Staate verbürgen zu können, wenn er den, seiner Meinung nach, fortwährend wühlenden Bestrebungen seiner Gegner ein Gegengewicht entgegensetzen konnte. Dies war nur durch eine Allianz mit Russland zu erreichen.[1])

[1]) Memoires depuis la Paix de Hubertsburg, in den Oeuvres de Frederic le Grand T. VI. p. 5.

In banger Ungeduld verflossen die nächsten Monate für Friedrich. Die Dinge kamen in Petersburg nicht in Fluss. Noch hatte Catharina zu den sich kreuzenden und einander hemmenden Tendenzen der verschiedenen Parteien ihrer Umgebung nicht feste Stellung genommen. Bestuscheff und Panin, mit einander überworfen, hielten sich die Wage. Bald überwog der Einfluss des einen, bald jener des andern. Panin machte Miene, sich ganz zurückzuziehen, er klagte über die Schliche und Pfiffe des ehemaligen Grosskanzlers. Bald hiess es, der französische Gesandte erfreue sich einer besonderen Zuvorkommenheit am Hofe, bald verlautete es, eine Allianz mit England sei im Zuge, auch fehlte es nicht an Anhaltspunkten, dass Oesterreich alle Minen springen lasse, um an Boden zu gewinnen. Diese Nachrichten klangen gerade nicht angenehm für Friedrich. Schon längst muthmasste er, Catharina wolle sich überhaupt in kein Bündniss einlassen und sich vollständige Freiheit wahren.

Die Gerüchte über Verhandlungen Russlands mit andern Mächten, die auch zu Friedrich drangen, waren nicht aus der Luft gegriffen. Schon im Frühjahre setzte Fürst Galitzin dem österreichischen Staatskanzler auseinander, die Kaiserin wünsche sich bezüglich Polens mit dem österreichisen Hofe vertraulich zu verständigen und in Verbindung mit demselben vorzugehen. Noch sei in Petersburg kein Entschluss gefasst worden, man wolle zuvor die Kundgebung der Ansichten Oesterreichs abwarten, um darnach die erforderlichen Massnahmen zu treffen.

In Wien war man durch diese Eröffnung sehr überrascht. Man hatte einen solchen Schritt von Seiten Russlands nicht erwartet. Eine Conferenz wurde für nothwendig gehalten, um die verschiedenartigsten Motive, die Russland hiezu bewogen haben könnten, zu erörtern. Man suchte der Sache eine gute Seite abzugewinnen. Vielleicht wolle

Russland, sagte man, allen Unruhen bei der bevorstehenden Wahl eines Königs vorbeugen, die polnische Verfassung aufrecht erhalten wissen, und hoffe mit diesen Plänen vielmehr durchzudringen, wenn es durch Fernhaltung der andern Höfe ein Einverständniss mit Oesterreich erzielen könnte. Wenn man die Gewissheit gehabt hätte, dass es dem Petersburger Hofe um eine Vereinbarung mit Wien ernstlich zu thun sei, so würde man diesen entgegenkommenden Schritt Russlands gewiss mit Freuden begrüsst haben. Denn in Wien hatte man nicht aufgehört, fortwährend die Frage in reifliche Erwägung zu ziehen, ob und in wie weit ein Bündniss mit Russland den Interessen Oesterreichs entspreche. Trotz aller Versicherungen des Gegentheils wäre man sehr geneigt gewesen, die alten Beziehungen wieder anzuknüpfen, wenn man nur mit Sicherheit auf diese Macht hätte zählen können. Allein es sprachen viele Anzeichen dafür, dass Russland bereits ein Abkommen mit Preussen getroffen habe und die Ansichten der Wiener Kreise blos ausholen wolle. Den Betheuerungen der beiden russischen Kanzler und des Grafen Bestuscheff, die eine Vereinbarung mit Preussen in Abrede stellten, schenkte man nicht den geringsten Glauben, da man aus sicherer Quelle wusste, dass Catharina mit Friedrich einen Briefwechsel unterhielt und in den wichtigsten Staatsangelegenheiten Panin und Kejserlingk zu Rathe zog. Insolange aber diese beiden Männer ein entscheidendes Wort mitzusprechen hatten, war nichts Gutes von Russland, dessen Allianz für Oesterreich nur gegen Preussen in die Wagschale fiel, zu erwarten. Denn jene umfassenden orientalischen Pläne, die später unter Josefs Aegide eine solch grosse Rolle spielten, lagen damals der österreichischen Politik fern. Nur ein Vertrag, der Sicherung gegen Preussen gewährte, wäre in Wien willkommen gewesen, sonst sah man in einer Verbindung mit

Russland nur eine Last und nicht den geringsten Vortheil.[1])

War man daher bei der Unklarheit der Situation auch nicht geneigt, ohne genaue Kenntniss der russisch-preussischen Beziehungen, irgend einem Abkommen mit Russland die Hand zu bieten, so wollte man andererseits den russischen Kreisen keinen Anlass zu einem vollständigen Bruche geben. Als Freund, sagte man sich, könne Russland bei der gegenwärtigen Sachlage wohl keinen grossen Nutzen gewähren, als Feind aber unendlich schaden. Es war jedenfalls ein merkwürdiges Bekenntniss, welches man ablegte, dass schon der Schein eines Einverständnisses mit Russland das Ansehen Oesterreichs erhöhe, und dass dieses sehr beeinträchtigt würde, wenn die Spannung, die zwischen den beiden Höfen bestand, offenbar würde. Man hatte bisher dem russischen Hofe eine allzugrosse Rücksicht gezollt, demselben eine gewichtige Einflussnahme gestattet. Dies sollte künftighin nicht statt finden. Eine jede Verbindung mit Russland sollte auf dem unverrückbaren Grundsatze der Reciprocität beruhen. Man wollte auch unumwunden an den Tag legen, dass man durchaus in keine Verlegenheit gerathe, selbst wenn die feindlichen Strömungen in Petersburg die Oberhand behielten. Nur die Thaten sollten entscheiden, liess sich Kaunitz vernehmen, der süssen Worte und schmeichelhaften Versprechungen hätte man genug gewechselt.[2])

Der Beschluss wurde gefasst, dem Fürsten Galitzin blos in allgemeinen, durchaus nicht bindenden Ausdrücken zu erwiedern. Die Kaiserin, lautete die Antwort, richte ihre grösste Sorgfalt dahin, dass Polens Verfassung und Freiheit

---

[1]) Wegen des angetragenen russischen Concertes, die künftige polnische Throns-Ersetzung betreffend, April 1763. (W. A.)

[2]) P. S. an Mercy 25. April 1763. (W. A.)

aufrecht erhalten und alle Unruhen vermieden werden. Man mache kein Hehl daraus, wie sehr man es wünsche das kursächsische Haus auf dem Throne zu erhalten; man glaube diese Rücksicht in Anbetracht der grossen Opfer, welche Sachsen im letzten Kriege gebracht, haben zu müssen. Auch wies man auf den russisch-österreichischen Tractat hin, worin die Beförderung des kursächsischen Prinzen auf den polnischen Thron ausdrücklich stipulirt worden war. Zugleich wurde jedoch die Versicherung hinzugefügt, dass man auch gegen jede andere in rechtmässiger Weise vollzogene Wahl keinen Widerspruch erheben werde, und äusserte schliesslich den Wunsch, Catharina möge ihre Polen bezüglichen Absichten oder Vorschläge an den Wiener Hof gelangen lassen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es damals möglich gewesen wäre, das Bündniss Russlands mit Preussen, wenn nicht ganz zum Scheitern zu bringen, doch weniger innig werden zu lassen, als es späterhin der Fall war. Die gewundene Antwort des Fürsten Kaunitz war jedoch nicht geeignet, der österreichischen Partei am russischen Hofe das Uebergewicht zu verschaffen. Dennoch zögerte man, an den Abschluss eines Bündnisses mit Preussen zu gehen. So wenig die Erklärung Oesterreichs befriedigte, sie schloss doch die Möglichkeit einer Verständigung nicht aus; auch hatte man den Gedanken, Frankreich für die Wahl eines Piasten zu gewinnen, noch nicht aufgegeben. Wie schon gesagt, mit den Polen hoffte man fertig zu werden, nur die Einmischung der Mächte zu Gunsten eines auswärtigen Fürsten musste thunlichst vermieden werden.

Auch hierauf musste man bald Verzicht leisten.

Choiseul ging auf das Anerbieten der Czarin, über die Königswahl ein Abkommen zu treffen, nicht ein; er beantwortete den Anwurf Galitzins fast in wegwerfender

Weise.[1]) Der französische Minister täuschte sich vollständig über die Stimmung in den russischen Kreisen. Eine gewisse Voreingenommenheit gegen Catharina liess ihn ihre Stellung weniger befestigt erscheinen, als sie wirklich war. Den mannigfachen Gerüchten, die namentlich in den ersten Monaten verbreitet waren, als ob die usurpirte Herrschaft der Czarin nur kurze Zeit dauern werde, da die Verstimmung in den weitesten Kreisen im Wachsen sei, mass er volles Vertrauen bei. Für die bedeutende Persönlichkeit Catharina's besass er nicht das geringste Verständniss.

Ganz anders lauteten die Erklärungen Friedrich's. Schon Mitte Februar hatte er der Kaiserin in einem Briefe seine Ansichten unumwunden mitgetheilt. Es war in den ersten Tagen, nachdem die Kunde von der Krankheit August's nach Berlin gedrungen war. Er sei bereit, schrieb er, auf jene Massnahmen einzugehen, die sie vorschlagen würde; die gesunde Politik gebiete ihm, nur einem österreichischen Prinzen den Ausschluss zu geben; er glaube, dass in dieser Beziehung die Interessen Russlands mit den seinen identisch wären; sonst sei ihm jeder Candidat, auf den die Kaiserin ihr Augenmerk richte, genehm, doch gehe seine Ansicht dahin, dass einem Piasten der Vorzug zu geben sei. Eine klarere, bündigere Erklärung konnte Catharina nicht erwarten. Friedrich sah damals schwarz in die Zukunft. Er befürchtete sehr, dass die polnische Königswahl einen neuen Krieg hervorrufen würde. Seiner Meinung nach konnte ein Bündniss zwischen Preussen und Russland allen Wirren vorbeugen. Der Friede in Europa hänge einzig und allein von ihr ab, schrieb er an Catharina.[2])

Es dauerte bis in den Hochsommer, ehe die Verhandlungen in Fluss geriethen. In einem Schreiben vom 6. Au-

[1]) Vgl. St. Priest Etudes diplomatiques et litteraires I, 90.

[2]) Die beiden Schreiben vom 15. Februar und 5. April 1763, Forschungen a. a. O. S. 72 und 75.

gust 1763 legte Friedrich die Grundlinien einer Allianz dar. Ein hingeworfener Gedanke in einem Briefe der Kaiserin gab hierzu die Veranlassung. Nach der Ansicht des Königs sollte es ein blosser Defensivtractat sein, die Contrahenten sich einander ihren Besitzstand gegenseitig garantiren und die Truppenanzahl im Falle einer Hilfeleistung festsetzen. Die Hinzufügung eines Artikels bezüglich Polens stellte er ganz dem Ermessen der Kaiserin anheim; auch über den Handel der beiderseitigen Unterthanen wünschte er eine Bestimmung aufgenommen.[1]) Fast gleichzeitig übersendete Friedrich den Entwurf eines Vertrages nach Petersburg. Solms erwartete, nachdem die Angelegenheit in dies Stadium getreten war, einen raschen Abschluss. Panin, dem er das Project übermittelte, schien mit den einzelnen Bestimmungen einverstanden zu sein. Nur empfahl er das strengste Geheimniss. Insbesondere nach Wien dürfe keine Kunde davon dringen. Von Zeit zu Zeit berichtete Panin von dem Stande der Dinge; seinen Reden zu Folge war die Kaiserin eifrig mit dem Studium der einzelnen Artikel beschäftigt und versah den Entwurf mit ihren Bemerkungen. Vornehmlich auf zwei Punkte legte man in Petersburg ein besonderes Gewicht: auf die Regelung der schwedischen und polnischen Frage. Die Behauptung oder besser gesagt Wiedergewinnung des ehemaligen Einflusses Russlands in Stockholm, lag der Czarin nicht minder am Herzen als die polnische Königswahl. In diesem Bestreben des russischen Hofes, der französischen Partei die Wage zu halten, lagen die Motive, die in Petersburg eine Allianz mit England als gleich erspriesslich erscheinen liessen, wie jene mit Preussen. Denn in Schweden bedurfte es fortwährend nicht unbeträchtlicher Geldmittel, um die Schaar der Freunde zusammenzuhalten. Frankreich war nicht geizig, in Russland dagegen

[1]) Der Brief vom 6. August, Forschungen IX, S. 128.

fehlte es nur zu oft an den nothwendigen Summen, die zu liefern England ausersehen war. Von Friedrich versprach man, sich eine besondere Einflussnahme auf die ihm verwandten Hofkreise Schwedens, die eine besondere Vorliebe für Frankreich an den Tag legten, da man durch dessen Unterstützung eine Kräftigung der fast zur Nullität herabgedrückten königlichen Gewalt erwartete, während Russland diesen Bestrebungen offen und geheim entgegenarbeitete. [1])

Die Nothwendigkeit mit Berlin ins Reine zu kommen, wurde auch wegen der polnischen Angelegenheiten tief gefühlt. Die russischen Staatsmänner befanden sich über die Sachlage in Warschau in nicht geringer Verlegenheit. Bisher war das Bestreben Russlands blos auf die Bildung einer starken Partei gerichtet, um die Bahn für die Durchsetzung des in's Auge gefassten Candidaten nach dem Tode des regierenden Königs zu ebnen. Allein die russischen Anhänger in Warschau wollten diesen Zeitpunkt nicht abwarten und planten schon jetzt, wie wir oben dargelegt, die Bildung einer Conföderation und die Absetzung des Königs. Der ängstliche Panin witterte den Ausbruch eines Krieges und doch wusste er nicht, wie der überstürzende Eifer der Freunde im Zaume zu halten sei. Wie so oft während seiner späteren Amtswirksamkeit, erbat er sich den Rath des Königs.

Bei Friedrich fanden die Wünsche Russlands in Betreff Schwedens leichte Gewährung. Lag es doch auch in seinem Interesse, den französischen Einfluss in Stockholm nicht zu mächtig werden zu lassen. Die Furcht der russischen Kreise vor einem Kriege mit Oesterreich bemühte er sich zu zerstreuen, nicht ohne zugleich wohlmeinende Rathschläge hinzuzufügen. Sie erreichen Ihr Ziel, schrieb er Anfangs September an Catharina, wenn Sie Ihre Pläne

[1]) Vgl. die Instruction an den französischen Gesandten in Stockholm vom Jahre 1763 bei Flassan Vol. VII.

verschleiern und Ihre Gesandten in Constantinopel und Wien instruiren, die falschen Gerüchte zu widerlegen, sonst werden Ihre Angelegenheiten darunter leiden. Mit besonderer Genugthuung erfüllte es den König, dass er sich sonst mit Panin in vollständiger Uebereinstimmung befand. Die Republik müsse in dem verwirrten Zustande, in dem sie sich befinde, dauernd erhalten werden, sagte Panin zu Solms. Und dieser Gedanke fand freudigen Anklang bei Friedrich. Wer auch immer zum Träger der Piastenkrone auserkoren wurde, kümmerte ihn im Grunde genommen wenig, wenn nur die inneren, ungeordneten staatlichen Verhältnisse der Republik keine Aenderung zum Besseren erfuhren.

Indess war der von Panin geäusserte Wunsch, möglichst rasch das Abkommen mit Preussen zu Stande zu bringen, bald wieder verflogen. Man hatte sich in Petersburg entschlossen, dem rastlosen Vorwärtsdrängen der polnischen Freunde durch die Erklärung einen Dämpfer aufzusetzen, dass sie bei der beabsichtigten Bildung einer Confœderation von Russland keine Hilfe zu erwarten hätten, man gab August III. deutlich zu verstehen, seine Animosität gegen die Czartoryski nicht zu weit zu treiben, da man sonst zur Ergreifung von Massnahmen sich genöthigt sehen könnte, die dem Könige nicht sehr genehm sein würden, endlich versprach man dem Prinzen Carl für den Verlust Curlands irgend eine Entschädigung. Die Furcht vor einem Kriege trat in den Hintergrund, die Allianzangelegenheit war nun nicht mehr dringend. Friedrich, der eine rasche Erledigung erwartet hatte, sprach seine Verwunderung aus, dass man sich so wenig beeile, auf den von ihm eingesendeten Entwurf eine Antwort zu ertheilen. Der Gesandte vertröstete seinen königlichen Herrn von Woche zu Woche; Panin hielt jedoch die von ihm bezeichneten Termine nicht ein. Friedrich wusste für dieses Zaudern keine andere Erklärung,

als dass entweder abermals eine Schwenkung in den Entschlüssen des russischen Hofes eingetreten oder fremder, namentlich österreichischer, Einfluss thätig sei. Solms witterte französische und österreichische Umtriebe und wurde von dem schlauen Panin in diesen Ansichten, die jedes Grundes entbehrten, bestärkt, jedoch durch den Zusatz beruhigt, dass alle Versuche, die Czarin von Preussen abspenstig zu machen, erfolglos bleiben dürften. Der geriebene Diplomat rechnete darauf, durch derartige Vorspiegelungen den König für die hohen Bedingungen, die in das Contreproject aufgenommen werden sollten, gefügiger zu machen.

Ueber die Persönlichkeit, welcher Catharina die polnische Königskrone zudachte, hatte Friedrich bisher nicht die geringste sichere Kunde. Catharina hatte in einem Schreiben an den König blos die Andeutung gemacht: auch sie sei für einen Piasten, nur dürfe es kein Greis sein, denn dann würden durch die Aussicht auf eine neue Wahl die Intriguen nie ein Ende nehmen. Wie wir gesehen, erging sich Solms in Muthmassungen, die Friedrich wahrscheinlich fand. Erst Ende October 1763 erhielten diese Annahmen durch ein Schreiben der Kaiserin Bestätigung. An die Darlegung Friedrichs in seinem Briefe vom 15. Februar anknüpfend, worin er sich für einen Piasten ausgesprochen hatte, schlug sie ihm Stanislaus Poniatowski zum Könige vor. Nicht seine Befähigung zu diesem Posten stellte sie in den Vordergrund, sondern dass er unter allen Prätendenten die wenigsten Mittel zur Erlangung der Krone besitze und desshalb denjenigen sehr ergeben sein werde, die ihm dazu verhelfen würden. Den etwaigen Einwand des Königs, dass er nicht das erforderliche Vermögen besitze, um mit Anstand seiner Stellung Genüge leisten zu können, behob sie im Vorhinein durch den Hinweis auf die Czartoryski, in deren Interesse es gelegen sei, ein Mitglied ihres Hauses an der Spitze der Republik zu sehen, die daher

nicht zögern würden, Stanislaus unter die Arme zu greifen. Ein geeigneteres Individuum werden wir für unsere gegenseitigen Interessen nicht finden, schloss sie ihren Brief; sie trenne die ihren nicht von jenen des Königs, fügte sie hinzu, liebe es vielmehr, beide unter demselben Gesichtspunkt stehend zu betrachten. [1])

Catharina war trotz der scheinbar offenen Sprache in ihrem Briefe nicht aufrichtig. Sie gab sich den Anschein, als erwarte sie erst die Zustimmung des Königs, ehe sie sich zu irgendwelchen Schritten entschliessen würde, um ihrem Candidaten die Wahl zu sichern. Doch hatte sie schon damals zur Erreichung ihrer Absichten seit längerer Zeit eine grosse Thätigkeit entfaltet und auch die Zusammenziehung der Truppen an den Grenzen von Polen angeordnet. Um aber jeden Verdacht zu beseitigen, als habe sie im Sinne, sich bei dieser Gelegenheit polnischer Landstriche zu bemächtigen, suchte sie die Nachbarhöfe zu beschwichtigen. Denn an demselben Tage, an welchem sie ihr Schreiben an Friedrich erliess, wendete sie sich auch brieflich an Maria Theresia.

Auch dieser gegenüber sprach Catharina von den gemeinschaftlichen Interessen ihrer beiden Monarchien, von ihrer Freundschaft und Zuneigung. Nur erwähnte sie hier der polnischen Königswahl blos in allgemeinen Ausdrücken; sie wolle die Freiheit derselben in keiner Weise beeinträchtigen, wenn sie durch fremde Intriguen nicht zu andern Massnahmen gezwungen werde; sie würde sich nicht entgegenstemmen, theilte sie im vertraulich klingenden Tone mit, wenn die Wahl auf einen Piasten fiele. Wenn Maria Theresia dieser Ansicht beipflichte, solle sie ihren Minister in Warschau anweisen, mit dem russischen Gesandten Hand in Hand zu gehen.

---

[1]) Catharina an Friedrich 6. October alten Stils, Forschungen IX, S. 89.

Und in ähnlicher Weise, wie an Friedrich, wurden auch in dem Schreiben an Maria Theresia, fast mit denselben Ausdrücken, in einer Nachschrift die militärischen Massnahmen Russlands erwähnt, auch hier hervorgehoben, dass sie im Einklange stehen mit ihren friedlichen Gesinnungen, da die Aufrechterhaltung der Ruhe in Polen ihr ebenfalls wichtig sei.[1])

In Wien verfolgte man seit längerer Zeit mit ängstlicher Spannung die polnischen Angelegenheiten. Als die Kunde von der Krankheit des Königs von Polen nach Wien gelangt war, beeilte man sich in Paris anzufragen, was für Massnahmen für den Fall des Ablebens desselben zu ergreifen seien. In den nächsten Monaten drehte sich die Correspondenz mit dem österreichischen Gesandten in der französischen Hauptstadt um diesen Gegenstand. Mit starken Farben schilderte Kaunitz die Gefahren, die von dem übergreifenden Einflusse Russlands und Preussens drohen, heuchelte eine entschiedene Gleichgiltigkeit über die Person des künftigen Königs und bemühte sich darzulegen, wie sehr man in Wien nur darauf sein Augenmerk richte, dass dieses Königreich nicht in die Gewalt einer aggressiven Macht falle.

Zumeist lag dem österreichischen Staatskanzler der seiner Annahme nach unzweifelbare Gedanke auf dem Herzen, dass zwischen Preussen und Russland ein Einverständniss, wenn nicht schon erzielt, doch im Anzuge sei. Gelang es den beiden Mächten, einen ihnen ergebenen Candidaten durchzubringen, so gerieth Polen in die vollste Abhängigkeit von denselben, der früher gewichtige und noch immer nicht ganz bedeutungslose österreichische Einfluss war vollständig aus dem Felde geschlagen. Dies sollte und musste thunlichst vermieden werden. Denn nicht blos um die Königswahl

[1]) Das Schreiben Catharina's vom 6. October alten Stils, demnach vom selben Tage, wie jenes an Friedrich, in den Documenten p. 79.

handelte es sich, sondern, wie Fürst Kaunitz misstrauisch wähnte, auch um eine Verkürzung des polnischen Gebietes, in Folge der zwischen Preussen und Russland gepflogenen geheimen Verabredungen. Bei der Aussichtslosigkeit sich allein den Aggressivtendenzen dieser Staaten irgendwie erfolgreich entgegensetzen zu können, mussten erst andere Mächte zu einem gemeinsamen Vorgehen gewonnen werden. Fürst Kaunitz versprach sich schon dadurch einen bedeutenden Erfolg, wenn von den hervorragendsten Staaten Europa's die Erklärung abgegeben würde, dass sie einem Umsichgreifen Preussens und Russlands nicht gleichgiltig zusehen, sondern genöthigt sein würden, diensame Gegenmassnahmen zu ergreifen. Jedenfalls erwartete er die Wirkung, dass Catharina und Friedrich aus Furcht vor einem neuen Kriege auf die Durchführung ihrer Pläne verzichten werden. Indess das Project des Fürsten hatte doch eine heiklige Seite. Welchen äusseren Anlass hatte man zu einer derartigen Declaration? Denn dass zwischen Preussen und Russland irgend eine Vereinbarung getroffen worden sei, war nur blosse Muthmassung, bestimmte sichere Anhaltspunkte besass man nicht.

Auch das Mittel, auf welche Weise eine Handhabe gewonnen werden könnte, gemeinschaftliche Verabredungen zu pflegen und die polnischen Dinge gewissermassen vor das Forum eines europäischen Areopags zu ziehen, gab Kaunitz an die Hand. Die polnischen Magnaten sollten sich zu diesem Behufe an die sämmtlichen europäischen Mächte mit dem Ersuchen zuwenden, ihre guten Dienste bei Russland und Preussen einzulegen, um die erstgenannte Macht abzuhalten, ihre Drohungen zu verwirklichen, und die letztere zu bewegen, den durch die Truppen verübten Schaden zu ersetzen. Kaunitz erwartete von einem gemeinschaftlichen Vorgehen, einer gleichförmigen Sprache der ersten Mächte viel. Darüber jedoch gab er sich keinem Irrthum hin, dass es

schwer sein dürfte, die verschiedenen Höfe Europa's zu einer gemeinschaftlichen Action zu gewinnen. Bezeichnete er doch einen jeden dahinzielenden Versuch in Momenten nüchterner Erwägung als eine Chimäre. Ganz aufgeben wollte er ihn doch nicht. Hatten nicht England, Holland, Dänemark und Schweden ein Interesse an dem Handel mit Danzig?

Von dem Thun und Treiben der Polen hatte Kaunitz viel zu richtige Vorstellungen, um auch nur im entferntesten anzunehmen, dass sich gegen die Uebergriffe der nordischen Macht eine geschlossene Partei bilden dürfte. Allein er hielt dies auch nicht für nothwendig. Wenn sich nur der Krongrossfeldherr mit seinem Anhang oder der Primas entschloss, die Hilfe der meisten Mächte anzurufen, das Uebrige fand sich leicht. Indess hegte er andererseits begründete Zweifel, dass Branicki oder der Primas dazu ihre Hand bieten würden. Jener stand damals in seinem achtzigsten Lebensjahre und hatte in seinem Leben selten Proben einer grossen Energie an den Tag gelegt, dieser, ein zweideutiger, furchtsamer Charakter, durfte schwerlich bewogen werden können, die Initiative zu ergreifen. Trotz dieser Bedenken verzichtete Kaunitz nicht auf sein Vorhaben, und da auf eine selbstständige Action des Königs von Polen keine Rechnung zu machen war, Oesterreich aber thunlichst im Hintergrunde bleiben wollte, blieb nur Frankreich übrig, die ganze Sache in Fluss zu bringen[1]).

Die französischen Staatsmänner hatten nicht die geringste Neigung, sich tiefer in die polnischen Angelegenheiten einzulassen. Der Chef des geheimen Cabinets Ludwig's XV., Graf von Broglie, der seinerzeit in Polen für den Prinzen Conti in speciellem Auftrage des Königs thätig gewesen war, beschäftigte sich damals mit dem Projecte einer Landung in England, und Herr von Choiseul widmete den nor-

[1]) An Mercy 5. Juli und 16. September 1763. (W. A.)

dischen Fragen eine geringe Aufmerksamkeit; seiner Ansicht nach hatte Frankreich eigentlich kein directes Interesse sich mit Polen zu beschäftigen. Den Gerüchten einer Theilung der Republik schenkte er keinen Glauben; die Eifersucht der Nachbarstaaten untereinander, die doch allein diese Zergliederung vollziehen könnten, schütze Polen genugsam; Preussen, Russland, Oesterreich und die Pforte seien nicht die Gegner, sondern die Vertheidiger der Republik, diesen Mächten könne Frankreich getrost die Aufgabe überlassen, die Integrität derselben aufrecht zu erhalten. Nur besondere Ereignisse und blutige Kämpfe könnten eine Theilung herbeiführen. Im Falle Preussen und Russland wirklich mit einander hierüber ein Abkommen getroffen hätten, so liege es im Interesse der Türkei und Oesterreichs dagegen aufzutreten.[1])

Wenn Ludwig XV. auch persönlich wünschen mochte, den Polen unter die Arme greifen und gegen eine etwaige Vergewaltigung schützen zu können, in dem einen Punkte stimmte er mit seinen officiellen Rathgebern überein, wegen der polnischen Wahl keinen neuen Krieg heraufbeschwören zu wollen, es innig bedauernd, dass gerade jetzt der Thron Polens zur Erledigung kam.[2])

Die Ansichten des französischen Ministers bekundeten geringe Voraussicht und eine falsche Beurtheilung der Wiener Staatsmänner, denn Kaunitz war nicht im entferntesten geneigt, ohne die innigste Mitwirkung Frankreichs irgend einen gewagten Schritt zu thun. Unbekannt mit den in Versailles herrschenden Anschauungen, war Kaunitz unermüdlich dem österreichischen Gesandten neue Gesichtspuncte und Belege an die Hand zu geben, die ein entschiedenes Eingreifen Frankreichs zu heischen schienen. Bald waren es Nachrichten

[1]) Vgl. die Mittheilung eines Memoire's bei St. Priest Etudes diplomatiques et litteraires I, 98.

[2]) Ludwig an Tercier 26. Februar 1763 bei Boutaric a. a. O.

aus Russland oder Preussen, die zweifellos documentirten, dass diese beiden Mächte einen festen Plan mit einander verabredet hatten, bald die Mittheilung, dass Sachsen im Einverständnisse mit Preussen und Russland zu sein scheine und eine Zertrümmerung Polens mit befördern würde, wenn es selbst mancherlei Vortheile erhalten könnte.

Man bäumte sich in Wien gegen die Wahl eines Piasten, weil dadurch der russische und preussische Einfluss in Polen nur an Boden gewinnen würde. Denn nur einer solchen Persönlichkeit wollte man die polnische Königskrone übertragen wissen, die in vollster Unabhängigkeit von Berlin und Petersburg mit Oesterreich ein gutes Einvernehmen zu pflegen bereit sein durfte. Eine solche Gesinnung setzte man bei dem Kurfürsten von Sachsen voraus. Noch gab man nicht alle Hoffnungen auf, dass die Milde und Leutseligkeit seines Charakters, der Verstand und der Geist der Kurfürstin einigen Eindruck machen würden, und die Polen bewogen werden könnten, ihn zum König zu wählen. Eine principielle Opposition gegen die Wahl eines Piasten war in Wien übrigens nicht vorhanden. Selbst einem Mitgliede der Czartoryski'schen Familie missgönnte man es nicht, den Thron Jagello's zu besteigen, wenn diese, wie man damals wenigstens behauptete, nur nicht Preussen ergeben gewesen wäre.

Im Laufe des Sommers hatten sich die Ansichten der Wiener Kreise wenig geklärt. Man glaubte nunmehr nicht zweifeln zu sollen, dass zwischen Russland und Preussen bestimmte Abmachungen bestünden. Die Sorge, ob nicht auch bezüglich einer Gebietserweiterung Vorbereitungen getroffen worden seien, wurde man nicht los. Diese lähmte auch alle Entschliessungen. Mercy, der auf dem Sprunge stand, von Petersburg abzureisen, erhielt den Auftrag sich zu bemühen, diesen Punkt in's Klare zu bringen, und falls ein definitiver Abschluss bisher noch nicht erzielt worden war, den Petersburger Ministern die Augen zu öffnen und ihnen begreiflich

zu machen, dass die Nachtheile einer Vergrösserung Preussens doch weit schwerer wiegen, als alle Vortheile, die Russland erwachsen könnten, auch die Vorsicht es erfordere, den Defensivtractat mit Preussen in eine solche Form zu kleiden, dass eine Verständigung mit Oesterreich nicht für immer unmöglich gemacht werde; endlich sollte er auch durchblicken lassen, dass die Rücksicht auf die Pforte Oesterreich nicht bewegen könnte, die ehemaligen Verträge mit Russland zu erneuern. Die letztere Andeutung war darauf berechnet, Russland jede Aussicht zu benehmen, Oesterreich zu gewinnen, wenn es etwa gleichzeitig mit Preussen innige Beziehungen anzuknüpfen gesonnen war. [1]) Man war mit Vergnügen zu allen Opfern bereit, und bei der bekannten Bestechlichkeit der russischen Staatsmänner, die die Interessen des Staates für beträchtliche Summen ohne Scrupel Preis gaben, ist es leicht begreiflich, dass man zu jedem Hilfsmittel griff, wenn es sich um die Erreichung vitaler Interessen handelte.

Die Sprödigkeit Frankreichs, sich über ein gemeinsames Vorgehen in der polnischen Frage zu verständigen, war die Ursache, dass es trotz mehrmonatlicher Verhandlungen an einem bestimmten Programme fehlte und ein Entschluss noch nicht gefasst war, als die Nachricht von dem Ableben des Königs von Polen einlief. Nur über einen Punkt war man sich vollständig klar: es als die widrigste und dem Erzhause schädlichste Begebenheit anzusehen, wenn Russland und Preussen sich auf Kosten der Republik vergrössern würden. Kaunitz stellte damals als unverrückbaren Grundsatz für die österreichische Politik den Satz auf: dass, wenn man auch Oesterreich die grössten Vortheile in Polen oder anderswo anbieten würde, man dennoch allen diesen

[1]) An Mercy 7. October 1763. (W. A.)

Lockungen widerstehen und Polen in seinem gegenwärtigen Zustande zu erhalten suchen müsste.

So sehr sich Kaunitz die Miene gab, als habe er nur die Integrität Polens im Auge, wäre er unter gewissen Bedingungen bereit gewesen, das mit vielem Eifer vertretene politische System ganz über Bord zu werfen und mit Preussen und Russland gemeinsame Sache zu machen, trotzdem er in den verschiedenartigsten Variationen auseinandersetzte, wie sehr eine Vergrösserung der beiden Nachbarstaaten dem österreichischen Interesse entgegen sei und Oesterreich nur die Aufrechterhaltung des status quo im Auge habe. Für eine Abtretung Schlesiens und der Grafschaft Glatz, oder für eine Zusicherung der baierischen Erbfolge würde er freudig die bisher befolgten Bahnen verlassen und mit Russland und Preussen im Bunde zur Zerstückelung Polens mitgewirkt haben. Nur die Aussicht blos ein Stück polnischen Gebietes zu erwerben, war nicht verlockend genug, um den Staatskanzler zu einem Absprunge von seinen Ansichten zu bewegen.[1])

Die kurz nacheinander einlaufenden Schreiben Friedrich's und Maria Theresia's in Petersburg mussten endlich die Dinge zur Reife bringen. Wenn Catharina bisher nur zögernd an den Abschluss der Allianz mit Preussen ging, weil sie eine gewisse Rücksicht auf die österreichisch gesinnte Partei, deren Anhänger nicht unbeträchtlich waren, nehmen wollte: die polnischen Angelegenheiten führten die Entscheidung herbei.

Friedrich beantwortete den Brief Catharina's schon am 1. November. Er ging auf die Vorschläge der Kaiserin einfach und rückhaltslos ein, indem er sich anheischig machte seinem Gesandten in Warschau die Weisung zu ertheilen, mit Kejserlingk gemeinschaftlich zur Wahl Poniatowski's mitzuwirken.

---

[1]) An Starhemberg 7. August 1763. (W. A.)

Bereitwillig sagte er ihr zu, in Constantinopel ebenfalls thätig sein zu wollen, um bei der Pforte die Erspriesslichkeit der Erhebung eines Piasten auf den Thron in's helle Licht zu setzen. Obwohl, fügte er schliesslich hinzu, die Allianz noch nicht abgeschlossen sei, sehe er Russland von diesem Momente als seinen Bundesgenossen an.

Einige Tage später antwortete Maria Theresia. So glatt und freundlich ihr Schreiben auch gehalten war, so geringer Widerspruch auch gegen die Wahl eines Piasten erhoben wurde, es wurde doch nicht in Abrede gestellt, dass man in Wien die Wahl des Kurfürsten besonders gern sehen würde. Maria Theresia legte das Hauptgewicht auf die Wahrung der Freiheit und die Einhaltung verfassungsmässiger Formen. Auch hob sie hervor, keine Einwendung gegen die Wahl eines heimischen Grossen erheben zu wollen, wenn sie über eine Theilung Polens dauernd beruhigt würde. Sei dies der Fall, stehe einem gemeinsamen Vorgehen Oesterreichs und Russlands nichts entgegen. In einer Nachschrift wurde, in ähnlicher Weise wie in dem Briefe Catharina's, der Zusammenziehung russischer Truppen Erwähnung gethan. Die Wendung, dass nach erfolgter Verständigung zwischen Oesterreich, Russland und Preussen Niemand es wagen würde, Unruhen in Polen hervorzurufen, und es daher dem Urtheile der Czarin überlassen bliebe, ob es nicht rathsam sei, sich jeder Demonstration zu enthalten, gab doch unzweideutig zu erkennen, dass man in Wien mit unerschütterlichem Misstrauen die Schritte Russlands in's Auge fasse.[1]) Kaunitz beabsichtigte nun allerdings die russischen Kreise durch die eigenthümliche Fassung des Briefes, wie er sich ausdrückte, zum Nachdenken zu bringen und auf eine unverfängliche Art zu erkennen zu geben, dass die

[1]) Das Schreiben Maria Theresia's vom 9. November in den Documenten S. 81, nur unvollständig abgedruckt bei Häusser, Forschungen IX. S. 23.

verdeckte Drohung Russlands keinen sonderlichen Eindruck in Wien gemacht habe.[1]) Und diese Wirkung scheint er auch vollständig erreicht zu haben.

Kurz zuvor, ehe die Zeilen Maria Theresia's in Petersburg angelangt waren, hatte sich dort endlich eine Veränderung vollzogen, die man in Berlin schon längst ersehnt hatte: Panin übernahm die Leitung der auswärtigen Geschäfte. Der Einfluss Bestuscheff's war damit dauernd beseitigt, und der preussische Gesandte konnte von diesem Ereigniss mit besonderer Befriedigung seinem Gebieter Kunde geben. Panin erörterte nun bald nach Uebernahme seines Amtes mit Solms, in welcher Form der Polen betreffende Artikel abgefasst werden solle. Russland wollte insbesondere zu verhindern suchen, dass auf dem polnischen Reichstage nicht Beschlüsse gefasst würden, die eine Erstarkung der königlichen Gewalt zur Folge haben könnten. Die zu allen Beschlüssen erforderliche Einstimmigkeit sollte auch in Zukunft beibehalten und eine Vermehrung des Heeres nicht gestattet werden. Denn gelänge es den Polen diese Reformen durchzuführen, erklärte der russische Minister, dann gäbe es kein Mittel, die Reichstage abzubrechen, und an den Grenzen zusammengezogene Armeen würden die Polen nicht mehr in Furcht versetzen können. Diesen Ansichten pflichtete Friedrich ganz bei, indem das gemeinsame Interesse es gebiete, Polen in dem Zustande zu erhalten, in welchem es sich gegenwärtig befinde.

Erst allmälig konnte Friedrich klar sehen, welche Forderungen Russland an ihn zu stellen gesonnen war. Es lag nicht in der Absicht des Königs, sich in directer Weise in die polnischen Händel einzumischen und an der Niederwerfung etwaiger oppositioneller Strömungen in Polen sich activ zu betheiligen. Er wollte Russland nur ge-

[1]) An Mercy vom 26. Nov. 1763. (W. A.)

währen lassen, welches er für stark genug hielt, mit seinem Willen in Warschau durchzudringen, da er die Bethätigung Oesterreichs und Frankreichs nicht gerade hoch anschlug, wenn er auch manchmal in seinen Depeschen an Solms das Gegentheil versicherte, um auf die Petersburger einen Druck auszuüben. Diesen erschienen die Dinge doch in einem andern Lichte. Sie waren über die Haltung Oesterreichs und Frankreichs nicht ganz beruhigt und befürchteten von der antirussischen Partei in Warschau einen energischen Widerstand. Die Nachrichten aus Polen lauteten damals eine Zeit lang nicht gerade günstig für den russischen Candidaten. Allgemein nahm man an, dass es der sächsischen Partei oder der Coalition der Gegner Russlands doch gelingen werde, dessen Pläne zu vereiteln. Und selbst wenn es Russland glückte, seinen Schützling zum König zu machen, wie leicht konnte sich eine Gegenconföderation bilden, ein Gegenkönig aufgestellt und Stanislaus August gezwungen werden, sich mit Oesterreich und Frankreich in Unterhandlungen einzulassen, um eine allgemeine Anerkennung zu erzielen. Damit konnte sich die russische Politik nicht zufrieden geben, deren Hauptstreben dahin gerichtet war, dass der neue Monarch nur ausschliesslich Russland die Krone zu danken haben sollte. Panin forderte daher für den Fall, dass Russland sich genöthigt sehen würde, Truppen in Polen einrücken zu lassen, die active Mitwirkung Friedrich's, ohne sich mit dem blos passiven Geschehenlassen zufrieden zu geben.[1])

---

[1]) Depesche von Solms 9. December 1763 Forschungen 96 fg. . . . et il (Panin) m'a dit qu'il souhaitait que V. M. voulut se persuader, qu'il ne suffisait pas de ne point s'opposer aux desseins de l' Imp. mais qu'il importait à l'intérêt commun des deux Cours et à l'etablissement solide du système Prussien à celli-ci, que V. M. après avoir reconnue l'utilité d'un plan sur lequel on se seroit concerté, ne refusât point de preter toute l'assistance possible pour son execution.

Hierauf einzugehen, war Friedrich mit nichten gewillt. Eine Defensivallianz strebte er mit Russland an, um sich für den Rest seiner Tage dauernd die Ruhe zu sichern; sich an irgend einem Schritte zu betheiligen, der nur im entferntesten die Gefahr eines allgemeinen Krieges in sich barg, lag ihm vollständig ferne. Der Lorbeeren war er satt, die man auf dem Schlachtfelde erwerben konnte, er dürstete nach dem Ruhme, einen blühenden Staat seinen Nachfolgern zu überlassen. Wegen eines Czartoryski oder Poniatowski einen gefahrvollen Krieg heraufzubeschwören, hielt er für ein Verbrechen, eher wollte er einwilligen, dass ein sächsischer Prinz von der Republik zu ihrem Haupte auserkoren wurde. Solms sollte Panin erinnern, schrieb er, Carl VI. hätte durch seinen Eifer, seinen Candidaten auf den polnischen Thron zu bringen, eine Provinz, den Elsass, verloren. Zu einer Nachahmung dieses erhabenen Vorbildes zeigte er durchaus keine Neigung.[1])

Wozu brauchte man auch in Petersburg seine Unterstützung? Reichten die russischen Streitkräfte nicht aus, um den ausersehenen Mann eventuell auch mit Waffengewalt auf dem Throne zu erhalten? Seine eigene Mitwirkung hielt Friedrich nicht für nothwendig. Er glaubte genug gethan zu haben, wenn er die russischen Truppen gegen eine deutsche Macht, die etwa Miene machte einzugreifen, deckte. Wenn Oesterreich ein Heer vorrücken liess, dann wollte er sich nicht entziehen, die erforderliche Hülfe zu leisten. Er hielt an der Ansicht fest, dass das Einrücken eines preussischen Heeres in Polen einen allgemeinen Krieg zur Folge haben könnte, während Panin gerade die gegentheilige Anschauung zu erhärten suchte, dass das einträch-

[1]) Das Handschreiben Friedrichs an Solms vom 27. December bei Häusser, Forschungen a. a. O. S. 97.

tige Zusammenwirken Preussens und Russlands von Vorneherein einen jeden Krieg im Keime ersticken werde.

Selbst Andeutungen von Vortheilen, die Panin machte, beirrten Friedrich in seinen festen Grundsätzen nicht. Es werde den König nicht gereuen, sagte Panin zu Solms, derartige Verpflichtungen übernommen zu haben, wenn die Dinge gegen alle Erwartung in's Extrem getrieben werden sollten; auch Russland werde sich seine Mühe gut zahlen lassen und nicht umsonst arbeiten wollen. Friedrich suchte alle Bedenklichkeiten des russischen Ministers zu zerstreuen. Niemand werde daran denken, sich um eines polnischen Königs willen in einen neuen Krieg zu stürzen, die Erschöpfung sei eine allgemeine; es genüge ein Einverständniss zwischen Russland und Preussen. Dem Gesandten schärfte er ein, auf seiner Hut zu sein und sich ohne specielle Genehmigung in nichts einzulassen.[1])

Der Entwurf eines Vertrages, den Friedrich in den ersten Augusttagen an Solms zur Uebermittlung an die Kaiserin übersendet hatte, enthielt durchweg nur Bestimmungen defensiver Natur. In klaren unzweideutigen Worten war dem Tractate sein defensiver Charakter gewahrt. Erst als Panin mit seinen Forderungen herausrückte, dass Friedrich in activer Weise bei der Wahl eines Königs durch Zusammenziehung von Truppen an den Grenzen mitwirken sollte, ging Friedrich einen Schritt weiter; er erwies sich insoweit entgegenkommend, als er es mit den Interessen seines Staates vereinbar hielt. Bei einem Angriffe Oesterreichs gegen Russland wollte er ein Hilfscorps von 20.000 Mann senden, unter der Bedingung jedoch, dass ihm, falls er selbst aus Anlass der Allianz von Maria Theresia bedroht würde, eine gleiche Truppenanzahl zur Verfügung ge-

[1]) Depesche von Solms vom 30. December und an Solms vom 21. Januar 1764, Forsch. IX. S. 99 und 105.

stellt werde.[1]) Panin wollte jedoch auf eine Truppenzusammenziehung an der Grenze nicht verzichten; nichts sei mehr geeignet, die vollständige Eintracht Preussens und Russlands den fremden Mächten zu Gemüthe zu führen, sagte er zu Solms, Niemand werde sich dann regen. Endlich sollte auch eine Vereinbarung getroffen werden, dass die beiden Mächte nach erfolgter Neuwahl eine Declaration zu erlassen hätten, worin sie den König anerkennen, um jene Partei abzuschrecken, die vielleicht zu einer Gegenwahl zu schreiten beabsichtigen sollte. Solms rieth, diesen Punkt nicht abzulehnen, eine Weigerung könnte den Abschluss des Vertrages überhaupt nur verzögern und die Stellung Panin's gefährden, es überhaupt der österreichischen Partei ermöglichen, das Heft in die Hände zu bekommen.[2])

Ein Vergleich des endlich am 11. April 1764 unterzeichneten Vertrages mit jenem Entwurfe. den Friedrich im August 1763 nach Petersburg gesendet hatte, macht es besonders ersichtlich, in welche Concessionen Friedrich willigen musste, wenn er überhaupt eine Allianz zwischen Preussen und Russland zu Stande bringen wollte. Schon in formaler Hinsicht fällt es in's Auge, dass der Entwurf Friedrich's blos aus 8 Artikeln bestand, während der definitive Tractat deren vierzehn enthält. Hiezu kamen noch einige geheime Separatartikel und eine geheime Convention.[3])

Schärfer noch tritt die Differenz in meritorischer Hinsicht hervor. Der Entwurf Friedrich's enthielt für beide Contrahenten die Verpflichtung, keinen anderen Vertrag zu schliessen, der dieser Allianz entgegenstünde. Eine ganz an-

---

[1]) Depesche vom 3. Januar 1764 (die jedoch bei Häusser nicht abgedruckt ist). Vgl. Forsch. S. 130, die Depesche vom 20. Januar 1764.

[2]) 24. Januar 1764 von Solms, Forschungen IX, S. 131.

[3]) Martens I. S. 84. Die beiden Emendationen des zweiten und dritten Artikels bei Häusser, Forschungen IX. S. 146.

dere Fassung tritt uns in dem wirklichen Vertrage entgegen. Die Freiheit mit anderen Staaten Tractate abzuschliessen wurde ausdrücklich gewahrt, allerdings unter der Voraussetzung, dass der vorliegende Vertrag dadurch keinerlei Abbruch erleiden, im Gegentheil mehr Kraft und Wirksamkeit erhalten sollte. Man verabredete sogar, auch noch andere Höfe, die von denselben Gesinnungen beseelt seien, zum Beitritte einzuladen. Schon damals beschäftigten sich die Petersburger Staatsmänner mit jenem Projecte, an dessen Verwirklichung die russische Politik später so oft Hand anlegte: eine Allianz der nordischen Mächte in's Leben zu rufen. Indem man auf der Annahme dieses Punktes in Petersburg bestand, wahrte man sich nicht nur vollständige Freiheit in Bezug auf die Abschliessung neuer Bündnisse, sondern gewann auch eine Handhabe, um eventuell die Betheiligung Preussens an der Durchführung der nordischen Politik Russlands fordern zu können.

Die beiden Contrahenten garantirten einander ihre Staaten, versprachen einander für den Fall, wenn sie von irgend einer Macht angegriffen würden, ihre guten Dienste und nach erfolgtem Ansuchen eine Unterstützung von 10.000 Mann Infanterie und 2000 Mann Cavallerie. Sollte aber diese Hilfeleistung nicht für genügend befunden werden, so blieb die Festsetzung einer ergibigeren Unterstützung einer künftigen Vereinbarung von Fall zu Fall vorbehalten; auch die gesammte Heeresmacht eines Staates sollte von dem andern in Anspruch genommen werden können. Beide Contrahenten verpflichteten sich ohne gegenseitige Zustimmung keinen Frieden mit dem Feinde zu schliessen, ohne Kenntniss des andern Theiles sich auch in keinerlei Verhandlungen einzulassen. Wurde eine der beiden Mächte, während sie die festgesetzte Unterstützung gewährte, selbst angegriffen, so konnte sie die Truppen zwei Monate nach erfolgter Anzeige

abberufen, befand sie sich selbst im Kriege, blieb sie für die ganze Dauer desselben von jeder Hilfeleistung befreit.

An den Hauptvertrag reihten sich vier geheime Artikel und zwei geheime Separatartikel, die eigentlich die wichtigsten Punkte enthalten. Der erste geheime Artikel setzte die Bedingungen fest, unter welchen die militärische Hilfeleistung durch Geld ersetzt werden konnte. Wenn Russland in den an die Türkei und die Krim grenzenden Provinzen, oder wenn Preussen auf der Seite von Geldern, Cleve, Ostfriesland, überhaupt jenseits der Weser einen Angriff zu erfahren hätte, sollte die zu gewährende Unterstützung nicht in Truppen, sondern in Geld erfolgen; und zwar mit 400.000 Rubel jährlich für die 10.000 Mann Infanterie und 2000 Mann Cavallerie.[1])

Preussen übernahm die Verpflichtung, mitzuwirken, dass die gegenwärtige Verfassung Schwedens aufrecht erhalten werde, und wenn sich auch die Vereinbarung vorläufig auf ein gemeinschaftliches Vorgehen der Gesandten Russlands und Preussens in Stockholm beschränkte, so war für den Fall, als dies von geringer Wirkung sein sollte, um diejenigen, die auf eine Stärkung der königlichen Gewalt hinarbeiteten, von ihrem Vorhaben abzubringen, die Verabredung weiterer Massnahmen in Aussicht gestellt. Friedrich garantirte dem Grossfürsten, als Herzog von Holstein, seine gegenwärtigen Besitzungen in Deutschland und versprach bei etwaigen Verhandlungen mit Dänemark wegen Ausgleichung einiger Differenzen hinsichtlich Schleswigs seine guten Dienste, um dem Grossfürsten zur vollständigen Befriedigung seiner gerechten Ansprüche zu verhelfen.[2])

---

[1]) Der Artikel bei Häusser, Forschungen IX, S. 147 zum ersten Male abgedruckt.

[2]) Diese beiden Artikel bei Häusser Forschungen IX, S. 134 und 135., der Schweden betreffende Artikel zuerst abgedruckt bei Tengberg: Om Kejsarinnan Catharina II. åsyftade stora Nordiska Alliance S. 111.

Ferner verbanden sich die beiden Contrahenten zur Aufrechterhaltung des freien Wahlrechtes in Polen, der Art, dass es Niemand gestattet sein sollte, die königliche Würde in seiner Familie erblich zu machen oder sich eine absolute Gewalt zu erringen; allen dahin strebenden Absichten wollten sie entschieden, sogar mit Waffengewalt entgegentreten, um die Republik vor einem Umsturze ihrer Verfassung und ihrer Fundamentalgesetze zu bewahren.

In welchem Sinne diese allgemein lautende Bestimmung über Polen gemeint war und welche Absichten derselben zu Grunde lagen, wurde in einer geheimen Convention und zwei geheimen Separatartikeln festgesetzt.

Preussen und Russland einigten sich über die Bewerkstelligung der Wahl eines Königs. Der Name desselben wurde, um jeden Zweifel auszuschliessen, in dem zweiten geheimen Separatartikel genannt. Und da die Kaiserin schon gewisse Verabredungen mit dem gut gesinnten Theile der Nation zu diesem Behufe getroffen, verspricht der König von Preussen durch alle nur erdenklichen Mittel seine Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles. Da ferner Russland an den Grenzen Polens ein Truppencorps bereits zusammengezogen hatte, um für jede Eventualität bereit zu sein, so machte sich der König von Preussen anheischig an der preussisch-polnischen Grenze ähnliches zu thun. Die Gesandten Russlands und Preussens waren ohnehin schon angewiesen worden, unmittelbar nach der Wahl die Anerkennung des von den Contrahenten empfohlenen Candidaten auszusprechen und die Erklärung abzugeben, dass wenn es eine Partei wagen sollte, die Ruhe der Republik zu stören und gegen den rechtmässig erwählten König eine Conföderation zu bilden, Preussen und Russland Truppen in Polen einrücken lassen und schonungslos gegen Personen und Güter in kriegsrechtlicher Weise vorgehen würden. Sollte diese Declaration zur Niederschlagung jedes Widerstandes nicht genügen, übernahm es Russland allein zur

Unterdrückung der Unruhen einzuschreiten, während Preussen blos eine Mitwirkung durch Bewegungen und Concentrirungen von Truppen an der Grenze zusagte. Wenn aber eine fremde Macht Truppen in Polen zur Unterstützung der Conföderirten einrücken lassen sollte, versprach der König 20.000 Mann zur Unterstützung des russischen Heeres nach Polen zu senden. Erfolgte aus diesem Grunde irgend ein Angriff gegen einen der Contrahenten, sagten sie sich eine weitere Unterstützung von 20.000 Mann zu.

Endlich wurde auch eine Bestimmung hinsichtlich der Dissidenten vereinbart. Russland und Preussen verpflichten sich, die in Polen und Lithauen unter dem Namen Dissidenten bekannten Griechen, Lutheraner und Reformirte zu beschützen, durch entschiedene, wenn auch freundschaftliche Vorstellungen bei dem König und der Republik dahin zu wirken, dass dieselben in den Genuss ihrer Rechte, Freiheiten und Privilegien gelangen, welche dieselben früher in geistlichen und weltlichen Angelegenheiten besessen hatten, und wenn dies gegenwärtig nicht erreicht werden könnte, eine günstigere Gelegenheit abzuwarten, vorläufig aber die Dissidenten gegen jede Ungerechtigkeit und Unterdrückung sicher zu stellen.[1]) —

Russland hatte bei dem Abschlusse des Vertrages alle seine Absichten erreicht. Die vollständige Isolirtheit Friedrich's nöthigte ihn schliesslich allen jenen Bedingungen zuzustimmen, gegen deren Aufnahme er sich Anfangs aus tiefster Seele sträubte. Die bezüglich Schwedens und des Grossfürsten getroffenen Vereinbarungen wollten nicht viel besagen; Friedrich hatte nicht zu befürchten, desshalb in einen Krieg verwickelt zu werden. Um so schwerer wogen jene Artikel, die Polen betrafen. Wohl war es dem Scharf-

---

[1]) Die hier erwähnten Punkte bei Häusser a. a. O. 148 u. 150.

blick des Königs nicht entgangen, dass Oesterreich und Frankreich zwar grosse Worte im Munde führten, den Reden aber die Thaten schwerlich folgen würden. Auch die Berichte aus Polen lauteten im Frühjahre ziemlich günstig. Trotz aller Gegenstrebungen gegen den russischen Throncandidaten, zeigte die antirussische Partei viel zu wenig innern Zusammenhalt und eine grosse Planlosigkeit. Allein mit Sicherheit war der Erfolg dennoch nicht zu verbürgen. Oesterreich und Frankreich konnten sich noch in der letzten Stunde zu einem energischen Vorgehen aufraffen, oder durch das brüske Auftreten Russlands wider Willen zum Schwerte zu greifen sich gezwungen sehen. Dann waren alle Friedenshoffnungen des Königs zu Grabe getragen.

Selbst eine Milderung mancher allzuharten Bestimmung konnte Friedrich nicht durchsetzen. Immer lautete der Refrain: der Vertrag werde schwerlich zu Stande kommen, oder man sah in Petersburg in jedem Antrage des Königs den Hintergedanken, dass er an der Regelung der polnischen Angelegenheiten sich nicht ernstlich betheiligen wolle. Und wenn Friedrich nicht mit Unrecht darauf hinwies, dass bei dem ganzen Vertrage der Löwenantheil Russland zufalle, hatte man gleich die bündige Antwort in Bereitschaft, die neue Allianz könne nur dadurch befestigt werden, wenn man in Russland den Glauben erwecke, dass sie dem Reiche zum Vortheil gereiche, da die Gegner sonst nur allzuleicht den Vorwurf erheben könnten, dass der Beistand Preussens allzutheuer erkauft worden sei.

Alle Polen betreffenden Artikel des Vertrages sind in Petersburg formulirt worden, die in ihrer Fassung Russland eine Handhabe zur Beherrschung Polens boten. Unumschränkt konnte es nunmehr seinen Willen in Warschau durchsetzen, im Bunde mit Preussen war die Einmischung anderer Mächte nicht zu fürchten. So grossen Widerwillen auch Friedrich empfinden mochte, unter solchen Bedingungen

dem Vertrage seine Zustimmung zu ertheilen, er hielt die Allianz mit Russland für vortheilhaft genug, um endlich einzuwilligen. Nur die Bestimmung über den den Dissidenten zu gewährenden Schutz hatte er in Anregung gebracht. Einen Hintergedanken verfolgte er dabei nicht, er gab nur den Bitten seiner Glaubensgenossen, die sich seine Unterstützung erflehend an ihn wendeten, nach.[1])

[1]) Durch diese actenmässige Darstellung erledigen sich alle Conjuncturen von Smitt I. p. 91 fg.

Viertes Capitel.

Die Wahl Stanislaus August's.

August III. hatte am 5. October das Zeitliche gesegnet; der Erzbischof von Gnesen, Wladislaw Alexander Lubienski, übernahm den Gesetzen gemäss die Führung der Geschäfte. Mit dem Tode des Königs stellten alle Gerichte, die im Namen desselben Recht sprachen, ihre Functionen ein; eine Neuwahl derselben musste erfolgen. Die Vorbereitungen zur Einberufung eines Reichstages wurden getroffen, für den Monat Februar die Dietinen zur Wahl der Landboten einberufen. Der Reichstag selbst sollte im Monat Mai zusammentreten.

Obwohl August's III. Regierung durchaus keinen Glanzpunkt in der Geschichte des Landes bildete, stimmte der Erzbischof von Gnesen doch einen Klageton an, als ob das Vaterland den härtesten Verlust erlitten hätte. Unser Wohlthäter, rief er aus, ist nicht mehr; das Vaterland ist ohne Vater, das Königreich ohne König, der Senat ohne Oberhaupt, das Scepter ohne Hand, die Unterthanen ohne Herrn, die Republik ohne Seele, wir alle sind verlassene Waisen.

Mit dieser Lobrede standen die Klagen desselben Mannes über den trostlosen Zustand des Staatswesens im grellen Contraste. In den Universalien, die von dem Erzbischof behufs Einberufung der Dietinen erlassen wurden, entwarf er die traurigsten Schilderungen über die innere und äussere Lage der Republik. Seit 37 Jahren sei kein ordentlicher Reichstag zu Stande gekommen; eine wüste Anarchie mache

sich auf allen Gebieten der Verwaltung und der Rechtspflege bemerkbar. Die Geschichte, setzte der Primas auseinander, biete von einem solchen Zustande wenig Beispiele. Das einzige Heilmittel erblickte er noch in dem Zustandekommen eines Reichstages, um die Missbräuche, die sich in den letzten Jahren eingeschlichen, zu beseitigen. Zugleich ermahnte er zur Einigkeit, zur Beobachtung der Gesetze, zur Erhaltung der Ruhe; er bat, auf den Landtagen genau die Instructionen für die Landboten festzusetzen, damit die kostbare Zeit nicht nutzlos vergeudet und die grossen Kosten, welche die Zusammenberufung des parlamentarischen Körpers erfordert, in fruchtbringender Weise verwendet werden.

Der junge Kurfürst, Friedrich Christian, und seine geistvolle Gemahlin, Maria Antonia, entfalteten unmittelbar nach dem Ableben des Königs eine fast staunenswerthe Thätigkeit. Nach allen Gegenden der Windrose ergingen gleichzeitig mit der Anzeige, dass August III. das Zeitliche gesegnet, mehr oder minder ausführliche Schreiben, worin die Thronbewerbung des nunmehrigen Hauptes des sächsischen Hauses angemeldet und die Unterstützung der verschiedenen Höfe angesucht wurde.

Die einlaufenden Antwortschreiben stimmten die Hoffnungen tief herab; nur zu deutlich stellte sich heraus, welch' geringe Aussichten diesmal das sächsische Haus hatte, von irgend einer auswärtigen Macht energisch unterstützt zu werden. In Versailles erfreute sich Friedrich Christian ohnehin einer besonderen Zuneigung nicht. Die Dauphine war eifrig bemüht Ludwig XV. für ihren jüngern Bruder zu gewinnen, und nur widerwillig gab der König seine Genehmigung in der Personenfrage mit Oesterreich zusammenzugehen, was von dem Ministerium für den Fall und insoweit empfohlen wurde, als man überhaupt die Absicht haben sollte, sich an der ganzen Angelegenheit zu betheiligen.

Noch bei Lebzeiten August's III. hatte die Kurfürstin sich an König Friedrich gewendet, um ihn zu bewegen, bei Erledigung des Thrones für ihren Gemahl thätig zu sein. Die ehrgeizige Frau, deren Haupt allerdings würdig war, eine Königskrone zu tragen, hatte ihre damals noch junge Bekanntschaft mit Friedrich zu benützen gesucht, um in politischen Fragen seinen Rath, in der Wahlangelegenheit seine Unterstützung zu erbitten. Sie wünschte zu erfahren, welche Ursachen das Einrücken russischer Truppen in Polen veranlasst, ob etwas über die Succession zu seiner Kenntniss gelangt. Friedrich antwortete in scherzhafter Weise; er würde es vorziehen, über die Summa des heiligen Thomas einen Commentar zu schreiben, als über Politik zu sprechen; er sei ein Blinder in allen Fragen der Zukunft. Er verhehlte ihr jedoch nicht, dass man in Petersburg gegen den Kurfürst-König wegen Curlands sehr aufgebracht sei, und das Gebahren desselben ihren Bestrebungen nur zum Nachtheile gereichen könne. Er rieth zur Nachgiebigkeit, wenn man nicht alles unrettbar verderben wolle.[1])

Als Maria Antonia nach dem Ableben ihres Schwiegervaters den König an sein ihr gegebenes Versprechen erinnerte, dass er mit Vergnügen dazu beitragen wolle ihrem Gatten die Krone Polens zu verschaffen, auch hinzufügte, wie bereit man in Dresden sei, allen Wünschen Russlands gerecht zu werden, und seine Vermittlung in Petersburg sich erbat, um eine Aussöhnung und Beilegung der Differenzen zu erwirken, wies Friedrich in seiner Antwort auf den regen Widerwillen Russlands gegen das sächsische Haus hin. Er rieth von übereilten Schritten ab, bestritt es, dass sein Einfluss in Petersburg so gewichtig sei, wie die Kurfürstin wähne. Wohl habe er Rücksichten gegen einen

---

[1]) Die Correspondenz im 24. u. 27. Bande der Werke Friedrich's des Grossen. p. 44 fg.

Hof, der sich von seinen Feinden getrennt, allein er sei weit entfernt, auf die Denkungsart der Czarin bestimmend einwirken zu können. Eine Vermittlung in der curländischen Angelegenheit lehnte er mit dem Hinweise ab, dass diese nur unter Zustimmung beider Parteien statthaben könnte. Als ein vages Gerücht bezeichnete er die Absicht Catharina's die Zips käuflich an sich zu bringen und dem Prinzen Carl als Entschädigung für Curland anzubieten.[1])

Die Kurfürstin gab ihre Versuche, Friedrich zu einer directen oder indirecten Unterstützung zu bestimmen, nicht auf. Selbst als er ihr die Mittheilung machte, dass Catharina ein Zusammenwirken seines Vertreters in Warschau mit dem russischen Gesandten verlangt habe, und er, mit Rücksicht auf seine Lage und durch die Nothwendigkeit sich der Kaiserin gefällig zu erweisen, ihrem Wunsche willfahren müsse, liess Maria Antonia nicht ab Friedrich zu bereden, zu ihren Gunsten einen Schritt zu thun. Einen Versuch solle er doch machen; wenn Russland die Wahl des Kurfürsten nicht begünstigen wolle, möge es wenigstens nicht entgegenwirken und den Sohn nicht die Fehler des Vaters büssen lassen. Hätte ich Kronen zu vergeben, erwiderte ihr Friedrich, ich würde die erste auf Ihr Haupt setzen. Ein directes Eingreifen lehnte er jedoch in den höflichsten Formen ab.

Catharina benahm dem kurfürstlichen Paar alle Aussichten. Eine freie und einmüthige Wahl, schrieb sie, bilde den einzigen legitimen Anspruch auf die polnische Krone; hierauf hätte sich auch die Unterstützung beschränkt, die ihre Vorgänger den beiden Königen aus dem Hause Sachsen zu Theil werden liessen. Sie sei entschlossen diesem Beispiele

---

[1]) Der Brief der Kurfürstin vom 5. October, also am Todestage August's III., die Antwort Friedrich's vom 8. October a. a. O. S. 47 und 48.

zu folgen, Polen in seiner Wahlfreiheit zu schützen, wozu sie sich durch die Nachbarschaft ihres Reiches berechtigt glaube. Für den Kurfürsten jedoch, fügte sie schliesslich hinzu, sehe sie unübersteigliche Schwierigkeiten voraus und als gute Freundin glaube sie rathen zu sollen, sich nicht allzustark in einer Sache vorzuwagen, deren Verlauf den gehegten Erwartungen nicht entsprechen dürfte.[1])

Nur an Maria Theresia hatte die kurfürstliche Familie eine eifrige Vertreterin ihrer Interessen. Die Antworten aus Wien lauteten auch recht befriedigend. Zu wiederholten Malen wendete sich Maria Antonia an die Kaiserin, ihre Vermittlung erbittend. Nach zwei Seiten nahm sie die Unterstützung Maria Theresia's in Anspruch, einmal die Pompadour für Sachsen günstig zu stimmen, sodann aber durch den in österreichischen Diensten stehenden General Poniatowski, den Bruder Stanislaus August's, auf die Familie der Czartoryski einzuwirken.[2]) Eine directe Einflussnahme auf die allmächtige Maitresse Ludwig XV. lehnte Maria Theresia ab, da sie nie mit ihr in directen Beziehungen gestanden; Sachsen habe von Frankreich nichts zu besorgen, allerdings bei der Schwäche der Monarchie auch keine grosse Unterstützung zu erhoffen. Der König von Preussen, meinte die Kaiserin, könne durch seinen Einfluss bei Catharina die grössten Dienste leisten.

In Dresden wäre man auch entschlossen gewesen, zu einer Theilung Polens die Hand zu bieten; Maria Antonia

---

[1]) Der Brief Catharina's vom 11. October 1763 (Dr. A.)

[2]) Maria Antonia an Maria Theresia vom 7. October 1763. — Leider sind nicht alle Briefe der Kurfürstin an Maria Theresia vorhanden, ein höchst wichtiger, der durch das Kammerfräulein Wolfskehl der Kaiserin übermittelt wurde, scheint verloren gegangen. Wir können den Inhalt aus der Antwort Maria Theresia's errathen. Bei Weber: Maria Antonia Walpurgis Kurfürstin von Sachsen. Dresden 1857. S. 144

machte in dieser Richtung in Wien Andeutungen, auch ging aus einigen Aeusserungen des Generals Poniatowski zu Maria Theresia hervor, dass das Gerücht hiervon bereits in weitere Kreise gedrungen war. Leider sind wir über die Art, wie man dieselbe in's Werk setzen wollte, nicht unterrichtet. Keine Theilung, erwiderte Maria Theresia, man müsse das ganze Königreich behalten; Oesterreich werde solchen Plänen nie zustimmen.[1])

Auch Kaunitz erklärte dem sächsischen Vertreter, Flemming, man würde Kursachsen nur in dem Falle unterstützen, wenn von einer Verkürzung der Republik nicht die Rede sei, im Falle man in Dresden hiezu die Hand bieten wollte, müsste man sich auf eine entschiedene Gegnerschaft Oesterreichs gefasst machen.

Sichere Aussichten machte sich Kaunitz vom Anfang an nicht, einem Mitgliede des sächsischen Hauses die Krone zu verschaffen. Schon in den körperlichen Eigenschaften des Kurfürsten sah er ein grosses Hinderniss, er unterschätzte nicht die Gegeneinflüsse Russlands und die Abneigung der polnischen Magnaten. Noch stand Brühl an der Spitze der Verwaltung, und von ihm war eine erspriessliche Einflussnahme nicht zu erwarten. Die Rücksicht auf Polen führte endlich die Entfernung dieses Mannes von dem wichtigen von ihm bekleideten Posten herbei. Flemming, bisher Gesandter in Wien, wurde an die Spitze der Geschäfte gestellt.

In Polen wimmelte es von Throncandidaten und in Folge dessen von Parteien. Bei Lebzeiten August III. unterschied man zwei grosse Gruppen: Anhänger des sächsischen Hauses und der Czartoryski. Die ersteren, früher eine compacte Mehrheit bildend, zersplitterten sich in eine Anzahl

---

[1]) Point de partage, il faut avoir le royaume en entier; nous nous preterons jamais a un tel arrangement bei Weber a. a. O.

Fractionen. Da gab es eine kurprinzliche Partei, einen Anhang des Herzogs Carl, der sich in Polen durch seine mannhafte Haltung bei dem Einrücken russischer Truppen in Curland einer Beliebtheit erfreute, endlich sprachen sich schon damals viele Stimmen für den Kron-Grossfeldherrn Branicki aus.

Noch grösser wurde die Zersplitterung und Zerklüftung, als der Kurfürst seinem königlichen Vater in das Reich der Schatten gefolgt war. Die Hoffnungen Branicki's schnellten nun kühn empor. Die Aussichten, den polnischen Thron dem sächsischen Hause zu erhalten, steigerten sich insofern, als nunmehr auch die Bedenken jener hinwegzufallen schienen, die in der Uebertragung der Krone von dem Vater auf den Sohn eine Anbahnung der Erblichkeit befürchteten. auch dem rührigen energischen Geiste der Kurfürstin Tendenzen unterschoben, die auf eine Stärkung der königlichen Gewalt hinausliefen.

Viel, ja das meiste hing von der Stellung der massgebenden Persönlichkeiten ab. Da war zunächst der Primas, dessen Einfluss durch die in seiner Hand liegende Leitung der Geschäfte nicht unbeträchtlich war. Eifrigst bemüht über allen Parteien zu stehen, wurzelte dieses löbliche Bestreben nicht in festen, klar erwogenen Grundsätzen, sondern war ein Ausfluss eines wankelmüthigen, unentschlossenen Charakters, der, den Einwirkungen einer jeden Partei zugänglich, dem strengen Gesetze Geltung zu verschaffen nicht geeignet war. Je nachdem die Aussichten für den einen oder den andern Candidaten günstiger standen, änderte der Primas seine Sprache. Aus seinen Gesprächen mit Swieten schien hervorzugehen, dass Oesterreich keinen ergebeneren Freund als ihn hatte; unter dem Siegel der Verschwiegenheit theilte er dem sächsischen Vertreter, Goltz, mit, die Verbindung zwischen Russland und Preussen entbehre der Innigkeit, allem Anscheine nach werde sich Friedrich die Erhebung

einer russischen Creatur nicht gefallen lassen. Ein Partisan Russlands, welches weder Geld noch Versprechungen scheute, um ihn zu gewinnen, heuchelte er vollste Hingebung für die Interessen des sächsischen Hauses; durch die Pflicht als nunmehriges Haupt der Executivgewalt eine vollständige Unparteilichkeit zu wahren, entschuldigte er es, wenn er seine Gesinnungen nicht öffentlich an den Tag lege.[1]) Aus seiner gewundenen Sprache sickerte doch soviel durch, dass sich das sächsische Haus ohne russische oder preussische Hilfe auf die Krone keine Hoffnung machen könne.

Die sächsische Partei glaubte auf den Krongrossfeldherrn Branicki zählen zu können. Die Stellung, die er als einer der ersten Würdenträger der Republik einnahm, erhöhte das Ansehen, welches man seinem Alter und seiner Erfahrung zollte. Er zehrte noch von dem Ruhme, den er sich in jungen Jahren erworben. In kluger Weise hatte er es von jeher verstanden, seine eigenen Interessen mit jenen der Republik in Uebereinstimmung zu bringen, und wenn sich keine Aussicht zeigte, seine eigene Erhebung zu bewerkstelligen, war er gewiss entschlossen, für die Wahl eines sächsischen Prinzen zu wirken. In seinem kräftigen Mannesalter ein grosser Verehrer des weiblichen Geschlechts, fröhnte er noch mit weissen Haaren erotischen Genüssen. Bei dem Anblicke weiblicher Reize schrumpften seine republikanischen Tugenden zusammen. Nur seine eigene Frau, die er im vorgerückteren Alter zum Traualtar geführt, eine Schwester Stanislaus Poniatowski's, hatte über das alternde Herz keinen Einfluss, obwohl ihrer Schönheit und ihrem Geiste zahlreiche Verehrer huldigten. Das Gerücht bezeichnete damals die Frau eines Secretärs der Armee, Branica mit Namen,

---

[1]) 16. November 1763 Dep. Sacken's aus Warschau (Dresdener Archiv).

die in vollster Gunst bei dem Kronfeldherrn stand und ihn vollständig beherrschte.

Ein entschiedener Anhänger des sächsischen Hauses war Fürst Radziwil, Woywode von Wilna und Palatin von Lithauen. Einer der wüstesten, rohesten Gesellen damaliger Tage, fesselte ihn Dankbarkeit an die Nachkommen August's III. Trotz der bekannten Wankelmüthigkeit der Polen glaubte man seiner sicher zu sein, da er zu den zähesten und unversöhnlichsten Gegnern der Czartoryski'schen Familie gehörte. Auch der Woywode von Kiew, Potocki, ein stolzer und hoffärtiger, seinen Vortheil berücksichtigender, sonst aber verständiger Mann, der General der Artillerie gleichen Namens, der Oberjägermeister Zabiello, die sämmtlich dem Fürstenthum Lithauen angehörten, wo besonders der Herzog von Curland über einen grossen Anhang verfügte, waren Partisane Sachsens.

Was Polen an Geist und Thatkraft in sich barg, war nur in den Reihen der Gegner Sachsens zu finden. Die beiden Brüder Czartoryski konnten als die Führer dieser sich Russland anschliessenden Partei gelten. Der ältere, August, Palatin des polnischen Russlands, im Besitze eines grossen erheiratheten und erworbenen Vermögens, hatte in weiten Kreisen einen grossen Einfluss erworben. Schon dies galt als eine grosse Seltenheit, dass ein Pole sein Hab und Gut knapp zusammenhielt, und nicht, wie es damals fast allgemein war, von einem Heere von Gläubigern belagert wurde. Ein sparsamer Wirth spendete Prinz August mit vollen Händen, wo es Noth that oder irgend ein Vortheil zu erwarten war. Der vierte Theil des polnischen Adels gerieth auf diese Weise, wie man uns erzählt, in Abhängigkeit von ihm. Sein Bruder, der Grosskanzler von Lithauen, Michael, hatte sich in hohem Alter noch die Lebendigkeit und Frische des Geistes bewahrt. Einen feinen Verstand mit Energie paarend, verlor er das Ziel, dem er zusteuerte,

nie aus den Augen, fast nie um die Mittel verlegen, die zur Erreichung desselben führten. Ein genauer Kenner der polnischen Verfassung konnten ihm die Uebelstände derselben nicht verborgen bleiben; seit vielen Jahren beschäftigte er sich mit den Reformen, deren Durchführung er für eine Lebensfrage des Staates erklärte.[1]) Die herbe Erfahrung der letzten Jahre hatte in genügender Weise gelehrt, wie wenig Heilsames von der sächsischen Dynastie zu erwarten war. Von August III. und seinem Minister Brühl überdies fortwährend zurückgesetzt und schnöde behandelt, hatten sich die Czartoryski von der ganzen Dynastie in bitterem Ingrimme abgekehrt. Und da von Oesterreich und Frankreich eine Unterstützung ihrer Pläne nicht zu erwarten war, klammerten sie sich an Russland, mit dessen Hilfe sie ein Mitglied ihrer Familie auf den Thron zu bringen hofften, um sodann den Umgestaltungsprocess vollziehen zu können. Den traurigen Irrthum, in Petersburg eine Stütze für die reformatorische Thätigkeit in Polen finden zu wollen, hat die Partei später hart genug gebüsst und erfahren, wie gerade die nordische Macht die Republik zur Anarchie und Schwäche verdammt hat. Damals schmeichelten sich die beiden Brüder mit dem eitlen Wahne, dass es ihnen gelingen dürfte, Russland durch List oder Ueberredung für das grosse Ziel, welches sie sich gesteckt, zu gewinnen.

Es kam der russischen Partei zu Gute, dass nach dem Tode des Kurfürsten einige Wochen verstrichen, ehe man in Dresden einen Entschluss fasste, für wen man in Warschau thätig sein solle. Die Rathlosigkeit war gross. In einer am 18. December abgehaltenen Conferenz wurden

[1]) Für die Charakteristik benützt: Depesche v. Swieten vom 28. December 1763. (W. A.) Die Schilderung von Korff, Forschungen IX. S. 20. Vgl. auch Rulhière 200 ff.

mehrere Projecte in Berathung gezogen.[1]) Von der Möglichheit, für den unmündigen Sohn des Kurfürsten thätig zu sein, wurde ganz abgesehen. Zunächst kam die Candidatur Branicki's in Betracht, dessen vorgerücktes Alter eine baldige Erledigung des Thrones in Aussicht stellte. Die Zwischenzeit konnte sodann zur Stärkung des sächsischen Anhangs benützt werden, auch erwartete man von dem Kronfeldherrn, dass er selbst dazu beitragen werde, während seiner Regierung dem sächsischen Hause den Weg zu ebnen. Man verzichtete auf diese Weise momentan auf den Thron, um ihn später desto sicherer zu erlangen.

Die Unterstützung der Candidatur Branicki's war auch ein Mittel, um die Zwistigkeiten in der kurfürstlichen Familie zu vermeiden. Von den beiden Brüdern des verstorbenen Kurfürsten besass der ältere, Xaver, wenig Freunde in Polen. Noch bei Lebzeiten August's III. hatte er in Paris Schritte gethan, um sich durch seine Schwester, die Dauphine, die Unterstützung Frankreichs zu sichern, jedoch später seine Wünsche zu Gunsten seines kurfürstlichen Bruders zum Schweigen gebracht. Der jüngere Bruder, Carl, erfreute sich allerdings, wie schon gesagt, einer Beliebtheit in weiten Kreisen der Republik, Ludwig XV. war ihm speciell geneigt, allein es fehlten demselben die erforderlichen Geldmittel, auch stand ihm noch mehr als einem andern Mitgliede des sächsischen Hauses die Opposition Russlands, welches ihn aus Curland verjagt hatte, im Wege. Indess man klammerte sich in Dresden an jeden Strohhalm und hielt es selbst nicht für unmöglich, die Kaiserin von Russland zu gewinnen, wenn man sich erbötig zeigen würde, ihren Wünschen bezüglich Curlands zu willfahren.[2])

[1]) Conferenzprotokoll vom 18. December 1763. (Dresdener Archiv.)

[2]) An Pezoldt vom 8. und 28. Nov. 1763 und das Schreiben Flemming's an Pezoldt vom 18. Nov. 1763. (Dresdener Archiv.)

Die Berichte der sächsischen Agenten in Warschau bestärkten die kurfürstlichen Kreise in Dresden in ihren vermeintlichen Hoffnungen. Wenn man diesen Glauben schenken konnte, war ein grosser Theil der Polen wutherfüllt gegen Russland, welches den Fehler begangen, viel zu früh seine eigentlichen Absichten verrathen zu haben. Vielleicht hätte sich auch irgend ein Erfolg erzielen lassen, wenn die Gegner Russlands und der Czartoryski in energischer Weise aufgetreten wären, um die Schwankenden herüberzuziehen und die Eigennützigen zu gewinnen, und die Aussicht auf eine Unterstüzung von Aussen sich bewahrheitet hätte. Denn Furcht und Eigennutz beherrschten den grössten Theil der Polen.[1]) In Dresden war man in dieser Richtung nicht müssig gewesen. Unmittelbar nach dem Tode August's waren eigenhändige Schreiben des Kurfürsten an die massgebenden Persönlichkeiten, Geistliche und Weltliche, ergangen.[2]) Die geringen Geldmittel, über die man verfügen konnte, wurden nach Warschau gesendet; in Paris, Madrid und Wien wurde man nicht müde, ausgiebige Geldhilfe zu erbitten. Selbst die eifrigsten Anhänger Sachsens gaben geringe Hoffnung, dass ohne Anwendung bedeutender Geldsummen ein Resultat zu erzielen sein werde. Für jedes Palatinat, berechnete man, waren je nach seiner Ausdehnung 4—5000 polnische Gulden nothwendig,[3]) eine allerdings erkleckliche Summe, und so sehr man auch in Dresden zu den grössten Opfern entschlossen war, gegen die vollständige Ebbe im Staatsschatze liess sich schwer ohne auswärtige Unterstützung ankämpfen.

---

[1]) Belehrend hiefür die Berichte von Nostiz vom Jahre 1763. (Dresdener Archiv.)

[2]) Eine ganze Reihe dieser Briefe an den Bischof von Krakau, den Palatin von Wilna, Radziwill etc. im Archive zu Dresden.

[3]) Iliersky 16. Januar 1764. (Dresdener Archiv.)

Eine Einigung wurde bei dieser Berathung nicht erzielt. Man wendete sich nach Wien und Versailles, um die daselbst herrschenden Ansichten zu erkunden. In Frankreich zeigte man keine grosse Bereitwilligkeit, dem sächsischen Hause unter die Arme zu greifen. An Geld hatte man ohnehin keinen Ueberfluss. Das französische Ministerium hatte wohl momentane Anwandlungen dem überhand nehmenden Einflusse Russlands in Warschau entgegenzutreten; es erregte zeitweilig bei der patriotischen Partei Hoffnungen, intriguirte in Constantinopel, um bei der Pforte auf die grosse Gefahr aufmerksam zu machen, wenn ein König von Russlands Gnaden an die Spitze der Republik gestellt würde, liess aber die Flügel sinken, wenn unvermuthete Schwierigkeiten auftauchten.

Auch Oesterreich verwirklichte nicht die Hoffnungen des sächsischen Hauses. So nüchtern Kaunitz zumeist Personen und Verhältnisse beurtheilte, er war von gewaltigen Täuschungen nicht frei und seiner Phantasie erschienen die Dinge manchmal in einem rosigen Lichte. Den Ansichten des Staatskanzlers, über die von Oesterreich in den polnischen Angelegenheiten einzuschlagende Richtung, fehlte es überhaupt an Consequenz. Anfangs, als ihn die polnische Königswahl in Anspruch zu nehmen begann, schlug er den sächsischen Anhang nicht gerade hoch an und er erwartete von den Patrioten nicht viel, sodann erwachten wieder zeitweilig, vornehmlich durch fremden Einfluss hervorgerufen, die selbstgefälligen Träumereien von der bedeutenden Potenz der patriotischen Partei.

Im Frühjahre 1763 beschäftigte sich Kaunitz, wenn auch nur vorübergehend, mit dem Gedanken, den Prinzen Carl von Lothringen als Candidaten für die königliche Würde aufzustellen. Allein die Hindernisse, die bei diesem Projecte zu überwinden gewesen wären, schienen ihnen doch zu gross. Preussen und die Pforte, Russland und wahrscheinlich auch

Frankreich waren von Vornherein Gegner dieses Planes.[1]) Später wäre er froh gewesen, sich mit einem Scheinerfolge begnügen zu können. Nur der Gedanke machte ihm bittere Stunden, dass zwischen Russland und Preussen ein Vertrag geschlossen und in demselben eine Gebietserwerbung für Preussen stipulirt worden sei. Im September berichtete Ried von preussischen Kriegsrüstungen. Bei Kaunitz erwachte die Vermuthung, die eine Zeit lang zur Ueberzeugung sich steigerte, dass dieselben die Sicherstellung des zu erwerbenden Gebiets bezwecken. Preussen werde Danzig erhalten, sich dadurch zum Meister des polnischen Handels machen, das polnische Preussen sich aneignen, mithin, wie Kaunitz darlegte, den grossen und fruchtbaren Strich Landes von der Weichsel bis an die schlesische Grenze an sich reissen, eine Verbindung zwischen Preussen, Brandenburg und Schlesien herstellen und auf diese Weise das mächtigste Reich in Europa werden. Der Staatskanzler schlug diese Erwerbungen noch höher an als die Eroberung Schlesiens. Oesterreich war, wenn sich dies verwirklichte, den grössten Gefahren, ja dem Untergange ausgesetzt.[2])

Die unklare Situation lastete schwer auf dem Staatskanzler. Vornehmlich drückte ihn der Gedanke, dass nach keiner Richtung vollständig sichere Anhaltspunkte zur Beurtheilung der russischen und preussischen Politik geboten waren. Diesem haltlosen Zustande musste ein Ende gemacht werden. Hatte man sich bisher vollständig zurückhaltend gezeigt, jetzt galt es die Pläne Russlands und Preussens

---

[1]) Wegen des angetragenen russischen Concerts, die polnische Thronersetzung betreffend. April 1763. (W. A.)

[2]) Fast wörtlich nach einem Actenstücke, welches die Ueberschrift führt: geheime Staatsconferenz 28. Sept. 1763. (W. A.).

zu ergründen, um sodann darnach die eigene Stellung zu bemessen.

Ohne früher eine Verständigung mit Frankreich zu suchen, entschloss sich Kaunitz, eine Anfrage an den König von Preussen zu richten. Der Gesandte, Ried, erhielt den Auftrag, dem Könige folgende Erklärung zu übermitteln: der Kaiser und die Kaiserin hielten es zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Anbahnung eines Einverständnisses für zweckmässig, dem Könige bei wichtigen Vorfallenheiten in unumwundener Weise ihre Gesinnung darzulegen. Das plötzliche Ableben des Königs von Polen und die desshalb bevorstehende Königswahl nehmen wegen ihrer folgenreichen Bedeutung die Aufmerksamkeit der Nachbarhöfe in Anspruch. Als gute Nachbarn und als Bundesgenossen des Königreichs Polen, sei in Wien das Bemühen dahin gerichtet, dieses Reich in seiner Verfassung und Freiheit zu erhalten, und bei der Königswahl Alles, was den Ruhestand zu stören geeignet sei, zu vermeiden. Man würde die Wahl des Kurfürsten von Sachsen mit besonderem Vergnügen begrüssen, jedoch auch gegen die Erhebung eines andern auf den polnischen Thron, wenn die Wahl nur in rechtmässiger Weise vollzogen werde, keine Einwendungen zu erheben gesonnen sein. Man würde es mit besonderem Danke aufnehmen, wenn der König auch seine Absichten und Ansichten vertraulichst zu eröffnen für gut fände, indem dies das kürzeste und erspriesslichste Mittel wäre, den sich kreuzenden Bestrebungen zuvorzukommen.

In ähnlicher Weise lautete eine nach Petersburg gesendete Depesche.[1])

Gleichzeitig zog man aber in Erwägung, ob es nicht rathsam sei, in Constantinopel dahin zu wirken, damit die Pforte in Petersburg die Erklärung abgebe, dass sie es nicht

---

[1]) An Ried und Mercy 11. October 1763. (W. A.)

gleichgültig ansehen werde, wenn Russland bei der Königswahl zu gewaltthätigen Mitteln schreiten und in irgend einer Weise die Freiheit und die Verfassung des Königreichs beeinträchtigen würde. Wenn durch irgend etwas, konnten die Petersburger Kreise dadurch abgehalten werden, widrigen Projecten nachzujagen.

Allein man schrack denn doch vor einem derartigen Schritte zurück. Man hatte über die Abmachungen Catharina's mit Friedrich keine sichere Kunde und obzwar man geneigt war, der Annahme zu huldigen, dass welche bestünden, so war die Möglichkeit noch nicht ganz ausgeschlossen, dass sie nicht allzuweitgehender Natur waren. Kaunitz beschäftigte sich mit besonderer Vorliebe mit den mannigfachsten Conjuncturen über die Details der zwischen Friedrich und Catharina getroffenen Vereinbarung. Es schien ihm nicht unwahrscheinlich, dass blos ein einfacher Defensiv- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen worden sei, was auch zumeist seinen Wünschen entsprochen haben würde, wenn überhaupt eine preussisch-russische Allianz nicht zu hindern war.

Hätte man in Wien den Schleier, den Russland und Preussen meisterlich woben, lüften und auch mit vollster Sicherheit auf die Staatsmänner am Bosporus bauen können, man würde sich wahrscheinlich zu einer Initiative in Constantinopel entschlossen haben. Aber auf die türkischen Staatslenker war kein Verlass, und wenn die Pforte nicht bewogen werden konnte, zu Gunsten Polens mit den Waffen in der Hand einzuschreiten: so war von derartigen unzeitgemässen Eröffnungen nicht nur nichts Erspriessliches zu erwarten, sondern nur ein schädlicher Missbrauch zu befürchten.

Der an kleinen Hilfsmitteln reiche Geist des Staatskanzlers fand endlich einen Ausweg, um vielleicht doch einen Druck auf die Petersburger Kreise auszuüben. Der öster-

reichische Gesandte, Penkler, sollte nicht allein, sondern gemeinschaftlich mit dem Botschafter Frankreichs, Vergennes, die Pforte zu vermögen suchen, nicht in Petersburg, wohl aber in Warschau zu erklären, dass sie als eine getreue Nachbarin und Freundin an der Wohlfahrt und dem Ruhestande der Republik warmen Antheil nehme und daher eine freie, durch fremde Einmischung unbeirrte Königswahl anrathe. Kaunitz erwartete von einer solchen Erklärung, dass sie in Petersburg nicht ohne Eindruck bleiben werde, jedenfalls war daraus ersichtlich, dass man in Constantinopel die Dinge mit Aufmerksamkeit verfolge.[1])

Noch schien es nicht unmöglich, wenn Frankreich hilfreiche Hand bot, den russisch-preussischen Umtrieben die Spitze bieten zu könnnen. Wenn Frankreich auf seinen Anhang in Polen einen Druck auszuüben sich entschloss, mit Geldmitteln nicht geizte und mit Oesterreich entschieden Hand in Hand ging, war noch nicht Alles verloren. Freilich wurden diese Hoffnungen durch die Thatsache herabgestimmt, dass ein französischer Agent noch immer seine Bearbeitungen für den Prinzen Conti nicht aufgab, ein anderer wieder mit den Czartoryski's in Verbindung trat, ohne sich viel um die Verabredungen der französischen Minister zu kümmern.

Mittlerweile war aus Berlin die Antwort Friedrich's auf die erwähnte Anfrage eingelangt. Der König erwiderte in allgemeinen Ausdrücken: er wünsche nicht minder wie der Wiener Hof die Aufrechterhaltung der Ruhe und ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Staaten, er führe durchaus keine feindlichen Absichten im Schilde. Auch berichtete Ried, der König hätte sich geäussert, er werde einer freien Wahl nicht hindernd in den Weg treten, gedenke sich auch in die polnischen Angelegenheiten nicht einzu-

[1]) Depesche an Starhemberg vom 15. October 1763. (W. A.)

mischen, wenn ihn nicht andere Mächte zur Ergreifung ernsthafter Massnahmen zwingen würden.

Obwohl man in Wien dem Könige nicht traute, beruhigte man sich doch durch diese Nachrichten und fand dieselben sogar vergnüglich. Nur die von Friedrich der Kurfürstin von Sachsen ertheilte Antwort, die man von Dresden gleich nach Wien übermittelte, erregte wieder einige Bedenken. Kaunitz gelangte zu dem Schlusse, dass zwischen Russland und Preussen über eine Zergliederung Polens zwar kein Uebereinkommen geschlossen worden sei, wohl aber eine Vereinbarung über die Königswahl bestünde.

In dieser Annahme eines Einverständisses zwischen Preussen und Russland wurde Kaunitz wieder wankend gemacht, als ihm Fürst Galitzin auf Befehl seines Hofes die Mittheilung machte, man habe in Erfahrung gebracht, der Sultan hege den ernstlichen Wunsch mit Preussen einen Defensivtractat abzuschliessen. Ein derartiger Tractat sei weder im Interesse Russlands noch Oesterreichs und für beide Staaten bedenklich und gefährlich. Man habe sowohl Obreskow als auch den Gesandten in Berlin Auftrag gegeben, um an beiden Orten gemeinschaftlich dem Abschlusse desselben entgegenzuwirken, und ersuche den Wiener Hof Russland zu unterstützen.

Diese Eröffnungen kamen um so unerwarteter, da gleichzeitig Nachrichten einlangten, dass das Defensivbündniss zwischen Russland und Preussen endlich zum Abschlusse gekommen sei. Diese wiedersprechenden Berichte konnte der Staatskanzler nicht vereinbaren. „Sollte“, schrieb er damals nach Berlin, „der russische Hof die Absicht hegen, einerseits mit Preussen ein Vertheidigungsbündniss zu schliessen, andererseits Oesterreich zu einem Concert zu veranlassen, so wäre ein solcher Gedanke jedenfalls ausserordentlich.“ Viel wahrscheinlicher schien ihm, dass Russland sich genöthigt sehen würde, im Falle ein Vertrag zwischen

Preussen und der Türkei zu Stande käme, zu dem alten Systeme rückzukehren und die Freundschaft Oesterreichs zu suchen.[1]) In diesem Falle wurden natürlich die Abmachungen zwischen Preussen und Russland in Bezug Polens gegenstandlos; es eröffnete sich sodann eine neue Perspective, vielleicht doch die Wahl des Kurfürsten durchzusetzen.

Nur zu bald trat eine Ernüchterung ein und eine richtigere Auffassung brach sich Bahn. Die Beweggründe, die Russland zu den erwähnten Eröffnungen bestimmt hatten, wurden bald klar. Es wollte die polnische Königswahl in seinem Sinne entschieden wissen, aber den Ausbruch eines Krieges möglichst vermeiden. Um sich gegen die Pforte sicher zu stellen, wünschte es eine Defensivallianz mit Oesterreich abzuschliessen. War der Wiener Hof auf diese Weise gebunden, so konnte er in der polnischen Frage keine den russischen Plänen vollständig entgegengesetzte Haltung einnehmen.

Nach einer andern Richtung hatte sich der Staatskanzler einigermassen beruhigt; er hielt es nicht für wahrscheinlich, dass zwischen Russland und Preussen bereits Abmachungen über eine Theilung der polnischen Lande vereinbart worden seien.

Die Rücksichtnahme auf Preussen bestimmte ausschliesslich die Haltung Oesterreichs in der polnischen Angelegenheit. Die Wahl einer bestimmten Persönlichkeit lag dem Staatskanzler nicht so sehr am Herzen, als die Furcht einer Vergrösserung Preussens. Ob ein Mitglied des sächsischen Hauses oder Branicki oder ein anderer Pole sich schliesslich mit der Piastenkrone schmückte, war nicht von wesentlicher Bedeutung, wenn nur zweierlei vermieden wurde, einmal eine Erwerbung von Land und Leuten durch Preussen und Russland, sodann aber eine allzugrosse Steigerung des russischen

---

[1]) An Ried. 6. November 1763. (W. A.)

Einflusses in Polen. Die Unterstützung des kurfürstlichen Hauses kam für Oesterreich nur insofern in Betracht, als die Nothwendigkeit eines vollkommenen Einverständnisses mit Sachsen einen unerschütterlichen Grundsatz der Wiener Politik bildete, um sich gegen Preussen sicher zu stellen und die den Erblanden vermeintlich drohende Gefahr zu vermindern. Auf die Berufung Flemmings zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten setzte Kaunitz nach dieser Richtung grosse Hoffnungen. Flemming hatte sich durch langjährige Erfahrung einen genügenden Einblick in die Staatsgeschäfte erworben, es fehlte ihm nicht an Verstand und Geschicklichkeit, mit den Verhältnissen am Wiener Hofe vertraut, war er ganz geeignet, die Beziehungen des Kurhauses zu demselben fester zu kitten. Kursachsen sollte daher die möglichste Unterstützung erhalten, aber nur so weit, als es ohne Gefährdung geschehen konnte. Man beabsichtigte die Mittelstrasse einzuhalten, sich weder zu viel, noch zu wenig an den Laden zu legen. Geschah jenes, so wurde eine innigere Verbindung zwischen Preussen und Russland nur noch mehr befördert, die Möglichkeit einer gütlichen Verständigung abgeschnitten. Die Hände wollte man aber nicht in den Schoss legen, die Bearbeitungen in Warschau durften nicht fallen gelassen werden, um den Gegnern nicht leichten Kaufes gewonnenes Spiel zu geben. In Polen und Russland konnte man wähnen, dass Oesterreich auf seinen ganzen Einfluss verzichte, und doch glaubte man durch die feste Sprache, die man geführt, mehr Einfluss als je gewonnen zu haben. Sogar die französischen Minister, sagte Kaunitz, hätten darüber Eifersucht empfunden.[1])

[1]) Beruht auf einer Instruction für Swieten vom 17. October 1763, auf einem Postscript vom 26. November 1763 an Mercy, damals noch in Petersburg, und auf Rescripten an Starhemberg in Paris vom November und December. (W. A.)

So geringe Aussichten übrigens ein Mitglied des sächsischen Hauses hatte, ganz unmöglich war ein günstiger Erfolg dennoch nicht. Fast allgemein theilte man in den österreichischen und sächsischen Kreisen die Ansicht, dass nur der Eigennutz die Handlungsweise der Czartoryski bestimme, und die Furcht ihrer Güter verlustig zu werden, sie bewegen würde, die Wahl eines sächsischen Prinzen zu begünstigen. Ohnehin war es noch mehr als zweifelhaft, ob es überhaupt gelingen würde, einem heimischen Grossen die Krone zu verschaffen. Man stützte sich in dieser Beziehung auf die Berichte dienstbefliessener Patrioten, die zeitweilig den Mund voll nahmen und die Gegner einer Piastenwahl nicht hoch genug anzuschlagen wussten. Man wolle, wurde aus Warschau geschrieben, lieber der Republik gar kein Oberhaupt geben, als die Wahl eines Mitgliedes des Czartoryski'schen Hauses geschehen lassen. Trotz aller Nüchternheit legte man zeitweilig solchen Reden und Versicherungen eine grosse Bedeutung bei. Ein von dem österreichischen Residenten in Warschau eingesendetes Verzeichniss schien zu ergeben, dass sich das sächsische Haus doch eines beträchtlichen Anhanges erfreue. Diese Umstände und Erwägungen bestimmten Kaunitz zu dem Entschlusse, Sachsen so weit zu unterstützen, „bis es auf den Bindriemen ankommt und alle Hoffnung, ohne Krieg auszulangen, verloren ist“. Nur an dem Grundsatze hielt Kaunitz unverbrüchlich fest: Oesterreich müsse sein Augenmerk darauf richten, sich mit Ehren aus der ganzen Sache zu ziehen. Die Czartoryski mussten daher über die eigentlichen Absichten Oesterreichs in Zweifel erhalten werden, wodurch sie genöthigt werden sollten, eine Verständigung mit dem Wiener Hofe zu suchen. Wurde dies erreicht, dann konnte allerdings von einem ausschliesslichen Einflusse Russlands in Warschau nicht die Rede sein; klar trat zu Tage, dass auch Oesterreichs Mitwirkung an dem Wahlgeschäfte in die Wagschale falle. Wenn die Gefahr

einer Conflagration heranrücken sollte, traute sich Kaunitz Geschicklichkeit genug zu, den Knäuel im letzten Momente zu entwirren. Sachsen musste dann erklären, dass es aus Liebe zur Wohlfahrt des Reiches und zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe auf die polnische Krone Verzicht leiste. Oesterreich konnte dies ohne Verletzung des allerhöchsten Ansehens geschehen lassen und erhielt vielleicht noch eine Handhabe, um bei den Verhandlungen die Bedingung zu stellen, dass Polen intact bleiben müsse.[1])

Im Gegensatze zu dieser schleichenden Politik, die nach allen Richtungen bei jedem Schritte auslugte, vor lauter Vorbereitungen zu keiner That gelangte, ging Catharina behutsam, aber rücksichtslos auf ihr Ziel los. Die Zerfahrenheit des sächsischen Anhanges in Polen, die Unschlüssigkeit der dem kurfürstlichen Hause befreundeten Höfe erleichterten es ihr allerdings ungemein, im Stillen alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, um schliesslich demjenigen die Krone zu verschaffen, den sie allsogleich nach ihrer Thronbesteigung dazu auserkoren hatte.

Anfangs hatte sie nur einen einzigen Vertrauten, den sie in ihr Geheimniss einweihte, den Grafen Kejserlingk, den sie auch zum Gesandten in Warschau bestimmte und mit den einleitenden Schritten betraute. Die Wahl Kejserlingk's war ein glücklicher Griff. Unter den Persönlichkeiten damaliger Tage besass wohl Niemand eine solche genaue Kenntniss der polnischen Verhältnisse, wie der frühere Königsberger Professor. Zu jenen Glücksrittern und Abenteurern gehörend, die so häufig im vorigen Jahrhundert nach Russland gingen, um eine ihren Fähigkeiten angemessene Stellung zu erringen, war es ihm gelungen in dem an Talenten nicht reichen Staate in angesehenen Posten verwendet

[1]) Wegen der sächsischen Erhebung auf den polnischen Thron December 1763. (W. A.)

zu werden. Man sah es dem kleinen untersetzten Manne nicht an, welche Fülle von Schlauheit und Gewandtheit ihm innewohnte. Sein Aeusseres hatte wenig bestechendes, nur in einigen Zügen seines Gesichtes, in dem funkelnden, von starken Augenbrauen umschatteten Auge sah der gewiegte Menschenkenner, dass er eine Persönlichkeit nicht gewöhnlichen Schlages vor sich habe. Noch in den späteren Jahren seines Lebens konnte er in seiner Redeweise und der ganzen Art seines Aufretens den ehemaligen Professor nicht verläugnen. Er sprach Abhandlungen; in streng logischer Weise entwickelte er Satz auf Satz, ein Doctrinär unter den Diplomaten, oder wie ihn Kaunitz nannte: ein methaphysischer Politiker.

Schon früher als Gesandter beim sächsischen Hofe verwendet, hatte er sich eine tiefe Kenntniss der Personen und Zustände erworben. Die polnische Verfassung war ein Gebiet, auf welchem er sich mit besonderer Virtuosität bewegte. Durch seinen längeren Aufenthalt in Polen hatte sein durchdringender Blick die Schwächen dieses Volkes und seiner massgebenden Persönlichkeiten mit einer seltenen Schärfe erfasst. Gewissensscrupel bestanden für ihn nicht. In unserer wirthschaftlichen Gegenwart findet man so häufig Naturen, die den Rechtsboden festhaltend es mit grosser Gewandtheit verstehen, dem Rechte eine Nase zu drehen. Solch ein eminenter Advokatenkopf war Kejserlingk. Sein scharfer Verstand fand in den vieldeutigen Normen der polnischen Verfassung Anhaltspunkte, um den gewagtesten Forderungen einen Schein von Berechtigung zu geben.

Die Königsmacherei schien so recht sein eigentliches Handwerk zu sein. An der Erhebung August's III. hatte er seiner Zeit mitgearbeitet und grosse Proben seiner Geschicklichkeit abgelegt. Neuerdings war er in der Lage gewesen, seine Kunst in Curland zu üben, wo er die Wiedereinsetzung Birons und die Beseitigung Carls in Scene gesetzt

hatte. Um die bevorstehende Neuwahl eines polnischen Königs im Sinne Catharina's bewerkstelligen zu können, fiel ihm zunächst die nicht leichte Aufgabe zu in Warschau die Bildung einer russischen Partei in Angriff zu nehmen und dadurch die Gemüther für einen Monarchen von Russlands Gnaden vorzubereiten. In den letzten Jahren Elisabeth's hatten sich die russischen Staatsmänner um Polen wenig gekümmert und ihre Anhänger sich selbst überlassen. Kejserlingk musste nun das Versäumte rasch einholen, wenn irgend ein Erfolg mit einer gewissen Sicherheit erwartet werden sollte.

Er spielte seine Rolle vortrefflich. Auf die schlaueste Weise verdeckte er sein Spiel, und nur die Eingeweihten wussten, wohin er eigentlich steuerte. Nach allen Seiten erregte er Hoffnungen, auch das sächsische Könighaus lebte eine Zeit lang in dem Wahne, dass die Weisungen Kejserlingk's demselben nicht feindlich lauteten. Beide Parteien empfingen ihn mit offenen Armen und liessen kein Mittel unversucht, ihn zu gewinnen. Nur die Czartoryski wurden durch bündige Versicherungen in Kenntniss gesetzt, dass Catharina einem Mitgliede ihrer Familie die Krone zuzuwenden beschlossen habe.

In den politischen Kreisen Russlands hatte man sich schon seit längerer Zeit lebhaft mit Erwägungen über den Nachfolger August's beschäftigt. Zweierlei Ansichten waren einander gegenüber gestanden. Bestuschew befürwortete die Wahl des künftigen Kurfürsten von Sachsen. Dagegen entschied der Rath, der einige Wochen vor dem Tode des Königs zusammenberufen wurde, zu Gunsten eines eingeborenen Polen. Zwei Candidaten kamen bei diesen Besprechungen ernstlich in Betracht, der Stolnik Stanislaus Poniatowski und der Sohn des Palatins von Russland, Adam Czartoryski. Der Conseil hatte diesen Beschluss gefasst, jedoch noch strenge Wahrung des Geheimnisses empfohlen, einstweilen sollten

30.000 Mann an der Grenze aufgestellt, 50.000 Mann marschfertig gehalten werden.[1]) Mochten auch die russischen Staatsmänner über die Throncandidaten verschiedener Ansicht sein, in einem Punkte stimmten sie überein, dass nur eine solche Persönlichkeit empfohlen werden dürfe, auf die sich Russland verlassen könne.

Bei Catharina war die ganze Sache ohnehin längst entschieden; die Einholung der Ansicht ihres Rathes war lediglich Formsache. Nachdem sie ihren Ministern ihren Entschluss kund gegeben, entwickelte die russische Staatskunst eine seltene Raschheit und Entschiedenheit. Kaum waren die Trauerfeierlichkeiten für August III. zu Ende, kaum hatte sich die neue Regierung installirt, als die Absendung eines ausserordentlichen Gesandten, der mit Kejserlingk gemeinschaftlich die Wahlen leiten sollte, in der Person des Fürsten Repnin beschlossen wurde.

Die neue Instruction zeichnet den Vertretern Russlands ihr Benehmen bis in's kleinste Detail vor.[2]) Aus diesem Schriftstücke weht uns ein realistischer, rücksichtsloser Geist entgegen. Nicht verlegen über die Mittel ging die russische Politik gerade auf ihr Ziel los; nicht blos in den Hauptfragen klar und verständlich, liess sie auch die Nebensachen nicht ausser Acht. Der günstige Moment musste eben benutzt werden. Denn gelang es den Gesandten den Intentionen der Kaiserin nachzukommen, ehe die andern Staaten auch nur Zeit gewannen, die Dinge in Polen einer sorgfältigen Erwägung zu unterziehen, so hatte Russland einen grossen Vorsprung voraus und festen Boden unter den Füssen

---

[1]) Vrgl. Ssolowjoff Geschichte des Falles von Polen, deutsch von Spörer. Gotha 1865. S. 15.

[2]) Die Instruction vom $\frac{\text{26. October}}{\text{6. November}}$ 1763. Abgedruckt bei Angeberg Recueil des Traités, Conventions et actes diplomatiques concernant la Pologne 1762—1862. Paris 1862 p. 3.

gewonnen. Je energischer es auftrat, desto sicherer schien der Erfolg.

Catharina forderte die Anerkennung der kaiserlichen Würde der Beherrscher Russlands, die bisher in formaler Weise von Seite Polens nicht erfolgt war. Die curländische Angelegenheit war nicht ausgetragen, der von Catharina eingesetzte Herzog war noch nicht anerkannt. Seit einem Jahrhundert waren die Grenzen der beiden Nachbarstaaten strittig; man behauptete in Petersburg, dass 988 Quadrat-Werst russischen Gebietes unter polnischer Botmässigkeit stünden. Eilf Städte und mehrere Ortschaften in der Umgebung von Kiew waren von russischen Flüchtlingen bevölkert, deren Auslieferung Russland, auf Verträge fussend, zu fordern sich berechtigt wähnte. Und dass man in Petersburg nicht schon längst auf die strikteste Erfüllung der bestehenden Tractate bestanden hatte, erklärte man durch die Rücksicht, die man bisher dem Könige von Polen gezollt, in dessen Interesse man an die Republik keine Mahnungen erlassen habe, um den Beherrscher von Polen, zu dessen Erhebung Russland mit beigetragen, nicht missliebig zu machen. Jetzt hatte man es blos mit der Republik zu thun, glimpfliche Rücksicht war nunmehr nicht am Platze; wenn freundschaftliche Vorstellungen nicht ausreichten, dann war man Gewalt zu brauchen entschlossen.

Den verschiedenen Mächten, die bisher in erlaubter und unerlaubter Weise auf die innern Verhältnisse der Republik Einfluss zu nehmen suchten, war es nur zu bekannt, dass an der fast trostlosen Lage der Republik das Wahlkönigthum keinen geringen Theil der Verschuldung trug. Trat eine Erblichkeit der Krone ein, konnten Verfassung und Verwaltung weit leichter einer einschneidenden Reform unterzogen werden. Die innere Erstarkung Polens galt aber in den Augen der Nachbarstaaten als ein grosses Uebel. Nicht blos Russland, nicht allein Preussen, auch Oesterreich

fusste hierauf als einem Axiom seiner Politik. Hatte doch der verstorbene König die Mitwirkung Oesterreichs zu seiner Erhebung auch aus dem Grunde in Anspruch genommen, weil es im Interesse desselben läge die Anarchie in Polen aufrecht zu erhalten.[1]) Selbst wenn Brühl mehr Anläufe zu Reformen hätte machen wollen, es wäre doch nicht möglich gewesen durchzudringen, so lange man in Petersburg und Wien darüber einig war, dass Polen in seiner Schwäche zu erhalten und die Abschaffung selbst der haarsträubendsten Missbräuche nicht zu dulden sei. Catharina sprach in den Weisungen an ihre Vertreter nichts aus, was in den Depeschen aus Wien und Berlin nicht sehr oft mit derselben Schärfe und derselben Rücksichtslosigkeit betont worden war. Die Czarin war nur consequenter als Oesterreich, wenn sie auch der Möglichkeit eine Erbmonarchie zu begründen vorgebeugt wissen wollte. Und dass eine Familie, welche den Glanz der Krone von dem Vater auf den Sohn überträgt, mit der Zeit tiefere Wurzeln in einem Lande fasst, als wenn die Inhaber der königlichen Gewalt wechseln, konnte wohl nicht bestritten werden. Die Aufrechthaltung der damaligen Form der polnischen Verfassung, insbesondere die Beibehaltung der erforderlichen Einstimmigkeit auf den Reichstagen, die Verzichtleistung auf eine Verstärkung des polnischen Heeres, mussten den nordischen Staatslenkern um so mehr am Herzen liegen, indem Russland, wie es in der Instruction heisst, nur dadurch einen directen Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen im Stande sei.

Die Anforderungen Russlands an den neugewählten König waren nicht gering: er sollte die Interessen Russlands wie seine eigenen zu wahren suchen. Um aber künftighin unbehelligt durch die Einsprache anderer Staaten, das Recht

---

[1]) Instruction an den Grafen Lützelburg vom Jahre 1733. (Dresdener Archiv.)

zu haben, sich in die inneren Verhältnisse Polens einzumischen, sprach es Catharina aus, dass die Gesandten durch nichts so sehr die kaiserliche Huld erwerben und auch zu ihrem eigenen Ruhme beitragen könnten, als wenn sie es zu bewerkstelligen suchen, dass der Reichstag die russische Garantie für die Fundamentalgesetze, Privilegien und Freiheiten der Republik nachsuchen und durch einen officiellen Act den Dank für die Einsetzung des Herzogs von Curland aussprechen würde.

Auf diese Punkte legte man in Petersburg das Hauptgewicht; der Charakter der Politik Russlands der Republik gegenüber ist in denselben mit vollster Schärfe dargelegt. Allein schon für den gegenwärtigen Moment hatte man in Petersburg den lebhaften Wunsch, einen wenn auch nur scheinbar gesetzlichen Anhaltspunkt für das Eingreifen in die polnischen Verhältnisse zu erhalten. Dies war erreicht, wenn der Primas bestimmt werden konnte, eine angesehene Person mit dem Auftrage nach Petersburg zu entsenden, den Schutz Russlands für die Aufrechterhaltung der Gesetze und die freie Wahl des neuen Königs nachzusuchen und die Bitte vorzubringen, dass es einer fremden Macht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik nicht gestatten möge. Die Einflussnahme der andern Staaten wurde dadurch auf die einfachste Weise bei Seite geschoben; Russland allein erlangte eine massgebende Stellung in Warschau, ohne dieselbe mit einer andern Macht theilen zu müssen. Es war jedoch nicht anzunehmen, dass der gesammte polnische Adel sich mit vollster Einmüthigkeit dem Willen Russlands fügen werde. Die Bildung einer antirussischen Conföderation war höchst wahrscheinlich. Wenn eine solche gegen den neugewählten von Russland anerkannten König in's Leben gerufen werden sollte, war man fest entschlossen unverzüglich russische Truppen in Polen einrücken zu lassen, die Gegner als Rebellen und Ruhestörer zu behandeln und

ihre Güter mit Feuer und Schwert zu verwüsten. Zu diesem Behufe wollte sich Russland mit Preussen vereinen. Und wenn gegen alle Erwartung das blosse Einrücken von Truppen nicht genügen und Waffengewalt nothwendig sein sollte, um den König von Russlands Gnaden zu erhalten, dann wollte man nicht eher ruhen, bis das ganze polnische Livland Russland einverleibt sein würde. Hiezu sollte aber erst geschritten werden, wenn alle übrigen Mittel sich als ungenügend erwiesen.

Ein wohldurchdachtes, bis in die kleinsten Details ausgearbeitetes System tritt uns in dieser Instruction entgegen. Schon damals konnte man auf eine Unterstützung von Seite Preussens fast mit Sicherheit rechnen. Der Tod des Königs von Polen war Friedrich allerdings etwas ungelegen gekommen, er sprang von der Tafel auf, als er die Kunde vernahm. Er hätte gewünscht, sein Verhältniss zu Russland früher in's Reine gebracht zu haben. Indessen hoffte er, die Neuwahl würde vor sich gehen, ohne Unruhen im Gefolge zu haben.[1]) Benoit erhielt den Auftrag, darauf hinzuarbeiten, dass sich die massgebenden Kreise Polens mit dem Gedanken der Wahl eines Piasten vertraut machen möchten; er sollte es an Vorstellungen nicht fehlen lassen, welch' eine Schande es für die Nation und die Republik wäre, zu einem Fremden greifen zu müssen. Die Polen hätten doch genugsame Erfahrungen gemacht, wie viel sie unter fremden Königen gelitten.[2]) Es hatte dieser Weisung nicht bedurft. Benoit, der durch einen längeren Aufenthalt in Polen Land und Leute genau kannte, war längst, so weit

---

[1]) Friedrich an Heinrich 9. October 1763. Voila le Roi de Pologne, qui s'est laissé mourir comme un Sot, je vous avoue que je n'aime pas les gens qui font tout a contre temps. J' espere cependant que cette election se passera sans qu'il en resulte des nouveaux troubles Oeuvres XXVI p. 288.

[2]) Ministerialinstruction an Benoit 25. November 1763. Forschungen IX S. 22.

ihm seine Instructionen nicht die Hände banden, in diesem Sinne thätig gewesen. Seinem Scharfblicke war es nicht entgangen, dass die politischen Verhältnisse Preussens zu einer Allianz mit Russland hintrieben. Da mannigfache Gerüchte verbreitet waren, dass Preussen und Russland Stücke von Polen loszureissen beabsichtigen, entschlossen sich die russischen Minister eine Erklärung zu veröffentlichen, um auf das energischeste zu widersprechen. Sie ersuchten Benoit, in gleicher Weise vorzugehen, indem auf diese Weise die zwischen beiden Staaten bestehende Uebereinstimmung auf das klärste documentirt würde. Benoit zögerte nicht zu willfahren. Gemeinschaftlich fuhren sie in einem den russischen Gesandten gehörigen Wagen zum Primas, um das Schriftstück zu überreichen.[1])

Catharina und Friedrich erklärten, die Republik bei ihren Rechten und Freiheiten dem Vertrage von 1686 gemäss zu erhalten und eine Verkürzung derselben nicht zu dulden. Zugleich sprachen sie den Wunsch aus, dass der Himmel die Gemüther leiten möge, einen einheimischen Candidaten zu wählen; ein König aus dem Schosse der Nation gewählt, werde den Wohlstand des Landes viel mehr befördern und für die Ruhe desselben eifriger bedacht sein.

Mittlerweile war in Dresden nach mehrwöchentlichem Schwanken eine Einigung erzielt worden. Die Candidatur Xaver's war beschlossene Sache. Man wendete sich nach Wien mit dem Ersuchen, für ihn energisch einzutreten. Hiezu konnte man sich daselbst nicht entschliessen. Kaunitz glaubte vorläufig genug gethan zu haben, wenn er den Gesandten anwies, bei eventuellen Anfragen von Seiten der Polen in allgemeinen Ausdrücken zu erwiedern und nur in vertrauten Kreisen der lebhaften Neigung der Kaiserin, Xaver auf dem Throne zu sehen, warmen Ausdruck zu ver-

[1]) Depeschen Benoits vom 28. December 1763. Forschungen IX. S. 24.

leihen, keineswegs aber öffentlich damit hervorzutreten, wenn auch noch so eifrig darauf gedrungen werden sollte.[1])

Nicht einmal zu einer ergibigeren Geldunterstützung zeigte sich der Staatskanzler bereit. Es stimmte mit den in Wien herrschenden Ansichten vollkommen überein, dass der französische Gesandte, Paulmy, eine Geldaushilfe vorläufig für überflüssig erklärte und dieselbe erst dann für angezeigt hielt, wenn die Patrioten auf dem Convocationsreichstage ihre Standhaftigkeit bewähren würden. Und doch setzten Branicki und seine Anhänger fortwährend auseinander, dass die Erhaltung einer Truppenmacht nothwendig und deshalb Geld unentbehrlich sei.[2])

Die Nachrichten aus Russland liessen darüber keinen Zweifel, dass Catharina die Erhebung eines Mitgliedes des Czartoryskischen Hauses zum König von Polen bestimmt habe. Mercy, der sich anfangs Januar noch in Petersburg befand, benahm dem Staatskanzler schon damals alle und jede Hoffnung, einem Mitgliede des sächsischen Hauses die Krone verschaffen zu können. Und Ende dieses Monats berichtete Lobkowitz, der Mercy's Posten einzunehmen bestimmt war, von Kriegsrüstungen. Die Truppen standen bereit in Polen einzurücken, und nur der besonnene Panin hielt die Kaiserin zurück, schon jetzt in demonstrativer Weise aufzutreten.[3])

Auch darauf musste Kaunitz verzichten, dass die Pforte sich entschieden gegen die russische Partei in Polen aus-

---

[1]) P. S. an Mercy vom 18. Januar 1764. (W. A.)

[2]) Podoski an den Prinzadministrator in Dresden am 18. Januar 1764; Les dietines approchent, et nous ne savons plus que faire, je tache de consoler nos amis avec des belles promesses tandis que les autres jettent de l'argent avec profusion; in ähnlicher Weise Schmidt, 18. Februar 1764. (Dresdener Archiv.)

[3]) Mercy und Lobkowitz aus Petersburg 4. und 31. Januar 1764. (W. A.)

sprechen würde. Er hatte in Constantinopel eine in allgemeinen Wendungen abgefasste Erklärung abgegeben und schlug in Warschau daraus Capital. Nur ein energischer Entschluss der Pforte, liess er daselbst darlegen, sei im Stande, Russland von einem gewaltthätigen Eingreifen abzuhalten; ohne Unterstützung desselben könne Oesterreich nichts thun. Mit Ungeduld hatte er eine Kundgebung von Seite der türkischen Staatsmänner erwartet. Nun war diese erfolgt, aber in einem Sinne, welche die Berechnungen Oesterreichs zu Schanden machte. Denn sie sprach sich für die Wahl eines Einheimischen aus, indem dadurch die Verfassung und die Freiheit der Republik aufrecht erhalten würden, und erklärte, nicht dulden zu wollen, dass ein fremder Fürst auf den Thron berufen würde. In Wien verfiel man augenblicklich darauf, dass hiebei fremder Einfluss mitgewirkt haben müsse, und man wurde darin bestärkt, nachdem es Vergennes geglückt war, eines preussischen Memoires habhaft zu werden, worin bei den Pfortenministern der Verdacht erweckt wurde, dass Oesterreich einem Erzherzoge die polnische Krone verschaffen wolle. Und dass auch Russland in dieser Richtung in Constantinopel thätig gewesen war, stellte das Schreiben Kejserlingk's vom 3. Jänner 1764, worin von der Stellung der Pforte zu dieser Frage der Republik die erste Kunde zuging, ausser Zweifel.

In Wien fügte man sich in das Unvermeidliche und hielt es für unmöglich, in Constantinopel anderen Ansichten zum Durchbruche zu verhelfen. Nunmehr hatte man blos den Wunsch, die Wahl wenigstens auf eine Oesterreich genehme Persönlichkeit zu lenken. In Dresden kam man den Ansichten des Staatskanzlers entgegen. Da Oesterreich erklärt hatte, sich möglichst neutral zu verhalten, und Frankreich auf wiederholte Anfragen, ob es entschlossen sei, Xaver mit Geld und Truppen zu unterstützen, ablehnend geantwortet hatte, fasste man den Entschluss die Candidatur

des Prinzen fallen zu lassen und die Wahl Branicki's befördern zu helfen, wenn dieser das Versprechen geben wollte, bei Lebzeiten solche Einleitungen zu treffen, dass nach seinem Tode die polnische Krone Xaver zufiele.[1]) Noch bei Lebzeiten des Kurfürsten hatte man sich mit diesem Gedanken beschäftigt, denselben jedoch fallen gelassen, weil man befürchtete, dass Stanislaus Poniatowski die Wahl Branicki's begünstigen werde, um sich den Weg zum Throne zu ebnen.[2]) Seitdem hatte man denselben nie ganz aufgegeben und kam hierauf immer wieder zurück.

In Wien begrüsste man diesen Ausweg mit Freuden. Abgesehen davon, dass der Kron-Grossfeldherr den Wiener Kreisen eine genehme Persönlichkeit war, dachte Kaunitz sich auch dadurch eine „schöne Rolle“ zu. Man konnte bei der bisher geführten Sprache beharren, dass man insbesondere wünsche, wenn einem sächsischen Prinzen die Krone zufiele, zugleich aber erklären, dass man gegen die Wahl eines Piasten nichts einzuwenden habe, und auf die Person Branicki's hinweisen, der bei der gegenwärtigen Sachlage die meiste Rücksicht verdiene. Auch rechnete man in diesem Falle darauf, dass sich der Anhang der Czartoryski lichten würde.[3]) Branicki war in Constantinopel eine bekannte Person, der es gelingen mochte, die türkischen Staatsmänner günstig zu stimmen; auf Frankreichs Beifall konnte mit

---

[1]) Die Beweggründe in einem Schreiben von Flemming an Kaunitz vom 27. Februar 1764. (W. A.)

[2]) L'idée dont vous me parler d'opposer Piaste à Piaste pour engager les Czartoryski à revenir à nous peut etre bonne mais il faut bien examiner, si ceux qui parlent du grand general le font en effet dans l'intention sincere de nous servir, et puis je craindrais toujours que le Stolnik Poniatowski ne favorisat l'election de son beau frere dans l'esperance de lui succeder. An Goltz am 24. November 1763. (Dresd. Archiv.)

[3]) An Mercy 17. Januar 1764. (W. A.)

einiger Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, da der Krongrossfeldherr als Haupt der französischen Partei galt und seinen Sympathien für den allerchristlichsten König bei jeder Gelegenheit Ausdruck verlieh.

Branicki hatte, ehe man noch in Dresden und Wien mit diesem Gedanken sich zu befreunden begann, die Situation für sich auszubeuten gesucht. Seit dem Tode des Kurfürsten befestigte sich bei ihm die Ueberzeugung, dass es schwerlich einem sächsischen Prinzen gelingen dürfte, die Majorität zu erlangen. Der Ehrgeiz des alten Mannes erwachte, er hielt es nicht für unmöglich, bei einiger Unterstützung von Frankreich oder Oesterreich an's Ziel zu gelangen. In einer Denkschrift, die er dem französischen Gesandten in Warschau überreichte, setzte er auseinander, dass noch Mittel vorhanden wären, den russischen Uebergriffen zu begegnen. Er wies auf die ihm zur Verfügung stehende Armee hin und forderte zur Erhaltung derselben mit den erforderlichen Geldmitteln unterstützt zu werden.[1]) In Paris scheint man ihm einige Versprechungen gemacht zu haben, auf welche gestützt er die einleitenden Schritte that. Paulmy suchte die Freunde Frankreichs dem Kronfeldherrn zuzuführen und rechtfertigte dies dem sächsischen Hofe gegenüber damit, dass, wenn sich die Verhältnisse für das kurfürstliche Haus mittlerweile günstiger gestalten sollten, es noch immer möglich sein werde, Branicki zu bewegen, auf die Krone Verzicht zu leisten.[2])

Es war unstreitig ein Nachtheil für die Bestrebungen Oesterreichs, dass zur Zeit des Ablebens des Königs von Polen keine der schwierigen Situation gewachsene Persönlichkeit mit ausgedehnten Vollmachten in Warschau die Monarchie vertrat. Der junge Van Swieten, der als Minister-

[1]) An Starhemberg 16. Februar 1764. (W. A.)

[2]) Goltz an Flemming 1. Februar 1764. (Dresd. Archiv.)

resident daselbst lebte, war ein Neuling, und wenn ihm auch eine nicht gewöhnliche Gewandtheit, rasche Auffassungsgabe, zutreffendes Urtheil nicht abgesprochen werden konnten, so war doch der ihm zugewiesene Wirkungskreis trotz des besonderen Vertrauens seines Herrn und Meisters nicht weit genug; seine Instructionen erlaubten ihm ein selbstständigeres Vorgehen nicht, ein Uebelstand, der um so mehr in die Wagschale fiel, als man auch in Wien keine ganz vollständige Kenntniss der polnischen Verhältnisse besass, und daher einen Repräsentanten in Warschau nöthig gehabt hätte, dessen Erfahrung und persönlicher Einfluss bedeutend genug gewesen wären, um erforderlichen Falls auch selbstständig vorgehen zu können. Auch unter den sächsischen Vertretern gab es keinen Einzigen, der die Fähigkeit besass, seine leitende Rolle zu spielen. Man hatte von Dresden eine ganze Reihe von Personen nach Warschau gesendet, die Resultate, welche diese erzielten, waren winzig genug. Gelangten sie doch nicht einmal dahin, eine gewisse Einheitlichkeit unter den Freunden des sächsischen Hauses zu erzielen; nicht zwei von ihnen, wurde geklagt, gingen nach gemeinschaftlichen Grundsätzen vor.[1])

Als Mercy in Warschau anlangte — am 8. Februar 1764 — hatten Preussen und Russland einen grossen Vorsprung. Die russischen Gesandten hatten die letzten Monate mit Nutzen ausgebeutet. Sie spendeten Geld mit vollen Händen und übten dadurch eine gewaltige Anziehungskraft auf die polnischen Patrioten aus. Die sächsische Partei ge-

---

[1]) 3. Februar 1764 v. Goltz. (Dresdener Archiv.) Le plus grand mal, que se suis forcé de repeter à V. E. est que des trois Saxons qui sont ici, il n'y a pas deux qui agissent d'un commun accord, ce qui augmente le soupçon que la Maison de Saxe ne soit pas d'accord pour l'administrateur.

wann allerdings Muth, indem sie seit der Ankunft Mercy's eine energischere Untersützung von Seiten Oesterreichs erwartete. Preussen und Russland waren damals schon mit ihren Declarationen hervorgetreten. Mercy drang nun darauf, dass Oesterreich ebenfalls eine öffentliche Erklärung abgeben solle. Die gutgesinnte Partei, schrieb er drei Tage nach seiner Ankunft in Warschau, werde in Apathie und Muthlosigkeit versinken, wenn man sie noch länger zurückhalte und gar nicht mit Geld unter die Arme greife; nur auf diese Weise könne man Russlands Pläne kreuzen. Er stimmte ganz den Kaunitz'schen Anschauungen bei, dass es am besten wäre, für Branicki einzutreten, wenn die Krone nicht dem Prinzen Xaver zu Theil werden könne. Zwar unterschätzte er die erfolgreiche fast unermüdliche Thätigkeit der Czartoryski nicht, allein er traute sich die Fähigkeit zu, dieselbe zu paralysiren, wenn ihm die nöthigen Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Seine feindliche Gesinnung gegen die Czartoryski'sche Partei legte er unverholen an den Tag. Er nahm den Besuch des Stanislaus Poniatowsky, der sich am zweiten Tage nach seiner Ankunft bei ihm einfand, nicht an; zu dessen Bruder, den General Poniatowski, sagte er trocken und kalt: Oesterreich wolle nur die Wolfahrt der Republik, die Aufrechterhaltung seiner Freiheit und seiner Gebiete, und es werde nicht dulden, wenn man die Verfassung irgendwie verletzen sollte.[1]) Dagegen setzte er sich allsogleich mit dem Grossfeldherrn in Verbindung. Dieser machte sich damals grosse Hoffnungen, eine nicht unbeträchtliche Truppenmacht zusammenzubringen. Der Woywode von Wilna, Fürst Radziwill, und die Familie Potocki hatten sich anheischig gemacht, je 10.000 Mann auf die Beine zu bringen; Bra-

[1]) Mercy's Depesche vom 8. Februar 1764. (W. A.)

nicki beabsichtigte, die Kronarmee, auf die er vollständig zu bauen schien, auf 20.000 Mann zu erhöhen. Auf diese Weise wären ihm 40.000 Mann zur Verfügung gestanden, zu deren Erhaltung Oesterreich und Frankreich die erforderlichen Mittel liefern sollten. Die europäischen Mächte sollten angegangen werden, in Petersburg und Berlin Vorstellungen zu machen, um von gewaltthätiger Einmischung abzuhalten. Auf Frankreichs energisches Auftreten wurden grosse Hoffnungen gesetzt, da Hennin in einem Schreiben an den Grossfeldherrn erklärt hatte, dass man in Versailles dessen Wahl nicht ungerne sehen würde. Mercy erwartete von Branicki viel. Schon dessen Erklärung, dass er allsogleich bereit sei, zu Gunsten eines sächsischen Prinzen zurückzutreten, wenn sich dessen Aussichten steigern, und sich ganz Oesterreich zur Verfügung stelle, machte auf den Botschafter einen guten Eindruck. Zwar schlug er die geistigen Gaben des Kronfeldherrn nicht hoch an, allein er traute ihm doch ein gesundes Urtheil und consequentes Beharren bei einmal gefassten Entschliessungen zu. Dazu kam, dass Branicki bei dem minder begüterten Adel, der bei der Wahl doch ausschlaggebend war, auf grosse Zustimmung rechnen konnte. [1])

Es war hohe Zeit etwas zu thun, wenn der russische Candidat aus dem Felde geschlagen werden sollte. Die Partei Sachsens schrumpfte täglich zusammen. Von Dresden aus liess man nichts unversucht, um Kaunitz und Choiseul zu einer energischen That zu bestimmen; man bat, beschwor, bestürmte, machte Vorstellungen über Vorstellungen, dass wenn man bei der bisherigen Inactivität beharre, die sächsische Partei eine Mythe sein werde. [2])

---

[1]) Mercy 13. Februar 1764. (W. A.)

[2]) Schreiben Flemmings an Pezoldt, anfangs Februar 1764; an Fontenoy vom 1. Februar 1764. (Dresd. Archiv).

Mercy's Antrag, eine Declaration nach dem Vorgange Russlands und Preussen zu erlassen, fand in Wien keinen Anklang. Kaunitz konnte sich anfangs dazu nicht entschliessen, unter dem eitlen Vorwande, es sei der Würde Oesterreichs nicht angemessen, das von Andern gegebene Beispiel nachzuahmen. Im Grunde genommen, waren die Bedenken gegen den Erlass eines derartigen Schriftstückes tieferer Natur. Die Furcht, dadurch in die polnischen Verhältnisse weit tiefer eingezogen zu werden, stand bei Kaunitz in erster Linie, um so mehr, da die französische Politik, trotz aller feierlichen Versicherungen mit Oesterreich sich über Alles und Jedes zu verständigen, zweideutige Wege ging. Neben dem Gesandten befand sich in Polen ein Heer französischer Agenten, die auf eigene Faust oder im geheimen Auftrage eine antiministerielle Politik verfolgten. Paulmy war für Kursachsen thätig, Hennin wirkte für Conti, General Monnet liess sich in geheime Unterhandlungen mit den Czartoryski ein. Auf Frankreich war nicht zu bauen. Rasch wechselten die Beschlüsse in Paris. Bald wies man Vergennes in Constantinopel an, dem russischen und preussischen Gesandten nicht energisch entgegenzuwirken, bald gab man ihm freie Hand, sich mit dem österreichischen Internuntius Penkler zu verständigen. Der Staatskanzler nahm daher Anstand, einer ihm von dem französischen Legationssecretär überreichten Declaration — der Botschafter war nach Paris gereist — vollständig beizustimmen. Sie schien ihm in zu scharfem Tone gehalten und mehr zu versprechen, als man erfüllen konnte. Mercy sollte sich in mässigeren Ausdrücken halten, wenn doch der Erlass einer Declaration nothwendig sein sollte, worüber Kaunitz dem Gesandten schliesslich die Entscheidung überliess.

Nach jeder Richtung hütete sich Kaunitz irgend einen präjudicirenden Schritt zu thun. Prinz Carl hatte die Absicht, bei der curländischen Angelegenheit sich an den

Convocationsreichstag zu wenden und erbat sich in einem eigenhändigen Schreiben an die Kaiserin Maria Theresia die Unterstützung derselben. Kaunitz lehnte eine Einmischung, unter Versicherungen der grössten Willfährigkeit für den Prinzen thätig sein zu wollen, ab; man halte es jedoch unter den gegenwärtigen verwickelten Umständen für bedenklich; auch habe Oesterreich an der curländischen Frage nie öffentlichen Antheil genommen. [1])

Es ist klar, Kaunitz war darauf bedacht und musste es auch sein, eine jede Conflagration zu vermeiden. Gegen Preussen und Russland im Bunde war Oesterreich, ohne wesentliche Unterstützung von befreundeten Mächten erhalten zu können, im Nachtheile. Die Hoffnung, die bisher im Hintergrunde geschlummert, dass Frankreich doch zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen bewogen werden könne, musste man endlich aufgeben. Schon im Februar meldete Starhemberg dem Staatskanzler, dass Frankreich sich schwerlich ernstlich in die polnischen Händel verwickeln lassen werde. Aus diesem Grunde hielt es Kaunitz für um so nothwendiger, mit grösserer Vorsicht zu Werke zu gehen und sich mit allgemeinen Erklärungen zu begnügen, weder Kursachsen, noch dem Grafen Branicki ernstliche Versprechungen zu Theil werden zu lassen, überhaupt Alles zu vermeiden, was die Gegner reizen könnte. [2]) Er verhehlte sich indess nicht, dass nichts Gutes zu bewirken sein werde. Man muss jedoch die Dinge nehmen, wie sie sind, tröstete Kaunitz den Gesandten, und nur im Auge haben, dass nicht zu viel und nicht zu wenig geschehe. Dies sei zwar schwer, aber er verlasse sich auf die bewährte Klugheit und Einsicht des Gesandten. Auf zwei Stücke komme es hauptsächlich an, einmal bis zur erfolgten Wahl die Verlegenheit,

---

[1]) 30. März 1764 an Sternberg. (W. A.)

[2]) An Mercy 29. Februar und 9. März 1764. (W. A.)

in der man sich befände, bestens zu verbergen, den Russen Hindernisse in den Weg zu legen, ohne sich allzuweit zu vertiefen, sodann aber schon jetzt auf die Mittel vorzudenken, was in dem ärgsten Falle zu thun, und wie ohne Krieg mit Ehren aus der Sache zu kommen.[1])

Nach Warschau gelangte die Kunde, dass der Entschluss des sächsischen Hofes, auf die Wahl Xaver's zu verzichten, durch die Ueberzeugung der Nichtbetheiligung Frankreichs hervorgerufen worden sei. In polnischen Kreisen war in Folge dessen die Entmuthigung allgemein, nachdem sich die Hoffnungen auf Paris, wohin man bisher ungeduldig und sehnsüchtig geblickt, illusorisch erwiesen, und selbst die nach langer Zögerung von Paulmy und Mercy dem Primas überreichten Declarationen konnten die Zaghaftigkeit der Patrioten nicht bannen, wenn auch die reiche Einbildungskraft Einzelner neuen, hoffnungsvollen Träumen nachjagte. In dem französischen Schriftstücke sprach der König es unumwunden aus, dass er die Republik mit allen in seiner Macht stehenden Mitteln unterstützen würde, im Falle sie gegen alles Erwarten in der Ausübung ihres zweifellosen Rechtes sich einen König nach Belieben zu wählen, verhindert werden sollte, dass sie auf seine Hilfe rechnen dürfe, wenn die Rechte und Freiheiten der Nation bedroht würden. Kaunitz hatte an diesem Satze gewaltigen Anstoss genommen. So weit wollte er Oesterreich nicht gebunden wissen, und aus diesem Grunde es auch abgelehnt, eine mit der französischen wörtlich gleichlautende Erklärung zu erlassen. Seitdem hatte Kaunitz seine Ansicht geändert, er zeigte sich zum Erlass einer Declaration erbötig, aber er glaubte genug gethan zu haben, wenn nur in allgemeinen Ausdrücken die Aufrechterhaltung der freien Wahl betont war. Dem französischen Ministerium gegenüber beschönigte er die Abschwächung da-

[1]) An Mercy 28. Februar 1764. (W. A.)

durch, dass der Unterschied nicht sehr bedeutend sei und im Wesentlichen doch eine gleiche Sprache geführt würde.

Die von Oesterreich und Frankreich erlassenen Erklärungen machten in Polen gar keinen, auf die Mächte einen höchst verschiedenartigen Eindruck.[1]) Genaue Kenner des österreichischen Staatskanzlers, wie Kejserlingk und durch ihn beeinflusst auch Repnin, hielten sie für verschwommen und der Aufmerksamkeit wenig würdig. Friedrich legte ihnen eine grössere Bedeutung bei, und Kaunitz hätte sich gewiss im Stillen die Hände gerieben, wenn er von dem Eindrucke seines verwässerten Schriftstückes auf den König unterrichtet gewesen wäre. Die Furcht Friedrich's, durch Russlands etwas zu hastiges Vorgehen in die polnischen Wirren tiefer als er wünschte verflochten zu werden, mag zu seiner ernsten Auffassung mit beigetragen haben. Er hielt dafür, Oesterreich und Frankreich würden bei einem Einrücken russischer Truppen in Polen doch nicht gleichgültig bleiben, obwohl ihm natürlich nicht entgehen konnte, dass sie sich in den Declarationen eine Hinterthür offen gelassen hatten, die es ihnen ermöglichte, denselben nach vollzogener Wahl eine andere Deutung zu geben. Auch darin täuschte sich Friedrich, wenn er die Wiener und Versailler Staatsmänner im besten Einverständnisse und fest entschlossen wähnte, sich den Bestrebungen Preussens und Russlands mit Entschiedenheit entgegenzusetzen. Russland wurde dadurch wenig beirrt, Friedrich jedoch ermahnte zur Vorsicht und Umsicht.[1])

Den Czartoryski war die Verschiedenartigkeit der Fassung des österreichischen und französischen Schriftstückes nicht entgangen; sie beeilten sich diesen Umstand auszubeuten und darauf aufmerksam zu machen, wie wenig die

---

[1]) Dass sie in Polen ganz spurlos vorübergegangen, berichtet Nostitz an Flemming 17. März und 4. April 1764; Monnet, der französische Agent sagte: que cette declaration ne valoit rien. (Dresd. Archiv.)

[2]) 27. März an Solms 1764. Forschungen a. a. O, S. 110.

Declarationen auch nur formell den Anforderungen genügen, und obzwar die Vertreter Oesterreichs und Frankreichs allsogleich mit einer Widerlegung hervortraten, so gab es dennoch viele schwankende Gemüther, die in ihrer Vertrauensseligkeit auf Wien und Paris noch mehr erschüttert wurden.[1]) Und wenn die patriotische Partei sich überhaupt nicht ganz auflöste und die Dinge gehen liess, wie es eben Gott gefällt, so konnte Graf Mercy hiefür das Verdienst für sich in Anspruch nehmen.[2]) Doch gab sich dieser nicht mehr allzugrossen Erwartungen hin, denn selbst jener Mann, für den er sich einsetzte, und dessen Wahl auf den polnischen Thron zu bewerkstelligen, er eine rührige Thätigkeit entwickelte, Branicki begann wankend zu werden, nachdem ihm die Gefahr seine bisherige Stelle zu verlieren vorgestellt worden war, und nur dem ganzen Aufgebote der Patrioten und den dringenden Vorstellungen des Abbé Petanzki gelang es, ihn wenigstens vorläufig von einer Annäherung an die Czartoryski abzuhalten. Das Benehmen des Grossfeldherrn, der kurz zuvor einen hannibalischen Hass gegen die Schützlinge Russlands an den Tag gelegt hatte, erklärt sich zum Theile durch die Fruchtlosigkeit aller Bemühungen eine Geldunterstützung von Oesterreich oder Frankreich zu erhalten, da Branicki seine Landsleute viel zu sehr kannte, um nicht die feste Ueberzeugung zu hegen, dass auf diese Weise alle Versuche gegen die russische Partei aufzukommen, nothwendig scheitern müssten.

Auch andere Patrioten wiesen darauf hin, dass ohne Geld nichts zu erreichen sein werde. Die Bettelei um Geldaushilfe hörte nie auf. Ohne Oesterreichs energisches

[1]) Beilage zur gazette ecrite vom 22. März 1764 und Supplement à la gazette de Vassovie du 28. Mars 1764.

[2]) Der patriotische Anhang wäre schon längst gänzlich zerfallen, wenn ich nicht mit einem gewissen Nachdruck bestrebt gewesen wäre, Muth einzuflössen. Mercy 13. April 1764. (W. A.)

Auftreten sei Alles verloren, jammerten sie in einem Tone. Nur Maria Theresia könne Preussen zurückhalten; ohne Unterstützung Friedrich's werde Catharina nichts wagen. Wohl gab es unter den polnischen russischfeindlichen Magnaten Männer voll Muth und echter Vaterlandsliebe, die Gut und Blut zu opfern bereit waren, aber die Partei als solche war zerfahren, ohne Einheitlichkeit in ihren Massnahmen, und es kostete dem österreichischen Gesandten Mühe genug, Methode und Ordnung in dies bunte Getriebe zu bringen.

Damals hatte das Einrücken der russischen Truppen schon begonnen. Nicht mit specieller Zustimmung Preussens, welches Russland vollständig gewähren liess. Friedrich hätte es mit Freuden begrüsst, wenn man sich darauf beschränkt hätte, durch Ueberredungen und freundliche Vorstellungen die Polen zu gewinnen. Er beruhigte sich, als er vernahm, dass die russischen Minister den Polen die Nothwendigkeit militärischer Massregeln in milden und versöhnlichen Formen begreiflich zu machen suchten, denn seiner Ansicht nach war Alles zu vermeiden, was die Polen in Harnisch bringen und noch vielmehr erregen konnte, als dies ohnehin schon geschehen.[1]) Schliesslich befreundete er sich mit jenen Gesichtspunkten, die Kejserlingk für die Zweckmässigkeit dieses Verfahrens in's Feld führte. Russland hatte sich schon allzuviel vorgewagt, um ohne Schmälerung seines Ansehens, ohne Preisgebung seiner Absichten zurückweichen zu können. Zögerung oder Nachgiebigkeit konnten bei dem eigenthümlichen Charakter der Polen der russisch-gesinnten Partei nur nachtheilig werden. Man würde als Furcht bezeichnet haben, was blos kluge Politik hätte sein sollen. Der Uebermuth der Polen hätte dann keine Schranke gekannt. Dem

---

[1]) Ministerielle Depesche vom 9. April 1764. Forschungen IX, 36.

Könige konnte es bei der Richtung seiner Politik ganz gleichgiltig sein, in welcher Weise Russland seinem Candidaten unter die Arme griff, wenn nur kein Krieg entstand, der ihn zwang, mit Waffengewalt seinen Bundesgenossen zu unterstützen. Nach reiflicher Ueberlegung mochte Friedrich den scharfsinnigen Darlegungen des genauen Kenners der europäischen Diplomatie, Kejserlingk, beistimmen, der behauptete, dass von Oesterreich und Frankreich nichts zu befürchten sei, indem diese Staaten nicht in der Lage seien, mit energischen Massnahmen Russland im Bunde mit Preussen entgegenzuarbeiten.

Kejserlingk beurtheilte in der That die Sachlage vollkommen richtig. Der diplomatische Feldzug war für Oesterreich eigentlich schon verloren, ehe er begonnen. In Wien fing man an sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass der von Russland unterstützte Bewerber die Krone erhalten werde. Bei dieser Auffassung, die allgemein an Boden gewann, gerieth man nur in grosse Verlegenheit, als in der zweiten Hälfte April fünfzehn hervorragende Männer an die Kaiserin ein Gesuch richteten, worin, bezugnehmend auf die von Oesterreich erlassene Declaration, um Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Freiheit gebeten wurde. Unter den Unterschriften fanden sich Namen, die zu den ersten gehörten: Krasinski, Bischof von Kameniec, der Krongrossfeldherr Branicki, der Bischof von Kiew, Graf Zaluski; der Palatin Pommerns, Prinz von Jablonowski; der Palatin von Lublin, Lubomirski; der Palatin von Polock, Sapieha; Potocki u. a. m.[1])

Auch die Gegenpartei wendete sich nach Wien. Am 28. langten daselbst zwei Schreiben an, eines an den Fürsten Kaunitz, das andere an die Kaiserin gerichtet, beide vom General Poniatowski abgesendet und mit 25 Unterschriften

---

[1]) Das Actenstück trägt das Datum vom 13. April 1764. (W. A.)

versehen. „Der grösste Theil der Nation“, hiess es in einer dieser Episteln, „habe zur Herstellung der Ruhe und der Sicherheit die Hilfe Russlands verlangt, man ersuche daher die Monarchin, das Pacificationswerk in Polen nicht zu stören.[1])

In einer Conferenz vom 28. April beschäftigte man sich mit der polnischen Frage. Seit Kaunitz sich in seiner Stellung als Premierminister befestigt, hatten die Zusammenkünfte der Minister ihre ehemalige Bedeutung verloren. Der rechthaberische Sinn des Staatskanzlers ertrug nur schwer Widerspruch, und er entledigte sich so viel als möglich der Einflussnahme der Staatsconferenz. Nur in Momenten tiefeingreifender Entscheidung, insbesondere aber dann, wenn Kaunitz die volle Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen nicht den Muth hatte, bediente er sich der Conferenz, in der es ihm ohnehin meist gelang, seine Ansichten durchzusetzen. Die Situation war wichtig und kritisch genug. Ausser den Ministern Kaunitz, Ulfeld, Khevenhiller und Colloredo waren auch die kaiserlichen Majestäten und Josef anwesend. Darüber herrschte Einmüthigkeit, dass Catharina damit durchdringen werde, Stanislaus Poniatowski den polnischen Thron zu verschaffen. So wenig genehm Stanislaus Poniatowski der Wiener Regierung war, so sehr man auch die Bedeutung dieses Mannes überschätzte, von dessen keckem und unternehmendem Wesen man eine totale Umgestaltung der Republik erwartete, so fiel doch noch ein anderes Moment in die Wagschale, welches in seinen Consequenzen weit gefährlicher erschien, als alle Reformen in der polnischen Verfassung. Das alte Gespenst tauchte wieder auf, dass Preussen und Russland sich auf Kosten der Republik vergrössern sollten. Man mass den hierüber einlaufenden Berichten einen grossen Glauben bei und erklärte das weitere Anwachsen der preussischen Macht für das grösste

[1]) An Mercy 28. April 1764. (W. A.)

Uebel, welches die Monarchie treffen könne. Zwar hatten Russland und Preussen durch Declarationen alle hierauf bezüglichen Gerüchte für falsch erklärt, zwar wies Kaunitz mit Selbstgefälligkeit darauf hin, dass die Haltung Oesterreichs diesen Schritt veranlasst habe, allein er war der Meinung, dass die Pläne der beiden nordischen Mächte auf Polen nicht aufgegeben, sondern nur vertagt seien.

Kaunitz hielt die Sachlage für eine der heiklichsten, die je vorgekommen. Nach seiner damaligen Meinung kam durch Poniatowski ein Mann auf den polnischen Thron, der den Souveränen Preussens und Russlands an Geist und Unternehmungslust, an Ehrgeiz und Verstellungskunst ebenbürtig war, und er sah bei einer so gearteten Natur eine Trippelallianz im Anzuge, insbesondere für Oesterreich gefahrdrohend. Seine Phantasie war geschäftig genug, den Thronprätendenten mit den glänzendsten Eigenschaften auszustatten. Er erblickte in Stanislaus August einen Eroberer von dem Schlage Carl's XII, der mit Preussen und Russland im Bunde nur Unheil über Unheil anrichten würde. Nach Ungarn, Siebenbürgen, Oberschlesien stand diesen Mächten der Weg offen; der Untergang Oesterreichs war nicht aufzuhalten. Er hielt diese Ansichten für so begründet und für solch' stringenter Natur, dass wenn die Wunden des letzten Krieges nicht noch so frisch und gross gewesen wären, er kein Bedenken getragen haben würde, darauf anzutragen, selbst einen Krieg mit Polen oder mit Preussen nicht zu scheuen. „Leider hindern dies die inneren Zustände", fügte er in seiner Auseinandersetzung hinzu, „und sobald der eine Theil mit Gewalt zu Werke geht und der andere sich derselben nicht bedienen kann, hat der erstere gewonnenes Spiel."

Einen Krieg zu führen ging demnach nicht. Davor schreckte der sonst nicht gerade rücksichtsvolle Staatskanzler zurück. Sollte man also die Hände vollständig in den Schooss legen? Dies war einer Grossmacht wie Oesterreich nicht

angemessen; die Gegner wurden durch eine derartige Stellung nur noch übermüthiger gemacht, und durch die an den Tag gelegte Schwäche und Indifferenz angetrieben, dennoch ihre Pläne zu verwirklichen und Vergrösserungstendenzen zu fröhnen.

Ueber die grössere oder geringere Intimität Catharina's und Friedrich's sah man auch damals in Wien noch nicht ganz klar. Kaunitz gestand es, dass es ihm bisher trotz aller darauf verwendeten Mühe nicht gelungen sei, den Schleier zu lüften, und sich eine genaue Kenntniss zu verschaffen, wie weit das Verständniss zwischen den beiden reiche. Er nahm an, Preussen habe sich blos verpflichtet, Russland in Polen vollständig gewähren zu lassen und es im Falle, als Oesterreich Truppen einrücken liesse, werkthätig zu unterstützen. Ehe irgend ein Schritt gethan werden konnte, musste man sich zuvor darüber volle Klarheit verschaffen. Kaunitz schlug vor, den König von Preussen zur Sprache zu bringen, jedoch gleichzeitig mit der Anfrage einige unverfängliche, aber doch wesentliche Demonstrationen durch Zusammenziehung eines Truppencorps an den polnischen Grenzen zu machen. Man zeigte dadurch auf eine klare Weise, dass Oesterreich die Dinge in Polen mit grosser Aufmerksamkeit verfolge und nicht um jeden Preis das Schwert in der Scheide stecken lassen werde.

Alle weiteren Entschliessungen wollte er von den aus Paris, Warschau, Constantinopel und Berlin einlaufenden Berichten abhängig gemacht wissen. Lauteten diese befriedigend, so konnte man den fünfzehn Senatoren eine günstige Antwort ertheilen, wenn ungünstig, die Erklärung geben: der Fall sei noch nicht eingetreten, dem in der Declaration gegebenen Versprechen Genüge zu leisten, die russischen Truppen haben noch keine Gewaltthätigkeiten ausgeübt, jene fünfzehn Männer hätten nicht das Recht, im Namen der Republik zu reden. Beweis dessen, dass ein Theil

der Polen das Vorgehen Russlands rechtfertige; auch der Primas nehme die Dazwischenkunft Oesterreichs nicht in Anspruch, was um so mehr in Betracht komme, da demselben während des Interregnums zustehe für die Aufrechthaltung der Gesetze zu sorgen.[1])

Zunächst sollte demnach von Preussen die Ausstellung einer Declaration gefordert werden, dass es keinen Mann in Polen einrücken lassen werde, so lange sich Oesterreich ebenfalls von einer Einmischung in die polnischen Angelegenheiten durch Absendung von Truppen fern halte. Wie Kaunitz die Politik Friedrich's beurtheilte, lag es nicht in dessen Absicht, Anlass zu einem Kriege zu geben, und wenn er, wie die Berichte lauteten, an den Grenzen seine Truppenmacht in Bereitschaft hielt, so wollte er doch nur zuschlagen, falls Oesterreich durch Absendung von Truppen activ in die polnischen Angelegenheiten eingreifen sollte. Wenn diese Ansichten zutreffend sind, meinte Kaunitz, so liessen sich die Bestrebungen Russlands noch grossentheils vereiteln, die Ehre Oesterreichs retten, ohne zu einem Kriege Anlass zu geben, oder dem Könige von Preussen etwas zuzumuthen, was mit den von ihm übernommenen Verpflichtungen im Widerspruch stand. Durch von beiden Seiten auszustellende schriftliche Erklärungen konnten alle Schwierigkeiten beseitigt werden. Friedrich genügte seinen Versprechungen Russland gegenüber, wenn diese nur dahin mündeten, sich Oesterreich entgegenzusetzen; er zeigte klar, dass er den Frieden erhalten wolle, aber auch den Krieg mit Oesterreich nicht fürchte. Weit gewichtiger waren die Vortheile auf österreichischer Seite, wenn der König auf dieses Ansinnen einging. Man gewann dadurch einen Einblick in

[1]) Staatsconferenz die polnischen Angelegenheiten betreffend, dto. 28. April; Vortrag vom 25. Mai 1764 und Rescript an Starhemberg vom 4. Mai 1764. (W. A.)

die preussisch-russischen Abmachungen, um sodann beurtheilen zu können, wie weit man gehen durfte, ohne einen Krieg befürchten zu müssen. In der öffentlichen Meinung wahrte Oesterreich sein Ansehen und war in der Lage seiner in Warschau abgegebenen Erklärung Genüge zu leisten, indem selbst die patriotische Partei das Einrücken österreichischer Truppen nicht wünschen konnte, da sodann Preussen auch nicht zurückbleiben würde. Russland hätte allerdings, argumentirte Kaunitz weiter, freie Hand in Polen, wenn aber die Patrioten von Frankreich und andern Mächten hinreichend mit Geld unterstützt würden, wenn ferner die Pforte bewogen werden könnte, ernste Demonstrationen zu machen, so würde die russische Partei in Polen in grosse Verlegenheit gesetzt; könnte man auch nicht die Wahl eines andern Königs als Stanislaus Poniatowski durchsetzen, so wäre es doch möglich die Ehre und Freiheit aufrecht zu erhalten.[1])

Der König war zur Zeit, als die Depesche vom 28. April nach Berlin gelangte, abwesend, das Ministerium ertheilte eine vorläufige Antwort, welche Kaunitz vergnüglich fand. Nur wünschte er, dass die Erklärung, welche die preussischen Minister auszustellen nicht abgeneigt waren, auf den gegenwärtigen Fall Bezug nehmen und nicht blos in allgemeinen Ausdrücken abgefasst sein möchte. Auch mit einer blos mündlichen Erklärung wollte Kaunitz sich nicht zufrieden geben, seine Hauptabsicht wurde dadurch vereitelt, sich Europa gegenüber darauf berufen und die Passivität Oesterreichs damit rechtfertigen zu können. Nur im äussersten Falle wollte er sich mit einer mündlichen Declaration begnügen, jedoch sollte dieselbe von dem preussischen Minister dem österreichischen Gesandten in die Feder dictirt werden.[2])

[1]) Postscript an Ried in Berlin vom 28. April 1764. (W. A.)
[2]) Chiffrirtes Rescript an Ried vom 14. Mai 1764. (W. A.)

Dagegen stimmte er einem zweiten Vorschlage bei, dass die betheiligten Höfe unter sich über diejenigen Mittel, wodurch sie die Ruhe in Polen aufrecht zu erhalten und eine freie gesetzmässige Wahl zu befördern gesonnen wären, ein Uebereinkommen treffen sollten. Der wesentliche Inhalt einer derartigen Vereinbarung müsste aber darin bestehen, durchaus keine Gewalt anzuwenden und die freie Wahl unbeirrt durch anderweitige Einflüsse vor sich gehen zu lassen. Sämmtliche Truppen sollten das Gebiet der Republik verlassen, auch die Kronarme sich zurückziehen.[1])

Kaunitz war schlau genug, in Berlin den Glauben zu nähren, dass Oesterreich sich doch entschliessen könnte, einer Vergewaltigung der Republik durch Russland entgegenzutreten, indem es seinen den Polen gemachten Versprechungen Genüge leisten müsse.[2]) Er hoffte auf diese Weise seine eigene Verlegenheit zu verbergen. Es scheint, dass König Friedrich den österreichischen Staatskanzler durchschaute; denn er zeigte sich zu einer solchen Vereinbarung, wie sie Kaunitz wünschte, nicht geneigt.

Man war schon damals in den Wiener Kreisen mit sich im Reinen, die Polen ihrem Schicksale zu überlassen. Wenn die Pforte in die Falle ging und sich für Polen in die Schanze schlug, wenn Frankreich mit Geldunterstützung nicht kargte, um so besser, die Republik konnte mit Russland allein fertig werden, da dieses nicht im Stande war, zwei Gegnern, Polen und der Pforte, die Spitze bieten zu können. Oesterreich selbst wollte sich von dem Kampfe fernhalten, denn für Kaunitz handelte es sich nunmehr nur noch darum, um

---

[1]) An Ried am 14. Mai 1764. (W. A.)

[2]) L'Imperatrice ne pretend gener en façon quelconque le choix du Roi que les Polonais jugeront à propos de se donner, mais en echange Elle ne peut souffrir que quelqu'un l'entreprenne. Elle l'a promis et Elle ne peut ni ne veut manquer à sa parole. Au general Ried le 14. Mai 1764. (W. A.)

einen grössern oder geringeren diplomatischen Erfolg, nur um den Beweis, dass bei der Ordnung der inneren Verhältnisse des Nachbarstaates das Votum Oesterreichs doch nicht ohne Berücksichtigung blieb. In welcher Weise aber Oesterreich seine Stimme in die Wagschale legen werde, wenn es in die Lage kommen sollte, es zu thun, darüber war er sich selbst noch nicht klar. Er verfiel auf mannigfache Projecte. Ein Ausweg war, wenn die Parteien in Polen an Oesterreich die Mediation übertragen würden. Es war dies ein Gedanke, den Mercy angeregt hatte. Eine andere Vergleichsmodalität lautete, dass eine Einigung erzielt werden sollte, Poniatowski zum Herzog von Curland und den Prinzen Carl zum Könige von Polen zu machen.[1])

Die Wahlen zu dem Convocationsreichstag hatten indess begonnen. Altem Brauche gemäss hatte dieser die Aufgabe, die Zustände des Landes einer Prüfung zu unterziehen, um etwa nothwendige Verfassungsänderungen in Vorschlag zu bringen, endlich die Voranstalten zur Königswahl zu treffen. Die Landboten wurden von Kreis- und Landtagen entsendet, welche seit jeher in der Regel das Schauspiel tumultuarischer Scenen boten. Der Adel erschien bewaffnet, und bei dem heissen Blute und der nie aufhörenden Parteiwuth der Polen ging es selten ohne Blutvergiessen ab. Es erregte allgemeine Verwunderung, als man später gewahr wurde, dass diesmal nur 10 Edelleute ihr Leben hatten lassen müssen.

Die Czartoryski'sche Partei konnte sich anfangs, trotz des Aufwandes grosser Mittel, keines grossen Erfolges rühmen. Der alte begüterte Adel gehörte fast insgesammt zu den Gegnern derselben. Als ein günstiges Zeichen deutete man es in Dresden, dass die erste Wahl auf einen Anhänger Sachsens fiel.[2]) In dem eigentlichen Polen übte Branicki

[1]) Vortrag vom 25. Mai 1764.

[2]) Si c'est un bon augure la première dictine est à nous. Nostitz vom 4. Februar 1764 (Dresd. Archiv).

einen massgebenden Einfluss auf die Wahlen aus, durch Rundschreiben an die Edelleute auf die Bedeutung des Momentes hinweisend. Nirgends auf dem Flachlande konnten die Czartoryski die Majorität erlangen, nur im Warschauer Districte drang Poniatowski durch; zugleich wurde August Czartoryski zum Präsidenten des Gerichtshofes gewählt.

Zu heftigen Auftritten kam es in Lithauen. Die Führer der beiden Parteien, Fürst Radziwill und die Massalski, hatten untereinander eine Vereinbarung über die Wahl der Richter und Abgeordneten getroffen. Letztere banden sich jedoch daran nicht. Radziwill, hierüber wüthend, benützt den Anlass, dass der Bischof von Wilna, ein Massalski, sich das Präsidium des Landtages angeeignet, während er selbst hierauf Anspruch machte, eilt in die Stadt in Begleitung von 200 Edelleuten, belagert das Haus des Bischofs und vertreibt die von den Gegnern gewählten Richter. Der Bischof wendet sich klagend an den Nuntius, der sich jedoch vollständig passiv verhält, obzwar er das Betragen des Fürsten entschieden verdammt. Er hielt es für unklug, unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit geistlichen Drohungen und Strafen einzuschreiten, da er mit dem Plane einiger Polen bekannt war, auf dem nächsten Landtage Anträge zur Beschränkung der Geistlichen zu stellen.

Von den Wahlen in der Provinz Preussen hing vielfach die Entscheidung ab. Die Dietinen kamen hier einen Monat später nach vollzogener Wahl in den übrigen polnischen Gebieten zusammen. Den Versammlungsort des Landtages, Graudentz, hielten damals einige tausend Russen, unter dem Vorwande die Magazine zu beschützen, besetzt. Da einem alten Herkommen gemäss, sich fremde Truppen zur Zeit des Landtages an dem Berathungsorte nicht vorfinden durften, verliessen die Russen am 24. März 1766 die

Stadt, nur fünfzehn Kosaken waren zur Bewachung der Magazine in den Vorstädten zurückgeblieben. Am 25. gegen 4 Uhr zogen 400 Mann, zur bewaffneten Macht des Fürsten Radziwill gehörig, durch die Stadt und stellten sich eine halbe Meile von derselben auf. Der General Poniatowski, der hieher geeilt war, zu Gunsten seiner Familie seinen ganzen Einfluss aufzubieten, erhob nun in einer Abendversammlung des Adels bei dem Castellan von Kulm laute Klagen über das Zusammenziehen von Truppen; die Privilegien und Freiheiten der Provinz müsse man aufrecht erhalten, rief er, er sei bereit, hiefür mit seinem Leben einzustehen. Ironisch dankte der Bischof von Kameniec für diese Protection; wenn man diese Gesinnung des Generals gekannt hätte, würde man schon vor längerer Zeit seine Zuflucht zu ihm genommen und ihn zum Schutz der Gesetze gegen seine Familie aufgerufen haben.

Am 26. besetzten die Russen die Stadt, unter dem Hinweise, da so viele polnische Truppen erschienen, müssten sie zum Schutz der Magazine Vorkehrungen treffen. Der Adel versammelte sich bei dem Palatin von Kulm, um Rath zu pflegen, was zu thun sei. Man beschloss, den Abzug der Russen zu fordern, falls sie sich aber weigern sollten die Stadt zu verlassen, durch ein Manifest gegen die Verletzung der heimischen Rechte zu protestiren. Poniatowski, der nun in der Versammlung erschien, gab sein Ehrenwort, die Russen würden abziehen, wenn man sich zuvor über einige Punkte geeinigt haben würde. Man verlangte dieselben kennen zu lernen. Er theilte sie am andern Tage dem Palatin von Kiew mit. Hiernach sollte der Palatin von Pomorok zuerst den Eid leisten, der Starost Mirachowski zum Landtagsmarschall gewählt werden, endlich nur die Grundbesitzer der Provinz sich an der Wahl betheiligen. Darob allgemeines Geschrei und Erneuerung des Tags zuvor gefassten Beschlusses. Der Adel versammelte sich in

der Kirche, um nach einer Erklärung des Palatins von Kulm sogleich auseinander zu gehen. Es kam nun noch am Abend zu einem Zusammenstosse, wobei es Todte und Verwundete gab. Jede Partei beschuldigte die andere die Veranlassung gegeben zu haben.[1])

Die übertriebensten Gerüchte über die Vorgänge in Graudentz waren bald im Umlauf. Mehrere in Warschau anwesende Magnaten wollten den Primas bewegen, Vorstellungen bei der Kaiserin von Russland zu machen, allein dieser wies sie mit ihren Klagen an die Vertreter Catharina's. Dem damaligen Leiter der Republik kam dieses Ansinnen sehr ungelegen; er konnte sich jedoch später der Pflicht nicht entschlagen, wenigstens eine Note an Repnin und Kejserlingk zu richten, die schon durch die geschraubte Form klar bewies, wie viel Ueberwindung es ihn überhaupt gekostet, diesen Schritt zu thun.[2]) Die Gesandten Russlands antworteten, dass die Kaiserin durchaus nicht die Absicht habe, den Gesetzen und Privilegien Gewalt anzuthun und die freie Königswahl zu hemmen. Der Einmarsch der russischen Truppen bezwecke im Gegentheil die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Rechte der Republik. Eine weitere Folge hatte der Schriftwechsel ohnehin nicht.

Im Lager der Patrioten herrschte die grösste Rathlosigkeit. Noch immer heischten sie Geldunterstützung, ohne welche sie Alles für verloren gaben. Der Dresdener Hof sendete zwar verhältnissmässig nicht unbeträchtliche Summen, aber sie reichten nicht aus. Bratkowsky brachte 50.000 Ducaten, sie waren rasch verausgabt. Dabei wusste

---

[1]) Diese von der gewöhnlichen abweichende Darstellung beruht auf einem Schreiben von Ossolinski an Mercy vom 29. März 1764 (W. A.), mit der Relation bei Theiner S. 27 in den meisten Angaben übereinstimmend.

[2]) Die Note vom 16. April, die Antwort vom 17. April 1764 bei Joubert, Histoire des Revolutions de Pologne etc.

man nicht, für wen man eigentlich wirkte. Vor kurzem stand es fest, dass man für Branicki thätig sein wolle, im Mai erklärte Carl dem Geschäftsträger Essen, er glaube nunmehr grössere Hoffnungen zu haben, doch durchdringen zu können. Jedes neue Ereigniss schwellte die Hoffnungen, bei jeder einigermassen ungünstigen Nachricht liess man den Muth sinken. Pläne wurden entworfen, verworfen, je nach der augenblicklichen Stimmung; ein fester, klarer Grundgedanke fehlte. Heute rechnete man mit vollster Sicherheit auf Oesterreich und Frankreich, morgen erwartete man die meiste Unterstützung von dem Tatarenkan, dessen Emissär zwar nur ein in allgemeinen Ausdrücken abgefasstes Schreiben vorzeigte, aber die mündliche Versicherung ertheilte, dass sein Gebieter entschlossen sei, die patriotische Partei zu unterstützen.[1])

Am 5. Mai kamen die Patrioten bei dem Grossfeldherrn zusammen, um über die Art und Weise des weiteren Vorgehens Berathungen zu pflegen. Man beschloss im Reichstage zu erscheinen, um gegen jede Berathung Protest zu erheben. Das Schriftstück war von 22 Senatoren und 48 Landboten unterzeichnet. Es sollte zu dieser heroischen That nicht kommen. Am Abend näherten sich 3000 Russen Warschau und besetzten die Krakauer Vorstadt. Fürst Lubomirski fand sein Hotel, welches in diesem Stadttheile lag, von Truppen überfüllt; er konnte in seinem eigenen Hause nicht einmal übernachten. In der letzten Stunde änderten nun die Patrioten ihren Plan; sie beschlossen, sich von den Sitzungen ganz fern zu halten, nur vier ihrer Mitglieder sollten sich im Reichstage einfinden, um den Protest zu überreichen. Hierzu wurden ausersehen: Lubomirski, Podstoli,

[1]) Depesche von Mercy 10. Mai 1764. (W. A.)

der General der Artillerie von Lithauen, Potocki, der gleichnamige Starost von Lejinsk und der General der Posten Mokronovski.

Am 7. Mai sollte der Convocationsreichstag eröffnet werden. Tags zuvor waren noch weitere russische Truppenmassen in der Hauptstadt und Umgegend angelangt; nicht blos die Vorstädte, auch die innere Stadt wurde besetzt, die wichtigsten Gebäude befanden sich in Händen der bewaffneten Schaaren der Czartoryski'schen Fraction. General Poniatowski führte das Commando. Um 11 Uhr begab sich der Primas in den Sitzungssaal der Senatoren, er fand nur sechs (nach einigen Angaben acht) Senatoren vor. Obwohl sich der Primas verbürgt hatte, dass die Berathung durch die Anwesenheit Fremder nicht werde gestört werden, befanden sich in den Gängen und auf den Gallerien Bewaffnete, mit den Czatoryski'schen Farben geschmückt. Bilinski erklärte, er und seine Genossen hätten in einem Manifeste gegen die Unfreiheit des Reichstages bei der Anwesenheit fremder Truppen protestirt, er könne daher an den Berathungen keinen Theil nehmen. Ohne irgend etwas zu beschliessen, verliessen die Senatoren, der Primas an ihrer Spitze, nach einer Viertelstunde den Saal.

Die Landboten warteten indess auf den Marschall des letzten Reichstags, Adam Nalenz Malachovski, der dem Herkommen gemäss allein berechtigt war, die neue Versammlung zu eröffnen. Erst einer besondern Einladung folgend, erschien er um 1 Uhr, nur um gegen die Anwesenheit der Truppen zu protestiren. Hierüber entstand ein ungeheurer Tumult, die anwesenden Truppen legten Hand an ihn und machten Miene, ihn in Stücke zu hauen. Nur mit Mühe gelang es, dies zu verhindern. Der Landbote von Bielsk, Andreas Mokronovski, verlas die erwähnte Erklärung der 22 Senatoren und 48 Landboten gegen die Abhaltung eines Reichstags in Gegenwart einer fremden

Armee und ohne Theilnahme von Delegirten Preussens. Sodann verliess er den Saal. Ohne sich an diesen Vorgang zu binden, wählten die Zurückgebliebenen den Generalstarosten von Podolien, Fürsten Adam Czartoryski, zum Marschall.

Die patriotische Partei überliess den Gegnern das Feld. Noch am selben Tage beschloss sie, sich auf das drei Meilen von Warschau entfernte Landhaus des Krongrossfeldherrn, nach Piaseczno, zu begeben, um hier weitere Beschlüsse zu fassen. Hier deliberirte man Tage lang; die Anträge flogen herüber, hinüber. Nur eine Conföderation konnte einigermassen Aussicht auf Erfolg bieten. Allein mehrere Patrioten hielten es für bedenklich, zu diesem Schritt ihre Zustimmung zu ertheilen. Der Bischof von Krakau erklärte die Conföderation für das einzige Rettungsmittel, der Wojwode von Kiew sprach sich energisch dagegen aus. Ohne eine gemeinschaftliche Action verabredet zu haben, ging man auseinander. Nur Radziwill hatte einen bestimmten Plan; er begab sich nach Lithauen, um der dort sich bildenden Conföderation unter Michael Brzostowski die Spitze zu bieten, wozu er aus sächsischen Geldmitteln 11.000 Ducaten vorgestreckt erhielt. [1])

Es vergingen Wochen dieser trostlosen Unthätigkeit. Unentschlossenheit und Furcht herrschten fast allgemein. Der Bischof von Krakau, der wohl gegen den Reichstag protestirt hatte, weigerte sich dennoch dem Conföderationsacte beizutreten, ehe die befreundeten Staaten die Versicherung reeller Hilfe ertheilt hatten, da er es für unmöglich hielt, dass die Polen sich auf eigene Faust der Russen erwehren sollten. Welche Reden hatten die Patrioten im Munde geführt! Branicki, hätte man meinen sollen, brauchte nur zu stampfen und grosse bewaffnete Schaaren standen ihm zur Verfügung. Allein der Kron-

---

[1]) Depeschen Mercy's vom 10. und 12. Mai 1764. (W. A.)

grossfeldherr verfügte kaum über 2000 Mann, denen es an Allem gebrach. Zwar gelang es ihm, nach einigen Wochen seine Armee auf 3—4000 Mann zu bringen, auch Radziwill sammelte etwa 6000 Truppen um sich, ohne dass jedoch die Sache der Patrioten an Stärke und Einheitlichkeit gewonnen hätte. Viele schracken vor einer Betheiligung zurück, weil sie fürchteten, noch grössere Gefahren über das Vaterland heraufzubeschwören, da jede Hoffnung auf auswärtige Hilfe vergebens war.

Diese Unschlüssigkeit der Patrioten erleichterte den Gegnern das Spiel. Der von der antirussischen Partei gemiedene Reichstag stimmte allen Anträgen des Fürsten Czartoryski zu. Der Kronfeldherr Branicki wurde seiner Aemter entsetzt, der Wojwode von Russland, Fürst Czartoryski, zum Chef der Truppen ernannt, die aufgefordert wurden, künftighin nur den Befehlen desselben Folge zu leisten. Die Patrioten sollten mit Waffengewalt genöthigt werden, sich zu unterwerfen, russische Truppen unter Repnin's Führung dieses Unternehmen unterstützen. Branicki überzeugte sich bald von der Unmöglichkeit weiteren Widerstand entgegenzusetzen. Die feste Zuversicht, dass die seinen Befehlen bisher gehorchenden Truppen ihm ihre Treue bewahren würden, wurde bald erschüttert. Täglich vermisste man bald ein Regiment, bald eine Compagnie, welche der von Warschau erlassenen Aufforderung Folge leisteten. Nach mannigfachen Versuchen, eine Streitmacht zusammen zu bringen, die im Stande gewesen wäre, den Gegnern die Spitze zu bieten, von jenen Männern, die bisher hoch und theuer gelobt hatten ihr Leben für das Vaterland zu opfern, verlassen, sah er sich zum Rückzuge nach der Zips genöthigt.

Die russische Partei blieb unumschränkte Herrin. Unter dem Schutze Catharina's war es den Czartoryski gelungen, die Bahn frei zu machen. Die Proteste und Erklärungen der Patrioten gegen die Legalität des Reichstages verhallten

wirkungslos. Umsonst wiesen sie darauf hin, dass die Fundamentalgesetze des Reiches verletzt seien, vergebens hoben sie die unrechtmässige Anwesenheit der russischen Truppen hervor. Auch in Lithauen, worauf sich Branicki und sein Anhang grosse Hoffnungen gemacht hatten, organisirte sich eine Partei, die sich um Unterstützung gegen Radziwil nach Warschau wandte. Die daselbst sich bildende Conföderation wurde von dem Primas, als dem ersten Würdenträger Polens und Lithauens, und von den in Warschau anwesenden Polen und Lithauern unterzeichnet. Radziwil setzte zwar auf eigene Faust einigen Widerstand entgegen, aber nach einem am 20. Juni verlorenen Treffen bei Slonim flüchtete er in's Ausland. Die Conföderation von Lithauen entsetzte ihn seiner Würden und liess seine Güter confisciren. Dasselbe Schicksal traf seine zahlreichen Anhänger.

Nun traten die Czartoryski mit ihrem bisher geheim gehaltenen Plane hervor. Es lag nicht in der Absicht der Führer, sich blos zu Handlangern russischer Tendenzen herzugeben. Sie trauten sich die Kraft zu, eine totale Reform der gesammten Verfassung herbeiführen zu können. Polen sollte ihrem Hause keinen Schattenkönig zu danken haben; ein starkes Königthum wollten sie begründen. Die Czartoryski setzten auf dem Reichstage ihre längst beabsichtigten und wohl erwogenen Reformpläne durch. Unter tumultuarischen Formen wurden tiefeinschneidende Aenderungen vorgenommen. Die Kronämter, die bisher vom Könige fast unabhängig waren, wurden ihrer Machtfülle entkleidet. Justiz und Krieg, Finanzen und Inneres sollten künftighin von Commissionen, jede aus 16 Mitgliedern bestehend, verwaltet werden. Auch beabsichtigten sie die Axt an jenes Gesetz zu legen, welches bisher einen jeden Fortschritt gehemmt und die Anarchie begünstigt hatte: die Abschaffung des *liberum Veto* stand bevor. Die russischen Gesandten

erhoben anfangs keinen Widerspruch. Kejserlingk war krank und konnte nicht mit gewohnter Schärfe die Dinge auf dem Reichstage verfolgen. Der Bestechung nicht unzugänglich, hat die Annahme, dass er durch die Czartoryski gewonnen worden sei, einigen Grund für sich. Der ganz unwissende Repnin hatte keine Ahnung von der Tragweite der reichsräthlichen Beschlüsse. Erst als die Frage über Beseitigung des *liberum Veto* besprochen wurde, traten die russischen Gesandten gemeinschaftlich mit Benoit gegen dieses Vorhaben auf und hinderten die Annahme des Gesetzvorschlages.

Trotzdem hatten die Czartoryski alle Ursache, momentan mit ihren Erfolgen zufrieden zu sein, da dem Könige ein bedeutender Einfluss auf die Verwaltung eingeräumt worden war. Zwar wurde festgesetzt, dass die erwähnten Commissionen vom Reichstage zusammengesetzt werden sollen; da aber nach langer Erfahrung selten ein Reichstag in regelmässiger Weise, ohne gesprengt zu werden, endete, so wurde die Bestimmung hinzugefügt, dass in Zeiten, in welchen ein Reichstag nicht zu Stande käme, dem Könige das Recht der Ernennung zustehen sollte. Nicht minder wichtig war der Beschluss, dass von nun ab das Finanzwesen und die Justiz betreffende Angelegenheiten blos mit Stimmenmehrheit entschieden werden sollten, und wenn der Reichsrath unterbrochen würde, die einmal gefassten Beschlüsse Gesetzeskraft haben sollten, während die-dieselben nach der bisherigen Gepflogenheit keine Gültigkeit hatten.

Bedeutungsvoll war die Einschmuggelung dieses Artikels, der in seiner unklaren Fassung der förmlichen Abschaffung des *liberum Veto* fast gleich kam. Alle Gesetzentwürfe, welche die „Wohlfart der Republik“ betrafen, konnten künftighin von den Commissionen vorgeschlagen werden und bedurften blos der Stimmenmehrheit. Endlich erklärte der Convocationsreichstag am Schlusse seiner Sitzungen den

Fortbestand der Confőderation und rief den Fürsten Adam Czartoryski zum Marschall aus, wodurch diese Partei im Besitze der Macht blieb.

Die Wahlfrage wurde von dem Convocationsreichstage eingehend besprochen. Fast einstimmig einigte man sich dahin, dass man einen Heimischen auf den Thron erheben wolle; er sollte von polnischen Eltern abstammen, der römisch-katholischen Religion angehören, mit den Gesetzen des Landes vertraut sein und in keinem zu vorgerückten Alter stehen. Wer den Versuch machen sollte, einem Fremden die Krone zu verschaffen, wurde für einen Feind des Vaterlandes und seiner Güter verlustig erklärt. Auch wurde beschlossen, dass der künftige König die polnische Tracht anlegen solle, wobei sich nur bei der weiteren Berathung die Schwierigkeit ergab, dass Niemand anzugeben wusste, wie diese beschaffen sein müsste. Mit der Zeit hoffte man auch für diesen schwierigen Punkt Rath zu schaffen. Vorläufig begnügte man sich mit dem Beschlusse, dass bei der Abfassung der *Pacta conventa* ein hierauf bezüglicher Artikel aufgenommen werden sollte. Die Krönung sollte diesmal ausnahmsweise in Warschau stattfinden; die königlichen Ornate, Krone und Scepter, von Krakau nach der Hauptstadt gebracht werden. [1])

Nach dem Ausgange des Convocationsreichstages und der vollständigen Beseitigung der patriotischen Partei war das Resultat der Königswahl nicht mehr zweifelhaft. In Versailles begann man sich mit dem Gedanken, dass Stanislaus Poniatowski die königliche Krone erlangen werde, zu befreunden. Paulmy erhielt den Auftrag, mit den Czartoryski in Verhandlungen einzutreten; den Patrioten gab man den Rath, Frieden mit den Siegern zu machen; zur Erklärung der passiven Haltung fügte man hiezu, man habe

[1]) Joubert. a. a. O. 70—72.

wohl versprechen der polnischen Nation Hilfe zu gewähren, nicht aber einzelnen Magnaten. Paulmy und Hennin hatten eine geheime Zusammenkunft mit Stanislaus Poniatowski; unter gewissen Bedingungen, sagten sie ihm, sei Frankreich bereit ihn nach erfolgter Wahl anzuerkennen.[1]) Unter denselben stand eine Vereinbarung mit den hervorragendsten Führern der Patrioten obenan. Die Czartoryski gingen auf diese Vorschläge nicht ein. Man befand sich in Versailles in grosser Verlegenheit und beschloss die Abberufung Paulmy's. Hennin sollte als Resident zurückbleiben. Am 7. Juni übergab der französische Botschafter die Erklärung: der König, von den Vorgängen in Warschau unterrichtet, sei der Ansicht, da die Republik entzweit und die Stadt Warschau von fremden Truppen besetzt sei, dass sein Gesandter nicht länger anständiger Weise daselbst bleiben könne, und er habe ihm daher befohlen, sich zurückzuziehen, bis die Ruhe und Ordnung im Königreiche wieder hergestellt sein werde.[2]) Ein Wortwechsel, der sich zwischen dem Primas und dem Gesandten entspann, führte zum förmlichen Bruche.

In Wien kam dieser Bruch Frankreichs mit der Republik sehr ungelegen. Man hatte sich daselbst mit dem Gedanken eines Vergleiches vertraut gemacht. Nachgiebigkeit lautete seit Ende Mai die Parole des Staatskanzlers. Nach keiner Richtung bot sich irgend eine Aussicht, die russischen Pläne zu kreuzen. Auf eine activere Betheiligung der Pforte musste man endlich Verzicht leisten. Der Grossvezier hat kein Ansehen, dem Sultane mangelt jeder kriegerische Geist und die Minister sind von Preussen bestochen, klagte Kaunitz. In Versailles erklärte man dem österreichischen Gesandten, es sei unmöglich, in Polen irgend ein

[1]) Starhemberg's Bericht vom 20. und 23. Mai. Rescript an denselben vom 5. Juni 1764. (W. A.) Vgl. auch St. Priest, Etudes littéraires et politiques I, p. 134.

[2]) Flassan Histoire de la diplomatique française VI, p. 522.

vergnügliches Resultat zu erzielen, Geldunterstützungen an die Patrioten wären daher eine Vergeudung. Die trügerischen Hoffnungen auf eine Revolution in Petersburg, welche durch die mannigfachsten Berichte genährt worden waren, schwanden allmälig. Oesterreich stand mit seinen Bestrebungen vereinsamt, da blieb nichts übrig als den bitteren Kelch zu leeren. Nur einen Trost hatte man, dass die Passivität Oesterreichs, die Pläne Preussens im Trüben zu fischen und polnische Gebiete zu erwerben, zu nichte mache. Man erweise demnach der Republik noch einen grossen Dienst, sagte man sich.

Nach keiner Richtung war das Glück der polnischen Politik dem Fürsten Kaunitz gerade hold gewesen. [1]) Es handle sich nun darum, demonstrirte er, „die Ueberfuhr nicht zu versäumen, noch sich durch chimärische Hoffnungen verblenden zu lassen, sondern die Standhaftigkeit mit der Vernunft und Vorsicht zu vereinbaren.“ Mit Lebhaftigkeit wäre der Staatskanzler auf jeden Vorschlag eingegangen, der es ihm möglich gemacht hätte, die Niederlage seiner Politik verbergen zu können.

Sich mit Ehren und Anständigkeit aus der Verlegenheit ziehen, war die stehende Redensart in den Rescripten des Staatskanzlers. Wir haben gesehen, dass er in einer Declaration Preussens ein Auskunftsmitel sah. Da diese nicht erfolgte, blieb nichts übrig als auf eine andere Weise dem Handel ein Ende zu machen. Mercy erhielt freie Hand in dieser Richtung in Warschau thätig zu sein, eventuell dahin wirken, dass die Führer der Patrioten zu einem Vergleiche mit den Czartoryski die Hand bieten möchten. Gingen diese darauf ein, dann traf wenigstens nicht Oesterreich die Schuld;

---

[1]) Da uns das chapitre des accidens noch in keinem Stück zu statten gekommen, heisst es in einem Rescripte an Mercy vom 16. Mai 1764. (W. A.)

Ehre und Ansehen blieben intact, vor der Welt konnte kühn behauptet werden, dass die Polen selbst den Ausgleich veranlasst hatten.[1]) Auch beruhigte sich Kaunitz einigermassen über das Vorgehen Russlands und Preussens, nachdem diese sich der Einführung der Einstimmigkeit widersetzt hatten. Denn er hatte insbesondere zwei Punkte für sehr gefährlich gehalten: einmal die Einräumung grösserer Rechte an die Dissidenten, sodann die Abschaffung des *liberum Veto.* Der Vortheil, argumentirte er, läge nur auf Seiten Preussens und Russlands, die dadurch dauernd an Ansehen in Warschau gewönnen; auch erhielte der König von Polen eine formidable Macht, beides läge aber nicht im Interesse Oesterreichs.[2]).

Kaunitz war in dem Gedanken von der Nothwendigkeit eines Ausgleichs bestärkt worden, nachdem er von den geheimen Verhandlungen Paulmy's mit Stanislaus Poniatowski Kunde erlangt hatte. Er glaubte auch die Bedingungen zu kennen, welche Frankreich gestellt habe. Und nichts berührte in Wien unangenehmer als die Ueberzeugung, dass der Verbündete eigene Wege ging. Zwar erlaubte sich der Staatskanzler in gleicher Weise einige Seitensprünge, indess was ihm erlaubt schien, gestattete er ungern Andern.

Die Czartoryski'sche Familie kam dieser ausgleichsfreundlichen Gesinnung des Staatskanzlers entgegen. Mercy wurde angegangen, seinen Hof zu Gunsten ihrer Partei umzustimmen. In der That erhielt Mercy schon Anfangs Juni die Weisung, den Mitgliedern dieser Familie zu erklären: Ihre Majestäten hegen gegen sie durchaus keine Abneigung, wünschen als wahre Freundin und Bundesgenossin der Republik nur die Aufrechterhaltung der Freiheit und Wohlfahrt und gönnen die polnische Krone einem Jeden, der sie in gesetzlicher Weise durch freie Wahl erlangen würde. Sollte

[1]) Rescript und P. S. an Mercy vom 16. Mai 1764. (W. A.)

[2]) Rescript an Mercy vom 31. Mai 1764. (W. A.)

ein Mitglied der Czartoryski'schen Familie dieselbe erlangen, so werde ein solcher König der Monarchin lieb und werth sein. Noch wäre es Zeit, einem billigen Vergleiche die Hand zu bieten, wenn man gesonnen sei, das Beste des Reichs und des künftigen Königs zu berücksichtigen und von gewaltsamen Schritten abzustehen. Sollte jedoch letzteres geschehen, so könnte man die Wahl des künftigen Königs nicht als giltig anerkennen.[1])

Unter den Bedingungen, unter denen man bereit war, zu einem Abkommen die Hand zu bieten, stand damals noch die Zurückziehung der russischen Truppen aus Polen obenan. Es sollte jeder Schein vermieden werden, als ob Russland allein die Wahl des Königs durchgesetzt habe. Kam es darüber zu einer Verständigung, so machten die anderen Punkte keine Schwierigkeiten. Sie bezogen sich zumeist auf Wahrung persönlicher Interessen einzelner Magnaten und der churfürstlich-sächsischen Familie.

Auch diese feste Haltung, welche noch immer Bedingungen sine qua non stellte, wurde bald aufgegeben. Schon nach 24 Stunden änderte Kaunitz die Weisung. Er halte dafür, schrieb er vom 7. Juni, man werde die Zurückziehung der russischen Truppen nicht durchsetzen können, es sei daher auch hierauf nicht weiter zu bestehen, wenn nur sonst anständige und billige Bedingnisse zu erzielen seien. Aber selbst dann, wenn Mercy sich zur Abreise genöthigt sehen sollte, wünschte man nicht alle Brücken hinter sich abzubrechen, um doch noch späterhin wenigstens die Möglichkeit offen zu halten, die Beziehungen mit dem neugewählten Könige anzuknüpfen. Der Gesandte sollte deshalb nur eine Erklärung in allgemeinen Ausdrücken zurücklassen und sie blos damit begründen, dass er „kein Augenzeuge der anmasslichen Unternehmungen" der Czar-

[1]) An Mercy vom 6. Juni 1764. (W. A.)

toryskischen Partei sein wolle, jedoch in keiner Weise sich darüber auslassen, ob Oesterreich den neuen König anerkennen werde oder nicht.[1])

Selbst als Paulmy zur Abreise sich anschickte, war man in Wien nicht fest entschlossen mit Frankreich gemeinsame Sache zu machen. Man wollte Russland und Preussen nicht das Feld räumen. Wenn nicht jegliche Hoffnung erloschen wäre, ein gütliches Einverständniss zu erzielen, sollte Mercy bleiben. In der That waren auch die Forderungen, die man in Wien stellte, nicht gerade bedeutend. Man verlangte einige Vortheile für die sächsischen Prinzen, Ertheilung einer Amnestie, Rückstellung der confiscirten Güter an ihre Besitzer. Es war jedenfalls das Aeusserste, wozu man sich entschliessen konnte.[2])

Allein ein ungünstiger Stern verfolgte die polnische Politik des Fürsten Kaunitz bis an's Ende. Die Czartoryski wollten von Nachgiebigkeit an ihre Gegner nichts wissen, die Radziwill und Potocki sollten zu Grunde gerichtet werden. Mercy hatte mit dem Kanzler von Lithauen eine längere, zwei Stunden dauernde Besprechung. Die Amnestie sämmtlicher Patrioten und die Rückstellung ihrer Güter, wurde dem österreichischen Gesandten entgegnet, könne nicht erfolgen, diese Partei bestünde nur aus Rebellen, die sich gegen den Staat aufgelehnt; es gebe kein anders Mittel, als sie durch Gewalt zum Gehorsam zu bringen. Das Einzige, wozu sich der Kanzler herbeiliess, war, dass kein Todesurtheil gefällt werden sollte. Auch von der Versorgung der sächsischen Prinzen wollte er nichts wissen. Mit polnischen Gütern und Starosteien dürfte der König nur nach den Landesgesetzen verfügen. Die sächsischen Prinzen besässen

---

[1]) An Mercy vom 9 Juni 1764. (W. A.)

[2]) An Mercy vom 17. Juni 1764. (W. A.)

nicht das Indigenat, unter einem andern Titel könnten sie mit polnischen Gütern nicht ausgestattet werden. Der Kanzler rieth, Oesterreich möchte doch eine Verständigung mit Russland suchen. Die anderen Mitglieder der Familie redeten eine ähnliche Sprache. Mercy meinte, es bleibe nichts übrig, als ihn abzuberufen und die Erklärung abzugeben, man werde den künftigen König nicht anerkennen. Nur dies werde vielleicht die Partei zu einiger Rücksichtnahme zwingen.[1])

In der That war die Lage, in der sich der österreichische Gesandte befand, gerade keine angenehme. Die Patrioten drängten um Geld, welches er nicht besass, und mit guten Rathschlägen waren sie nicht zufrieden. Er wurde bald erlöst. Wenn auch widerwillig, man fügte sich in Wien dem Drängen Frankreichs, welches eine Abberufung des österreichischen Gesandten forderte. Wohl machte man seinem Unmuthe Luft, indem man dem französischen Minister demonstrirte, man hätte eine Verständigung mit Wien suchen müssen und nicht nach eigenem Belieben dem Gesandten den Auftrag zur Abreise ertheilen sollen. Allein da alle Hoffnungen irgend etwas zu erringen sich als eitel erwiesen hatten, so erhielt Mercy schliesslich die Weisung, sich zur Abreise zu rüsten. In den letzten Tagen des Monats Juli verliess er die polnische Hauptstadt.[2])

Das Feld war nun frei. Die Czartoryski waren unermüdlich thätig, die alten Freunde festzuhalten, neue zu gewinnen. Die Vertreter Russlands und Preussens machten ihren Einfluss für Stanislaus Poniatowski geltend. Der Primas erwiederte, man werde gewiss alle Rücksicht einer derartigen Empfehlung entgegenbringen. Noch war die Wahl nicht vollzogen, und schon beeilten sich servile Polen dem

---

[1]) Depesche von Mercy vom 29. Juni 1764. (W. A.)

[2]) 7. Juli an Mercy, an Starhemberg 10. Juli 1764 (W. A.)

Candidaten königliche Ehren zu erweisen. Poniatowski entfaltete seine ganze Liebenswürdigkeit, um auch seine Gegner umzustimmen; man sah ihn die zurückgebliebenen Frauen derselben aufsuchen und mit ihnen längere Verhandlungen pflegen. Sein bewährter Einfluss auf die Frauenwelt sollte ihm auch bei der ernstesten Angelegenheit seines Lebens nützliche Dienste leisten. Der Nuntius, der bisher auf Seite der Patrioten gestanden, fing an wankend zu werden; er meinte, wenn auf der bevorstehenden Versammlung doch eine Aenderung der Sachlage eintreten sollte, wäre dies eines jener Phänomene, welche menschliche Klugheit nicht vorhersehen kann.[1])

Am 24. August trat der Wahlreichstag zusammen. In der aus Brettern zusammenfügten, strohbedeckten, nach Innen mit Scharlachtuch verzierten, viereckigen Wahlhalle hatten 2000 Personen Raum. Am 27. August begab sich der Primas, von den Senatoren, Gesandten und Ministern begleitet, in die Kirche des heiligen Johann, wo der Erzbischof von Lemberg die heilige Messe celebrirte. Ein geistlicher Würdenträger predigte sodann über den Text: wählet unter Euch den besten und setzet ihn auf den Thron. Von der Kirche begaben sich die Anwesenden in den Wahlsaal. Die Wahl eines Marschalls ging, ohne irgend einen Widerspruch zu finden, in ungewohnt friedlicher Weise vor sich. Der Notar von Lithauen, Sosnowski, wurde mit diesem Ehrenamte betraut.

Am 28. August erschien der russische Gesandte auf dem Wahlfelde und überreichte zwei Memoires, eines in polnischer, ein zweites in französischer Sprache, worin die Kaiserin ihrem Wunsche, den Grafen Poniatowski auf dem Throne zu sehen, Ausdruck verlieh. Auf dem nicht gerade zahl-

[1]) Die Berichte des Nuntius vom 8. u. 15. August bei Theiner, p. 29 u. 30.

reich besuchten Reichstage waren blos die Anhänger Russlands erschienen, die sächsische oder republikanische Partei bestand nicht mehr. Am 7. September wurde Stanislaus Poniatowski einstimmig zum König gewählt. Am 13. September beschwor er die *pacta conventa*, zwei Monate darauf, am 25. November, wurde er in Warschau gegen die bisherige Sitte, welche Krakau hiefür bestimmte, gekrönt.

„Ich gratulire zum König, den wir gemacht haben", schrieb Catharina an Panin, als die Kunde Petersburg erreichte; „dieses Ereigniss hat mein Vertrauen zu Ihnen um so mehr gesteigert, da ich sehe, wie fehlerlos alle von Ihnen getroffenen Massregeln waren." [1])

[1]) Ssolowjoff, Gesch. des Falles von Polen. S. 22.

Fünftes Capitel.

Die ersten Regierungsjahre Stanislaus August's.

Die Republik hatte wieder einen König. Die meisten europäischen Staaten beeilten sich, den neuen Monarchen zu beglückwünschen; nur Oesterreich, Frankreich, Spanien und Sachsen hielten damit zurück und forderten zuerst die Erfüllung gewisser Bedingungen. Stanislaus August lechzte aber gerade darnach, von den Höfen zu Wien und Paris anerkannt zu werden. Zumeist leitete ihn dabei der stille Gedanke, durch seine Beziehungen zu Frankreich und Oesterreich eventuell einen Stützpunkt gegen die etwaigen Uebergriffe Russlands zu gewinnen und sich mit der Zeit von Petersburg unabhängig zu machen. In Versailles machte König Ludwig keine Schwierigkeiten; unmittelbar nach der Wahl hatte er den Marquis Conflans an Stanislaus August entsendet, um ihn zu beglückwünschen. Aber das Ministerium verfolgte damals den Plan, durch Aufwiegelung der Pforte gegen Russland den Dingen in Warschau eine andere Wendung zu geben. Spanien war ganz im Schlepptaue Frankreichs, Sachsen heischte die Erfüllung gewisser Bedingungen und Oesterreich wollte sich von dem Bundesgenossen, vorläufig wenigstens, nicht trennen. Kaunitz wäre allsogleich bereit gewesen, dem Wunsche Stanislaus August's zu willfahren; nur die Erwägung, dass man seinen Freunden auch gewisse Rücksichten zollen müsse und es einen ungünstigen Eindruck auf die Alliirten machen könnte,

wenn man sich allzusehr damit beeilen würde, hielt ihn davon ab. Als Stanislaus August seinen Bruder, den in österreichischen Diensten stehenden General, mit einem Notificationsschreiben nach Wien entsendete, rieth der Staatskanzler der Monarchin von der Annahme ab. Wohl aber sei die Erklärung abzugeben, dass man gegen die Person des Königs nichts einzuwenden habe; die Kaiserin wäre ihm seit Jahren geneigt und missgönne ihm die Krone nicht, allein es würde ihm nicht unbekannt sein, aus welchen Gründen die Abberufung Mercy's erfolgt sei; so lange daher den damals gestellten Forderungen nicht Rechnung getragen worden sei, könne seine Anerkennung nicht erfolgen.[1])

Man hatte in Wien nicht die Absicht, der Anerkennung Stanislaus August's allzugrosse Hindernisse in den Weg zu legen. Die Rücksichtnahme auf Frankreich spielte bei diesem Entschlusse eine grosse Rolle. Man wünschte durchaus nicht, dass zwischen dem neuen König von Polen und Frankreich sich innigere Beziehungen herausbilden, und obzwar das französische Ministerium momentan in Constantinopel schürte und hetzte, so gab es doch Anknüpfungspunkte genug, um vielleicht früher zwischen Paris und Warschau eine Verständigung herbeizuführen. Die einzige lichte Seite in der politischen Action der letzten Monate war nach der Ansicht des Fürsten Kaunitz der nicht gering anzuschlagende Umstand, dass gerade Frankreich seine bisher nicht wenig einflussreiche Stellung in Polen vollständig eingebüsst hatte. Dabei sollte es auch bleiben; um so leichter konnte es gelingen, Stanislaus August auf Oesterreichs Seite zu ziehen und den dominirenden Einfluss Russlands mit der Zeit zu dämpfen.

Starhemberg wurde daher angewiesen, darauf hinzuwirken, dass man das Notificationsschreiben annehmen und

[1]) Brouillon, vom September 1764. (W. A.)

in officielle Verbindung mit Stanislaus treten solle, denn an gewaltthätigen Schritten der Pforte gegen Polen wollte man einen werkthätigen Antheil nicht nehmen.

Indess wurde man doch in diesen für Stanislaus August wohlwollenden Ansichten wankend gemacht. Der französische Vertreter in Wien theilte dem Fürsten Kaunitz einige Depeschen von Vergennes mit, aus denen hervorzugehen schien, dass die Pforte einen ganz ernsten Eifer zeigte gegen Stanislaus aufzutreten, und der mit seinem Lob so ausserordentlich karge österreichische Staatskanzler musste gestehen, dass sich der französische Gesandte in Constantinopel verständig und vorsichtig benommen. Gelang es in der That die Pforte zu bewegen, gegen den ganzen Vorgang in Warschau nicht nur mit Worten zu protestiren, sondern durch in die Augen fallende Massnahmen zu zeigen, dass sie auch vor einem Kriege nicht zurückschrecke, so schien es nicht unmöglich, dass die Patriotenpartei, dadurch aufgemuntert und unterstützt, zu einem energischen Widerstand angefacht und den Dingen in Polen eine andere Wendung geben würde. Denn dass Russland mit Preussen im Bunde selbst zu den Waffen greifen werde, um Stanislaus August um jeden Preis auf dem Throne zu erhalten, nahm man nicht als wahrscheinlich an. Kaunitz stand deshalb von einer Bearbeitung der französischen Regierung, behufs Anerkennung des Königs ab, hielt es aber doch für bedenklich, sich fest zu binden, sondern wollte erst weitere Berichte aus Constantinopel abwarten, ob sich der türkische Eifer auch werkthätig bekunde.[1])

Kaunitz erwartete, dass die Pforte ein im energischen Tone gehaltenes Manifest erlassen würde. Dies erfolgte nicht. Man erklärte vielmehr in Constantinopel, ehe man sich zu einem ernsten Schritte entschliesse, wolle man erst

[1]) 22. Oct., 28. Oct. u. 30. Oct. 1764 an Starhemberg. (W. A.)



die Antwort Oesterreichs abwarten. In Wien besass man geringe Geneigtheit, sich mit der Pforte zu vertiefen, wollte sich aber andererseits nicht vollständig ablehnend verhalten. Die Weisungen an Penkler waren daher in einem sehr gewundenen Tone abgefasst, da man sich über die in Constantinopel herrschenden Absichten in Unklarheit befand. Nach sorgfältiger Ueberlegung neigte man sich zur Annahme, dass die Pforte eigentlich einen Krieg mit Russland scheue; der argwöhnische Kaunitz schob ihr sogar die Absicht unter, mit Oesterreich einen Kampf vom Zaune brechen zu wollen. So viel Wahrscheinlichkeit mass er diesem Gedanken bei, dass er nunmehr den Plan, Stanislaus ohne Rücksicht auf Frankreichs Zustimmung anzuerkennen, fallen liess. Er wollte sich von dem Bundesgenossen nicht trennen und brach deshalb alle Verhandlungen mit dem Bruder des Königs von Polen ab.

Der Staatskanzler gerieth durch seine Hypothese über die etwaigen Pläne der Pforte in volle Abhängigkeit von Frankreich. Sehnlichst wünschte er nun, dass Frankreich es übernehmen möchte, die türkischen Minister über seine Ideen und Gesichtspunkte vollständig aufzuklären, und jedes Misstrauen gegen Oesterreich, als ob es bei einem etwaigen Kriege der Pforte mit Russland aus einer freundlichen Neutralität heraustreten würde, zu bannen. Läge es doch in den eigenthümlichen Verhältnissen des Staates, wenn sich Oesterreich in keine Verbindungen einlasse, indem die Rücksichtnahme auf Preussen es zwinge, sich ruhig zu verhalten, um Friedrich von jeder Betheiligung fern zu halten.

Kaunitz war nun vollständig damit einverstanden, dass Frankreich die Pforte zu einer Opposition gegen die polnische Königswahl aufmunterte; selbst wenn sie es nicht zum Aeussersten kommen lassen wollte, sollte sie doch bei ihrer standhaften Sprache beharren. Um dem türkischen Minister

thatsächlich zu beweisen, dass man solidarisch mit ihm vorgehen wolle, gab Kaunitz den Rath, Frankreich möge in Constantinopel die Versicherung ertheilen, dass Oesterreich ohne Zustimmung der Pforte Stanislaus August nicht anerkennen werde. Oesterreich könne zwar nicht unmittelbar mit der Pforte ein Einverständiss zu erzielen suchen, aber es werde erklären, sich nicht von Frankreich trennen zu wollen, was, nach der Ansicht Kaunitzens, so viel besagen würde, als ob die drei Mächte unter sich ein Concert abgeschlossen hätten.[1])

In Frankreich war es besonders der Duc de Choiseul, der damals keinen geringen Eifer an den Tag zu legen schien, die Pforte zu einem Bruche mit Russland anzutreiben, und wenn die an Vergennes ertheilten Weisungen dennoch mit einer gewissen Vorsicht abgefasst waren, so war dies der Einflussnahme des Duc de Praslin zu danken. In Wien wusste man dem letztern hiefür grossen Dank. In Constantinopel erkaltete indessen der Anfangs etwas lebhafte Eifer sehr bald, der Antrag des französischen Botschafters sich mit Frankreich in ein Concert einzulassen, wurde abgewiesen, unter dem allerdings nicht ungerechtfertigten Vorwande, dass über das zu erreichende Ziel unter den verschiedenen Mächten keine gleichartigen Ansichten vorhanden seien. So unklar und unrichtig die türkischen Staatsmänner die europäischen Verhältnisse beurtheilen mochten, die Differenz in den Ansichten der Vertreter Oesterreichs und Frankreichs konnte ihnen nicht verborgen bleiben.

Kaunitz war eigentlich nicht unzufrieden, dass die Pläne des Bundesgenossen zerstoben. Da auch seine Furcht, als beabsichtigte die Pforte einen Krieg mit Oesterreich, sich beschwichtigt hatte, konnte er daran gehen, die Verhandlungen mit Stanislaus August wieder aufzunehmen.

[1]) 14. Nov. 1764 an Starhemberg. (W. A.)

Der Gesandte erhielt den Auftrag, in Versailles hiefür thätig zu sein. Kaunitz selbst gab dem Botschafter in Wien zu verstehen, dass man es Oesterreich nicht verübeln könnte, wenn es selbstständig zur Anerkennung schreiten sollte, im Falle man in Frankreich fortwährend neue Schwierigkeiten erheben und die hochgeschraubten Bedingungen nicht herabmindern würde.[1]) Die französische Regierung kam den Wünschen des Staatskanzlers nun auf halbem Wege entgegen. Sie ertheilte ihrem Vertreter in Wien den Auftrag, sich mit Kaunitz über die weiteren Massnahmen zu verständigen, nur solle man nichts übereilen. Der Argwohn des Fürsten Kaunitz erwachte, dass Frankreich auf eigene Faust in Warschau thätig sein werde, um Oesterreich den Rang abzulaufen.[2])

In einem Gutachten erörtert Kaunitz eingehend die Gründe, die für eine Anerkennung des Königs von Polen sprächen. In Warschau, sagt er, sitzt Stanislaus August ruhig auf seinem Thron; der Krönungsreichstag ist beendet, sämmtliche Magnaten, auch der Kronfeldherr Branicki haben den König als ihren rechtmässigen Herrn anerkannt. Nur Radziwill macht eine Ausnahme. Die Hoffnungen, dass die Polen selbst oder auch die Türken den grössten Widerstand leisten würden, haben sich nicht verwirklicht. Ein längeres Zögern, sich mit dem Könige auseinanderzusetzen, sei nunmehr ungemein bedenklich. Denn man dränge ihn auf diese Weise, sich um so enger an Russland und Preussen anzuschliessen. Zwar bezweifelte Kaunitz, dass Polen sich aus seiner Abhängigkeit von Russland werde befreien können, ihm schien schon viel erreicht, wenn nur Preussen keinen grösseren Einfluss gewann. Er begrüsste es als ein Zeichen von guter

---

[1]) Rescript an Starhemberg, 10. Jänner 1765. (W. A.)

[2]) An Starhemberg 8. Febr. 1765. (W. A)

Vorbedeutung, dass auf dem Krönungsreichstage blos der Tractat mit Russland vom Jahre 1684 erneuert worden war, mit Preussen aber von einem Vertrage nicht die Rede gewesen sei. Allerdings gebot es die Klugheit, auf den Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen, allein man durfte die Sache nicht auf die Spitze treiben. Auch waren für Oesterreich noch andere Gesichtspunkte massgebend. Als Nachbarstaat wurde es von der Entwickelung der Dinge in Polen hart berührt. Kaunitz wies auf die Pläne Russlands hin, im Norden eine grosse Allianz zu Stande zu bringen, um ein Gegengewicht gegen die Stellung Frankreichs zu bilden, England werde beitreten, Polen sich selbst überlassen, sich dagegen nicht stemmen können. Gutes sei nicht viel mehr zu hoffen, desto mehr Unangenehmes zu befürchten. [1])

Für Kaunitz handelte es sich blos darum, den Anstand zu wahren. Jedenfalls musste Frankreich wegen der dem Botschafter widerfahrenen Beleidigung vollständige Genugthuung erhalten, die Ansprüche Kursachsens, Branicki's und womöglich auch Radziwill's befriedigt werden. Auf diese Weise konnte man allen Anforderungen Genüge leisten. Man zeigte seine bundesmässige Gesinnung gegen Frankreich, ohne sich jedoch grossen Gefahren auszusetzen. In Warschau selbst konnte Oesterreich nur gewinnen, wenn man durch dessen ganze Haltung die Ueberzeugung gewann, dass der Wiener Hof seine Freunde und Anhänger nicht im Stiche lasse.

Mit grossem Eifer suchte nun Kaunitz, Frankreich, Spanien und Kursachsen für seinen Standpunkt zu gewinnen. In Paris verstand er die Saite erklingen zu machen, die nicht ohne Widerhall blieb. Er schilderte die Gefahren, wenn man die Republik sich selbst überliesse und Russlands Bestrebungen, eine nordische Liga zu Stande zu bringen,

---

[1]) Ueber die polnischen Angelegenheiten vom Febr. 1765. (W. A.)

erleichtern würde. In Dresden rieth er dringend zur Nachgiebigkeit; es werde schwer sein, bessere Bedingungen zu erhalten, als sie gegenwärtig angeboten werden. Ohnehin hatte Kaunitz es mit Freuden begrüsst, dass Kursachsen seine Bereitwilligkeit, ein Abkommen treffen zu wollen, in Warschau erklärt hatte. Denn er sah dadurch „die Schande vermieden, für Sachsen nichts auswirken zu können".

Kaunitz erhielt bald Gelegenheit, die Anerkennungsfrage ihrem Abschlusse zuzuführen. Den Anlass gab Czartoryski, der mit einer Mission Stanislaus August's nach Rom betraut seine Anwesenheit in Wien benützte, um die Vermittlung des sardinischen Gesandten, Canale, in Anspruch zu nehmen. Kaunitz erklärte unter bestimmten Bedingungen sich nicht abgeneigt, dem Wunsche des Königs von Polen zu willfahren, und befürwortete auf das wärmste die Forderungen Frankreichs und Sachsens anzunehmen. Ersteres verlangte, dass der Primas sich entweder in Person nach Paris begeben oder doch einen Anverwandten dahin mit einem Entschuldigungsschreiben absenden, sodann dass der König von Polen in einem besonderen Briefe an Ludwig XV. das Betragen des Primas missbilligen sollte. Kursachsen beanspruchte, dass die Republik auf die Ansprüche, die sie etwa haben sollte, Verzicht leisten möge; der Kurfürst müsste in Besitz seiner in Polen liegenden Güter bleiben, die sächsischen Unterthanen im Handel und Verkehr an allen Begünstigungen der bevorzugten Nationen theilnehmen; endlich eine anständige Appanage für die sächsichen Prinzen. Oesterreich forderte: allgemeine Amnestie, Einsetzung des Grossfeldherrn Branicki in sein Amt und Rückgabe der confiscirten Güter an Radziwill. Theilweise ging man in Warschau auf diese Bedingungen ein. Bezüglich der Amnestie ertheilte Stanislaus August vollkommene beruhigende Versicherungen, lehnte es jedoch ab, eine förmliche Verordnung zu erlassen, weil sie überflüssig und auch nach der polnischen

Verfassung bedenklich sei. Der König erklärte ferner, Branicki in der zuvorkommendsten Weise empfangen zu wollen, die ausdrückliche Zuerkennung seiner Würde und die Rückgabe seiner Güter sei jedoch nicht nothwendig, da ihm dieselben noch nie abgesprochen worden seien. Was Radziwill anbelangt, so seien dessen Güter allerdings sequestrirt worden, aber nur deshalb, weil die Gläubiger dies von dem Gerichte verlangt hätten, aber man sei bereit, für ihn etwas zu thun, ohne ihm jedoch das Palatinat von Wilna zu übertragen. Stanislaus August machte auch keine Schwierigkeit mit der Absendung eines Briefes an Ludwig XV. Kaunitz gab sich damit vollständig zufrieden, und der General Poniatowski erhielt zur Ueberreichung des Notificationsschreibens die gewünschte Audienz.[1]) Von Frankreich erfolgte die feierliche Anerkennung einige Monate später; erst Ende December entschloss sich das französische Cabinet, seinen bisherigen Widerstand fallen zu lassen.

Kaunitz war herzlich froh, die Anerkennungsfrage erledigt zu sehen, und mit besonders stolzem Bewusstsein erfüllte es ihn, als sich im Laufe der Verhandlungen herausstellte, dass es Stanislaus August zumeist nur um die Gewinnung des Wiener Hofes zu thun gewesen sei, während er auf die Erledigung der Irrungen mit Frankreich einen geringeren Werth gelegt. Er erörterte im Geiste schon die Vortheile, die ein gutes Einverständniss mit Polen abwerfen würde, wobei auch Preussen nicht unberücksichtigt blieb. Im letzten Kriege hatte der König aus Polen mancherlei Vortheile gezogen; er versorgte sich daselbst mit Getreide, ergänzte seine Heere durch polnische Söldnerschaaren. Dies konnte nicht mehr stattfinden, wenn es Oesterreich glückte, innige Beziehungen mit dem Könige von Polen anzuknüpfen; aber

[1]) Instruction an Revitzky vom 7. Sept. 1772, wo diese Verhältnisse ausführlich dargelegt sind. (W. A.) Einige Angaben bei Theiner.

auch eine effective Unterstützung von Seite der Republik, bei neuen kriegerischen Wirren zwischen Wien und Berlin, lag nicht ganz ausserhalb des Gesichtskreises des Staatskanzlers.[1])

Stanislaus August und sein Rathgeber entfalteten in den ersten Monaten eine rege Thätigkeit.[2]) Zum ersten Male dämmerten in den polnischen Kreisen richtige Vorstellungen darüber auf, was dem Staatswesen Noth thue. Die Ueberzeugung von der Haltlosigkeit der zu allen Beschlüssen des Reichtstages erforderlichen Stimmeneinhelligkeit, die Nothwendigkeit einer besseren Verwaltung, einer geregelteren Ordnung des Staatshaushaltes leuchtete wenigstens einem Theile der Nation ein. In Wort und Schrift vielfach erörtert, war es jedenfalls ein Zeichen von Gesundung, dass derlei Ansichten nicht vereinzelt blieben. Eine Kräftigung der Staatsgewalt wurde als ein tiefes Bedürfniss von einsichtigen Köpfen anerkannt, die Trostlosigkeit der inneren Verhältnisse und die Ursache der Abhängigkeit von den Fremden auf die richtige Quelle zurückgeführt. Von vornherein stellten sich jedoch fast unübersteigliche Hindernisse der Verwirklichung wohlgemeinter Pläne entgegen.

Die Ursachen lagen zunächst in dem Charakter des Königs, in seiner Stellung zu seinen Oheimen, endlich in der Haltung Russlands.

Stanislaus August war der schwierigen Situation durchaus nicht gewachsen. Zum Regenerator seines Volkes fehlten ihm durchaus die erforderlichen Eigenschaften. An Verständniss der schwierigen Aufgabe gebrach es ihm nicht. Seine Bildung war im Vergleiche mit jener seiner Landsleute eine umfassende. Für Kunst und Wissenschaft zeigte er lebhaften Eifer; mit den Literaturen Englands und Frankreichs ziemlich vertraut, beschäftigten die religiösen und politischen Fragen,

[1]) Rescript an Starhemberg vom 7. Nov. 1765. (W. A.)

[2]) Vergl. den Bericht bei Theiner a. a. O. B. IV, 2. S. 94.

welche diesseits und jenseits des Canals erörtert wurden, seine Aufmerksamkeit. Liebenswürdigkeit, ein gewisser Verstand, Geist lassen sich ihm nicht absprechen, aber die Mängel seines Charakters liessen die guten Anlagen nicht recht zur Enfaltung kommen. Durch seine Sinnlichkeit in Liebschaften verstrickt, war er Zeit seines Lebens ein Spielball ränkesüchtiger, verbuhlter Frauen; leicht bestimmbar, den mannigfaltigsten Einflüssen zugänglich, raffte er sich selten zu einem energischen Entschlusse empor. Seine edlen Absichten gingen durchweg in die Brüche. Von den reformatorischen Ideen seiner Zeit erfüllt, strebte er nach dem Ruhme, der Republik eine gleichartige Stellung mit den anderen europäischen Staaten zu erringen, wenn sich dies nur eben leicht hätte bewerkstelligen lassen. Eiserne Ausdauer, Consequenz, die Fähigkeit in der Wahl der rechten Mittel fehlten ihm ganz. Bald himmelhoch jauchzend, bald zu Tode betrübt, fasste er heute energische Entschlüsse, um morgen in verzagte Stimmungen zu versinken und im Umgange bereitwilliger Frauen eine Entschädigung für das Scheitern seiner Pläne zu suchen.[1])

Vor seiner Wahl zum Könige erfreute sich Stanislaus keines grossen Ansehens; er hatte bisher in keiner Weise Gelegenheit gehabt, im öffentlichen Leben eine hervorragende Rolle zu spielen. Die Czartoryski hatten sich nur widerwillig mit der Erhebung ihres Neffen befreundet; sie bestimmte die Erwägung, dass er sich willig von ihnen leiten lassen werde, und sie im Stande sein würden, ihre Reformen durchzusetzen. Stanislaus hatte es auch an Versprechungen in dieser Richtung nicht fehlen lassen.

Der König sollte sich platterdings ihren Rathschlägen fügen. Anfangs fanden sie auch keinen Widerstand, bald

[1]) Vergl. die Charakteristik des Königs in den Berichten des Nuntius bei Theiner IV, II p. 96.

jedoch hatte sich in der unmittelbaren Umgebung des Königs eine neue Partei gebildet, deren Tendenz zunächst auf eine Beschränkung des Machteinflusses der königlichen Oheime gerichtet war. Der Bruder Stanislaus August's, der in österreichischen Diensten stehende General, stachelte ihn an, sich der drückenden Bevormundung des Kanzlers von Lithauen zu entziehen. Die Freunde des Königs, die er nach seiner Erhebung an seinen Hof gezogen hatte, waren in gleichem Sinne thätig. Repnin unterstützte diese Partei, um gegen die Czartoryski ein Gegengewicht zu bilden. Auch die republikanische, russisch feindliche Partei verschmähte es nicht, in Petersburg Anknüpfungspunkte zu suchen und alle Hebel zum Sturze der Czartoryski anzusetzen. Von allen Seiten wurden die Petersburger Kreise um Unterstützung bestürmt; jede Partei häufte Klagen über Klagen gegen die Gegner.

Die Hoffnungen der Czartoryski, mit Hilfe Russlands die schneidendsten Missbräuche abzustellen, waren durchaus nicht ganz und gar illusorisch. Zweierlei Ansichten standen einander in Petersburg gegenüber, blos darin übereinstimmend, dass die Republik von Russland in vollster Abhängigkeit zu erhalten sei. Panin vertrat den Standpunkt, dass den Polen die Möglichkeit zur Ordnung ihrer inneren Verhältnisse zu gewähren und insbesondere Reformen auf den Gebieten des Handels, der Polizei und Justiz zu gestatten seien, um durch Kräftigung der Republik einen nicht unverächtlichen Bundesgenossen bei künftigen Verwicklungen zu gewinnen. Die Czarin theilte diese Anschauungen nicht. Die innere Unordnung sollte so lange forterhalten bleiben, bis Stanislaus jene Forderungen, zu denen er sich verpflichtet hatte, erfüllt haben würde. Der König hatte, wie es scheint, ohne Wissen seiner Oheime, der russischen Kaiserin das Versprechen gegeben, die Dissidentenfrage ihrer Lösung zuzuführen und dahin zu wirken, dass der

Reichstag seine Zustimmung zum Abschlusse einer Allianz mit Russland gebe.

Catharina wurde auch durch die Rücksichtnahme auf den König von Preussen in ihren Ansichten bestärkt. Denn dieser hielt daran unerschütterlich fest, dass die heillose Unordnung in fast allen Zweigen der Verwaltung erhalten werde, da die fortwährende Anarchie den Nachbarstaaten eine dauernde Einmischung ermögliche. König und Minister waren in dieser Richtung gleicher Ansicht. Eine Kräftigung Polens konnte nach der Auseinandersetzung Friedrich's nur nachtheilige Folgen für die Nachbarreiche nach sich ziehen; namentlich der Abschaffung des *liberum Veto*, worauf in Warschau die Partei der Czartoryski losstürmte, müsste man entschieden entgegentreten. Panin machte einige Einwendungen, hob hervor, dass es nicht im Interesse der Mächte liege, jede Verfassungsänderung zu hindern; es wäre eine harte Politik, die Polen zu zwingen, in der Barbarei zu verharren, in der sie sich durch den Missbrauch des Veto's befänden. Friedrich's Ansichten drangen bei Catharina durch. Die Dinge sollen unverändert in dem Zustande bleiben, in welchem sie sich befinden, lautete der definitive Beschluss der Czarin.

Die Czartoryski, erbittert über diesen Widerstand von Seite Russlands, gelangten nunmehr zur Erkenntniss, dass sie bei ihren Reformversuchen auf eine Unterstützung von dieser Seite nicht rechnen könnten. Eine Wandlung begann sich in ihren Ansichten zu vollziehen. Ob sie sich früher bereit erklärt hatten, den Plan, ein Schutz- und Trutzbündniss zwischen Russland und Polen zu Stande zu bringen, bei dem Reichstage zu befürworten, ist nicht ersichtlich, doch ziemlich wahrscheinlich. Als aber von Repnin, der nach dem am 30. September 1764 erfolgten Tode Kejserlingk's zum Botschafter ernannt worden war, ein hierauf bezüglicher Antrag gestellt wurde, unterstützten die Czar-

toryski denselben nicht. Und auch in einer andern Frage, die bald nach der Wahl Poniatowski's auf die Tagesordnung kam, gingen sie auf die Wünsche Russlands und Preussens nicht ein. Bereits am 14. September 1764 hatten die Gesandten Russlands und Preussens in Warschau ein Memoire überreicht, in welchem die Wiederherstellung aller Rechte, Freiheiten und Privilegien der Dissidenten gefordert wurde.[1]) Einige Wochen darauf, am 28. November, erneuerte Preussen dieses Ansinnen. Unmittelbar nach Eröffnung des Krönungsreichstages, am 29. November, präcisirten die beiden Gesandten ihre Wünsche. Sie verlangten: ungestörte Religionsübung für die Dissidenten, Zulassung zu allen Ehrenstellen, Würden und Staatsämtern, Einräumung eines Sitzes für den griechisch-unirten Bischof von Mohilew im Senate.

Schon auf dem Convocationsreichstage war die Dissidentenfrage gestreift worden. In dieser Versammlung, aus Anhängern der Czartoryski bestehend, zeigte man sich wenig geneigt, den andern Religionsgenossenschaften grössere Rechte zu bewilligen; es fehlte sogar nicht an Stimmen, die eine Verschärfung des gegen die Dissidenten bestehenden Gesetzes heischten. Der Primas musste zur Beschwichtigung der Gemüther mit der Forderung eintreten, keine hierauf bezüglichen Gesetze zu erlassen, sondern blos die vorhandenen zu erneuern, um den Mächten keinen Anlass zum Missvergnügen zu geben. Es gelang ihm schliesslich durchzudringen, und in der zehnten Sitzung, am 8. Mai, wurde der Beschluss gefasst, an den Bestimmungen der Constitution von 1717 und der allgemeinen Conföderation von 1736 festzuhalten.

Auf dem Krönungsreichstage war die Stimmung keine bessere. Die Czartoryski verhielten sich jedoch passiv; sie theilten den religiösen Fanatismus der Massen nicht,

[1]) Abgedruckt bei Martens Recueil T. I, p. 340 fg.

aber sie befürchteten von der Einräumung grösserer Rechte an die Protestanten und Nichtunirten eine Verstärkung des russischen Einflusses in dem parlamentarischen Körper. Wäre Russland auf die Verfassungsreformen, besonders auf die Abschaffung des *liberum Veto* eingegangen, dann besagten die wenigen Sitze, welche eventuell die Dissidenten bei der Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen eingeräumt erhielten, nicht viel; jedoch bei Aufrechterhaltung der Einstimmigkeit verfügte Russland über eine Anzahl Stimmen, die sich jedem Antrage widersetzen konnten.

Ein Bruch zwischen der Familie und der nordischen Macht war eingetreten. Jene wahrte sich ihren Einfluss durch den Beschluss des Krönungsreichstages, dass die Conföderation fortbestehen sollte, wodurch ihr die Möglichkeit geboten wurde, bis zum nächsten Reichstag im Besitze ihrer Machtstellung zu bleiben, und der kühne Gedanke lag ihr nicht fern, trotz der Opposition Russlands eine Neuordnung des Staates zu bewerkstelligen. Gelang es, die oppositionellen Strömungen, die in den letzten Monaten gegen die Czartoryski mit grösserer Vehemenz denn früher auftraten, zum Schweigen zu bringen und die weitesten Kreise für das grosse Reformwerk zu gewinnen, gelang es namentlich innerhalb der Regierungskreise selbst eine Einmüthigkeit zu erzielen und die Bildung einer grossen compacten Partei anzubahnen, dann war die politische Umgestaltung des Staates, wenn auch nur langsam und allmälig, nur eine Frage der Zeit.

Russland verzichtete nicht auf sein Vorhaben, eine Aenderung der bestehenden Gesetze bezüglich der Dissidenten zu erzielen. Der Kaiserin lag die Regelung dieser Angelegenheit besonders am Herzen. Panin gab den Dissidenten, die eine kräftigere Unterstützung in Petersburg erbaten, die Versicherung, dass die russischen Truppen das republikanische Gebiet nicht eher verlassen würden, bis

ihren Forderungen Genüge geschehen sei. Schon damals erörterte man den Plan, dass die Dissidenten im Nothfalle eine Conföderation bilden und durch russische Truppen unterstützt werden sollten.

Man muss es Panin nachrühmen, dass seine dem russischen Gesandten in Warschau ertheilten Instructionen sehr versöhnlich klangen. Repnin sollte durch Ueberredung zu wirken suchen, insbesondere aber darauf hinweisen, dass, abgesehen von den vertragsmässigen Verpflichtungen, schon die Dankbarkeit gegen die russische Czarin es erheische, sich entgegenkommend zu erweisen.[1]) Sei es nicht möglich Alles zu erlangen, solle den Dissidenten wenigstens dasjenige ausgewirkt werden, was für sie von Wichtigkeit und Bedeutung sei. Nur für den äussersten Fall sollte der Gesandte drohen, dass man sich in Folge fortgesetzter Hartnäckigkeit genöthiget sehen würde, zu Zwangsmassnahmen zu greifen. Man wäre in Petersburg damals zufrieden gewesen, wenn man nur auf einige Erfolge hätte hinweisen können; den Dissidenten vollkommen Gleichheit zu verschaffen, schien nicht möglich; man würde sich mit einigen Privilegien und Rechten und mit einer Garantie gegen künftige Verfolgungen begnügt haben. Allein die katholische Geistlichkeit stachelte zu Massnahmen an, die in Russland sehr verletzen und erregen mussten. Dem griechischen Cultus gehörige Kirchen waren in den letzten Jahrzehnten den Unirten eingeräumt worden. Der König machte nun dem rechtgläubigen Bischof von Mohilew, Konissky, Hoffnung auf Abstellung der von ihm vorgebrachten Beschwerden; aber dieser erwartete vergebens von dem Ministerium eine Antwort auf seine überreichte Denkschrift. Anstatt eine rasche Entscheidung zu fällen, verwies man die Angelegenheit auf den schleppenden ordentlichen Geschäftsweg,

[1]) An Repnin 13. October 1764 bei Ssolowjoff. S. 29.

wollte erst Erkundigungen einziehen lassen, liess Repliken anfertigen und erbitterte dadurch die russische Kaiserin.

Mit den versöhnlichen Weisungen des russischen Ministers stand das Gebahren der Russen in Polen im Widerspruch. Repnin mischte sich in Alles und Jedes und sparte mit Vorwürfen und Drohungen nicht; die Republik sollte sich dem Machtgebote Russlands einfach fügen. Selbst die gesandtschaftliche Vertretung Polens wollte der Gesandte den Wünschen Russlands gemäss geregelt wissen. Im Namen Catharina's forderte er, dass die Republik am Versailler Hofe durch keine angesehene Persönlichkeit vertreten sein solle. In Warschau musste man davon abstehen, den Fürsten Sulkowski, wie man es beabsichtigt hatte, nach Frankreich zu senden; der Kammerherr Felix Loyko wurde zu dieser Mission bestimmt. Russische Truppen erschienen in einer grösseren Anzahl in Polen; die Generale nahmen eigenmächtig die Grenzregulirung vor, nachdem man auf polnischer Seite zögerte, die zu diesem Behufe auf dem Krönungsreichstage ernannte Commission abzusenden. Russland nahm ein Gebiet von 50 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 160.000 Familien in Anspruch.[1]) Kosaken begleiteten den Bischof von Mohilew auf seinen Rundreisen, um die verschiedenen Kirchen aufzuzeichnen, die ehemals den Nichtunirten gehört hatten.

Die Sachlage in Warschau war eine heillos verworrene. In Petersburg benutzte man die Mission eines russischen Staatsmannes, Caspar von Saldern, nach Berlin, Kopenhagen und Stockholm, um ihn über Warschau zu senden und sich über den Stand der Dinge daselbst Bericht erstatten zu lassen, womöglich auch durch persönliche Einwirkung manche Differenzen im Schosse der königlichen Familie zu besei-

---

[1]) Die Depeschen Essens bei Herrmann, russische Geschichte V. 384 fg.

tigen und für die Forderungen Russlands zu gewinnen. Der König beklagte sich über seine Oheime, diese über Repnin, die polnischen Minister über Preussen. Saldern hörte alle an, versprach unparteiische Berichterstattung, drohte jenen, die sich der Durchführung der russischen Pläne abgeneigt erwiesen, mit Einziehung oder Verwüstung ihrer Güter, und erregte nach allen Seiten Hoffnungen. Den Czartoryski gab er den Rath, in Petersburg über Repnin Klage zu führen, während er in seinen eigenen Berichten sich in höchst lobender Weise über denselben aussprach, und bei dem nächsten Reichstage reichliche Bestechung und Anwendung von Gewaltmassnahmen anrieth, mit welchen Mitteln seiner Angabe nach Alles durchzusetzen sein werde.

Zwischen Berlin und Petersburg bestand in Bezug auf Polen keine Uebereinstimmung. König Friedrich war durchgreifenden Massnahmen ganz abgeneigt. Seiner Ansicht nach traten die russischen Minister zu despotisch und rücksichtslos auf. Die Dissidentenfrage lag ihm ohnehin nicht so sehr am Herzen, wie der Czarin, und um weitere Verwickelungen zu vermeiden, gab er den Rath, vorläufig blos eine bürgerliche Gleichstellung der Protestanten und Griechen anzustreben. In Petersburg wünschte man lebhaft eine activere Betheiligung des Königs. So weit es sich darum handelte, durch Noten und Declarationen zu erkennen zu geben, dass Preussen mit Russland vollständig einverstanden sei, zögerte Friedrich nicht, sich den Wünschen Panin's gefällig zu erweisen, obzwar er immer und immer von zu weit gehenden Forderungen abmahnte und auf die Folgen aufmerksam machte, die daraus erwachsen könnten, indem die anderen Mächte die Wirren in Polen benutzen würden, sich einzumischen. Er wies seinen Gesandten in Warschau an, mit den russischen Ministern Hand in Hand zu gehen, das Verlangen bewaffneter Mitwirkung lehnte er

beharrlich ab. Nicht einmal an der Grenze wollte er Truppen zusammenziehen, er fürchtete, schrittweise tiefer in die polnischen Angelegenheiten hineingezogen zu werden. Denn während man in Petersburg, wohl richtiger als in Berlin, in der Haltung der europäischen Mächte keinen Grund sah, auf der betretenen Bahn einzuhalten, glaubte Friedrich Oesterreich und der Pforte eine grosse Geneigtheit, sich der Polen anzunehmen, beimessen zu sollen. Wiederholt erklärte er in ganz bestimmter Weise, seinen Verpflichtuntungen nachkommen, aber von gewaltsamen Massnahmen sich fern halten zu wollen.[1])

Die wohlmeinenden Rathschläge Friedrich's fanden in Petersburg ebensowenig Gehör, als die Berichte aus Warschau. Dass Stanislaus August's dringende Bitten spurlos verhallten, war begreiflich, man hatte die Unzuverlässigkeit des Mannes viel zu gut kennen gelernt, um seinen Worten irgend Glauben zu schenken, aber auch Repnin's traurige Schilderungen brachten keine Wirkung hervor. Dieser fürchtete grossen Schwierigkeiten zu begegnen, um die allgemeine Conföderation aufzulösen, er meldete, man sei entschlossen, die Dissidenten auf eine Proscriptionsliste zu setzen. Dieses, erwiderte man ihm, werde man als einen Act des barbarischen Fanatismus und eine Beleidigung gegen Russland betrachten, jeden dahin abzielenden Schritt als eine Kriegserklärung ansehen. Die Kaiserin, sollte Repnin erklären, werde es nicht bei einfachen Drohungen bewenden, sondern die Truppen in Polen wie in ein feindliches Land einrücken lassen.

Ein neuer Reichstag stand bevor. Die Dissidentenfrage sollte den wichtigsten Gegenstand der Verhandlung bilden. Ohne Mitwirkung der Czartoryski schien kein gedeihliches Resultat zu erwarten; allgemein hiess es, nur

[1]) Note des Königs an Solms 4. Nov. 1766 bei Häusser, Forschungen IX, 178.

sie könnten die Sache in die richtige Bahn leiten und zu einem gedeihlichen Abschlusse bringen. Die Erkaltung, die in den Beziehungen dieser Familie zu Russland eingetreten war, musste behoben werden. Repnin wurde beauftragt, sich den Czartoryski zu nähern. Im September 1766 hatte er mit dem russischen Palatin, August, eine eingehende Besprechung. Der Fürst war mit Versicherungen seiner Dankbarkeit, seiner Hingebung und seines Eifers sehr freigebig, lehnte es jedoch ab, zu Gunsten der Dissidenten einzutreten; er warnte davor, russische Truppen auf die Güter der eifrigen Katholiken zu vertheilen, was nur dazu dienen könnte, die Gemüther aufzuregen und die Leidenschaften zu entfesseln. Repnin enthielt sich auch dieser Massregel, da der König sich in ähnlicher Weise ausgesprochen hatte, um keinen Vorwand zu geben, dass seine Uebereilung Alles verdorben habe.[1])

In Petersburg machte all dies keinen Eindruck. Die Kaiserin nahm die Sache persönlich, insbesondere gegen die Bischöfe von Wilna und Krakau, die ihren Einfluss bei den Massen benützten, um zum Widerstande aufzufordern, hegte sie grosse Erbitterung. Die auf polnischem Territorium befindlichen Truppen wurden verstärkt, die Oberste Igelström und Carr erhielten die Mission, die Adeligen auf ihren Gütern aufzusuchen und mit Drohungen und Einschüchterungsversuchen nicht zu kargen.

Die Wahlen zu dem bevorstehenden Reichstage waren indess beendet; der Ausfall derselben war den russischen Plänen nicht günstig. Im Allgemeinen traten auf diesem Reichstage drei Parteien mit verschiedenen Zielen hervor. Die Czartoryski erstrebten die Fortdauer der bestehenden Conföderation, um sich in ihrer Machtstellung zu behaupten. War dies zu erreichen, so waren sie auch einer Erweiterung

[1]) Depesche von Repnin 6. Sept. bei Ssolowjoff. S. 42.

der Befugnisse der Executive und der Einräumung grösserer Rechte an die Dissidenten nicht abgeneigt, jedoch ohne Aussichten auf Erfolg schienen sie nicht gewillt, die Zahl ihrer Gegner durch Unterstützung der russischen Forderungen in der religiösen Frage zu vermehren.

Der nicht unbeträchtliche Anhang Stanislaus August's fasste eine Verstärkung der königlichen Macht und Befreiung von dem Uebergewichte der Czartoryski in's Auge. Das Fortbestehen der Conföderation stand daher nicht auf dem Programme dieser Partei. Zunächst sollte ein Versuch gemacht werden, die Abschaffung des *liberum veto* durchzusetzen. Drang man damit nicht durch, so wollte man sich mit der Erlangung grösserer Befugnisse in finanziellen und militärischen Fragen begnügen. Insbesondere die Regelung der ökonomischen Angelegenheiten lag dem Könige am Herzen; fortwährend in Geldnöthen, auf eine Unterstützung Russlands angewiesen, erstrebte er durch Erhöhung der Einnahmen sich von der trostlosen Abhängigkeit zu befreien. König Stanislaus lullte sich in dem Wahn, dass es ihm gelingen werde, in Petersburg für seine Bestrebungen eine Unterstützung zu erhalten, wenn er sich bereit erklärte, mit seinem Einflusse die religiöse Frage im Sinne Russlands zur Entscheidung zu bringen.

Eine dritte Partei umfasste alle jene, die mit der bestehenden Regierung überhaupt unzufrieden waren; einige wollten sich mit einer Eindämmung des Einflusses der Czartoryski begnügen, andere setzten sich ein weiteres Ziel: die Beseitigung des Königs. Eine Fraction war nicht abgeneigt sich an Russland anzuschliessen, wenn dieses mit den Czartoryski brach und zu einer Beseitigung der auf dem früheren Reichstage eingeführten Reformen die Hand bot. Dafür wollten sie Gewährung von Concessionen an die Dissidenten befürworten.

Am 6. October 1766 wurde der Reichstag eröffnet. Schon

in den ersten Tagen trat eine heftige Erregung der Gemüther zu Tage. Die Wahl des Marschalls ging zwar in ruhiger Weise vor sich, der Kämmerer des Königs, Czapiz, wurde ohne Opposition gewählt, aber der Bischof von Krakau konnte den Moment nicht erwarten, um die brennende Frage über die Dissidenten zur Debatte zu bringen. Ohne äussern Anlass liess er schon am 11. October eine heftige Rede vom Stapel. Er verlangte ein neues Gesetz zur Aufrechthaltung der bevorrechteten Stellung der katholischen Kirche; für alle Zukunft sollte es verboten sein in dieser Beziehung eine Aenderung vorzunehmen. Die Vielheit der Secten, die gleicher Rechte theilhaftig sind, setzte er auseinander, wirke nur schädlich. Beriefen sich die Dissidenten auf ältere Gesetze, die im Laufe der Zeit zu ihren Ungunsten eine Abänderung erfahren hatten, so wies Soltyk auf weiter hinauf reichende Normen hin, die gegen die Häretiker gerichtet waren. Hatte nicht schon Wladislaw Jagello sich gegen die verpesteten Irrthümer, die damals in Polen Verbreitung fanden, ausgesprochen und mit Strafen Allen gedroht, die derselben schuldig befunden wurden? Wurden nicht im Jahre 1525 die Anhänger der Luther'schen Lehre mit dem Tode und der Confiscation ihrer Güter bedroht? Konnten diese Gesetze nicht auf ein höheres Alter Anspruch machen, als alle jene Bestimmungen, welche die Dissidenten für sich anführten?

Dem Könige und seinen Rathgebern kam der Redefluss der Krakauer Prälaten und der tiefe Eindruck, den er hervorrief, ungelegen. Dem Könige war es zunächst um eine Erledigung der ökonomischen Angelegenheiten zu thun. Stanislaus August entwickelte hiebei kein gemeines Talent für die Intrigue. In Russland erweckte er den Glauben, dass er in energischer Weise thätig sein werde, um die Majorität den Petersburger Wünschen gefügig zu stimmen, und schon bei den Wahlen hatte er sich beträchtliche Geld-

summen zur Bearbeitung der Landboten erbeten; dem Nuntius gegenüber legte er eine tiefe Unterwürfigkeit gegen die Befehle des Papstes an den Tag; in Wien fragte er an, wie er sich gegen die Dissidenten zu verhalten habe, die andern katholischen Mächte flehte er unaufhörlich um Hilfe und Unterstützung an. Sowohl die russische als auch die katholische Partei sollten ihn für einen der ihren halten und dadurch bewogen werden, den königlichen Propositionen auf dem Reichstage nicht entgegen zu treten. Der König hatte auch in Petersburg darauf gedrungen, dass man mit dem Antrage auf Gleichstellung der Dissidenten nicht sogleich nach Eröffnung des Reichstages herausrücken solle, wozu er früher gerathen, und es war ihm auch nach grossen Mühen gelungen, eine Fristerstreckung auf vierzehn Tage zu erhalten.

Nun störte der Bischof von Krakau die wohlersonnene Taktik des Königs. Stanislaus August ergriff das Wort, um eine Beschlussfassung zu hindern. Nachdem er dem heiligen Eifer des Bischofes Weihrauch gespendet, hob er hervor, welch süsses Bewusstsein es ihm gewähre, über eine Nation zu herrschen, die für die Lehren der Religion in solcher Weise beseelt sei; er würdige auch die grossen Gefahren, denen man entgegengehe, gemeinschaftlich müsse man zu Grunde gehen. oder Religion und Freiheit retten. Er halte an diesem Gedanken fest; dies sei die Devise, welcher er folge. Allein die Forderung des geistlichen Würdenträgers gehe zu weit; die Unabänderlichkeit eines Gesetzes zu bestimmen, sei nicht Sache der Menschen, dies stehe Gott zu, der allein unverrückbare Normen erlassen könne.

Mit einer geschickten Redewendung lenkte Stanislaus August auf einen andern Gegenstand die öffentliche Aufmerksamkeit der Versammlung, indem er einigen Mitgliedern Würden verlieh. Die Rede des Königs, der ganz unvorbereitet, aber vortrefflich gesprochen hatte, machte einen bedeutsamen

Eindruck.[1]) Selbst von jenen, die im Wesentlichen mit den Ansichten des Krakauer Bischofs übereinstimmten, hörte man es tadeln, dass er in voreiliger Weise diesen Gegenstand zur Sprache gebracht habe.

Hiemit war die Dissidentenfrage vorläufig von der Tagesordnung abgestellt. Die Abschaffung des *liberum veto* beschäftigte die reichstäglichen Kreise. Man hatte die Absicht, diesen Gegenstand durch Stimmenmehrheit zum Abschlusse zu bringen, wozu man in sofern eine rechtliche Handhabe zu besitzen wähnte, als die Conföderation noch fortbestand, daher die zu einer giltigen Beschlussfassung nöthige Einstimmigkeit nicht erforderlich war. Man hatte auf den früheren Reichstagen den Widerstand Russlands gegen die absolute Einführung der Majoritätsbeschlüsse kennen gelernt; es schien daher rathsam, auf Umwegen zum Ziele zu kommen, und ohne das *liberum veto* auch nur zu erwähnen, doch die Missbräuche desselben zu beschränken. Der Vorschlag, dass künftighin bei der Wahl der Deputirten für den Reichstag und die Gerichtshöfe die Majorität entscheiden solle, gelangte zur Annahme. Auf vielen Provinziallandtagen kam bei der bisher erforderlichen Einstimmigkeit keine Wahl zu Stande, viele Districte blieben zeitweilig auf dem Reichstage unvertreten. Die Beseitigung dieses Uebelstandes konnte unbedingt als ein Fortschritt gelten. Die Annahme dieses Gesetzes liess hoffen, dass ein anderer wichtigerer Antrag ebenfalls die Zustimmung der Versammlung finden werde: die Auflage neuer Steuern nämlich, alle militärischen Angelegenheiten, insbesondere die Vermehrung des Heeres, sollten künftighin nur durch Majorität entschieden werden. Repnin und Benoit stemmten sich heftig

---

[1]) Die Rede des Bischofs, des Königs, sowie die Verhandlungen bei Theiner a. a. O. 116 fg. Der König hat wie Demosthenes geredet, schreibt der Thorner Resident v. Geret am 11. Oct. 1766, bei Prowe; Polen in den Jahren 1766—1768. Berlin 1870.

gegen diese Pläne. Die Polen klagten, sie seien in ihrem Lande nicht einmal Herren zu thun, was sie wollten. Wohl, erwiederte man ihnen, könnt ihr Verfügungen treffen, allein die Verfassung, insbesondere der kostbare Edelstein derselben, das *liberum veto,* muss unversehrt erhalten werden. [1])

Stanislaus August gab nicht alle Hoffnungen auf, die streng katholisch gesinnten Mitglieder des Reichstages für die Vorschläge der Regierung zu gewinnen. Nachdem am 4. November Repnin im Vereine mit den übrigen residirenden Ministern von England, Schweden, Dänemark und Preussen ein Memoire zu Gunsten der Dissidenten und Nichtunirten übergeben hatte, berief der König die Bischöfe und vornehmsten Senatoren zu sich, um mit ihnen Rücksprache zu pflegen, ob dem Gesuche der Mächte willfahrt werden solle. Wollte man an den bisherigen Normen bezüglich der Dissidenten festhalten, setzte er auseinander, so müsste die Nation daran denken, ihre Unabhängigkeit zu sichern, und die geeigneten Massnahmen ergreifen, um den Einfluss der fremden Mächte auszuschliessen. Die Nation müsse bereit sein, Alles für die Erhaltung der Religion und der Gesetze zum Opfer zu bringen, der Regierung die Vollmacht ertheilen, die Truppen zu verstärken, um das Vaterland zu vertheidigen. Einstimmig bekundeten die Versammelten den Entschluss, nichts zur Vertheidigung des Vaterlandes zu unterlassen, die Regierung mit Waffengewalt zu schützen und zu schirmen.

Gestützt auf diese Zustimmung und mit Sicherheit auf eine Annahme seiner Vorschläge in dem Reichstage rechnend, erklärte nunmehr der König dem russischen Botschafter in einer Audienz, er verkenne keineswegs die Verbindlichkeiten, die er der Kaiserin schuldig sei, doch habe er bei seiner Thronbesteigung die gewissenhafte Beobachtung

[1]) Benoit 18. Oct. 1766, Forschungen a. a. O. 49.

und Aufrechthaltung der Religion des Königreiches beschworen; durch Nachgiebigkeit und Schwäche in dieser Richtung würde sein Thron und Leben in Gefahr kommen, Pflicht und Ehre zwingen ihn, sich mit der Nation zur Vertheidigung des heiligen Glaubens zu vereinen.

Stanislaus August wagte einen Bruch mit Russland, auf die Unterstützung der ganzen Nation bauend. Die Polen hatten jetzt Gelegenheit zu bekunden, dass sie Gut und Blut opfern wollen, um sich dem russischen Joche zu entziehen. Die Annahme der königlichen Vorschläge war hiezu Grundbedingung; die erforderlichen Mittel mussten dem Monarchen bewilligt werden, um das Land in die Lage zu setzen, nöthigenfalls energischen Widerstand zu leisten. Es war allerdings ein kühnes Unternehmen, jedoch nicht ganz aufsichtslos, wenn der Nation die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit höher ging, als alle kleinlichen Parteiungen und häuslichen Zwistigkeiten.

Die Rechnung war eine falsche. Repnin gelang es, jenen Theil der Deputirten auf seine Seite zu ziehen, die dem Könige und seinem Anhange principiell feindlich gesinnt waren und nicht die Selbstentsagung besassen, ihre persönlichen Stimmungen dem Heile des Vaterlandes zum Opfer zu bringen. Die Bischöfe vergassen ihr dem Könige geleistetes Versprechen, nachdem Repnin eine Herabminderung der Forderungen Russlands in Bezug auf die Dissidenten in Aussicht gestellt hatte. Die republikanische Partei, die heimlichen Anhänger Sachsens im Reichstage und die Bischöfe waren engherzig und kurzsichtig genug, der Opposition Russlands und Preussens gegen jede Verfassungsänderung zuzustimmen. Noch immer jedoch besassen der König und die Czartoryski die Majorität in dem parlamentarischen Körper. Da trat zwischen diesen eine Spannung ein. Die Czartoryski mochten entweder zur Einsicht gelangt sein, dass eine Stärkung der königlichen Gewalt auch ihren Einfluss

schädigen könnte, oder dass es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz unmöglich sei durchzudringen, da die Nation nicht vorbereitet war, um den einrückenden russischen Truppen einen erfolgreichen Widerstand entgegen zu setzen; genug, sie lenkten in die Verfassungsfrage ein und befürworteten die Vertagung.

In Petersburg war man über die Haltung des Königs von Polen erbittert; nie und nimmer wollte man eine Verfassungsänderung gestatten, selbst zur Waffengewalt war man entschlossen. Russische Truppen standen an der Grenze zum Einrücken bereit. Panin setzte dem preussischen Gesandten auseinander, dass nunmehr der betreffende Artikel in dem Vertrage von 1764 in Anwendung zu kommen habe, der König werde wohl kein Bedenken haben, seine Truppen gemeinschaftlich mit den russischen operiren zu lassen. Friedrich stimmte natürlich der Haltung Russlands zu, insbesondere dem Plane, die Conföderation aufzulösen; zu einer Erklärung eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens mit Russland war er nicht zu bewegen, sondern hoffte auf eine friedliche Beilegung des Streites.

Stanislaus August liess trotz der oppositionellen Stimmung in der Versammlung seine Pläne nicht fallen. Seine Minister bemühten sich vergebens die Gesandten Russlands und Preussens umzustimmen. Gegen den Rath der Czartoryski brachte der Grosskanzler Zamoyski die Verfassungsfrage und die Dissidentenfrage gleichzeitig an den Reichstag (21. November). Die Regierung wünschte zuerst eine Abstimmung über den ersten Punkt. Darob entstand grosser Tumult. Die Religionsfrage, schrie man, müsste zunächst zur Erledigung kommen. Der König wurde mit brutalen Angriffen überschüttet und sah sich genöthigt den Sitzungssaal zu verlassen. Die Gesandten boten Alles auf, die erregten Gemüther zu beschwichtigen und eine Abstimmung über die Verfassungsfrage zu erzielen. Am 22. Nov. fasste der Reichs-

tag den Beschluss, dass alle Staatssachen, alle militärischen und finanziellen Angelegenheiten künftighin durch Stimmeneinhelligkeit entschieden werden sollten. [1])

Allein anderseits gelang es nicht, dem Reichstage mildere Bestimmungen über die Dissidenten zu entreissen, die Widerhaarigkeit der Polen in diesem Punkte war nicht zu brechen. Vergebens bemühte sich Repnin, um die Czartoryski dafür zu gewinnen, die Angelegenheit der Dissidenten einem befriedigenden Ausgang zuzuführen, ihnen alle bürgerlichen Aemter und die Gerichtshöfe zugänglich zu machen, Theilnahme an der Regierung zu gewähren und ihre Zulassung zum Reichstage, wenn auch in beschränkter Anzahl, auszusprechen. Ebenso fruchtlos waren die Versuche Repnin's bei dem Könige; auch hier fand er eine entschiedene Weigerung. Die Dissidenten in die Gesetzgebung einzuführen wäre ein Wetterschlag für das Land und für mich persönlich, schrieb er nach Petersburg, die Krone, die ich der Kaiserin verdanke, wird mir zum Nessusgewande, ich bin vor die Alternative gesetzt, entweder zum Landesverräther zu werden oder mich von der Kaiserin lossagen zu müssen.

Die Bischöfe machten dem russischen Gesandten einige Versprechungen, hielten jedoch nicht Wort und brachten, nachdem sie die ganze Nacht vorher Berathungen gepflogen, am 24. Nov. ein Elaborat vor den Reichstag, welches einmüthig und ohne jene Aenderung angenommen wurde. Niemand trat für eine Milderung oder eine Modification ein. Im Wesentlichen blieben hiernach die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen in Kraft. [2])

---

[1]) Depeschen von Benoit; Forschungen IX, p. 54 fg. u. die abgegebene Declaration p. 56.

[2]) Die Actenstücke bei Theiner a. a. O. IV. p. 129; einige Notizen über die Verhandlungen in den Depeschen Benoit's vom 26. Nov. 1766, Forschungen IX, p. 55.

In Berlin war man mit dem Ausgang des Reichsrathes vollständig zufrieden; die Verfassungsvorschläge waren gescheitert, die Conföderation aufgelöst, und daran fand man volles Genügen. Ueber die Dissidenten vertröstete man auf spätere Zeiten. [1]) Anders in Petersburg. Dort wollte man um jeden Preis die Gleichstellung der Dissidenten durchsetzen. Die Czarin konnte nicht zurück, die kleine Partei in Polen, die sich dem preussisch-russischen Einflusse entgegenstemmte, sollte zu Paaren getrieben werden; der Ruhm und die wahren Interessen Russlands und Preussens erheischten dies, wie man in Petersburg sagte.

Man hatte sich in Petersburg schon längst mit der Eventualität beschäftigt, was zu thun sei, wenn der Reichsrath die Anträge Russlands und Preussens zurückweisen würde, und hierbei den Plan in's Auge gefasst, sich der Gegner des Königs und der Czartoryski zu bedienen. [2]) Nun schritt man an die Ausführung. Der russische Plan war einfach. Die Dissidenten in Preussen und Lithauen sollten zur Bildung von Conföderationen schreiten und gegen die Beschlüsse des letzten Reichstages protestiren, 15.000 Mann russische Truppen wollte man zur Unterstützung derselben in diese Provinzen einrücken lassen.

Repnin traf mit den Führern der Dissidenten die erforderlichen Verabredungen; bis zum Frühjahre 1767 versprachen diese mit der Conföderation zu Stande zu kommen. Zum Haupte einer gleichzeitig zu bildenden katholischen Conföderation wurde Radziwill auserkoren, der seit dem Regierungsantritte Stanislaus August's fern vom Vaterlande in Dresden gelebt, nachdem er sich verpflichtet, im Interesse Russlands thätig zu sein und insbesondere der Dissidenten-

[1]) Ministerialnote an Solms Ende 1766, Forschungen IX. S. 182.

[2]) Depesche von Solms 25. Oct. 1766, Forschungen IX, S. 179.

sache seine Unterstützung angedeihen zu lassen.[1]) Die Rohheit seiner Natur scheint sich in den Jahrèn der Verbannung nicht geändert zu haben, denn es wurde unter Anderem von ihm auch das Versprechen anständiger Aufführung gefordert. Der Kronreferendar Gabriel Podoski, ein Intrigant und Wüstling ersten Ranges, dabei unermüdlich thätig und reich an Projecten, war die eigentliche Seele des russischen Projectes. Er reiste im Lande umher, die Gegner der „Familie“ zu bearbeiten und für die Bildung von Conföderationen zu gewinnen. Der Krakauer Bischof, Soltyk. der Palatin in Wilna, Ossolinski, der Palatin von Kiew, Potocki, und mehrere andere einflussreiche Männer zeigten sich nicht abgeneigt, sich der nordischen Herrscherin zur Verfügung zu stellen. Die Trümmer der sächsischen Partei, wenn auch nicht an Zahl, so doch an Einfluss nicht unwichtig, unterstützten den russischen Gesandten. Die katholische Conföderation kam in Lithauen zu Stande; nachdem sich einige Wochen früher die Protestanten in Thorn conföderirt und den Grafen von Goltz zum Marschall gewählt hatten und gleichzeitig die Griechen von Novogrodec und den benachbarten Districten unter der Führerschaft des Generals Grabovski zur Conföderation in Sluzk zusammengetreten waren.

Nunmehr stand die Befriedigung der Dissidenten nicht ausschliesslich im Vordergrunde. Alle in der jüngsten Zeit eingeführten Reformen sollten abgeschafft, die Executive zur vollständigen Machtlosigkeit verurtheilt werden. Noch vor wenigen Jahren hätte eine Partei in Petersburg eine Consolidirung der Republik nicht ungerne gesehen. Damals baute man darauf, dass Stanislaus Poniatowski sich vollständig von Russland in's Schlepptau werde nehmen lassen, von

---

[1]) Einige Stellen ans seinem Schreiben an Repnin bei Ssolowjoff S. 52.

den Czartoryski erwartete man, dass sie sich zu Vollstreckern russischer Befehle hergeben würden. Man hatte sich entschieden verrechnet. Panin wollte jetzt den Fehler wieder gut machen. Die auf dem Convocationsreichstage eingesetzten unabhängigen Commissionen für Justiz und Finanzen, für Militärwesen und die Polizei, denen ein grosser Wirkungskreis eingeräumt worden war, sollten beseitigt oder mindestens in ihren Befugnissen beschränkt werden; das von dem letzten Reichstage angenommene Gesetz über die Wahlen der Reichstagsabgeordneten durch einfache Stimmeneinheit wieder abgeschafft, jede Vermehrung der Staatseinkünfte für alle Zukunft abgeschnitten werden. Diese Neuerungen, behauptete nun Panin, seien Angriffe gegen die Freiheit des polnischen Adels, und erfüllt von der Liebe zur Freiheit und Gleichheit, nehme sich die Herrscherin Russlands der Unterdrückten an.[1]) Auf einem Pacificationsreichstage sollten die religiösen und staatsrechtlichen Fragen ihrer endgiltigen Lösung zugeführt, zugleich der Offensiv- und Devensivvertrag zum Abschlusse gebracht werden.

Auf Stanislaus August nahm man in Petersburg wenig oder keine Rücksicht, trotzdem ihm Repnin das Wort redete. Ohnehin hatte er es gründlich mit allen Parteien verdorben. Seine Zustimmung konnte wenig nutzen, sein Widerstand nicht schaden. Nach dem Scheitern seiner Pläne hatte sich der König wieder dem russischen Gesandten in die Arme geworfen und in dem Umgange mit Buhldirnen den Schmerz über seine Niederlagen zu verwinden gesucht. Die Ankunft der französischen Schauspielerin Clairon beschäftigte ihn damals lebhafter, als alle Staatsangelegenheiten.

Der Anklang, den die Bildung der Conföderationen in allen Theilen des Landes fand, beruhte zum Theil darauf,

---

[1]) Panin an Repnin vom 3. Febr. 1767 bei Theiner IV. 2, S. 155—57, übrigens schon früher gedruckt.

dass die vielen Gegner des Königs und der Familie in dem Wahne lebten, man habe in Petersburg mit dieser vollständig gebrochen. Die Conföderationen wimmelten von Malcontenten, fast allgemein war der Zudrang zu denselben; in dieser Beziehung erfahrene Polen meinten, dass die Betheiligung noch nie so gross gewesen.[1]) Auch die Geistlichkeit wurde grösstentheils gewonnen. Repnin's Vorgehen scheint grossen Eindruck auf sie gemacht zu haben; einige sagten. sie wären nun belehrt, sie hätten früher die Rechte der Dissidenten nicht gekannt. Die Bischöfe von Cujavien und von Polock erklärten, die Sachen wären nicht so weit gekommen, wenn man ihnen früher bessere Informationen gegeben hätte. Auch Soltyk gab momentan jeden Widerstand auf; der Bischof von Krakau ist nun völlig russisch, schreibt ein Berichterstatter.[2])

Die Rollen waren vortrefflich vertheilt. Bei den Conferenzen, die Repnin mit massgebenden Persönlichkeiten abhielt, wurde Jedem eine Provinz zugewiesen, um gleichzeitig die Conföderationen in's Leben zu rufen; der eine übernahm Podolien und Volhynien, der andere Massovien, selbst der alte, mehr als achtzigjährige Branicki verliess sein Tusculum, wo er in den letzten Jahren ein beschauliches Leben geführt, um in Podlachien thätig zu sein. Die Seele dieser grossartigen Intrigue war Podoski, in dessen Hand alle Fäden zusammenliefen.[3])

Anfangs Juni war Alles fertig. In Lithauen waren vierundzwanzig Conföderationen in den verschiedenen Districten zusammengetreten, zu Marschällen nur Anhänger

[1]) Die Berichte von Geret bei Prowe: Polen in den Jahren 1766—68, S. 29.

[2]) Ebendaselbst S. 26.

[3]) Vergl. Herrmann's Gesch. des russischen Staates V, S. 416, nach den Depeschen von Essen vom Mai 1767.

Radziwill's und er selbst in Podlachien gewählt. Am 3. Juni hielt er einen feierlichen Einzug in Wilna, von der Geistlichkeit und den daselbst befindlichen russischen Generälen begrüsst. Drei Wochen später kamen zu Radom sämmtliche Marschälle der Conföderationen zusammen und erwählten Radziwill zum Generalmarschall.

So weit war Alles glücklich von Statten gegangen. Nun begannen aber erst die grossen Schwierigkeiten bei Festsetzung des Programmes, oder, wie der technische Ausdruck lautet, bei Entwerfung der „Constitution" der Generalconföderation. Der Punkt über die Dissidenten machte keine Schwierigkeiten, sonst gingen die Meinungen auseinander. Ein Entwurf Repnin's, der auch die Forderung enthielt, dass die Republik auf dem bevorstehenden ausserordentlichen Reichstage die Garantie Russlands für die auf demselben festzustellende polnische Verfassung nachzusuchen habe, fand grossen Widerspruch. Viele vermissten in dem Schriftstücke einen die Absetzung des Königs betreffenden Passus. Repnin, entschlossen, jeden Widerstand zu brechen, griff zur Militärgewalt. Der russische Oberst Carr umstellte das Versammlungshaus mit Militär, besetzte alle Zugänge mit Kanonen, in den Strassen wimmelte es von Soldaten mit scharfgeladenen Gewehren und aufgepflanzten Bajonetten. Unter den härtesten Drohungen wurden die Versammelten gezwungen, „Alles nach Vorschrift zu machen". Nur wenige hatten den Muth, es auszusprechen, „dass man sich nicht zu Sklaven der Russen herabwürdigen und sich lieber wehren oder auseinander gehen solle". „Es hat Alles in Radom toll werden wollen", erzählt uns ein zuverlässiger Berichterstatter. [1]) Die Conföderirten liessen sich endlich herbei, die Acte zu unterzeichnen. Oberst Carr drohte Jedem, der nicht beitreten würde, mit der Feindschaft der Kaiserin, mit dem

[1]) Den angeführten Berichten Geret's entnommen.

Verluste von Hab und Gut. Die Marschälle der Conföderationen wichen der Gewalt, einige ihr Gewissen damit beruhigend, indem sie den Unterschriften mehr oder minder beschränkende Clauseln hinzufügten. Auch die meisten Bischöfe, unter ihnen der Erzbischof von Krakau, traten der Conföderation bei, mit der Clausel, dass sie alle berechtigten, vertragsmässigen und gesetzmässigen Forderungen der Dissidenten zu unterstützen und zu befördern versprachen; andere gefügigere und milder denkende geistliche Würdenträger unterzeichneten ohne Vorbehalt die Acte. Die allgemeine Conföderation war gebildet, und wenn auch mancher bedeutende Name in dem Schriftstücke die Katholicität seiner Gesinnung speciell hervorhob und die Vertheidigung des Glaubens über jene der Freiheit stellte, so waren und blieben derartige Gefühlsergüsse ohne Belang.[1])

Repnin hatte das schwierige Werk durch Anwendung aller Künste, durch Gewalt, Lug und Trug zu Stande gebracht. Die Gegner des Königs hatten gehofft, dass seine Rolle nunmehr ausgespielt sein werde. Dem bisherigen Herkommen gemäss erlosch mit der Bildung einer allgemeinen Conföderation die Wirksamkeit der Regierung; sämmtliche Executivgewalten, König, Senat, Gerichte konnten zur Rechenschaft gezogen werden. Repnin wusste dies zu hindern, er suchte sich dem Könige gefällig zu erweisen, der, ohne sich activ zu betheiligen, dem russischen Gesandten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt und nur um Schonung seiner Freunde gebeten hatte[2]). In der That verdiente Stanislaus diese Rücksicht; er that alles, was Repnin wünschte. Der Erzbischof von Gnesen war gestorben, der Botschafter wünschte seinen getreuen Helfershelfer, Podoski, mit dem Primate zu

[1]) Die Actenstücke bei Theiner IV, 2, S. 165 ff.

[2]) Repnin an Panin den $\frac{31.\ \text{Mai}}{11.\ \text{Juni}}$ 1767 bei Ssolowjoff. S. 56.

belehnen. Stanislaus machte keine Schwierigkeiten. Durch die Ernennung Podoski's, schrieb Repnin nach Petersburg, werde die Nation sehen, wie wir diejenigen stattlich belohnen, welche uns gerade und aufrichtig dienen.[1])

Die Polen waren unberechenbar. Selbst Repnin täuschte sich über die Persönlichkeit vieler, die ihm entschiedene Unterstützung zugesagt hatten. Podoski, der, ehe er zum Primas befördert worden war, von Ergebenheit gegen Russland überfloss, verständigte sich nun im Geheimen zur Bekämpfung der Dissidenten mit dem Erzbischof von Krakau, den Bischöfen von Kaminiec, dem Marschall Mniszek und andern. Der schlaue Mann wusste, dass man in Rom seiner Ernennung zum Erzbischofe Widerstand entgegensetzen werde; er konnte keinen bessern Fürsprecher gewinnen, als den Erzbischof von Krakau, der in der That sein einflussreiches Fürwort im Vatican einlegte.

Soltyk bewerkstelligte mit grosser Geschicklichkeit eine neue Schwenkung; er wurde die Seele der Opposition. Vor Zusammenberufung der Dietinen erliess er Hirtenbriefe über Hirtenbriefe, worin er den Segen des Himmels erflehte zur Befestigung des katholischen Glaubens, zur Aufrechthaltung der Freiheit. Dies hinderte ihn nicht, nebenbei der Czarin volles Lob zu spenden, deren Gesinnungen die Bewunderung der kommenden Geschlechter verdienen, indem sie deutlich zeigen, dass sie Polen glücklich machen wolle. Seine politischen Pläne gingen dahin, die Conföderation zu verlängern, um den Einfluss der Czartoryski dauernd zu paralysiren, die auswärtigen Mächte zur Einmischung in die politischen Angelegenheiten zu gewinnen und die Dinge überhaupt hinauszuziehen, bis der sächsische Kronprinz zur Volljährigkeit gelangt sein würde. Auch der Tod des Königs von Preussen blieb nicht ausser Berechnung; wenn dieser

[1]) Am 14. und 25. Juni 1767 bei Ssolowjoff S. 57.

erfolgte, konnte das Einrücken sächsischer Truppen nicht verhindert werden.[1])

Die Curie benützte die Zwischenzeit bis zum Zusammentritte der Dietinen, um durch Rundschreiben die Bischöfe aufzumuntern, treu im Glauben zu beharren. Der Papst wendete sich an die katholischen Fürsten mit der dringenden Bitte, zu Gunsten der gefährdeten Religion einzuschreiten. An Stanislaus August schrieb er: Gott führe ihn in Versuchung, weil er zu den Auserwählten gleich Tobias gehöre; wie dieser möge auch er als Sieger hervorgehen, indem er den Glauben höher stelle, als die weltliche Würde.[2])

Die geistlichen Rundschreiben und Ermahnungsbriefe machten einen tiefen Eindruck. Repnin schildert in seinem Berichte den Aberglauben und religiösen Fanatismus der Polen: er glaubt sich in das Zeitalter der Kreuzzüge versetzt. Insbesondere Soltyk bereitete ihm kummervolle Stunden. In seinem Beitrittsacte zur Conföderation hatte er versprochen den legitimen Ansprüchen der Dissidenten nicht entgegenwirken zu wollen; nun sagte er Jedem, der es hören wollte, er habe seine Ansichten über die Dissidenten nicht geändert, er werde ihnen auf dem bevorstehenden Reichstag treu bleiben. Repnin liess kein Mittel unversucht, um den Erzbischof zu anderen Ansichten zu bekehren. Auch die Geduld hat ihre Grenzen, liess er ihm durch den Primas sagen: Soltyk blieb unbeugsam. Repnin suchte ihn zu bewegen, wenigstens dem Reichstage fern zu bleiben; der Erzbischof lehnte dies ab. Auf ein Compromiss, welches er antrug, ging der russische Gesandte nicht ein, da an dem Grundsatze der Gleichstellung der Dissidenten mit den Ka-

---

[1]) Das Schreiben Soltyk's an Wielohorski bei Ssolowjoff S. 58.

[2]) Die Actenstücke bei Theiner a. a. O. Briefe des Papstes an Josef, Ludwig XV. und Carl, an die Bischöfe und an Podoski.

tholiken festgehalten werden müsse. Soltyk erklärte, sich lieber in Stücke hauen zu lassen, als dies zuzugeben. [1])

Am 24. August war der Wahltag. In manchen Wahlorten konnte nur durch gewaltsames Einschreiten der russischen Truppen verhindert werden, dass die Versammlung nicht resultatlos auseinanderging. In Lithauen wurde der Landjunker Czacki, einer der wüthendsten Eiferer für die Reinheit des Glaubens, verhaftet, um seine Wahl zum Landboten zu verhindern. Der Palatin von Rava verpflichtete die Gewählten eidlich, den Dissidenten keine Concessionen machen zu wollen. Dennoch gab sich der Nuntius keinen grossen Erwartungen hin; nur von einem Wunder erwartete er noch irgend ein Heil, denn die Mehrzahl der Gewählten sei der schlechten Sache günstig gestimmt. Soltyk beklagte sich bei Repnin über die Gewaltthätigkeiten der Truppen während der Kreisversammlungen, hinzufügend, die Polen könnten nicht den Despotismus des eigenen Königs ertragen, viel weniger den einer auswärtigen Fürstin, die zudem noch betheuere, die Freiheit des Landes schützen zu wollen. Repnin begnügte sich ironisch zu erwiedern: es bleibt demnach nichts übrig, als der Kaiserin den Krieg zu erklären. [3])

Der Reichstag sollte ein limitirter sein und sich einfach darauf beschränken eine Commission zu wählen. Die Wahl derselben lag in den Händen des Königs und des Marschalls der Conföderation; jener hatte die Mitglieder aus den Senatoren, dieser aus dem Ritterstande zu bestimmen.

---

[1]) Ssolowjoff a. a. O., 61.

[2]) Se Iddio non si mette la sua santa mano preveggo le più funeste disavventure per la Religione, schrieb er am 26. Aug.; bei Theiner, p. 220 und 221.

[3]) Bei Theiner, Depesche des Nuntius vom 9. Sept. 1767 in Uebereinstimmung mit der Depesche von Repnin vom 30. August u. 10. Sept. bei Ssolowjoff, S. 60.

Mit Sicherheit konnte angenommen werden, dass dieselbe den Dissidenten günstig gestimmt sein werde. Noch im letzten Momente entwickelte der Nuntius eine grosse Rührigkeit, um vielleicht doch die Absichten Russlands zu kreuzen. Er begab sich zum Könige, demselben ein Breve des Papstes überreichend, mit der feurigen Aufforderung, der Sache des heiligen Glaubens nicht abtrünnig zu werden. Er habe den ganzen Morgen auf den Knieen gelegen, Gottes Beistand anzurufen, sagte der König. Dies bezweifelte der Nuntius, da seiner Ansicht nach Stanislaus August in seinem ganzen Leben kein Pater noster gebetet. Von hier begab sich der Nuntius zu den Bischöfen. Der Primas erwiederte, man müsse sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen klug benehmen, mit Güte sei von Repnin mehr zu erreichen, als durch hartnäckigen Widerstand. Bei dem Grossmarschall der Conföderation, dem Fürsten Radziwill, fand der Nuntius die Gesellschaft im Begriffe, sich in den Sitzungssaal zu begeben. Er las auch hier ein Schriftstück des Papstes vor und suchte in feuriger Ansprache die Gemüther zu entflammen. Er hatte die Genugthuung allseitiges Schluchzen zu hören, selbst Radziwill rollten die Thränen über die Wangen herab. Als die Vorlesung des Breve geendet, hörte man den fast einstimmigen Ruf, Gut und Blut für die katholische Kirche opfern zu wollen, und die Versammlung erbat sich den Segen des päpstlichen Vertreters. Noch hatte sich die Erregung nicht gelegt, als Repnin eintrat. Hören Sie auf zu schreien, sonst werde ich ein Spetakel anheben, welches stärker sein wird als das Ihrige, rief er der schluchzenden Versammlung zu. Man habe sich auch zur Erhaltung des katholischen Glaubens conföderirt, erwiderte man ihm von mehreren Seiten. Niemand will diesen antasten, entgegnete Repnin, der Glaube hindere nicht, Jedem sein Recht zu Theil werden zu lassen und die Verträge zu halten. Die Versammlung forderte die Freilassung Kozuchowski's.

Mit Schreien und Lärmen richten Sie nichts aus, herrschte Repnin die Versammelten an. Bitten Sie ruhig und anständig, vielleicht erweise ich Ihnen den Gefallen. Radziwill trug nun die Bitte vor, Repnin gewährte sie.[1])

Die Mitglieder der Conföderation hatten sich darüber geeinigt, dass Radziwill, der Marschall der allgemeinen Conföderation, in dem Reichstage den Vorsitz führen sollte, zum Stellvertreter wurde der Marschall der lithauischen Conföderation, Brzostowski, bestimmt. Repnin hatte auch von allen Deputirten des Reichstags die schriftliche Erklärung gefordert, alles bewilligen zu wollen, was Russland fordern würde, und im Falle sie das Versprechen nicht hielten, sich den Strafen zu unterwerfen, die über sie würden verhängt werden.[2])

Am 3. October fand die erste Sitzung statt. Der König eröffnete dieselbe mit der Erklärung, dass er, nachdem die Nation sich conföderirt habe, der Conföderation beitrete. Nun kam die Frage über die Wahl einer Commission zur Berathung. Der Bischof von Krakau eiferte energisch gegen den Vorschlag, der Commission ein Entscheidungsrecht zu übertragen; er habe, schloss er seine Rede, seine Güter geopfert, er sei auch bereit sein Leben zu verlieren. Sich an den König wendend, rief er diesem zu, jetzt sei es Zeit, das auf dem vorigen Reichstage gegebene Wort einzulösen, dass er lieber Reich und Leben verlieren, als die Religion zu Grunde gehen lassen wolle. Die Bischöfe zollten dem Vorgehen ihres Amtsbruders vollen Beifall. Nur der Primas verhielt sich ruhig wie ein Fisch, erzählt der Nuntius.[3])

---

[1]) Beruht auf Depeschen des Nuntius bei Theiner, S. 228, Repnin's bei Ssolowjoff, S. 67 ff., u. Benoit's im k. Archiv zu Berlin.

[2]) Theiner, die neuesten Zustände der katholischen Kirche, S. 177.

[3]) Bei Theiner a. a. O. Bericht des Nuntius vom 30. Sept. u. 3. Oct. 1767. IV 2, 224 fg.

Der Palatin von Krakau, Wenzeslaus Rzewuski, sprach in ähnlichem Sinne: was würden unsere Väter, die Vertheidiger des Glaubens und der Freiheit, sagen, wenn sie vom Grabe aufstünden und in dieser Versammlung erschienen. Der König machte weiteren Herzensergiessungen ein Ende, indem er die Sitzung schloss. Die laue Haltung des Primas liess befürchten, dass viele geistliche Würdenträger diesem Beispiele folgen und den Widerstand gegen die neuen Religionsgesetze aufgeben würden. Soltyk bot Alles auf, den Primas herüber zu ziehen. Er setzte ihm in einem Briefe auseinander, wie viel jetzt von ihm abhänge, er stehe auf dem Punkte entweder grossen Ruhm einzuernten, oder seine Seele der ewigen Verdammniss zu überliefern; er möge sich aufraffen, aller Orten spotte man über ihn, nenne ihn den Adjutanten Repnin's; von vielen Seiten drohe man, ihn wie einen Hund aufzuhängen. [1])

Alle in Bewegung gesetzten Hebel, die Nation für den Glauben zu begeistern und eine den Dissidenten günstige Beschlussfassung zu hindern, boten jedoch wenig Aussicht auf Erfolg. Die russischen Truppen wurden in der Hauptstadt verstärkt, Repnin war zum Aeussersten entschlossen.

Der Nuntius griff zu dem letzten Mittel. Der Papst hatte an die Senatoren und die Ritter Breve's erlassen, worin er sie zum hartnäckigen, energischen Widerstande für die Aufrechthaltung der Religion aufrief. Dieses Schriftstück wollte der päpstliche Gesandte in öffentlicher Sitzung verlesen wissen. Er drang durch. Grosser Beifall folgte, aber jene Begeisterung, die Alles einsetzt für den Glauben, vermochte er nicht hervorzurufen. Wohl rafften sich einzelne Bischöfe zu dem Antrage empor, eine Com-

---

[1]) Tirargli come a un cane, bei Theiner a. a O. 187.

mission zu wählen, ohne ihr jedoch ein entscheidendes Votum einzuräumen; einige Landboten stimmten bei. Die Entscheidung wurde vertagt.

Stanislaus August wendete seinen ganzen Einfluss auf, um die Schwankenden zu gewinnen. Auch der Primas blieb nicht unthätig. Es gebe nur zwei Mittel, liess er sich vernehmen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen angewendet werden könnten: Gewalt und Klugheit; zur ersteren zu greifen sei die Republik gegen das mächtige Russland nicht im Stande, es bleibe demnach nichts übrig, als sich nachgiebig zu zeigen. In der Sitzung vom 12. October wiederholten sich dieselben Scenen, wie in der ersten. Der Bischof von Kiew sprach von der Unbilligkeit der dissidentischen Forderungen, eiferte gegen die Uebergriffe der Truppen, gegen die Verhaftung mehrerer Mitglieder. Der Bischof von Krakau griff die Schritte der Conföderation als ungesetzlich auf das heftigste an, tadelte die Form der den Landboten ertheilten Vollmachten, forderte die Verlesung der den Abgesandten an den russischen Hof ertheilten Instruction, schlug endlich vor, einen Deputirten an Repnin zu senden, mit der Anfrage, ob die Verhaftungen auf Befehl der Kaiserin vorgenommen worden seien. Die Versammelten zeigten sich damit einverstanden. Der König machte auch dieser aufgeregten Sitzung ein Ende.

Wie sich die Dinge anliessen, war keine Aussicht vorhanden, auf friedlichem Wege zu einer Verständigung zu gelangen. Ohne Gewalt war eine Gleichstellung der Dissidenten mit den Katholiken nicht zu erreichen. Auf die Versprechungen der Polen war nicht zu bauen, jede Rede entflammte die leicht erregbaren Gemüther und machte die besten Vorsätze zu nichte. Der ruhige, nüchterne Verstand gelangte bei diesem Volke nicht zu seinem Recht; die entzündbare Phantasie trug fast immer den Sieg davon. Repnin machte jetzt erst von seinen Vollmachten vollen Gebrauch.

Die Bischöfe von Krakau und Kiew, der Palatin von Krakau mit seinem Sohn wurden verhaftet. Zugleich erliess Repnin eine Erklärung, worin er die Gefangennahme zu rechtfertigen suchte; sie sei erfolgt, weil die Verhafteten sich gegen die Würde der Kaiserin von Russland, durch die Angriffe auf die Reinheit ihrer heilsamen, uneigennützigen und freundschaftlichen Absichten vergangen hätten.[1])

Die Aufregung in der Hauptstadt war eine enorme. Der Grosskanzler Zamoyski übergab dem Könige das grosse Siegel; er wolle nicht, sagte er, Minister in einem Staate sein, wo derartige Ungerechtigkeiten, wie Verhaftung der Bischöfe und Senatoren vorgenommen würden. Die Bemühungen des Königs, den Ehrenmann zu halten, waren vergeblich. Die Bischöfe, von denen einige dem russischen Botschafter den Rath gegeben hatten, zu jener Gewaltmassregel zu greifen[2]), ersuchten in einer Audienz den Monarchen, sich für die Freilassung ihrer Amtsbrüder zu verwenden; die Sache hänge lediglich von Repnin ab, lautete die Antwort des Königs, der in seiner stillen Beschäftigung, eine neue Kleidertracht für seine Dienerschaft zu zeichnen, gestört wurde. Eine Deputation, aus drei Mitgliedern bestehend, für jede Landschaft eines, wurde an Repnin entsendet. Das Ersuchen um Freigebung der Gefangenen lehnte Repnin ab. Auf die vielen Bitten um freie Berathung und Sicherheit der Personen erwiederte der Gesandte, die Abgeordneten hätten nichts zu fürchten, wenn sie jene Bestimmungen einhielten, über welche sich die Conföderation mit der Kaiserin geeinigt habe, sonst würden sie als Aufrührer- und Rebellen behandelt werden. Die Kaiserin habe die Macht, ihren Willen durchzusetzen; es handle sich nicht um Ueberlegung der Vor-

[1]) Abgedruckt bei d'Angeborg; Recueil etc. p. 29.

[2]) Bericht des Nuntius vom 23. März und 27. April 1771 bei Theiner a. a. O.

schläge, sondern ganz einfach zu thun, was die Czarin verlange. Repnin hatte durch sein energisches Auftreten jedenfalls so viel erreicht, dass jeder Widerspruch verstummte, auch der Nuntius gab seinen Vorsatz, in dem Reichstag zu erscheinen, auf. Alles ist verloren, meldete er nach Rom.[1])

Die an Repnin abgesendete Deputation, um denselben zu einer Aenderung einiger Punkte zu bestimmen, erstattete am 19. October Bericht. Sie hatte nicht die kleinste Modification erlangen können. Repnin beharrte darauf, dass die Commission unbeschränkte Vollmacht erhalten müsste über die Dissidentenfrage und die Verfassungsänderung zu beschliessen; das Einzige, wozu er sich herbeiliess, war die Aufnahme der Clausel in die der Commission zu ertheilende Instruction: mit Beistimmung der Republik, jedoch mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass sie nicht das Recht habe, die vereinbarten Punkte zu verwerfen. Stumm hörte die Versammlung den Bericht an. Der Marschall stellte die Anfrage, ob sie einvertanden sei. Eine kleine Minorität gab das Zeichen der Zustimmung, die übrigen verhielten sich passiv; da kein Widerstand erfolgte, erklärte der Vorsitzende den Vorschlag für angenommen. Stanislaus und die beiden Marschälle unterzeichneten sodann das Actenstück. Der König bestimmte aus der Mitte der Senatoren, der Conföderationsmarschall aus dem Ritterstande die Mitglieder der Commission. Hierauf wurde der Reichstag bis zum 1. Februar vertagt, welchen Termin Repnin für die Beendigung der Berathungen festgestellt hatte.

Repnin hatte auf allen Linien gesiegt. Grollend verbargen die Gegner Russlands ihren Missmuth, im Stillen schäumend und tobend über das rücksichtslose Verfahren

[1]) Tutto è perdutto. Schreiben am 19. Oct. 1767, bei Theiner p. 234.

des russischen Vertreters. Die andern Gesandten hatten an diesen Verhandlungen keinen Antheil genommen und erfuhren nun aus dem Munde Repnin's den Stand der Angelegenheit. Dass Russland diesmal seinen Willen unverkürzt durchführen werde, war an und für sich klar; meinte doch der Nuntius, nur eine Aenderung des politischen Systems in ganz Europa könnte die Freiheit und die Religion in Polen schützen. Dies war in sofern richtig, als der kleinste Anstoss von Aussen hingereicht haben würde, einen allgemeinen Aufstand hervorzurufen. Oeffentlich wagten die Polen nicht aufzutreten. Den päpstlichen Gesandten belagerte man unaufhörlich mit Bitten, der Papst solle doch die katholischen Mächte zum Schutze Polens aufrufen; in der Krakauer Diöcese sammelte man Unterschriften zu einer Bittschrift, durch welche der heilige Vater ersucht wurde, der verwaisten Heerde ihren Hirten wieder zu verschaffen.

Obwohl die Majorität den russischen Anträgen gesichert war, fehlte es doch nicht an Erwägungen mancherlei Art. Die einzelnen Artikel des von Repnin vorgelegten Elaborats wurden in der Commission vielfach angefochten. Man war geneigt, den Dissidenten grössere Freiheiten zu bewilligen, aber die vollständige Gleichstellung fand Widerspruch; Männer wie der Castellan von Vistiski, der sich zu der Ansicht bekannte, dass nur Gott entscheiden könne, welcher der Religionen der Preis gebühre, gehörten in Polen zu den Seltenheiten. Andere, jedenfalls politisch reifere, wünschten bei der Berathung über die Verfassung die Abschaffung des *liberum veto*. Der König erschien selbst in der Commission, um auseinanderzusetzen, dass Russland nicht einwilligen werde. Damit war jeder Widerspruch niedergeschlagen. Gestand doch der Bischof von Cujavien in naiver Weise auf die ironische Frage, ob die Commission auch den Koran angenommen hätte, wenn Repnin es gefordert haben würde: man könne gegen die Gewalt nicht ankämpfen.

Am 19. November war die Commission mit ihren Berathungen zu Ende. Sie hatte sich über folgende Punkte geeinigt: die katholische Religion wurde als die herrschende in Polen anerkannt; zum König sollte nur ein Katholik gewählt werden können; Jeder, der den Bekenner einer anderen Religion auf den Thron bringen wollte, sollte für einen Feind des Vaterlandes erklärt werden und des Todes schuldig sein. Auch die Königin musste der katholischen Lehre angehören. Der Uebertritt von der katholischen Kirche zu einer andern wurde für ein Criminalverbrechen erklärt. Die nicht unirten Griechen und die Dissidenten — d. h. die der evangelischen Lehre Angehörigen — erhielten vollkommene Freiheit in der Ausübung ihrer Religion und in der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten, Befreiung von der Jurisdiction der katholischen Kirche. Sie hatten künftighin keine Beiträge zur Erhaltung der katholischen Kirche zu leisten. Die katholischen Majoratsherren sollten fürderhin trotz ihrer herrschaftlichen Rechte keinen directen oder indirecten Antheil am Kirchenregiment der Dissidenten und nicht unirten Griechen, die in ihren Besitzungen sich befinden, ausüben können. Die Erzbisthümer von Mscislaw, Orssan und Mohilew wurden für immerwährende Zeiten der griechisch nichtunirten Kirche übergeben. Dem Druck von Büchern und anderen Schriften, der Errichtung von Schulen und Seminarien sollte kein Hinderniss in den Weg gelegt werden. Die Schlichtung aller kirchlichen Streitigkeiten zwischen Katholiken und Dissidenten wurde gemischten zur Hälfte aus Katholiken, zur Hälfte aus Dissidenten zusammengesetzten Gerichten überwiesen, die Mitglieder derselben sollten vom Könige ernannt werden. Einrichtung, Verfassung und Geschäftsgang dieser Gerichte wurden gleichzeitig durch besondere Bestimmungen geregelt. Ehen zwischen Katholiken und Dissidenten wurden gestattet, die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter jener der Mutter folgen, wenn im

Ehevertrage nicht besondere Bestimmungen getroffen würden, was jedoch nur adeligen Familien gestattet blieb. Die adeligen nicht unirten Griechen und Dissidenten erhielten den Zutritt zu allen Staatsämtern, zu allen Gnadenverleihungen und Begünstigungen, die der König auszutheilen berechtigt ist; die vollkommene Gleichheit derselben in der Ausübung aller Rechte wurde ausdrücklich ausgesprochen. Diese Bestimmungen sollten als Staatsgrundgesetze angesehen werden und für ewige Zeiten gelten; über die gewissenhafte Einhaltung derselben Russland, England, Preussen, Dänemark und Schweden wachen. Wer es wagen würde, diese Gesetze anzutasten, sollte als Ruhestörer und Feind des Vaterlandes angesehen und bestraft werden.

Mit grosser Mühe war es Repnin gelungen, hiefür die Zustimmung der Commission zu erlangen. Abgesehen von den eifrigen Katholiken, die eine vollständige Vernichtung der römischen Kirche prophezeiten und sich deshalb dagegen stemmten, bemängelten auch die Protestanten einzelne Punkte. Der Abgeordnete der Stadt Thorn war mit der Erklärung der katholischen Kirche zur herrschenden in Polen unzufrieden und machte hierüber und über den andern die Apostasie betreffenden Punkt einige Vorstellungen. Repnin brachte aber jeden Widerspruch zum Schweigen. „Dies wäre eine solch' hohe Politik", sagte er dem Thorner Residenten, dass Sie solche noch nicht einzusehen im Stande sind." Ueberdies stünde den Protestanten im Falle einer Beeinträchtigung der Weg zu Russland offen, welches darüber nie verdriesslich sein, sondern es sehr gerne sehen werde, wenn man seine Zuflucht zu ihm nehmen wird. [1])

Auch die Verfassungsfragen wurden erledigt. Alle Reformen, die in den letzten Jahren hinsichtlich der Be-

[1]) Worte Repnin's, aus den Berichten des Thorner Residenten bei Prowe a. a. O. S. 47 u. 49.

schränkung des *liberum veto* waren eingeführt worden, wurden wieder abgeschafft. Das Princip der Einstimmigkeit ward in vollster Ausdehnung wieder hergestellt und zur Behebung eines jeden Zweifels, in einem speciellen Acte die einzelnen Angelegenheiten namhaft gemacht, die nur durch einstimmige Beschlüsse geregelt werden dürfen. Das *liberum veto* feierte in vollster Unumschränktheit seine Auferstehung; auch für Königswahlen sollte Stimmeneinheit erforderlich sein. [1])

Repnin befürwortete in Petersburg in allen staatsrechtlichen Fragen die Festhaltung der Stimmeneinheit, in allen die inneren Angelegenheiten betreffenden Gegenständen, wie Rechtspflege, Verwaltung der Staatseinkünfte, Unterhalt des bereits bestehenden Heeres die Gestattung der Stimmenmehrheit. Der verständige Theil der Polen verlangte dringend diese Aenderung, und Repnin war einsichtig genug, darauf hinzuweisen, wie wichtig und nothwendig es sei, diese Wunde zu schliessen. Warum nicht unseren Nachbarn gestatten, sich einer gewissen uns indifferenten Ordnung zu erfreuen, die ausserdem und bisweilen zum Nutzen gereichen kann, bemerkte die Kaiserin auf den Bericht Repnin's [2])

In Folge dessen wurde die Bestimmung getroffen, dass in den ersten drei Wochen nur ökonomische Angelegenheiten berathen und durch Stimmenmehrheit beschlossen werden sollen.

Alle diese Bestimmungen wurden nicht nur als unverbrüchliche Staatsgrundgesetze angenommen, sondern erhielten eine internationale Bedeutung, durch die Aufnahme

[1]) Acte separé contenant les lois cardinales, c'est a dire perpétuelles et immuables de la Repub. de Pologne, et les matières d'Etat, qui ne doivent être décretés qu'à l'unanimité dans les diètes libres bei Martens T. I., p. 578, seitdem mehrfach gedruckt.

[2]) Ssolowjoff a. a. O., p. 76.

in einen neuen zwischen Russland und Polen abzuschliessenden Staatsvertrag, wodurch die nordische Macht die Garantie für die stricte Befolgung der Staatsgrundgesetze übernahm.

Am 5. März war das wichtige Werk vollbracht. Der König und die beiden Marschälle unterzeichneten die Acte im Namen der Nation, die Conföderation wurde aufgelöst, die russischen Truppen, deren bisherige Anwesenheit jeden Widerstand verstummen machte, verliessen die Hauptstadt, um bald darauf auch das Gebiet der Republik zu räumen.

Mit einem andern Plane, den Russland gleichzeitig zur Durchführung bringen wollte, gelang es nicht durchzudringen. Es ist schon hervorgehoben worden, dass die Opposition in Polen von dem Nuntius energisch geschürt wurde. In Petersburg war man darüber nicht im Unklaren. Man war entschlossen, die Gegenbestrebungen der römischen Curie ein- für allemal lahm zu legen. Zunächst wollte man dem Papste das Recht streitig machen, in Warschau einen Nuntius zu halten; so weit eine Wahrung der Interessen des römischen Stuhles nothwendig sei, sollte dies der Primas besorgen. Hiebei gedachte man jedoch nicht stehen zu bleiben. Als letztes Ziel schwebte dem leitenden russischen Staatsmanne die vollständige Unabhängigkeit der polnischen Kirche und die Bildung eines Nationalconcils vor.[1]) In Rom spannte man nun alle Kräfte zum Widerstande an. Der päpstliche Vertreter in Warschau stachelte die Anhänger Roms zur heftigsten Opposition an, der Papst wendete sich an mehrere katholische Höfe, über die Bedrohung der Kirche Klage führend, den Primas bedrohte er mit dem Banne, wenn er es wagen sollte, die Geschäfte des Nuntius zu übernehmen.

---

[1]) Nach Depeschen von Solms aus dem Jahre 1767. (B. A.)

Der Nuntius setzte Alles in Bewegung, um das Project zum Scheitern zu bringen. Die Bischöfe wendeten sich an den König, um Vorstellungen zu erheben. Der Nuntius reichte ein umfangreiches Memoire ein und beschwor den König, der dem Projecte nicht ganz abgeneigt zu sein schien, bei dem Blute Christi, diesen harten Schlag von der katholischen Kirche abzuwenden. Der König versprach sein Möglichstes zu thun. Die Bischöfe hatten in der Commission nicht den Muth, den Mund zu öffnen, erst als Repnin den Bischof von Livland zum Sprechen aufforderte, wagte es dieser, die Ungerechtigkeit des Vorschlages und die schädlichen Folgen zu betonen. Die Bischöfe zeigten bei dieser Gelegenheit keinen grossen Muth, sie mieden den Nuntius, um sich bei Repnin nicht verdächtig zu machen.

Im Januar 1768 fanden auch wirklich hierüber Berathungen im Schosse der Delegation statt. Das Project fand entschiedene Gegner. Nicht so sehr das Recht des römischen Stuhles kam hiebei in Betracht. Bei mehreren Bischöfen und bei dem Könige, der insgeheim zum Scheitern der Angelegenheit beitrug, war der Gedanke, dem Primas, der den Entwurf, wie die Kirche Polens von Rom zu trennen, ausgearbeitet hatte, keine grossen Befugnisse einzuräumen, ausschlaggebend. [1]) Auch mochten die freundschaftlichen Vorstellungen König Friedrich's in Petersburg, der der ganzen Sache keine grosse Bedeutung beilegte, den russischen Minister bewogen haben, auf seine Pläne Verzicht zu leisten. [2])

Stanislaus August ergab sich mit Würde in sein unerbittliches Geschick. Er liess es allerdings an Klagen nicht

---

[1]) Die Berichte des Nuntius bei Theiner a. a. O. S. IV 2, 246 und 267. Die Berichte vom 23. Dec. 1767 und vom 16., 17. und 31. Januar 1768.

[2]) Die Depeschen von Friedrich an Solms vom Jahre 1767. (B. A.)

fehlen über seine unglückliche Stellung, und dass es ihm nicht beschieden sei, seinem Vaterlande so nützlich sein zu können, wie er es wünschte. Indess Repnin verstand es, die harte Lage des Königs durch eine höhere Dotation zu lindern, die zugleich als Entschädigung dienen musste für das tiefe Herzleid, welches der grausame Gesandte ihm zugefügt, indem er ihm seine Geliebte, die Frau des Fürsten Adam Czartoryski, abspenstig machte.[1]) Auch diejenigen, welche Russland durch ihre Zustimmung bereitwilligst unterstützt, heischten ihren Lohn; es war ein förmliches Wettrennen um Gunst und Gnaden. Fürst Repnin schaltete unumschränkt in Warschau, sein Machtgebot entschied. Die Brutalität und Rücksichtslosigkeit, die er an den Tag legte, steht ohne Gleichen da. Für die Stellung des Königs und überhaupt für die ganze Sachlage ist ein Bericht des Thorner Residenten, von Geret, bezeichnend. Als der Nuntius, erzählt dieser, dem Könige ein Memoire überreichte, worin er sich gegen die Aufhebung der Nuntiatur aussprach, sagte Stanislaus August zu ihm: Ich kann Ihnen weder helfen, noch schaden, die Republik macht jetzt Alles, Sie müssen sich an die Republik wenden. „So kann der Nuntius nun gehen", fügt unser Berichterstatter hinzu, „die Republik zu suchen, die nicht einmal die Polen mehr finden können, noch wissen, in wem sie jetzt besteht."[2])

Radziwill hatte sich ebenfalls nicht zu beklagen, er erhielt volle Entschädigung für die Verluste der letzten Jahre; eine Commission berechnete, dass die Republik seine

---

[1]) Benoit's Depesche vom 24. Febr. 1768. Outre cela le prince Repnin lui a enlevé sa maitresse ce qui le piquat et le desola tout autant que le premier article (nämlich die Beschränkung der königlichen Gewalt). Le prince Repnin a jugé a propos qu'il faloit du moins consoler ce monarque par quelque augmentation de revenu. Depesche vom 3. Januar.

[2]) Bei Prowe, Polen in den Jahren 1766—68, S. 42.

Ansprüche im Belaufe von 6—7 Millionen Gulden zu befriedigen habe. Solche Errungenschaft verdiente in entsprechender Weise gefeiert zu werden. Noch am selben Tage, an welchem die Conföderation aufgelöst wurde, trank er sich beinahe zu Tode.[1])

[1]) Essen vom 5. März 1768 bei Herrmann V. 431.

Sechstes Capitel.

Die Conföderation von Bar und der Türkenkrieg.

In Petersburg freute man sich herzlich über die errungenen Erfolge. Repnin wurde reich belohnt, Panin sonnte sich im Vollgenusse kaiserlicher Huld.

Da trafen Nachrichten von der Bildung einer neuen Conföderation zu Bar in Podolien ein. Der Bruder des Bischofs von Kameniec, Krasinski, und Joseph Pulawski standen an der Spitze derselben. Ein Karmelitermönch rief in den Strassen und Dörfern zum Kampfe auf; man riss sich um die Fetzen seiner Jacke, die besonders bei schwangeren Frauen hoch im Preise standen. Das Mittelalter feierte in den Gefilden Polens seine Auferstehung. Man schwur bei Gott, der heiligen Dreieinigkeit, der Jungfrau, allen Patronen Polens und dem Papste und verpflichtete sich, den katholischen Glauben mit Gut und Blut zu vertheidigen. Die Hauptstandarte war mit dem Crucifix geschmückt; die Parole lautete: Jesus und Maria. Lutheraner, Kalvinisten, nichtunirte Griechen und getaufte Juden wurden nicht aufgenommen. Als Erkennungszeichen diente ein Adler, zu beiden Seiten Schwerter haltend, in der Brust ein eingravirtes Crucifix mit der Inschrift: Sieg oder Tod. [1])

Die katholische Partei trat für die Reinheit und Integrität des katholischen Glaubens in die Schranken. Nicht

---

[1]) Nach einer Copie im Pariser Archive bei St. Priest a. a. O. S. 180. Vgl. Prowe Polen in den Jahren 1766—88. S. 56.

minder zahlreich waren die politischen Gegner des Königs, die sich an dem Unternehmen betheiligten. Viele waren im Vorjahre der Conföderation von Radom beigetreten, in der Annahme, dass Catharina einer Beseitigung des Königs die Hand bieten werde. Eine Deputation, an deren Spitze Wielohorski stand, war an sie zu diesem Behufe entsendet worden. Der Verlauf des Reichstages hatte diese Voraussetzungen zu nichte gemacht, die halben Andeutungen und scheinbar zustimmenden Reden Repnin's hatten sich als Lug und Trug erwiesen.

Polen bot das Schauspiel eines wüsten Wirrwarrs. „Es muss ein Oedipus sein, wer jetzt die Beschaffenheit der Sachen einsehen will“, bemerkt der Thorner Resident, von Geret. An vielen Orten schossen in den nächsten Monaten die Conföderationen wie Pilze hervor. In fast allen Kreisen der Republik war die Theilnahme eine grosse, selbst diejenigen, welche das ganze Unternehmen laut missbilligten, begleiteten es im Stillen mit ihren Segenswünschen. Die Osterbeichte trug ungemein viel dazu bei, dass diese Verbindungen unter dem kleinen Adel, der von Anfang an den Kern derselben bildete, viele Anhänger fand, während die Magnaten sich erst später daran betheiligten. Von den Kanzeln wurden Gebete zur Erhaltung der katholischen Kirche verlesen, der König wurde darin nicht mehr erwähnt.[1]) Der preussische Gesandte in Warschau hatte nicht Unrecht, wenn er seinem Könige berichtet, dass eigentlich ganz Polen conföderirt sei.[2])

In Petersburg kam die Nachricht nicht ganz unerwartet. Panin wenigstens hatte eine Ahnung, dass die Dinge nicht glatt ablaufen würden. Schon im Vorjahre hatte er in

[1]) Berichte Geret's bei Prowe S. 62, 67.

[2]) 8. August 1766, presque toute la Pologne est formellement confederée. (B. A.)

seinen Unterhaltungen mit Solms diese Eventualität berührt und die Zusicherung einer Unterstützung Preussens zu erhalten gewünscht. Friedrich war auf dieses Ansinnen nicht eingegangen. Nun sich seine Voraussicht bestätigt hatte, legte der Minister der ganzen Erhebung keine grosse Bedeutung bei; die Emeute werde wohl unterdrückt werden, wenn die Pforte und Oesterreich ferne bleiben, sagte er zu Solms. Der Entschluss, dass die in Polen stehenden russischen Truppen daselbst bleiben, auch verstärkt werden müssen, stand allsogleich in den Petersburger Kreisen fest. Nur darüber war der russische Minister, der diesmal die Sonderbarkeit zeigte, nach rechtlichen Anhaltspunkten für das eigenthümliche Vorgehen Russlands zu suchen, verlegen, auf welche Weise dieser Schritt gerechtfertigt werden könnte. Drei Modalitäten wurden erörtert. Einmal, der Senat sollte Russland zur Intervention auffordern; allein dem stand entgegen, dass diese Körperschaft hiezu nicht das Recht hatte. Sodann dachte man an die Bildung einer Gegenconföderation, welche die Hilfe Russlands anrufen sollte; endlich aber zog man in Betracht, ob die Kaiserin nicht auf die übernommene Garantie fussend vorgehen könnte. Ohnehin besass man in dem Manifeste Anhaltspunkte, darauf hinzuweisen, dass die neue Conföderation auch gegen Russland gebildet worden sei. Die russischen Staatsmänner gelangten zu keinem Entschlusse und überliessen es Repnin im Einvernehmen mit den Freunden Russlands Rath zu pflegen. [1])

Dem armen Repnin wirbelte der Kopf. [2]) Er hatte ihn in den letzten Wochen hochgetragen, voll Hohnes über die Polen, mit denen man leicht fertig werden könne. Durch sein rücksichtsloses Auftreten schmeichelte er sich, die

[1]) Solms vom 19./29. März 1768. (B. A.)

[2]) Le Pr. Repnin ne sait plus ou il en est, et il me dit, que la tête lui tourne; Benoit am 13. April 1768. (B. A.)

Wirren endgiltig zum Abschlusse gebracht und die Herrschaft Russlands dauernd befestigt zu haben. Nun war die Rathlosigkeit gross. Repnin wagte es Anfangs nicht einmal den abmaschirenden russischen Truppen Gegenbefehle zu ertheilen. Nach seiner Ansicht mussten die polnischen militärischen Kräfte mit den Aufständischen fertig zu werden suchen.

Stanislaus August gab sich vom Anfang an über die Tragweite der neuen Conföderation keiner Täuschung hin; er fürchtete, dass die Bewegung über ihn hinweggehen würde, wenn er an Russland keine Stütze fände, und war entschlossen, die ihm zur Verfügung stehenden Truppen — es waren einige Regimenter — gegen die Conföderirten nach Podolien zu schicken. Minister und Senatoren riethen davon ab. Sehnlichst wünschte Stanislaus, dass der Senat beschliessen möchte, die Kaiserin zu ersuchen, ihre Truppen zur Sicherheit der Republik im Lande zu belassen. Man setzte ihm entgegen, man wisse ja noch nicht, welche Absichten die Conföderation von Bar eigentlich im Schilde führe, ob nicht die heimischen Kräfte im Stande sein würden mit ihnen fertig zu werden. Man fragte ihn, weshalb er gerade jetzt einen solch grossen Eifer entfalte, während er sich bei der Bildung der Conföderationen zu Thorn und Sluck ruhig verhalten habe. Sogar die Beschuldigung wurde von einigen Seiten gegen den armen Monarchen geschleudert, dass er der Anstifter der Conföderation sei, um nur die Russen im Lande zu behalten; Andere behaupteten, die Czartoryski wären die Anschürer. Nur zu bald stellte sich klar heraus, dass die Gegner des Königs bei der Conföderation das grosse Wort führten und auf die Entthronung desselben lossteuerten.

Als Repnin aus Petersburg die Vollmacht erhalten hatte, die erforderlichen Massnahmen einzuleiten, setzte er sich mit dem Primas in Verbindung. Sie kamen überein,

dass der Senat die Rückberufung der Truppen fordern solle. Eine Partei sprach sich bei den hierüber stattfindenden Berathungen dafür aus, zuerst einen Versuch bei den Conföderirten zu machen, um sie zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Repnin drohte jenen mit Verwüstung ihrer Güter, die das Gesuch an die Kaiserin um Belassung des russischen Corps nicht unterschreiben würden. Dies wirkte. Der gesammte Conseil unterschrieb, doch hatten die beiden Czartoryski, der Krongrossmarschall Lubomirski und zwei andere Mitglieder den Muth, ihre abweichenden Meinungen wenigstens zu Protokoll zu geben.[1])

König Stanislaus beschäftigte sich mit den mannigfachsten Projecten. Theilweise lag ihm das Schicksal seines Landes am Herzen; der Vorwurf, dass er an dem Unglücke, welches über die Republik hereinbrach, mitschuldig sei, nagte an ihm, noch mehr aber bekümmerte ihn die Erhaltung seiner Krone. Bald schloss er sich innig an den russischen Gesandten an und betrieb eifrigst die Vermehrung der moskowitischen Truppenmacht, bald suchte er bei seinen Oheimen Rath; auch der Gedanke, mit der Barer Conföderation unter gewissen Bedingungen in Verbindung zu treten und das Versprechen zu leisten, ihre Forderungen bezüglich der Dissidenten in Petersburg zu unterstützen, scheint ihm nicht ferne gelegen zu haben.[2]) Allein Niemand mochte mit dem unglücklichen Manne in Verbindung treten. Von seinen Freunden schlecht berathen, von seinen Oheimen, die sich schmollend zurückzogen, im Stiche gelassen, ohne Aussicht von den auswärtigen Mächten unterstützt zu werden, blieb ihm nichts übrig, als Anschluss an

---

[1]) Bericht Geret's bei Prowe S. 57, u. Depesche Benoit's vom 30. März (B. A.) Letzterer nennt noch Oginski und den Palatin von Rava, ersterer blos den lithauischen Bundeskanzler Przedieski.

[2]) Vgl. die Berichte Gerets bei Prowe S. 63.

Russland, so hart es ihm werden mochte, Repnin's Schutz anzuflehen.

Die Mission Mokranowski's nach Podolien, um mit den Conföderirten zu unterhandeln, blieb erfolglos. Diese hatten damals schon eine bedeutende Einbusse an Leuten erlitten, ein Theil sah die Aussichtslosigkeit des ganzen Unternehmens ein, wenn die auswärtigen Mächte nicht vermittelnd und unterstützend dazwischen treten würden, allein zur Niederlegung der Waffen waren sie nicht zu bewegen. Um das Unglück voll zu machen, welches das Land durch die Kämpfe zwischen Polen und Russen zu erdulden hatte, erhoben sich in der Ukraine die Bauern des griechischen Ritus, gegen welche die Conföderirten, angefacht durch priesterlichen Fanatismus, viele Grausamkeiten begangen hatten. Die Saporogischen Kosaken — Haidamaken nannte man sie in Polen — überschwemmten die Gegenden Podoliens, plünderten und mordeten, und richteten ihre Wuth besonders gegen Edelleute, katholische Priester und Juden. Die Zahl der Getödteten schlug man auf Tausende an. In Human wurde Alles, was sich in diese Stadt geflüchtet hatte, am 24. Juni schonungslos ermordet. Die Russen sahen sich zum Einschreiten genöthigt, um den Gräueln ein Ende zu machen. [1])

Mittlerweile war endlich aus Petersburg der Befehl angelangt, gegen die Conföderirten loszugehen. Die russische Truppenmacht war nicht sehr bedeutend, sie zählte nicht viel über 10.000 Mann, [2]) die nicht im Stande waren gegen die an verschiedenen Orten auftauchenden Conföderationen

---

[1]) Die bekannten Schilderungen bestätigt auch Benoit, 6. Juli 1768. (B. A.) Ueber den Haidamakenaufstand Ssolowjoff a. a. O. S. 79 ff., der polnische Schriftsteller benutzt hat, doch war die Annahme, dass die Russen denselben angezettelt, bei den Zeitgenossen fast allgemein. Benoit's Depesche vom 18. Juli 1768. (B. A.)

[2]) So viel nimmt Friedrich in seinen Memoiren an, andere Angaben lauten höher.

energisch vorzugehen. Namentlich machte sich der Mangel an leichten Truppen sehr fühlbar. In dem nun ausbrechenden Guerillakampfe wurden von beiden Seiten die grössten Grausamkeiten begangen. Die Polen ermordeten die Russen in ihren Quartieren. In Lublin wurden diese von der gesammten Bevölkerung, Männern, Frauen und Kindern, von den Dächern beworfen und beschossen. Man schlug sie wie die Hunde todt und misshandelte sie auf die grausamste Weise. Man goss Kosaken brennendes Pech in den Hals und hieb ihnen Arme und Beine ab. Die Russen verfuhren nicht menschlicher; von den Grausamkeiten des Obersten Drewitsch wendet man sich mit Abscheu ab. Die Conföderirten, welche den Russen in die Hände fielen, schätzten sich glücklich, wenn ihnen nur allsogleich der Kopf abgehauen wurde.

Im Juni war die Conföderation von Bar fast ganz vernichtet. Die Russen nahmen diese Stadt mit Sturm (20. Juni); Berdiczew fiel ihnen in die Hände. Joachim Potocki und Pulawski sahen sich genöthigt über den Dniester zurückzugehen. Da tauchten in den westlichen Gegenden der Republik neue Conföderationen auf. Krakau war der Mittelpunkt einer wichtigen und für die Russen gefährlichen Verbindung. Der Bischof von Kaminiec, Krasinski, der dem Schicksale seines Amtsbruders, Soltyk, durch die Flucht entgangen und sich in's Ausland begeben hatte, um die fremden Mächte zur Unterstützung der Republik aufzurufen, mahnte in Hirtenbriefen die Gläubigen, zu den Waffen zu greifen. Durch eine compacte einheitliche Leitung hätte gerade diese Conföderation den Russen nachtheilig werden können, es machte sich jedoch von Anfang an die frechste Zügellosigkeit bemerkbar. Die Bauern, von dem Fürsten Martin Lubomirski aufgewiegelt, raubten und plünderten ohne Unterschied Freund und Feind, schonten auch öffentliches Gut nicht und ergriffen nur vor den russischen Streit-

kräften die Flucht.[1]) Nach mehrwöchentlichen Kämpfen bemächtigten sich die Russen Krakau's durch Sturm. Auch in den andern Theilen der Republik vernichteten die russischen Waffen die schon gebildeten oder erst im Entstehen begriffenen Conföderationen. Die Republik litt unter diesen Kämpfen ungemein. Viele Gegenden waren verwüstet und verödet; Tausende verliessen das Land und suchten in den Nachbarstaaten Schutz und Zuflucht.

Catharina war nahe daran ausrufen zu können: Ruhe herrscht in Polen. Da brach der Türkenkrieg aus.

Die französische Diplomatie hatte auch nach der Anerkennung Stanislaus August's durch die Pforte ihre Bemühungen nicht aufgegeben, auf die grossen Gefahren aufmerksam zu machen, welche dem türkischen Reiche von Russland drohen, wenn es diesem gelänge sich die Republik dienstbar zu machen. Die Pfortenminister verschlossen sich nicht gegen die Richtigkeit dieser Ansicht, waren jedoch nicht zu bewegen aus ihrer Unthätigkeit hervorzutreten. Das Misstrauen gegen Frankreich, welches in Constantinopel seit dem Abschlusse des Vertrages von Versailles mit Oesterreich Wurzel gefasst, war nicht leicht zu bannen.[2]) Auch trug der preussische Gesandte im Auftrage des Königs zur Beschwichtigung der Pforte bei.

Schon seit Ende 1767 machten sich jedoch in Constantinopel kriegerische Tendenzen bemerkbar, die insbesondere an dem Sultan einen Vertreter fanden. Gerüchte über einen bevorstehenden Bruch mit Russland waren in der türkischen Hauptstadt verbreitet. Der russische Gesandte wurde zu wiederholten Malen über den Einmarsch russischer Truppen in Polen zu Rede gestellt, gab jedoch

[1]) Berichte Essens vom 13. und 27. Juli 1768 bei Herrmann V 448.

[2]) Sehr belehrend in dieser Beziehung ist das bei Boutaric veröffentlichte Memoire des französischen Gesandten.

theils ausweichende Antworten, theils schützte er Unkenntniss vor. So oft Gerüchte nach Constantinopel drangen, über das weitere Vordringen der russischen Heere in Polen, über verübte Gewaltthaten, bezeichnete Obreskow dieselben als aus französischer Quelle stammende Nachrichten. Der französische Gesandte hetzte und schürte dagegen unaufhörlich und machte insbesondere auf die Verfassungsänderungen aufmerksam, welche von Repnin in Warschau durchgesetzt worden waren. Für die Dissidentenfrage fand er bei den türkischen Staatsmännern kein Verständniss. Die Umtriebe des französischen Botschafters hatten längere Zeit nur die Wirkung, dass ein etwas lebhafterer Notenwechsel zwischen den Pfortenministern und dem russischen Gesandten sich entspann, in welchem von Seite des letzteren die stereotype Redensart wiederkehrte, dass seine Herrin keine Eroberungen machen wolle und das Einrücken der Truppen durch die Rücksicht auf die eigene Ehre und die Erhaltung der Freiheit Polens geboten sei. Die sonstigen Beschwerden der Pforte über den Bau von Festungen in den Grenzländern wurden als unbegründet zurückgewiesen. Die friedliche Stimmung behielt auch am Bosporus die Oberhand; der preussische Gesandte meinte, es werde leicht sein dieselbe dauernd zu erhalten, wenn Russland nur behutsam vorgehen und von beiden Seiten jeder Anlass zu einem Bruche vermieden würde.[1])

Als die Nachricht von der Bildung der Conföderation von Bar in Constantinopel einlief, übergab der russische Minister ein Memoire, worin er hervorhob, dass die Conföderirten den Namen der Pforte missbrauchen, indem sie vorgeben, unter dem Schutze derselben zu stehen, während man ihm und dem preussischen Gesandten wiederholt erklärt habe, dass man an den Religionsstreitigkeiten keinen

[1]) Bericht Zegelin's vom 2. März 1768. (B. A)

Antheil nehme. Der Reis-Effendi betheuerte, dass es die Pforte unter ihrer Würde halte, sich mit den Friedensstörern in irgend eine Verbindung einzulassen. Man gab auch den thatsächlichen Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung, indem an die Pascha's von Bender und Chotzim, an den Chan der Krim und an den Fürsten der Moldau Befehle ergingen, sich jeder Unterstützung der Polen zu enthalten. Obreskow suchte diese günstige Stimmung der Pfortenminister durch reichliche Geldgeschenke zu erhalten, und in den russischen Kreisen schmeichelte man sich, dass es durch dieses in Constantinopel nicht unwirksame Mittel gelingen dürfte, jeder Verwickelung vorzubeugen. [1]) Indess die Türken verschmähten es nicht, gleichzeitig von dem französischen Gesandten Geld anzunehmen, auch die Kleinodien der polnischen Damen wurden nicht zurückgewiesen.

Die Kunde von der Verletzung des türkischen Gebietes in Balta rief in allen Kreisen eine grosse Erregung hervor. Der Divan trat zusammen, der Sultan wohnte demselben bei. Noch immer überwog die friedliche Partei. Dennoch erliess man, obgleich man es nicht zum Bruche kommen lassen wollte, den Befehl, ein Truppencorps sogleich in Marsch zu setzen.

Die kriegerische Partei gewann täglich an Boden. [2])

---

[1]) Man kann nicht die geringste Negociation entreniren, ohne vorher durch Geschenke den Weg zu einem guten Success zu ebnen. Bericht Zegelin's vom 2. Mai 1768. (B. A.)

[2]) Französisches Schreiben Zegelin's an die Minister vom 26. Juli 1768. (B. A.) Les affaires sont ici dans une grande crise et si la Russie ne donne pas la satisfaction que la Porte demande et qu'elle fasse evacuer la Podolie par ses trouppes, la guerre entre la Russie et la Porte est presque inevitable. C'est avoir beaucoup gagné que d'avoir gagné du tems dans ces circonstances. La forme du gouvernement quoique despotique est telle que lorsqu'une fois le peuple se met en fureur le gouvernement n'en est plus le maistre et doit ceder au torrent.

Der Mufti beschäftigte sich mit der Sammlung von Koranstellen, die auf den vorliegenden Fall Anwendung finden könnten. Murad Molla sondirte den preussischen Gesandten über die Stellung des Königs, wenn die Pforte an Russland den Krieg erklären würde. Der Major von Zegelin redete dem Frieden das Wort, indem er vorstellte, die Pforte möge es doch solcher Kleinigkeit wegen nicht zum Bruche kommen lassen. Das Volk der türkischen Hauptstadt wurde durch Gerüchte von der Einnahme Benders und Chotzims erregt; Meutereien brachen aus; die Minister gaben den Rath, die Janitscharen an die Grenze rücken zu lassen. Auf die Vorstellungen Obreskows, der gleichzeitig volle Genugthuung versprach, erwiderte der Reis-Effendi, man sehe sich zu dieser Massregel genöthigt, um einem grösseren Uebel, einer Empörung, vorzubeugen; man beabsichtige aber nur die unruhigen Köpfe aus der Residenz zu entfernen; die Russen möchten nur ihre Truppen aus Podolien zurückziehen, in Polen könnten sie machen was sie wollten. [1])

Die definitive Entscheidung war nur aufgeschoben. Der französische Botschafter kam mit neuen Argumenten, die Pforte zum Bruche zu bewegen. Das Haus Brandenburg, sagte er, habe seit längerer Zeit verschiedene Gebiete der polnischen Republik in's Auge gefasst, auch Russland strebe nach Erwerbung von Land und Leuten. Zegelin hatte Mühe, diese Ansichten, die Wurzel zu fassen schienen, zu widerlegen. So grosse Anstrengungen die Friedenspartei machte, die Ruhe zu erhalten, sie musste der öffentlichen Stimmung weichen. Man steuerte in Constantinopel dem Kriege zu, nur darüber war man unschlüssig, gegen wen er zu richten sei. Die besten Truppen wurden nach Bosnien gesendet, und Zegelin meldete nach Berlin, dass die Bombe

---

[1]) Zegelin's Bericht vom 26. Juli 1768. (B. A.)

wahrscheinlich gegen die Venetianer platzen werde.[1]) Eine Partei unter den türkischen Staatsmännern wollte den Volkswillen durch einen Krieg gegen Oesterreich zu befriedigen suchen.[2]) In einer Versammlung der Ulema in den letzten Augusttagen, die über 8 Stunden dauerte, einigte sich die Mehrheit zu dem Beschlusse, dass bisher keine „gesetzmässigen Ursachen" vorhanden seien, an Russland den Krieg zu erklären. Bei dem Sultan jedoch verlor die Friedenspartei an Boden. Am 5. September erfolgte die Entsetzung des Grossvezier Muhsinsade und die Verbannung desselben nach Tenedos; der hervorragendste Vertreter der Kriegspartei, der Statthalter von Aidin, Hamsa-Pascha, erhielt das Vezirat. Noch war jedoch nicht alle Hoffnung, den Frieden zu erhalten, aufgegeben; das Corps der Ulema war gegen den Krieg.[3])

Am 22. September erfolgte die Ankunft des neuen Veziers in Constantinopel. Am 4. October wurde der Krieg gegen Russland in einer Versammlung des grossen Divan beschlossen, und nachdem der russische Gesandte, in einer zwei Tage später stattfindenden Audienz bei dem Grossvezier, die bestimmte Erklärung abzugeben abgelehnt hatte, dass Russland auf die Garantie der polnischen Verfassung verzichte und den Dissidenten jede weitere Unterstützung entziehen werde, wurde er vom Audienzsaale hinweg nach den sieben Thürmen abgeführt und als Staatsgefangener in Haft gehalten. In Constantinopel war das Gerücht ver-

[1]) Depesche vom 15. August 1768. (B. A.)

[2]) Schon im Juli sagte der Molla zu Zegelin: Ich wünsche, dass diese Demonstrationen, die wir jetzt gegen die Russen zu machen genöthigt sind, sich gegen die Oesterreicher wenden und dadurch unser Banat und Temesvar wieder erhalten möchten. Dep. am 26. Juli. Von einer antiösterreichischen Partei auch in der Dep. vom. 17. Oct. die Rede.

[3]) Zegelin's Berichte vom 1. u. 15. Sept. 1768. (B. A.)

breitet, dass dem englischen und preussischen Gesandten dasselbe Schicksal bevorstehe.[1])

Die Kriegserklärung der Pforte kam in Petersburg unerwartet. Es fehlte an Allem und Jedem, an Waffen, Munition und auch an Geld. Das Heer war keineswegs in einem kampffähigen Zustande, die Furcht vor den Türken gross. Man sprach von einer Entlassung Panin's, dessen Vorgehen an Allem Schuld wäre.[2]) Nur Catharina trug den Kopf hoch, sie überhäufte den Grosskanzler mit Gunstbezeugungen, im Vertrauen auf ihr Glück bangte ihr vor dem neuen Kampfe nicht, der sie zur Theilung ihrer Streitkräfte, die in Polen dringend nothwendig waren, zwang. In dem von ihr am 18. November veröffentlichten Gegenmanifeste sprach sie von der Gerechtigkeit ihrer Sache und rief den Beistand Gottes an, der ihr zu Ehren seines heiligen Namens bald einen vortheilhaften Frieden verleihen möge.

Die Diplomatie entfaltete während der letzten Monate eine grosse Thätigkeit, um den Ausbruch des Sturmes noch zu beschwören. Obwohl man in Petersburg und Constantinopel mit hochtönenden Phrasen nicht geizte, machte sich doch hier und dort eine kühlere Auffassung bemerkbar. Am Bosporus wurden die friedlichen Strömungen durch die Entlassung des Grossveziers nach einer kaum zweimonatlichen Amtsthätigkeit bemerkbar; der neue Inhaber dieser Würde, der Schwiegersohn des Sultans, einer der geschickteren Männer unter den damaligen staatsmännischen Kräften, war durchaus nicht kampflustig; nur mit Zittern dachte er an den Krieg, von dem er nichts verstand. Murad Molla liess den preussischen Dolmetsch rufen, um ihm mitzutheilen, dass die Pforte es gerne sehen würde, wenn England

---

[1]) Zegelin's Depesche vom 17. October 1768. (B. A.)

[2]) Nach den Berichten von Solms aus dieser Zeit. (B. A.)

und Preussen ihre Vermittlung anböten. Der Aufforderung der Minister folgend, übergab Zegelin am 14. December ein Memoire, worin er auseinandersetzte, in welcher Weise die Misshelligkeiten beigelegt werden könnten. Auch der englische Gesandte war in gleichem Sinne thätig. Allein der Sultan war trotz aller Einwirkungen der Friedenspartei von dem einmal gefassten Beschlusse nicht abzubringen.[1])

Die Kriegserklärung der Pforte erregte in gewaltiger Weise die Gemüther in Polen. Die Conföderirten waren nicht in der Lage, noch längere Zeit Widerstand leisten zu können. Die Niedergeschlagenheit war fast eine allgemeine. Nun war allsogleich ein Umschlag in der Stimmung bemerkbar, selbst in der Umgebung des Königs erwartete man eine Nachgiebigkeit von Seite Russlands. In Warschau liess man den bisher sorgfältig unterdrückten, gegnerischen Gefühlen freien Lauf. Man zweifelte nicht an einer Besiegung der russischen Macht. Die kühne Phantasie der Polen sah schon eine grosse europäische Coalition gegen die moskowitische Macht erstehen; selbst England und Frankreich, Oesterreich und Preussen hatten ihren gegenseitigen Antagonismus überwunden, um die Flügel des russischen Czars zu beschneiden.[2])

Die Bemühungen Repnin's, auf irgend eine Weise die Pacification Polens zu bewerkstelligen, waren fruchtlos geblieben. Die Czartoryski beharrten in vollster Unthätigkeit. Vom Hofe hielten sie sich fern und wurden auch bei wichtigen Fragen nicht zu Rathe gezogen. In Petersburg legte man auf die Unterstützung dieser Männer grossen Werth,

[1]) Depeschen von Zegelin vom November und December 1768. (B. A.)

[2]) Si parla pubblicamente di un trattato già segnato contra la Moscovia fra la Francia, la Porta, Vienna, Berlino, Dresda, Svezia e Danemarca, e v' è chi vuole che vi abbia anche accedato l'Inghilterra; bei Theiner S. 274 vom 2. Nov. 1768. Vrgl. auch 8. Nov. 1768.

der Gesandte erhielt die Weisung, sich ihnen zu nähern und sie zu gewinnen. In zahlreichen Conferenzen zwischen Repnin und den Czartoryski wurde erörtert, in welcher Weise die Beruhigung des Landes erzielt werden könnte. Repnin fragte den Woywoden von Russland um seine Ansicht. Euer Durchlaucht, erwiderte dieser, haben bisher Alles mit dem Kanonenrechte gemacht, es ist an Ihnen, uns Ihre Gedanken zu eröffnen. Repnin verlangte, die Czartoryski möchten sich in Unterhandlungen mit den Conföderirten einlassen, was von ihnen abgelehnt wurde. Sie schlugen die Bildung einer Generalconföderation vor, an deren Spitze sich der König stellen sollte; zugleich aber sollte Russland auf die Errungenschaften des Vorjahres, insbesondere auf die Garantie Verzicht leisten. Repnin wies dies rundweg ab. Dann, antworteten die Czartoryski, werde die Nation ganz Polen verheeren lassen und sich nicht darum kümmern, wenn auch der grösste Theil der Bewohner ins Gras beissen sollte. [1])

Die Besetzung von Zamosc und Kaminiec war für Russland von ungemeiner Wichtigkeit, es durfte diese Festungen nicht in den Händen der Polen lassen, da sich die Türken derselben bemächtigen und die Rückzugslinie der Russen gefährden konnten. Friedrich machte die Petersburger auf die Bedeutung dieser Orte aufmerksam. Repnin wurde angewiesen die Uebergabe zu fordern; er erhielt eine ablehnende Antwort. Der König berief sich auf die Landesgesetze, die ihm nicht erlaubten dieser Forderung zu willfahren. Repnin bestürmte die Czartoryski, deren Einfluss auf Stanislaus August im Steigen war; diese erwiderten: der ganze Landstrich mag lieber von Grund aus zerstört werden, ehe den Türken Anlass geboten werde, der

---

[1]) Nach dem Berichte von Geret bei Prowe a. a. O. S. 95 und Benoit's Berichte vom 27. Juli u. 13. August 1768. (B. A.)

Republik den Krieg zu erklären; es wäre eine ganz unwürdige That, Kameniec zu übergeben. Repnin setzte den Leuten das Messer an die Kehle. Was erscheint Euch vortheilhafter, fragte er, der Sieg Russlands oder jener der Pforte? Weder das Eine, noch das Andere, lautete die Antwort. [1]) Die Vorstellungen Repnin's bei dem Könige, dass es sein Interesse erheische mit Russland Hand in Hand zu gehen, da ein Sieg der Conföderation auch seine Absetzung zur Folge haben dürfte, machten geringen Eindruck. Es gibt ein Stadium des Elends, sagte Stanislaus zu Repnin, in welchem keine Art von Gefahren mehr empfunden werden kann; ich bin jetzt in diesem Stadium und überlasse mein Geschick der Gewalt der Ereignisse. Zugleich betheuerte er seine Ergebenheit und Anhänglichkeit für Catharina. In manchen Momenten hatte er Anwandlungen von Männlichkeit und Thatkraft, er wollte sich in seinem Schlosse todtschiessen lassen, ehe er seinen Platz verlasse. Die Aufforderung des russischen Gesandten, auf dem Schlachtfelde seine Schuldigkeit zu thun, lehnte er ab.

Der König näherte sich wieder seinen Oheimen, er hoffte, Russland werde mildere Saiten anschlagen und sich doch zur Nachgiebigkeit bequemen. Repnin gegenüber führte er eine ähnliche Sprache, wie die Czartoryski. Zamoyski, der damals im königlichen Rathe seine gewichtige Stimme geltend machte, schlug vor, sich mit den Russen in nichts einzulassen, nichts abzuschlagen, sondern beständig auf die Unmöglichkeit der Ausführung der russischen Forderungen hinzuweisen und den weiteren Verlauf der Dinge ruhig abzuwarten.

Endlich hatte man in Petersburg die Ueberzeugung gewonnen, dass die Brutalität Repnin's durchaus ungeeignet

[1]) Die Darstellung bei Ssolowjoff S. 92 fg. im Grossen und Ganzen durch die Depeschen von Benoit bestätigt.

sei, die Versöhnung der Gemüther herbeizuführen; seine Abberufung wurde Ende Januar 1769 beschlossen. Es dauerte indess noch ein halbes Jahr, ehe sein Nachfolger ihn ablöste. Doch wurde seine Wirksamkeit beschränkt, indem man die Leitung der militärischen Angelegenheiten dem General Weymarn übertrug.

Die Conföderirten hatten trotz der beträchtlichen Verluste im Vorjahre ihren Muth nicht sinken lassen. Neue Schaaren tauchten auf und fügten den Russen vielen Schaden zu; die geringen russischen Streitkräfte waren in fortwährender Bewegung, von einem Ende des Landes an's andere eilend, um jede sich bildende Conföderation im Keime zu vernichten. In manchen Theilen der Republik behaupteten sich die Conföderirten mit Glück gegen die russischen Waffen. Die Erfolge wären bedeutender gewesen, wenn unter den Führern volle Einigkeit geherrscht hätte. Die verschiedenen Conföderationen gingen jedoch nicht nach einem gemeinsamen Operationsplan vor. In der Wallachei, wohin sich die Conföderirten von Bar hatten flüchten müssen, herrschte zwischen Potocki und Pulawski vollständiger Zwiespalt. Ersterer wollte nur in Verbindung mit der Pforte den Kampf wieder eröffnen; Pulawski dagegen war der Ansicht, dass man auf die eigenen Kräfte gestützt vorgehen sollte. Potocki entledigte sich seines Rivalen, indem er ihn bei den Türken verdächtig machte. Er wurde verhaftet und nach Constantinopel gebracht, wo er im Gefängnisse starb. Seine beiden Söhne, Kasimir und Franz, machten Einfälle in Podolien und hielten sich während des ganzen Winters am Dniester gegen die Russen. In Lithauen behauptete sich Simon Kossakowski, in Krakau Birzinski. Auch in anderen Theilen des Landes sahen sich die Russen vielfach genöthigt das flache Land zu meiden und sich in die Städte zurückzuziehen. Die Hauptstadt, Warschau, wurde von Conföderirten umschwärmt; eine Zeit lang befürchtete man fast täglich

eine Besetzung derselben. Heftiger und rascher folgten die Kämpfe im Frühjahre 1769 auf einander. In einigen Gefechten war das Kriegsglück den Confoderirten günstig. Die beiden Brüder Pulawski waren die Seele der Unternehmungen. In Lithauen kam es zu einer allgemeinen Conföderation, die sich jedoch auf die Vertheidigung des Landes beschränken wollte; die Hoffnung der Pulawski, einen Zuzug von Streitkräften aus diesen Gegenden zu erhalten, wurde dadurch vereitelt. Auch war die dortige Conföderation bald nicht mehr in der Lage, zur Unterstützung der Genossen in den andern Theilen der Republik etwas zu thun, da die Russen unter Suwarow's Führung die sich ihnen entgegenstellenden Schaaren aufrieben. Franz Pulawski fiel in einem Gefechte, ein für die Polen fast unersetzlicher Verlust.

Mittlerweile war Wolkonski in Warschau angelangt. Das System der rohen Gewalt hatte die Leidenschaften nur noch mehr entfesselt, der neue Gesandte sollte durch Nachgiebigkeit zu wirken suchen. Bei seinem früheren Aufenthalte in Polen hatte er sich daselbst eine Anzahl Freunde erworben und war zu den Czartoryski in innigen Beziehungen gestanden. Die ihm ertheilte Instruction gab ihm einen grossen Spielraum. Noch immer lebte man in Petersburg in der Täuschung, über eine Partei in Polen zu verfügen, während nüchterne Beurtheiler schon längst von dem Gegentheil überzeugt waren.[1]) Man hatte in Russland keine Ahnung von der leidenschaftlichen Erregtheit des grössten Theiles der Bevölkerung. Nur wegen des Türkenkrieges glaubte man einige Rücksichten nehmen zu sollen, aber man

[1]) Il faut une très grande illusion pour s'imaginer comme on le fait a Petersbourg que la Russie ait encore un parti en Pologne, je crois que personne d'ici ne disconviendra avec moi, que depuis le premier seigneur jusq'au dernier manant, tout ne haisse mortellement ce qui est Moscowite. Benoit am 15. Febr. 1769. (B. A.)

wähnte durch kleine Concessionen die Ruhe herstellen zu können. Weder auf die Garantie wollte man verzichten, noch in der Dissidentenfrage irgend eine Nachgiebigkeit bekunden. Man begnügte sich, dem neuen Gesandten die Weisung mitzugeben, eine Declaration zu veröffentlichen, die darlegen sollte, dass die Selbstständigkeit der Republik durch den Garantievertrag keine Einbusse erlitten habe; die Dissidenten betreffend, sollte Wolkonski keine Initiative ergreifen, aber nicht entgegentreten, wenn diese selbst sich herbeilassen sollten, auf einige erworbene Rechte freiwillig Verzicht zu leisten.

Wolkonski fand unter diesen Bedingungen nicht die geringste Geneigtheit zu einer Verständigung. Der König sprach sich dahin aus, dass ohne vollständige Verzichtleistung auf die Garantie und die Dissidentenrechte die Unruhen nicht zu bannen seien.[1]) Vergebens suchte der preussische Gesandte im Auftrage Friedrichs auf Stanislaus einzuwirken.[2]) Zu wiederholten Malen liess Friedrich den König aufmerksam machen, dass er nur durch einen innigen Anschluss an Russland sich zu behaupten im Stande sei. Stanislaus August war der Spielball der verschiedenartigsten Einflüsse. Bald schien es, als wolle er entschieden die Russen unterstützen und er entsendete ein Truppencorps gegen die Conföderirten, bald überliess er sich ganz den gegnerischen Einflüsterungen und überschickte dem Führer der königlichen Truppen den Befehl, sich in keine Action einzulassen. Er forderte dann Aufhebung der letzten Constitution und Schaffung einer neuen. Man muss sich dies aus dem Kopfe schlagen, erwiederte bei solchen Anlässen Wolkonski. Dabei verschmähte der König russische Geldhilfe nicht, da seine Einkünfte durch die Conföderirten geschmälert worden waren.

---

[1]) Benoit am 5. Juli 1769. (B. A.)

[2]) Im Juni ertheilte Friedrich in dieser Richtung wiederholt Aufträge. (B. A.)

Die Projectenmacher in Warschau hatten goldene Zeiten. Wolkonski beabsichtigte die Bildung einer russisch gesinnten Generalconföderation, ein Plan, mit dem sich schon Repnin vielfach beschäftigt hatte. Stanislaus August und die Czartoryski wiesen immer auf die Unmöglichkeit hin, diesem Verlangen zu entsprechen, indem sich nicht vier Personen finden dürften, die sich um den König schaaren würden. Nun legten der Graf Branicki und der Kronküchenmeister Poninski zu diesem Behufe einen Plan vor. Um die Nation zu gewinnen, schlugen sie die Abtretung Bessarabiens und der Moldau an Polen, für den Fall als die russischen Waffen siegreich sein würden, vor.[1]) In Petersburg machte man Miene, darauf einzugehen. Eine directe Erwerbung dieser Provinzen gewährte Russland keine bedeutenden Vortheile, dagegen erhielt die russisch gesinnte Partei in Polen eine grosse Verstärkung, wenn der rechtgläubige moldauische Adel sich an Polen anschloss.[2])

Uebertriebene Gerüchte von errungenen Vortheilen Seitens der Türken gelangten Anfangs September 1769 nach Warschau. Die antirussische Partei am königlichen Hofe legte denselben eine grosse Bedeutung bei. Die Czartoryski traten aus ihrer Zurückhaltung hervor und bewogen den König, den Senat einzuberufen.

Am 30. September fanden sich etwa dreissig Senatoren ein, beiläufig der fünfte Theil des Plenums. Man fasste folgende Beschlüsse: an England und Holland die Aufforderung zu richten, sich bei der Pforte, die ebenfalls an die Republik den Krieg erklärt hatte, zu verwenden und vorzustellen, dass Senat und König den Karlowitzer Frieden nicht verletzt hätten; nach Petersburg Oginski zu schicken,

---

[1]) 11. Januar 1769 von Benoit. (B. A.)

[2]) Nach einer Depesche von Panin an Wolkonski bei Ssolowjoff S. 106.

um über Repnin Klage zu führen und die Kaiserin zu ersuchen, von dem im Vorjahre mit Gewalt erzwungenen Tractate abzustehen, die russischen Truppen aus dem Lande zurückzuberufen und die gefangen gehaltenen Senatoren frei zu geben; endlich die Garanten des Friedens von Oliva aufzurufen, damit den Dissidenten nicht grössere Rechte bewilligt würden, als ihnen beim Abschlusse dieses Friedens zugesichert worden waren. In eitlen Illusionen befangen, täuschte man sich über die Stimmungen der Höfe bezüglich Polens. Mit Zuversicht rechnete man auf einige Nachgiebigkeit von Seite Russlands und auf eine Intervention der andern Mächte. Nur allzubald wurde man aus dieser Täuschung gerissen. In Wien war man nicht geneigt zu Gunsten der Republik irgend einen Schritt zu thun. Der König von Preussen, auf den man starke Hoffnungen gesetzt hatte, liess dem Könige sagen, dass es am besten wäre, wenn er sich die Freundschaft der Czarin bewahren würde.[1]) Aus Petersburg kam die Nachricht, dass man den Gesandten nicht empfangen werde. Panin richtete im Namen der Kaiserin die Aufforderung an Stanislaus August, den Beschluss der Senatoren zu rectificiren.[2]) Das Aeusserste, wozu man sich in Petersburg herbeiliess, war die Abgabe einer Erklärung, worin man darlegte, nichts einwenden zu wollen, wenn die Dissidenten freiwillig auf einige der verlangten Rechte Verzicht leisten wollten. Stanislaus August war momentan so sehr im Schlepptau seiner Oheime, dass er den

[1]) Immediatdepesche an Benoit vom 15. Nov. 1769. (B. A.)

[2]) Panin schrieb wörtlich am 31. Oct.: ni un ennemi caché, ni un ennemi declaré de l'Imp. n'auroit pu la toucher dans un point plus direct, plus immediat et plus sensible. S. M. I. ne sauroit discerner de difference, ou à la rigueur elle ne trouvera qu'une très petite, entre la declaration la plus positive d'une rupture formelle et le desaveu des actes les plus authentiques, emanés de l'autorité de toute une nation. (B. A.)

Vorstellungen Wolkonski's und Benoit's, die von ihm innigen Anschluss an Russland forderten, sich unzugänglich erwies. Er gab wiederholte Versicherungen seiner Anhänglichkeit an die russische Monarchin, aber auf die Forderung, mit seinen Oheimen zu brechen, ging er nicht ein. [1])

Daneben spielten andere Intriguen. In der unmittelbaren Umgebung des Königs arbeiteten dem sächsischen Hause ergebene Männer auf seinen Sturz. Selbst Mitglieder der Czartoryski'schen Familie knüpften Verbindungen mit Dresden an. Die Vergangenheit umkleideten sie mit einem idealen Schimmer; man könne erst jetzt ermessen, sagte Fürst Adam Czartoryski, wie viel die sächsischen Könige zum Ruhme Polens beigetragen, und er bedauerte es lebhaft, dass sie die Krone in ihrem Hause nicht erblich gemacht hätten. [2]) Der Primas hatte seine Anhänglichkeit an das Kurfürstenhaus nie verleugnet und nur zeitweilig grosse Ergebenheit gegen Russland und Hingebung an Stanislaus geheuchelt, um an's Ziel seiner Wünsche zu gelangen. Nun hielt er die Zeit gekommen, an die Verwirklichung alter Lieblingsideen zu gehen. [3]) Die sächsische Partei zählte unter dem angesehenen Adel einen grossen Anhang; die Potocki und Sangusko gehörten ihr an. Der Primas rechnete fast mit Sicherheit darauf, dass Catharina den König fallen lassen werde, und liess in dieser Richtung in Petersburg in massgebenden Kreisen sondiren, und insbesondere darauf hinweisen, dass Stanislaus August's Erhaltung auf dem Throne die Pacification der Republik fast unmöglich mache; man möge daher diesen Anstand beseitigen und der Nation die Freiheit einräumen, sich einen König zu wählen. [4]) Die Dresdener Po-

---

[1]) Benoit vom 25. Nov. 1768. (B. A.)

[2]) Essen vom 10. u. 20. Febr. 1768. (Dresd. Archiv.)

[3]) Bericht des Nuntius vom 2. Dec. 1768 bei Theiner. a. a. O. 318.

[4]) Benoit am 8. April 1769. Solms am 20./30. März 1769. (B. A.)

litiker entfalteten eine grosse Rührigkeit, die zum Theil bis in's folgende Jahr 1770 hinein dauerte. Besonders die Kurfürstin war ungemein thätig. Nach allen Richtungen knüpfte sie Verbindungen an, in Berlin suchte sie während ihrer Anwesenheit die Ansichten des Königs zu erforschen,[1]) in Wien und Paris machte sie Schritte, eine thätige Mitwirkung dieser Mächte zu erlangen. Zur Unterstützung der Confoederirten brachte sie grosse Opfer. Die polnischen Magnaten, die sich nach Dresden mit der Anfrage über die etwaige Annahme der Krone gewendet, erhielten eine willfährige Antwort.[2])

In Petersburg herrschte nicht durchwegs die Absicht, Stanislaus August um jeden Preis zu halten. Eine nicht unbeträchtliche Partei, sein Nebenbuhler Gregor Orlow an der Spitze, arbeitete an seinem Sturze. Friedrich trat entschieden für Stanislaus in die Schranken. Catharina hatte nicht einen Augenblick geschwankt. Sie konnte Stanislaus nicht leichten Kaufes den Gegnern Preis geben, ihr eigenstes Werk nicht vernichten. Die Gegner des Königs waren überrascht, als sie aus dem Munde Wolkonski's erfuhren, dass die Kaiserin die Beseitigung desselben nie zugeben werde.

Auch in Rom fand Stanislaus August Gnade. Seine Haltung am 30. September hatte bei dem heiligen Vater Eindruck gemacht. Die Bischöfe der Republik wurden durch ein Breve ermahnt, für ihn zu wirken, der Nuntius erhielt die Aufgabe zugewiesen als Vermittler thätig zu sein.

---

[1]) Hierüber Aufschlüsse in dem Buche von Weber, Maria Antonia Walpurgis. Bd. I. S. 235.

[2]) Der Agent (de Burno) erhielt im Namen des Kurfürsten am 4. Juli 1769 folgende Antwort: Si Monseigneur L'Electeur est elu l'egalement Roi de Pol., grand Duc de Lithuanie S. A. E. emploiera de bonne foie aux premiers cours de l'Europe ses bons offices et la voye de la negociation, en faveur de la republique, sans l'engager, ou etre tenuë par quelque titre que cela puisse l'etre, de lui fournir de l'argent ou de la secourir et de l'etayer de son armée. (Dr. A.)

Der päpstliche Gesandte war nüchterner als sein Auftraggeber, er sah nur zu gut ein, dass jene Zeit, in welcher päpstliche Nuntien eine derartige erspriessliche Wirksamkeit entfalten konnten, vorüber war. Selbst aus dem Munde eifriger Katholiken hörte er die Worte: man wolle sich nicht den Befehlen des Papstes fügen und lasse sich nicht gebieten, einen König zu hassen oder zu lieben. Auch entsprach das Versöhnungswerk nicht den persönlichen Ansichten des Nuntius, der mit den Conföderirten sympathisirte und über deren Fortschritte die günstigsten Berichte nach Rom sendete. Seiner Meinung nach war das ganze Benehmen des Königs voll Lug und Trug, der trotz der oppositionellen Haltung, die er dem russischen Gesandten gegenüber zur Schau trug, mit demselben einverstanden sei. Auch schien es ihm unklug, gerade im gegenwärtigen Momente für den König einzutreten, da bekannt war, dass Frankreich nur die Absetzung desselben im Auge hatte und sich gerade deshalb der Conföderirten anzunehmen gewillt war.

Noch war die Generalconföderation nicht zu Stande gekommen. In Polen selbst liessen es die Russen dazu nicht kommen. Man wählte die an der polnischen Grenze gelegene Stadt Bielitz zum Centralorte aus. Auch hier fehlte es jedoch an der nöthigen Eintracht. Durch mannigfache Intriguen gelang es, die Wahl des Generalmarschalls der Conföderation auf Michael Krasinski zu lenken. Da dieser sich in der Türkei aufhielt, auch seine Anwesenheit daselbst für nothwendig erachtet wurde, übernahm Graf Pac die Functionen eines Generalmarschalls. Mühselig hatte man eine Einigung erzielt. Sie sollte nicht lange dauern. Noch vor Unterzeichnung des Einigungsactes trennte sich der Palatin von Massovien, Michael Mostowski, von den Genossen in Bielitz und häufte gegen Michael Krasinski die mannigfachsten Beschuldigungen. Fürst Sulkowski war darüber verstimmt, dass er bei der Wahl der Functionäre vollständig über-

gangen worden war; aus Rache suchte er jede weitere Zusammenkunft der Conföderirten durch Anstachelung eines österreichischen Generals zu hindern.[1])

Von der eigenen Kraft der Polen war das Befreiungswerk des Landes nicht zu erwarten. Davon abgesehen, dass die grosse Masse der Bevölkerung der grossen Sache fern blieb, herrschte unter den Leitern der Bewegung die grösste Uneinigkeit und die klaffendste Zwietracht. Der Gedanke der Unterordnung war und blieb den Polen fremd, die winzigen persönlichen Interessen der Einzelnen drängten sich überall in den Vordergrund. Kleinlicher Ehrgeiz und jämmerliche Eitelkeit machten sich breit und beeinträchtigten eine jede auf das grosse Ganze gerichtete Wirksamkeit. Der einzige Hoffnungsanker in diesem Wirrwarr von Meinungen und Tendenzen war auf das Dazwischentreten des Auslandes gerichtet. Seit Jahr und Tag war man in dieser Richtung, besonders in Constantinopel und Paris thätig. Krasinski wendete sich gleich in den ersten Wochen, nachdem die Conföderation von Bar in's Leben getreten war, an den Sultan mit der Bitte, dass der Grossherr dem Tatarenchan den Befehl geben sollte, gegen Russland vorzugehen. In Constantinopel war die Stimmung damals diesem Ansuchen nicht günstig. Dringend rieth man vom Bürgerkrieg ab, empfahl Mässigung und Vereinbarung mit den Russen.[2]) Der Bischof von Kaminiec begab sich nach Versailles. Polen, sagte er dem französischen Würdenträger, werfe sich Frankreich in die Arme; es wolle jeden König von Frankreich annehmen, einstimmig werde man die Erblichkeit aussprechen. Den Schilderungen der Polen zu Folge nahm das ganze Land an dem Aufstande Theil, eine bedeutende Armee

[1]) Herrmann, Geschichte des russischen Staates V. S. 466—70.

[2]) Vgl. Theiner a. a. O. 268, Bericht des Nuntius vom 18. Mai 1768.

war schon gebildet, mehrere andere im Bilden begriffen. Choiseul lehnte nicht ab, versprach eine Geldunterstützung und die Absendung eines Bevollmächtigten.

Ein Herr de Taulès wurde zu dieser Mission ausersehen. Ueber Ungarn nahm der Franzose seinen Weg. Nach mannigfacher Irrfahrt fand er den Grafen Potocki in der Nähe von Chotzim, die unter seiner Führung stehende Schaar wurde auf einige tausend Mann angegeben. Taulès überzeugte sich durch den Augenschein, dass es kaum so viel hundert waren. Fast ähnlich war es mit der Hauptarmee bestellt. Der französische Agent war scharfsinnig genug, sogleich zur Ueberzeugung zu gelangen, dass die Conföderation aussichtslos sei. Er erwartete vergebens Aufklärungen über einen geordneten Plan; man sprach ihm von einem Heere, von Munition und Artillerie, die doch nirgends sichtbar waren. „Ich habe in diesem Lande“, so lautet sein Bericht an das französische Ministerium“, nicht ein Pferd gefunden, das verdient hätte in die Ställe des Königs aufgenommen zu werden, und kehre daher mit dem Gelde zurück, weil ich keine Mähren kaufen wollte.“ [1]) Bei dieser Sachlage war die in Paris Anfangs vorhandene Bereitwilligkeit, der Conföderation eine belangreiche Unterstützung angedeihen zu lassen, rasch verflogen, um so mehr, da man sich auch überzeugt hatte, dass es nicht gelingen dürfte, Oesterreich für eine Betheiligung zu gewinnen.

Die Versailler Kreise wurden von polnischen Projectenmachern förmlich überlaufen. Mokranowski, Wielohorski, Rzewuski, Ożarowski verweilten längere Zeit in der französischen Hauptstadt. Jeder von ihnen repräsentirte die Republik, ohne die Berechtigung nachweisen zu können, im Namen der Nation zu sprechen.

Die Verlegenheit des französischen Premierministers

---

[1]) St. Priest Etudes literaires et politiques. S. 185.

stieg, als Stanislaus am Schlusse des Jahres 1769 in Folge des Senatsbeschlusses seinen Gesandten nach Paris sendete, mit der dringenden Bitte, zu Gunsten der Republik einige Schritte zu thun. Die in Paris anwesenden Polen brandmarkten ihre Landsleute als Verräther und gaben Choiseul den Rath, sich mit ihnen in keine Verhandlung einzulassen. Der französische Premier war unschlüssig, was nun zu thun sei. Vorläufig wollte er es nach keiner Seite verderben. Ein Agent begab sich in seinem Auftrage nach Teschen, um sich durch den Augenschein über den Stand der Angelegenheiten der Conföderirten zu unterrichten; gleichzeitig erhielt aber Stanislaus August durch Jakubowski die beruhigende Versicherung, dass das französische Ministerium seine Gegner nicht zu unterstützen gedenke, sich auch nicht damit beschäftige, einem Andern die Krone der Piasten zuzuwenden. Der König war ehrlicher, als sein Minister. Mokranowski, der Mitte 1769 zum zweiten Male und diesmal mit bestimmten Vorschlägen nach Paris kam, wurde von Ludwig gewarnt, an eine Entthronung des Königs von Polen zu denken, da er seine Hand nicht dazu bieten werde. Choiseul dagegen nahm die Vorschläge freundlich und beifällig auf, zeigte sich auch nicht abgeneigt Subsidien zu gewähren — es wurden zwei Millionen verlangt — und einen der sächsischen Prinzen zum Throne zu befördern.

Der französische Premier trug sich mit dem grossen Plane, eine grosse Coalition gegen Russland zu Stande zu bringen. Die Pforte befand sich schon, theilweise durch französische Einflüsterungen angestachelt, im Kampfe gegen die moskowitische Macht, in Stockholm entfaltete die französische Partei eine grosse Rührigkeit, in Wien und in Berlin war die Diplomatie geschäftig, um diese beiden Mächte zu gewinnen. Erst kurz zuvor waren die Verbindungen zwischen Frankreich und Preussen durch gegenseitige Beschickung mit Gesandten wieder in Gang gebracht

worden. Man unterhandelte über den Abschluss eines Handelsvertrages und wollte diese Gelegenheit ausbeuten, um Friedrich II. der Allianz mit Russland abspenstig zu machen. Der Preis war verlockend genug: König Friedrich sollte durch Ermeland und Curland geködert werden. [1]) Die Pläne Choiseul's, die Stellung Russlands zu erschüttern, konnten durch Unterstützung der Conföderirten grössere Vortheile abwerfen, als durch jene des wankelmüthigen, schwachen Königs von Polen; Choiseul trat mit den aufständischen Polen in Verbindung und verschmähte es nicht, zur Beschwichtigung des unglücklichen Monarchen, diesen Schritt mit einer Lüge zu bemänteln. Er habe, liess er Stanislaus August erklären, nur unter der Bedingung der Conföderation Hilfe zugesagt, nachdem diese das Versprechen gegeben, mit dem Könige Hand in Hand gehen zu wollen.

Anfangs 1770 erschien der Oberst Dumouriez bei den Conföderirten, mit ausgedehnten Vollmachten von Choiseul versehen. Ueber München und Wien hatte er sich nach Eperies in Ungarn begeben, wo sich der Generalrath der Conföderirten befand. Der Franzose war nichts weniger als erbaut, nachdem er einen Einblick in das Thun und Treiben der Conföderirten gewonnen hatte. Die sogenannten Führer machten einen grossen Aufwand, vertändelten die kostbare Zeit mit Gastereien, Pharaospiel und Tanz. Die Truppenmacht belief sich auf 16—17.000 Mann unter mehreren unabhängigen Führern, die gegen einander voll Misstrauen waren, sich gegenseitig befehdeten und einander die Truppen abspenstig zu machen suchten. Es war grösstentheils Cavallerie, ohne Kriegszucht, ohne Gehorsam, schlecht bewaffnet und beritten, in einem regelmässigen Kriege Widerstand zu leisten unfähig. An Geschütz und Fussvolk fehlte es ganz und

---

[1]) Eigenhändige Depesche Friedrich's an Solms vom 15. März 1769. (B. A.)



gar. Von einem einheitlichen Plane war keine Spur zu finden. Dumouriez war eifrigst bemüht, dem Mangel abzuhelfen. Von Frankreich kamen Officiere, insbesondere Artilleristen, 4000 Mann Infanterie hatte Karl von Sachsen versprochen, die Bildung eines zahlreichen Fussvolkes wurde in Angriff genommen, ein gut gefugter Kriegsplan entworfen.

Der Sturz des Herzogs von Choiseul war ein harter Schlag für die Conföderirten; sein Nachfolger, der Herzog von Aiguillon, liess zwar den Conföderirten die versprochenen Hilfsgelder, 6000 Ducaten, auszahlen, aber sonst kehrte er sich von den politischen Plänen seines Vorgängers ab. Auch gelang es Dumouriez nicht, die einzelnen Führer zum Aufgeben ihrer selbstständigen Pläne zu bewegen. Niemand wollte dem andern gehorchen, keiner sich unterordnen. Man schämte sich nicht, bei den auswärtigen Mächten um Geld zu betteln, betrachtete es aber als eine Schande für den Adel, sich den Anordnungen eines Fremden zu fügen. Man übertrug die Begriffe von politischer Unabhängigkeit der Einzelnen, die doch den Ruin des Landes herbeigeführt, auf das militärische Gebiet, wo nur durch Zucht und Ordnung Erfolge zu erzielen sind. Täglich bereit für das Vaterland sein Leben in die Schanze zu schlagen, hatte der Pole nicht die Selbstentsagung, um sich dem Genossen zu beugen.

Die Beilegung der polnischen Wirren hing von dem Ausgange des Türkenkrieges ab. Verlief dieser ungünstig für die russischen Waffen, dann musste man in Petersburg auf alle Errungenschaften des letzten Jahres Verzicht leisten. Errang Russland den Sieg, so gerieth die Republik in noch grössere Abhängigkeit von der moskowitischen Macht. Dies erkannte man in Petersburg ganz wohl und rüstete mit aller Energie, nachdem die Vermittlungsversuche gescheitert waren. Die Feindseligkeiten begannen schon im Winter 1769 durch den Einfall des Tatarenchans, Krimgirai. Mit dem grössten Theil seines aus 100.000 Mann bestehenden

Heeres drang er in Neuservien vor. Es war ein Vernichtungszug. In den Grenzgebieten wurden beinahe 150 Dörfer in Asche gelegt, über 40.000 Menschen sammt ihren Heerden weggeführt. Ein weiteres Resultat hatte dieser Zug nicht. Russen waren nirgends zu sehen, die festen Plätze wurden nicht angegriffen. Schon nach einigen Wochen trat der Chan seinen Rückzug an, entliess seine Schaaren, um sich von den mühseligen Anstrengungen des kurzen Streifzuges zu erholen. Einen Monat später war er nicht mehr unter den Lebenden, wie man erzählt, durch Gift hinweggerafft, welches sein Arzt ihm überreicht haben soll.[1])

Im Frühjahre brach der Grossvezier in langsamen Märschen gegen die Donau auf. Die russische Armee, welche der Führung des Fürsten Alexander Michailowitsch Galitzin anvertraut war, war Mitte April an der Donau angelangt und wagte am letzten Tage des Monats einen Angriff auf die Festung Chotzim, der jedoch abgeschlagen wurde und den russischen Feldherrn zum Rückzuge über den Dniester nöthigte. In vollster Unthätigkeit vergingen die nächsten Wochen. Der mittlerweile an der Donau angelangte Grossvezier liess die Zeit unnütz verstreichen. Auch die Russen unternahmen nichts. Erst Ende Juli versuchten sie zum zweiten Male einen Angriff auf Chotzim, mit demselben Resultate wie im April. Der Grossvezier begnügte sich mit diesem kleinen Erfolge; die Russen in ihrem Lager aufzusuchen wagte er nicht und verzettelte die Zeit mit einem nutzlosen Zuge gegen Bender. Der Sultan berief ihn zurück und bestrafte seine kriegerische Unfähigkeit nach Jacobinerart mit dem Tode. Sein Nachfolger, Moldawandschi Ali-Pascha holte sich die erste bedeutende Niederlage. Der Nachtrab seines von der Hauptarmee getrennten Hee-

---

[1]) Hauptwerk: Tott Memoires II. p. 131—201. Vgl. auch Zinkeisen V. 919 und Herrmann V. 609.

res wurde von den Russen gänzlich vernichtet. Die Entmuthigung im türkischen Heere war eine allgemeine; in hastiger Flucht eilte es über die Donau zurück und löste sich, ohne einen weiteren Schlag zu wagen, auf. Chotzim fiel den Russen in die Hände. Die Besetzung der Moldau war die Frucht dieser Erfolge; die mit den Russen sympathisirende Bevölkerung begrüsste dieselben mit Jubel. In den nächsten Wochen wurde auch die Hauptstadt der Wallachei von den Russen besetzt, der Rest des Landes beim Beginne des nächsten Frühjahres, nachdem ein türkisches Herr bei Giurgewo geschlagen worden war, unterworfen. Hier hatte der unmittelbar vor Ausbruch des Krieges von der Pforte eingesetzte Hospodar, Gregor Ghika, an der Bildung einer russisch gesinnten Partei im Einverständnisse mit der Geistlichkeit mit Erfolg gearbeitet. Auch in Asien waren die russischen Waffen während des Feldzuges vom Glücke begünstigt.

Das Jahr 1770 erschien. Man machte während des Winters in Russland die gewaltigsten Anstrengungen, um beim Beginne des Frühjahres den Kampf mit erneuter Energie aufzunehmen. Catharina trug den Kopf hoch; sie spottete über Choiseul, dem sie den Besitz einiger wichtigen Orte zu danken hatte. [1]) Nicht blos zu Lande sollte im Frühjahre der Kampf erneuert werden, auch die Flotte war dazu ausersehen Lorbeeren zu ernten und zu dem Ruhme der Monarchin einen neuen Kranz hinzuzufügen. Der alte Plan, die Befreiung der griechisch-christlichen Bevölkerung von dem muselmännischen Joche, beschäftigte schon im Jahre 1769 die Kreise der nordischen Residenz. Alexis Orlow befürwortete

[1]) Elle trouve plaisenter sur le remerciment qu'Elle devoit au Duc de Choiseul de lui avoir procuré par ses intrigues la possession de trois forteresses, celles de Chotzim, d'Azof et de Tagenrog. Solms am 25. Sept. u. 6. Oct. 1769. (B. A.)

eifrig die Ausführung. Schon im Jahre 1765, als man den Ausbruch eines Krieges mit der Pforte befürchtete, hatte man Verbindungen angeknüpft, die seitdem nicht abgebrochen worden waren. Die griechische Bevölkerung war dem Unternehmen günstig. Im Jahre 1769 hatte Orlow eine Besprechung mit den Häuptern aus der Maina und Rumelien zu Pisa. Die Zusage, zu den Waffen zu greifen, sobald russische Truppen auf der Halbinsel erscheinen würden, wurde gegeben. [1])

Das gross angelegte Unternehmen scheiterte vollständig. Die Vernichtung der türkischen Flotte bei Tschesme (5. Juli 1770) war der einzige Erfolg, dessen sich die Russen rühmen konnten. Die Niederlage der Türken war allerdings eine gewaltige, seit Lepanto die grösste; allein sonst erzielten die Russen weder auf dem Festlande noch in den griechischen Gewässern irgend ein bedeutendes Resultat. Ein Versuch, die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erzwingen, scheiterte, da die Pforte eiligst die daselbst befindlichen Befestigungswerke durch den Freiherrn v. Tott in Vertheidigungszustand setzen liess und die Beschiessung derselben fruchtlos blieb.

Desto glänzender waren die Erfolge der Donauheere. Der Tatarenchan Kaplan Girai erlitt durch Rumänzow am 18. Juli eine gänzliche Niederlage und etwa 14 Tage später ereilte dasselbe Geschick am Kaghul den neuen Grossvezier Chalil Pascha, der an Feldherrntalent seinen Vorgänger nicht überragte. Die Türken, an Truppenzahl den Russen weit überlegen, ergriffen beim ersten Stosse die Flucht; der Fall Ismail's, Kilia's, Bender's, Akjerman's und Brailow's, die in den nächsten Monaten von den Russen besetzt wur-

[1]) Rulhière widmet der Auseinandersetzung dieser Verhältnisse ein umfangreiches Capitel seines Werkes, welches jedoch vielfach der Revision bedürfte.

den, war die Frucht dieser Siege. Nur Oczakow hielt tapfer Stand. Die Herrschaft in der Moldau und Wallachei war gesichert, die tatarische Bevölkerung zwischen Donau und Dniester erkannte die Oberhoheit der Czarin.

Die bedeutenden Fortschritte der russischen Waffen erregten fast aller Orten Staunen und Verwunderung. Allgemein war es bekannt, dass die früher furchtbare Türkenmacht ihren Zenith längst überschritten, und die Unfähigkeit der Herrscher war eine notorische Thatsache. Aber die Ereignisse der letzten Jahre übertrafen alle Erwartung. Die Freunde Russlands hatten solche Erfolge nicht für möglich gehalten, und jene, deren Sympathien auf Seite des Halbmondes standen, ohne die militärischen Kräfte der Pforte zu überschätzen, waren überrascht über den trostlosen Marasmus, welchen das türkische Staatswesen offenbarte. Choiseul wartete nur auf die ersten bedeutenderen Erfolge der Türken, um zu ihren Gunsten einen Schritt zu thun; vielleicht wäre es der französischen Staatskunst gelungen, die Zurückhaltung der Wiener Kreise zu brechen. Selbst wenn Choiseul am Ruder geblieben wäre, war nun an eine Unterstützung der Pforte nicht zu denken. Düster blickte man an der Donau in die Zukunft; die Nachbarschaft des russischen Adlers war gerade keine angenehme Perspective. Auch Friedrich kamen die Siegesberichte aus der russischen Hauptstadt ungelegen; mit dem ihm gewöhnlichen Scharfblicke erkannte er, dass jede von Russland gewonnene Schlacht das Friedenswerk nicht nur erschwerte, sondern wahrscheinlich einen europäischen Krieg in seinem Schosse barg, dem vorzubeugen sein eifrigstes politisches Bemühen war.

Und doch waren dem Wiener Staatsmanne die Hände gebunden, so lange die Bundesgenossenschaft Russlands mit Preussen unerschüttert fortbestand, und die Friedensbestrebungen Friedrichs mussten resultatlos bleiben, wenn

Russland es ausschliesslich mit der Bekämpfung der Türken zu thun hatte, ohne das Dazwischentreten einer dritten Macht fürchten zu müssen, Gründe genug, um in Wien und Berlin allmälig trotz aller noch bestehenden Abneigung das tiefe Bedürfniss nach einer Verständigung fühlbar zu machen.

Siebentes Capitel.

Oesterreich und Preussen.

Vielfach wurde behauptet, dass die Massnahmen Russlands in Polen eigentlich von Friedrich angeregt worden seien. Diese Ansicht ist nicht richtig, mindestens nicht in ihrem ganzen Umfange. Denn gerade in Bezug auf Polen bestanden zeitweilig Differenzen zwischen Berlin und Petersburg. Friedrich billigte es vollkommen, wenn der russische Gesandte in Warschau angewiesen wurde, nicht die geringste Verfassungsänderung zu gestatten und allen Reformversuchen entgegenzutreten; er selbst trug durch seine Erörterungen viel dazu bei, dass Panin seine frühere Ansicht, die innerhalb bestimmter Grenzen eine Kräftigung der königlichen Gewalt zulassen wollte, modificirte. Dagegen vertrat Friedrich in der Dissidentenfrage einen abweichenden Standpunkt. Er bestritt Russland das Recht, der Republik in dieser Richtung Vorschriften zu machen. Alle seine Bemühungen jedoch, einer gemässigteren Auffassung zum Durchbruche zu verhelfen, blieben fruchtlos. Nicht an dem Minister, an der Kaiserin prallten alle wohlgemeinten Vorschläge ab, und Panin erwiderte in stereotyper Weise auf alle Vorstellungen, die Friedrich durch seinen Gesandten machen liess: die Czarin könne nicht mehr zurück. Auch der Hinweis des Königs auf die Rüstungen Oesterreichs, wovon viele Berichte meldeten, verschlug in Petersburg nicht. Man fürchte einen Krieg mit Oesterreich nicht, setzte Panin dem Grafen Solms aus-

einander, wenn man in Wien die Religion zum Vorwande nehmen würde, um den Polen eine Unterstützung angedeihen zu lassen, werde man in Ungarn und Siebenbürgen die Griechen aufwiegeln. Panin ermangelte nicht hinzuzufügen, dass Russland für den Fall eines Krieges mit Oesterreich die Unterstützung Preussens beanspruche.

Die Nachrichten von kriegerischen Tendenzen Oesterreichs und Frankreichs hatten in Petersburg in der Regel nur die eine Wirkung, dass sodann das von der Czarin seit jeher in's Auge gefasste Project einer nordischen Liga wieder aufgenommen wurde, um der österreichisch-französischen Allianz, die man für inniger hielt als sie eigentlich war, entgegengestellt zu werden. Der Plan war ein umfassender. Russland, Preussen, England, Holland, Dänemark und Schweden sollten die Mitglieder dieses grossen nordischen Bündnisses bilden; auch Sachsen und einige kleine deutsche Fürsten hoffte man herbeiziehen zu können. Den entschiedensten Gegner fand dies Project an Friedrich. In Petersburg befürwortete man insbesonders eine Annäherung zwischen Preussen und England, mit welch' letzterem man gerade in Verhandlungen über den Abschluss eines neuen Tractates stand. Auf das Bündniss mit dem Inselstaate legte Panin grossen Werth, nicht blos mit Rücksicht auf Frankreich, sondern weil er eine materielle Unterstützung an Geld erwartete, welches die russische Politik in Polen, Dänemark und Schweden nur zu sehr bedurfte.

König Friedrich war speciell einer Allianz mit England nicht geneigt, davon abgesehen, dass er von vornherein die Möglichkeit bestritt, die verschiedenen Staaten zu einem Bunde zu vereinen. In Petersburg verzichtete man nicht so leicht auf einen Gedanken, der nicht blos in politischen Combinationen, sondern auch in den persönlichen Antipathien der Czarin gegen die Versailler Staatsmänner wurzelte. Saldern erhielt im Jahre 1766 die Mission, sich nach

Berlin, Kopenhagen und Stockholm zu begeben, und man knüpfte an seine Sendung die Hoffnung, dass es ihm gelingen werde die Bedenken König Friedrichs zu zerstreuen. Der Widerstand Friedrich's gegen eine Verbindung mit England war jedoch nicht zu brechen. Ihm genügte seine Defensivallianz mit Russland als Garantie für die Erhaltung der Ruhe, offensive Tendenzen lagen ihm fern. Die Verpflichtungen, die ihm der Vertrag mit Russland auferlegte, hatte er bisher getreulich erfüllt und sich fast manchmal mit Widerwillen zur Unterstützung der russischen Forderungen in Warschau hergegeben. Saldern, der sich herausnahm, einen etwas herrischen Ton anzuschlagen, erhielt von dem Könige die Antwort, dass er stets der Freund der Russen, aber niemals ihr Diener sein werde.[1])

So sehr man in Petersburg dem Rathe Friedrich's in allen bedeutsamen Fragen lauschte, in den polnischen Angelegenheiten verfolgte die Czarin unverrückt und unbeirrt ihr Ziel: die unbedingte, widerspruchslose Herrschaft Russlands für die Dauer aufzupflanzen. Ein Widerstand war nicht zu erwarten, so lange die Polen, sich selbst überlassen, auf die Unterstützung einer auswärtigen Macht nicht rechnen konnten. Die eitlen Bemühungen Frankreichs verlachte man an der Neva, und gegen Oesterreich war Preussen ein sicherer Bundesgenosse. Gerade um die Zeit, als die russische Politik sich in Warschau hart am Ziele wähnte und alle Vorbereitungen zu einem günstigen Erfolge getroffen waren, verbreiteten sich eine Anzahl Gerüchte, die in Petersburg die Aufmerksamkeit auf den Donaustaat hinlenkten. Fast allgemein hiess es, dass in Oesterreich gewaltig gerüstet werde. Kaiser Josef's Bestrebungen um Ausbildung der Militär-

[1]) Die Depesche Saldern's, abgedruckt bei Smitt, Frédéric II et Catharine II. S. 101; hiemit zu vergleichen die zahlreichen Depeschen des Königs über diesen Gegenstand. Forschungen IX. S. 167 ff.

macht mögen dazu den Anlass gegeben und Friedrich's Darstellungen über die kriegerische Stimmung in Wien diesen Glauben befestigt haben. Russland nahm für den Fall eines Eingreifens Oesterreichs die Mitwirkung Preussens in Anspruch. Dem Könige blieb keine andere Wahl, als die Zusage zu ertheilen und sich eine entsprechende Entschädigung zusichern zu lassen. In Petersburg war man ohne Zögern einverstanden, und deutete auch an, auf wessen Kosten sie erfolgen sollte.[1]) Der König kam einer Aufforderung nach, und sendete den Entwurf eines Vertrages im Februar nach Petersburg.[2]) Preussen übernahm hiernach in Warschau keine weitere Verpflichtung, als Russland in activer Weise zu unterstützen, und ehe noch der Vertrag zum Abschlusse gelangte, erhielt Benoit den Auftrag, gemeinschaftlich mit dem russischen Botschafter eine Declaration zu überreichen. Im Falle jedoch Oesterreich sich der Katholiken annehmen und in Polen Truppen einrücken lassen würde, verpflichtet sich Preussen mit seiner ganzen Macht eine Diversion in österreichisches Gebiet zu machen, wogegen Russland durch ein Hilfscorps, erforderlichen Falles auch durch seine gesammte Armee den König zu unterstützen übernahm, wenn ein Angriff Oesterreichs gegen Preussen erfolgen sollte. Die Kaiserin verlangte überdies noch die Hinzufügung eines Artikels, welcher den König auch zur Unterstützung für den Fall verpflichten sollte, wenn ein Krieg mit der Pforte ausbrechen würde.[3]) Friedrich fügte sich dem Ansinnen, brachte jedoch die Modification

[1]) Mr. de Panin m'a repeté expressement que l'Imp. sa Souveraine desiroit de Vous le faire trouver sur le compte de la Puissance ennemie qui auroit engagé la guerre et qu'elle l'entendoit aussi, de ne pas poser les armes avant de l'avoir effectué etc. Solms am 15./26. März 1767, in ähnlicher Weise schon früher am 12. Febr. 1767. (B. A.)

[2]) Finkenstein und Herzberg legten denselben am 29. Januar 1767 dem Könige vor.

[3]) Depesche von Solms vom 5./16. März 1767 aus Moskau (B. A.)

an, nur dann zu einer Hilfeleistung gegen die Pforte verbunden zu sein, wenn diese der angreifende Theil sein würde. [1])

Dem weiteren Drängen Russlands, durch Demonstrationen und Zusammenziehung von Truppen an der polnischen Grenze sein Einverständniss zu bethätigen, setzte Friedrich fortwährend hartnäckigen Widerstand entgegen. Man möge ihn in Ruhe lassen, schrieb er an Solms, er habe nicht den geringsten Vorwand sich in die polnischen Händel tiefer einzumischen; er habe die Allianz mit Russland geschlossen, den Frieden zu erhalten, nicht aber ihn zu brechen. [2]) Nur in einem Falle war er geneigt, seine Unterstützung nicht zu entziehen, wenn die Polen beabsichtigen sollten, ihre Verfassung zu ändern.

Panin wünschte, Preussen möge in ähnlicher Weise wie Russland die Garantie der mit dem polnischen Reichstage vereinbarten Verfassung übernehmen. Der König lehnte Anfangs, als dieser Gegenstand zur Sprache kam, auf Anrathen seines Gesandten in Petersburg ab, zeigte sich aber später nicht abgeneigt, darauf einzugehen, auch gegen den Abschluss einer Allianz mit der Republik erhob er keine Einwendung. Nur darauf beharrte er consequent, dass die Regierungsform in Polen eine Aenderung nicht erleiden dürfe. [3]) Man trug sich in Petersburg mit dem Plane, dem Könige von Polen einen ständigen Rath an die Seite zu stellen. Friedrich war entschieden dagegen. Er befürwortete eine Auflösung der Commissionen für Krieg und Finanzen

---

[1]) Die Darstellung beruht auf Actenstücken des Berliner Archivs; Acta, betreffend die zwischen Sr. k. Majestät und der russ. Kaiserin eschlossenen geh. Convention.

[2]) Immediatdepesche an Solms vom 30. Oct. 1767. (B. A.) und P. S. 6. Nov. 1767 an Solms. J'ai conclu mon alliance avec la Russie pour conserver la Paix, mais non pour la rompre.

[3]) Immediatdepesche an Solms vom 6. u. 9. Januar 1768. (B. A.)

und die Wiedereinräumung der Befugnisse derselben an den Kronfeldherrn und den Grossschatzmeister, deren Wirkungskreis im Jahre 1764 beschränkt worden war; auch die ökonomischen Angelegenheiten sollten seiner Meinung nach nur durch Einstimmigkeit entschieden werden. Die wichtigsten Aenderungen in der Verfassung, die auf dem polnischen Reichstage des Jahres 1767 von Russland durchgesetzt wurden, hatte Friedrich angeregt, und die wiederholten Vorstellungen des Königs über die gefährlichen Folgen, die eine Stärkung der königlichen Macht und die Abschaffung des *liberum veto* nach sich ziehen würde, fanden in Russland ein um so geneigteres Gehör, nachdem man sich überzeugt hatte, dass Stanislaus August sich nicht vollständig dem Willen Russlands fügte und die Czartoryski offen und geheim den russischen Plänen Widerstand entgegensetzten.

Seit dem Ausbruche des Bürgerkrieges redete Friedrich versöhnlichen Schritten das Wort. Vom Anfang an hatte er eine Ahnung von den ernsten Verwickelungen, welche die Conföderation von Bar nach sich ziehen würde. Als er noch keine genauen Nachrichten über die grosse Theilnahme hatte, welche dieselbe in allen Schichten fand, nahm er an, dass die der Republick zur Verfügung stehenden Truppen hinreichen werden, die Empörung zu bewältigen, und er zweifelte nicht darau, dass Stanislaus August seine energische Mitwirkung nicht versagen werde. Seiner Ansicht nach sollte daher Repnin sich vollkommen passiv verhalten, weil die Türkei leicht diesen Anlass ergreifen könnte, an Russland den Krieg zu erklären.[1]) Die Berichte seines Gesandten in Warschau klärten ihn bald über den eigentlichen Stand der Dinge auf. Ganz Polen ist von dem Dämon der Revolte besessen, meldete Benoit schon Anfangs

[1]) Immediatdepesche an Benoit vom 13. April 1768. (B. A.)

April. Nun rieth der König in Warschau und Petersburg zur Beilegung der Wirren, gleichgiltig durch welche Mittel man so rasch als möglich dieses Ziel erreiche. [1]);

In manchen Momenten empfand er über die Verlegenheit der Russen, die sie sich durch ihr unkluges Vorgehen zugezogen, eine kleine Freude, ein anderes Mal bezeichnet er als das beste Resultat, welches für Preussen aus diesen Wirren erwachsen würde, dass die Polen nicht sobald daran denken werden, Handel und Industrie zu pflegen. Unter den grossen Sorgen des Tages vergass er auch die materiellen Interessen seines Landes nicht und trug Benoit auf für den Verschleiss preussischen Tabaks bei den russischen Truppen Sorge zu tragen.

Friedrich's Haltung der Republik gegenüber war einzig und allein durch politische Motive geleitet. Preussen war grossen Gefahren ausgesetzt, wenn in unmittelbarer Nähe das Sarmatenreich seine eigene Hilflosigkeit bemeisterte und ein geordnetes, gelenkig gefugtes Staatswesen an der Weichsel den chaotischen Wirrwarr überwand. Die alte Tradition Brandenburgs wurde von dem Könige festgehalten; es ist kein neuer Gedanke, den er durch seine polnische Politik einführte, höchstens könnte man sagen, dass er rücksichtsloser und consequenter als seine Vorgänger daran festhielt. Die dominirende Stellung Russlands kam auch ihm zu Gute, so lange die russische und preussische Allianz fortbestand, und der Gedanke von der Nothwendigkeit derselben hatte im Laufe der Jahre bei dem Könige an Boden gewonnen. Innerlich verachtete er die Barbaren, auf welche die poli-

[1]) Immediatdepesche vom 5. Mai 1768. Je souhaiterois bien qu'on peut trouver moyen d'y pacifier les troubles et peu importe de quelle manière qu'on y parvint, pourvu qu'il fut possible de les appaiser, u. am 22. Mai: Le plus avantageux selon mon avis seroit de tacher s'accomoder a l'aimable avec les Polonais sur les griefs qu'ils pretendent avoir. (B. A.)

tische Constellation ihn hinwies, und in manchen Momenten beschlich ihn die Furcht, dass die nordische Macht seinem Staate gefährlich werden könnte. Nur die Erwägung gewährte ihm dann einen Trost, dass die Dinge nicht besser würden, wenn Russland in innigster Verbindung mit Oesterreich stünde.[1])

Der Ausbruch des russisch-türkischen Krieges bereitete dem Könige schwere Sorgen. Wir steuern einer grossen Krise zu, schrieb er an seinen Bruder, und man wird sich glücklich schätzen müssen, mit heiler Haut herauszukommen. [2]) Von welchem Standpunkte er auch die möglichen Wechselfälle betrachtete, er sah nicht rosig in die Zukunft. Selbst wenn Oesterreich und Frankreich den orientalischen Wirren gegenüber sich vollständig passiv verhielten, an ihn selbst trat die harte Verpflichtung heran, den Bedingungen seines Tractates mit Russland genüge zu leisten. Das Opfer wurde ihm sehr schwer. Er musste sich entschliessen, entweder ein Hilfscorps zu stellen, oder Subsidiengelder im Betrage von 480.000 Thaler zu bezahlen. Er schwankte keinen Moment letzteres vorzuziehen.

Solms erhielt die Weisung, die russischen Kreise zur Annahme von Geld zu bewegen. Friedrich stellte vor, dass er auf diese Weise seine Macht zusammenhalte, um nöthigenfalls, wenn Frankreich oder irgend ein anderer Staat sich in die polnischen Angelegenheiten einmischen wollte, entgegentreten zu können. Panin theilte Anfangs die Ansicht des Königs nicht; längere Zeit betonte er, dass wenn man sich in Petersburg mit Subsidien begnügen würde, die Gegner der preussisch-russischen Allianz die Nutzlosigkeit derselben hervorheben könnten. In Wahrheit war er Anfangs darüber im Unklaren, ob die russischen militärischen Kräfte ausreichen dürften, um gleichzeitig gegen die Pforte den Krieg mit

[1]) Friedrich an Finkenstein, 4. November 1767. (B. A.)

[2]) An Heinrich 3. Dec. 1768. Oeuvres T. XXVII. S. 312.

Energie zu führen und in Polen das Feld gegen die Conföderirten zu behaupten. Allmälig befreundete er sich mit dem Vorschlage Friedrichs, dem ein Alp vom Herzen fiel, als er endlich hierüber beruhigt wurde.[1])

Momentan brauchte der König seinem Lande nur ein Geldopfer aufzuerlegen. Allein es stand allem Anscheine nach zu befürchten, dass der Krieg weitere Dimensionen annehmen werde. Von Frankreich wusste man es bestimmt, dass es in Constantinopel zum Ausbruche des Kampfes beigetragen, von Oesterreich nahm man als sicher an, dass es mit dem Alliirten im Bunde sei. Betheiligte sich aber der Donaustaat an dem Kriege, dann konnte Friedrich nicht passiver Zuschauer bleiben. Für diesen Fall wünschte er denn doch nicht ganz ohne Nutzen für sich das Schwert für Russland ziehen zu müssen. In der Verlängerung des erst 1772 ablaufenden Vertrages mit Russland auf weitere zehn Jahre sah er eine Entschädigung für diejenigen Dienste, die er etwa Russland würde leisten müssen.

Schon Ende 1768 gab er der Kaiserin den Wunsch nach Erneuerung des Vertrages zu erkennen. Catharina drückte ihre Freude darüber aus und überliess es Friedrich, einen Entwurf auszuarbeiten, der bei den Verhandlungen als Grundlage dienen sollte.[2]) Ende Januar 1769 wurde derselbe nach Petersburg gesendet. Der Hauptvertrag bestand in einer wörtlichen Wiederholung des bestehenden Tractates von 1764; der Schwerpunkt lag auch hier, wie damals, in den geheimen Artikeln, deren er fünf enthielt. Hiernach verpflichtete sich Friedrich zur Erhaltung Stanislaus August's auf dem Throne und zum Schutze der polnischen Verfassung; in einem zweiten Ar-

[1]) Vrgl. den Brief Friedrich's an Heinrich vom 8. März 1769 a. a. O.

[2]) Depesche von Solms vom $\frac{\text{23. Dec. 1768}}{\text{3. Januar 1769.}}$ (B. A.)

tikel wurde die Convention von 1767 bekräftigt; bezüglich Schwedens wurde die Aufrechthaltung der Verfassung stipulirt, wenn es aber zu einem Kriege kommen sollte, eine neue Vereinbarung in Aussicht genommen. Dagegen verlangte der König die Garantie der von ihm schon 1752 getroffenen und mit den Mitgliedern seines Hauses vereinbarten Bestimmung, dass die beiden Markgrafthümer Anspach und Bayreuth bei ihrem Heimfalle an das Haus Brandenburg mit der Krone Preussens verbunden werden sollen. Um die russischen Staatsmänner mit den preussischen Vorschlägen zu befreunden, wurden in einem besonderen Schriftstücke die Vortheile einer Allianz mit Preussen in's helle Licht gesetzt. Friedrich legte dar, dass wenn zwischen Russland und Oesterreich einerseits und zwischen Preussen und Frankreich andererseits eine Allianz bestünde, Russland eine geringe Unterstützung von Oesterreich erhalten könnte, weil dieses befürchten müsste, von Frankreich in den Niederlanden und Italien angegriffen zu werden.[1]) Dagegen gewähre die Allianz mit Preussen dem russischen Staate grosse Vortheile, besonders könnten Dänemark und Preussen in Schweden thätig sein, um zu verhindern, dass diese Macht sich Frankreich in die Arme werfe. Mit grosser Gewandtheit ist gerade dies Argument herausgegriffen, da die Bestrebungen in Stockholm zur Aenderung der Verfassung dem russischen Staatsmanne grosse Sorgen machten.

In gewohnter Weise liess sich Panin Zeit, ehe er das Gegenproject fertig hatte. Im Allgemeinen stimmte er mit den vom Könige hervorgehobenen Gesichtspunkten überein. Die an den Tag gelegte Bereitwilligkeit, mit Russland gegen Schweden gemeinsame Sache zu machen, fand grossen Anklang. Panin wünschte jedoch einige tief einschneidende

---

[1]) Considerations sur l'alliance des Autrichiens ou des Prussiens avec le Russie, laquelle est plus aventageuse à cette derniere puissance, lorsqu'elle est en guerre avec les Turcs. (B. A.)

Aenderungen; namentlich sollte Preussen für den Fall eines allgemeinen Krieges bindendere Verpflichtungen übernehmen. [1]) Erst Anfangs Mai war das russische Elaborat fertig. Die angebrachten Modificationen gingen über die gemachten Andeutungen weit hinaus. Zunächst forderte man, dass Preussen mit Dänemark gemeinschaftlich für den Bestand der gegenwärtigen schwedischen Verfassung zu wirken habe; ferner sollte Friedrich die Verpflichtung einer militärischen Hilfeleistung übernehmen, wenn Sachsen in Polen Truppen einrücken lassen würde, um die Wahl eines Prinzen seines Hauses zu unterstützen; endlich sollte Friedrich noch die Beschützung der Dissidenten in ihren erworbenen Rechten übernehmen. Dafür wurde dem König der Besitz der Markgrafthümer, „in sofern derselbe mit dem Reichsgesetze nicht im Widerspruch stand", garantirt. [2]) Die Dauer der Allianz, die Friedrich auf zehn Jahre geschlossen wissen wollte, wurde auf acht beschränkt.

Friedrich war höchst unwirsch, als er die russischen Ansprüche kennen lernte. Gleich nach dem Empfange der Berichte seines Gesandten schrieb er unter dem ersten Eindrucke: man mache sich in Petersburg über ihn lustig, jede Allianz beruhe auf Gegenseitigkeit, die hier nicht eingehalten werde, man fordere viel und gewähre nichts. [3]) Unter diesen Bedingungen wollte er von einer Erneuerung des Tractates

---

[1]) Mais, sagte Panin, comme cette situation etoit susceptible de changement et pourrait faire naitre des evenemens, qui rendroit cette guerre plus etendue, et peut être generale dans l'Europe, il seroit necessaire de se concerter d'avance et de concerter des mesures a prendre en pareille ocassion. Solms am 6./17. Febr. 1769. (B. A.)

[2]) Depesche von Solms vom $\frac{\text{28. April}}{\text{9. Mai}}$ 1769 und das russische Contreproject. (B. A.) Die beschränkenden Worte bei der Garantie der Markgrafthümer lauteten: et conformement aux loix de l'Empire.

[3]) Friedrich an Solms, 24. Mai 1769. (B. A.)

mit Russland nichts wissen. Die Leute werden schon kommen, schrieb er an Solms, durch die in Petersburg hinzugefügte Clausel bleibe Alles dem Belieben Russlands anheimgestellt, Kaiser und Reich könnten leicht bei der confusen, sich widersprechenden Reichsgesetzgebung Schwierigkeiten machen. Auch die Fassung des Schweden betreffenden Artikels konnte Friedrich nicht annehmen; er sollte sich verpflichten allen jenen Massnahmen beizustimmen, die Russland und Dänemark zu ergreifen für gut befinden würden.[1]) Panin wäre geneigt gewesen einzulenken, aber er fand am Hofe Widerstand. Orlow war gegen jede Uebernahme einer Verpflichtung bezüglich der Markgrafthümer. Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, und Friedrich hatte keine Gründe zu drängen. Sein Vertrag mit Russland lief erst in dritthalb Jahren ab, Eile that nicht Noth. Noch ein anderes Motiv bestimmte ihn, die Verhandlung hinauszuschieben. Seine Zusammenkunft mit Josef stand bevor. Vor Allem wünschte er die Pläne und Absichten des Kaisers kennen zu lernen. Vielleicht bot eine Verständigung mit Oesterreich grösseren Vortheil.[2]) —

Die Politik des österreichischen Staatskanzlers war in diesen Jahren eine vollständig zurückhaltende. Kaunitz konnte die Niederlage, welche er bei der polnischen Königswahl erlitten, nicht verwinden. Viel zu sehr gewohnt eine tonangebende Rolle zu spielen, sah er sich zur Unthätigkeit verurtheilt. In einer der bedeutsamsten, die Monarchie tief berührenden Frage, in der polnischen, konnte Oesterreich das Gewicht seines Wortes und seiner Macht nicht zur Geltung bringen. Zumeist waren es unrichtige Voraussetzungen und Hypothesen, die Kaunitz in ihrem Kreise festhielten und eine nüchterne, unbefangene Auffassung nicht

---

[1]) Ministerialdepesche Ende Mai 1769. (B. A.)

[2]) Friedrich an Finkenstein vom 3. August eigenhändig. (B. A.)

aufkommen liessen. Der Gedanke von der „unruhigen Gesinnung“ Preussens spukte unaufhörlich in seinem Kopfe. Bei ihm stand es felsenfest, dass Friedrich's Politik nur die Vernichtung Oesterreichs im Auge habe. Die Allianz mit Frankreich hatte desshalb für ihn nichts von ihrem Werthe verloren. Scharfsinnig genug, um die in Versailles in einigen Kreisen gegen Oesterreich herrschende Stimmung zu ahnen, liess er keine Gelegenheit vorübergehen, ohne die Bedeutung der österreichisch-französischen Allianz gebührend hervorzuheben und alle dagegen etwa auftauchenden Bedenken zu zerstreuen. Fortwährend erörterte er die Frage, ob in Paris nicht etwa die Ansicht durchschimmere, dass die Allianz mit Preussen für Frankreich vortheilhafter sei, als jene mit Oesterreich. Er versäumte keine Gelegenheit, um den französischen Staatsmännern den bedeutsamen Werth eines Einverständnisses mit Oesterreich zu Gemüthe zu führen, und war unerschöpflich in Erläuterungen der Principien, die dem bestehenden politischen Systeme zu Grunde lagen.

Kaunitz suchte die Vortheile der Verbindung mit Frankreich auszubeuten; ihm bangte nur vor den Verpflichtungen, die sie Oesterreich auferlegte. Der Ausbruch eines neuen Kampfes zwischen England und Frankreich wurde in fast allen politischen Kreisen nur als eine Frage der Zeit angesehen. Man wusste, dass Choiseul im vollsten Einverständnisse mit Ludwig XV. der Ausbildung der Marine seine Thätigkeit zuwendete, worin man für England ein genügendes Motiv zum Friedensbruche sah. Oesterreich war aber durch seinen Tractat unter gewissen Bedingungen zur Antheilnahme an einem etwaigen Kriege verpflichtet. Die Beschränkung desselben auf die See ward daher ein Ziel, welches sich die politische Thätigkeit des Staatskanzlers steckte; in London und Versailles waren die Minister beauftragt, in diesem Sinne thätig zu sein. Besonders Frankreich musste

davon überzeugt werden, dass ein Seekrieg allein in seinem Interesse gelegen sei, während ein Landkrieg grosse Gefahren in sich berge.[1]) Ging Frankreich auf die Gesichtspunkte des österreichischen Staatskanzlers ein, so wurde gleichzeitig noch ein anderer Zweck erreicht. Eine concentrirte Thätigkeit Frankreichs auf die Ausbildung der Seemacht beseitigte eine jede von demselben drohende Gefahr, wenn sich vielleicht im Laufe der Zeit ein Umschwung in der französischen Politik durch Annullirung des Bündnisses mit Oesterreich vollziehen sollte. Denn das Misstrauen gegen die Macht an der Seine konnte man in Wien trotz aller Freundschaftsversicherungen nie ganz bannen. Bald hegte man gegen Frankreich den Argwohn, dass es die Eroberung Hollands plane, bald bemängelte man, dass es auf dem Reichstage in Regensburg gegen Oesterreich schüre. In Versailles dagegen wurde wieder jeder Schritt des österreichischen Staatskanzlers mit Argusaugen überwacht. In der Vermählung des Kaisers Josef mit einer kurbaierischen Prinzessin witterte man Absichten auf Baiern und unterhielt deshalb ein reges Einverständniss mit Zweibrücken. Kaunitz gab seinen Bemühungen um Anerkennung Stanislaus August's den Anstrich, als werde er nur von der Rücksicht auf die beiderseitigen Interessen Frankreichs und Oesterreichs geleitet; in Versailles sah man darin das Bestreben, durch Vermittelung des Königs von Polen mit Russland anzuknüpfen, und hatte Oesterreich im Verdacht, dass es demselben eine österreichische Erzherzogin vermählen wolle.

Kaunitz gab sich alle Mühe, die zeitweilig zwischen Wien und Versailles auftauchenden Differenzen zu beseitigen.

[1]) An Starhemberg 7. Nov. 1765, und vorläufige Anmerkungen, was der Botschafter Mercy mit dem Fürsten Starhemberg näher zu überlegen, zu verabreden und zu beobachten haben wird, März 1766. (W. A.)

und die französischen Staatsmänner in guter Stimmung zu erhalten. Indess er hatte nicht immer freie Hand. Seit dem Ableben des Gemahls der Kaiserin im Jahre 1765 hatte der Staatskanzler mit einem neuen Factor zu rechnen. Josef wurde zum deutschen Kaiser gewählt und erhielt auch als Mitregent Einfluss auf die Geschäfte. Trotz der Beschränkung seiner Wirksamkeit auf die innere Politik, insbesondere auf die militärischen Angelegenheiten, die ihm ganz überlassen wurden, musste mit der Zeit seine Ansicht auch auf die auswärtige Politik von massgebender Bedeutung werden. Die Stellung Oesterreichs als Grossmacht war mit der deutschen Kaiserwürde doch innigst verflochten, und viele Fragen berührten den Donaustaat und das deutsche Reich gleichmässig; der bisher unumschränkte Einfluss des Staatskanzlers wurde auf diese Weise vielfach beeinträchtigt. Die bisherige Einheitlichkeit in der Leitung der auswärtigen Politik ging in die Brüche. Der erfahrene Staatsmann und der junge Monarch theilten nicht durchweg dieselben Ansichten, und Kaunitz fand sich durch die neuen Gesichtspunkte, die der Kaiser vertrat, häufig beirrt und gehemmt.

Von dem ersten Momente an, als Josef Einfluss auf die Geschäfte erhielt, kam vielfach ein neues Leben in die österreichische Politik. Der junge Kaiser besass einen durchdringenden Verstand, ein scharfes Urtheil, sogar Geist. Seine Bildung war eine sorgfältige, sein Wissen ein umfassendes. Mit Liebe und Hingebung widmete er sich den Geschäften; sein Wunsch, sich zu unterrichten und Kenntnisse zu sammeln, war fortwährend rege. Was ihm abging war Gründlichkeit des Denkens und Wollens. Nicht an Energie fehlte es ihm, wohl aber an Consequenz; ausdauernde, bohrende Arbeit war ihm nicht eigen. Von der organischen Entwickelung eines Staatswesens besass er keine richtigen Ansichten. Seine Intentionen waren die besten, seine Vorsätze die edelsten, sein Streben das anerkennenswertheste, die Ziele, welche er

sich setzte, die höchsten. Kein Regent in Oesterreich hatte wohl je eine solch klare Vorstellung, wie weit dieses Staatengebilde von einem wirklichen Staate entfernt sei, wie Josef; allein er übertrug jene Ansichten, die er sich aus der Betrachtung anderer Staaten gebildet hatte, auf Oesterreich und übersah jene bedeutsam klaffende Kluft, die eine Parallele nicht gestattete. Sein brennender Ehrgeiz trieb ihn von einem Projecte zum andern; er wollte ernten ohne zu säen, ungeduldig ersehnte er die Frucht, ehe noch das Saatkorn Wurzel gefasst haben konnte. An Kaunitz fand er bei Lebzeiten Maria Theresia's, wenigstens in den ersten Jahren, keine rechte Stütze. Der Staatskanzler war zwar einsichtig genug, um die Berechtigung der Josefinischen Bestrebungen anzuerkennen, aber die inneren Angelegenheiten waren ihm gleichgültig und in der auswärtigen Politik wünschte er seinen Einfluss unverkürzt zu erhalten, und nur unwillig fügte er sich in einzelnen Punkten den Wünschen des Kaisers. Josef war kein unbedingter Bewunderer der französischen Allianz. Sich mit dem Plane tragend, die kaiserliche Gewalt zu einem hohen Ansehen zu bringen, sah er in Frankreich einen Gegner derartiger Bestrebungen. Der Habsburger und Lothringer regten sich in ihm..

Bei einer verhältnissmässig unbedeutenden Frage trat der Gegensatz zuerst schroff hervor. Die kleine Stadt Remo, an der italienischen Riviera gelegen, machten sich seit lange das deutsche Reich und die Republik Genua streitig. In dem Frieden von Aachen hatte Ludwig XV. die Garantie für die Unabhängigkeit derselben übernommen. Der Kaiser nahm Remo als ein Lehen des deutschen Reiches in Anspruch; Genua wendete sich an Frankreich. Choiseul griff die Sache auf und sagte der Republik seine Unterstützung zu. Der französische Minister drohte die Ansprüche derselben selbst mit den Waffen zu unterstützen. Die Aufregung in den Wiener Kreisen war eine wuchtige. Kaunitz

sah das Werk seines Lebens über den Haufen geworfen. Die Kaiserin neigte sich der Auffassung des Staatskanzlers zu, der entschieden einer Nachgiebigkeit das Wort redete.[1]

In einem einzigen Punkte begegnete sich die österreichische Politik mit jener Preussens: die Erhaltung des Friedens war das aufrichtigste Streben des Staatskanzlers. Als im Jahre 1766 fast allgemein angenommen wurde, dass der Ausbruch eines Kampfes zwischen den alten Nebenbuhlern, Frankreich und England, bevorstehend sei, wünschte Kaunitz die Fernhaltung desselben vom Continente. Mochten andere sich herumschlagen, wenn nur Oesterreich sich der Ruhe erfreute; der stillsitzende Theil konnte, wie Kaunitz sagte, bei einem künftigen Frieden nur an Ansehen und Einfluss gewinnen.[2]

Er liess sich auch in der That zu diesem Behufe in Unterhandlungen mit England ein. Zu einem Tractate war er jedoch nicht entschlossen, um in Frankreich keinerlei Misstrauen hervorzurufen; eine schriftliche Erklärung oder ein feierliches mündliches Versprechen sollte genügen, die Neutralität Deutschlands sicher zu stellen. In Versailles wurde die österreichische Auffassung von Choiseul entschieden bekämpft, in den unschuldigen Schritten des Fürsten Kaunitz sah der französische Minister eine Abkehr von der Allianz. Die Bemühungen, den Minister Choiseul zu einer andern Ansicht zu bekehren, blieben resultatlos. Harte Auseinandersetzungen erfolgten. In Wien suchte man nachzuweisen, dass man dadurch dem Defensivtractate mit Frankreich nicht abtrünnig werde. Vergebens setzte der österreichische Gesandte auseinander, dass sein Hof an der Allianz mit Frankreich entschieden festhalte, dass die

---

[1]) Ueber die Angelegenheit von St. Remo finden sich eine grosse Anzahl von Vorträgen im Wiener Archive.

[2]) 22. April 1766 an den französischen Gesandten. (W. A.)

Gefahr einer nordischen Liga durch die Bestrebungen Oesterreichs vermindert würde. Choiseul war nicht umzustimmen. Man musste sich in Wien bequemen, die schon begonnenen Verhandlungen mit England fallen zu lassen.[1]) Die Nothwendigkeit, den französischen Minister zu beschwichtigen, erschien um so bedeutsamer, da vor Kurzem das Gerücht nach Wien gedrungen war, dass man in Versailles nur auf den Tod des Königs von Preussen warte, um das ganze politische System über den Haufen zu werfen. Kaunitz legte demselben eine grosse Wichtigkeit bei und wendete sich mit Zustimmung der Monarchin direct an Choiseul um Auskunft. Der französische Minister betheuerte zwar, dass an all' dem kein wahres Wort sei, auch bekannte er sich selbst als warmen Anhänger des im Jahre 1756 geschlossenen Bündnisses, allein aus dem ganzen Tone der Antwort ging doch hervor, dass die Verstimmung in Paris einen hohen Grad erreicht hatte, und Kaunitz hielt es für nothwendig, das Misstrauen der französischen Kreise durch einen begütigenden Schritt zu beheben.[2])

Eine vollständige Uebereinstimmung in allen Fragen der auswärtigen Politik bestand zwischen Wien und Versailles überhaupt nicht. Kaunitz hätte es sehr gerne gesehen, wenn Frankreich in den ersten Regierungsjahren Stanislaus August's sich der polnischen Angelegenheiten energischer angenommen hätte, natürlich nur in soweit, als daraus kein Krieg erwuchs. Denn jedenfalls fand Oesterreich, wie sich der Staatskanzler ausdrückte, seine Rechnung auch dabei, wenn der preussisch-russische Einfluss in Polen ein Gegengewicht erhielt. Mit gelinden Mitteln in Warschau Hindernisse

---

[1]) Conferenzprotokoll vom 3. Sept. 1766. Rescripte an Mercy vom 13. Aug. u. 13. Sept. 1766. (W. A.)

[2]) Kaunitz an Choiseul vom 8. Juli 1766; Antwort darauf vom 18. Juli, endlich ein Schreiben von Kaunitz vom August. (W. A.)

über Hindernisse zu bereiten, sich in Constantinopel für Stanislaus August zu verwenden, schien ihm ganz angezeigt, nur wünschte er sich dabei im Hintergrunde zu halten, um weder in Berlin noch in Petersburg irgend welchen Verdacht zu erwecken. Choiseuls Anläufe, eine tiefere Verständigung über Polen herbeizuführen, lehnte er ab. Theilweise lag die Ursache auch in der Differenz der in Wien und Versailles herrschenden Ansichten. Kaunitz hatte sich mit der Thatsache, dass Stanislaus in Polen König hiess, ausgesöhnt; die Beschränkung des russischen Einflusses in Warschau blieb ihm Hauptsache. Dies war aber nur durch eine Unterstützung des Königs zu erreichen, indem diesem die Handhabe geboten werden musste, sich der Abhängigkeit von Russland zu entwinden. Bei Choiseul fand Stanislaus August keine Gnade, er schürte und arbeitete in Constantinopel gegen ihn, und ehe in dieser Richtung eine Aenderung eintrat, wollte sich Kaunitz in keiner Weise allzutief einlassen. [1])

Kaunitz liess sich aus seiner Inactivität nicht herauslocken, obwohl er sich über die Schädigung österreichischer Interessen durch die Steigerung der russischen Macht vollkommen klar war, ja dieselbe vielfach überschätzte. Der nordischen Liga legte er eine grosse Bedeutung bei; er witterte darin ungeheuere Gefahren für das Erzhaus. Uebersieht man den Stand und Zusammenhang der gegenwärtigen Weltläufte, schrieb er im Frühjahre 1766, so eröffnet sich eine düstere Perspective von den gefährlichen Wirkungen einer nordischen Allianz insbesondere für Oesterreich. Er bestürmte und ermahnte in Paris, dem überhand nehmenden Einflusse Russlands in Dänemark und Schweden entgegenzutreten; Oesterreich selbst sollte aber im Hintergrunde bleiben.

Ein besonderes Behagen überschlich ihn, wenn die rus-

[1]) 28. Dec. 1766 an Mercy. (W. A.)

sische Politik irgend eine Schlappe erhielt. Mit dem Verlaufe des polnischen Reichstages im Jahre 1766 war es desshalb ungemein zufrieden. Die Freude war nur eine ephemere. Auf dem Reichstage des folgenden Jahres schien Russland seine dominirende Stellung in Warschau für die Dauer zu befestigen. Die polnische Frage wurde eine immer brennendere, und nur mühselig konnte sich der österreichische Staatskanzler der an ihn gestellten Zumuthungen erwehren. Mit besonderem Eifer liess es sich Choiseul nun angelegen sein, Oesterreich zu einem energischen Auftreten zu bewegen, um mit Frankreich und der Pforte gemeinschaftlich dem Umsichgreifen Russlands ein Halt zuzurufen. Kaunitz beharrte bei seiner Passivität, selbst die Vorwürfe sorgloser Unachtsamkeit und indolenter Gleichgültigkeit liess er, so sehr sie an ihm auch nagten, über sich ergehen. Er verkannte die grosse Bedeutung der von Russland übernommenen Garantie der polnischen Verfassung durchaus nicht, er sah ganz richtig, dass man in Petersburg dadurch für alle Zeiten unter dem scheinbarsten Vorwande Truppen in Polen halten könne. Allein er spähte vergebens nach Mitteln, diesen Uebelständen vorzubeugen.

Kriegerische Allüren, die man in Berlin und Petersburg bei dem Staatskanzler voraussetzte, hatte er nicht. In Wien dachte man nicht an den Krieg und legte auch den vermeintlichen preussischen Rüstungen keine grosse Bedeutung bei. Preussen wolle sich blos dem russischen Hofe gefällig erweisen, habe jedoch keinerlei Absicht Krieg zu führen, schrieb damals Kaunitz an Mercy. [1]) Man war in Wien weit davon entfernt sich in die polnischen Wirren einzumischen. Mit einer gewissen Furcht erwartete Kaunitz, dass sich die Republik in ihren Nöthen an Oesterreich wenden könnte, und er wünschte sehnlichst, dass ihm die Verlegen-

[1]) 8. März 1767 an Mercy. (W. A.)

heit, dann eine Antwort ertheilen zu müssen, erspart würde. Und als sich herausstellte, dass sich die Dinge in Warschau besser abwickelten, als er erwartet hatte, athmete er tief auf.[1]) Auf die Vorwürfe der französischen Minister hatte er immer die Antwort in Bereitschaft, dass es noch andere Staaten gebe, die durch die unbequemen Fortschritte Russlands ebenso lebendig interessirt wären. Die Pforte stand obenan. Blieb diese nicht ruhig und liess Alles geschehen? Und doch drohte gerade ihr von Seite Russlands durch die Beherrschung Polens grosse Gefahr. Ferner Preussen! Nach den Darlegungen des Staatskanzlers musste die Superiorität Russlands in Warschau dem Könige sehr bedenklich und seinem Interesse zuwiderlaufend erscheinen. Und wenn sich in Zukunft ein Umschwung vollzog und Russland wieder in innigere Beziehungen zu Oesterreich trat, so war die Gefahr für Preussen um so grösser, je festeren Fuss Russland in Polen gefasst hatte. Kaunitz sah keine Möglichkeit, sich irgendwie für Polen nützlich erweisen zu können. Mit Drohungen allein, meinte er, würde sich Russland nicht schrecken lassen, „da auf der einen Seite die Pforte etwas Ernstliches nicht vornehmen will und auf der andern der König von Preussen nicht will“.[2])

Die fortwährenden Bearbeitungen Frankreichs in Constantinopel riefen bei Kaunitz die mannigfachsten Bedenken hervor. Während er es einerseits tadelte, dass die Pforte so unthätig und indolent dem Treiben Russlands in Polen zusah, fürchtete er doch den Ausbruch eines Krieges, der auf Oesterreich keinesfalls ohne Rückwirkung bleiben und seiner Ansicht nach nur für Preussen Vortheil abwerfen konnte. Das Problem, in welcher Weise die verlorene Stellung in Warschau wieder gewonnen werden könnte, ohne desshalb einen Krieg hervorzurufen, beschäftigte in diesen

[1]) An Mercy 31. März u. 16. Aug. 1767. (W. A.)

[2]) An Mercy 6. Oct. 1767. (W. A.)

Jahren der politischen Unthätigkeit den Staatskanzler unaufhörlich. Ein momentan auftauchender Gedanke, durch eine Heranziehung Englands ein besseres Verhältniss zu Petersburg anzubahnen und die Stellung Preussens daselbst zu erschüttern, musste aus Rücksicht für Frankreich zu Grabe getragen werden; eine Anregung Frankreichs, eine Verständigung mit Berlin zu suchen, um sodann gegen Russland Front zu machen, wurde von dem österreichischen Gesandten bei der ersten Eröffnung abgelehnt.

Dieser von dem französischen Minister hingeworfene Gedanke fasste aber doch allmälig Wurzel in dem Geiste des Fürsten Kaunitz. Wenige Wochen, nachdem er die ablehnende Haltung des Grafen Mercy vollständig gebilligt,[1]) erörterte er in einer Denkschrift die Möglichkeit einer Annäherung an Preussen.

Die Beziehungen der beiden Nachbarstaaten zu einander hatten seit dem Frieden an Innigkeit nicht gewonnen. Beiderseitig stand man mit vollem Misstrauen einander gegenüber. Die gegenseitige Entfremdung dauerte nach wie vor fort; doch dürfte die Behauptung nicht allzu gewagt sein, dass Friedrich sich weit mehr mit dem Gedanken befreundete, zu dem Nachbarstaate in bessere Beziehungen zu treten, als es an der Donau der Fall war. In manchen Momenten empfand er viel zu sehr die Last der russischen Allianz, die oft harte Zumuthungen an ihn stellte. In Petersburg schraubte man nicht selten die Forderungen empor, da man wusste, dass der König auf das Bündniss mit Russland angewiesen war. Ohne seine Allianz mit Russland lösen zu wollen, gewährte eine Annäherung an Oesterreich oder Frankreich doch eine Handhabe, den hochmüthigen Ton der russischen Ansprüche dämpfen zu können.

Anfangs 1766 machte Friedrich einen hierauf bezüg-

---

[1]) P. S. an Mercy vom 20. Nov. 1767.

lichen Versuch. General Hord sondirte den österreichischen Vertreter in Berlin, Nugent, ob man in Wien nicht an eine Wiedereroberung Schlesiens denke, und als er die Versicherung erhielt, dass man darauf vollständig verzichtet habe, richtete er an denselben die weitere Frage, ob es nicht im Interesse der beiden Nachbarstaaten liege, in eine förmliche Allianz zu treten. Da der General später noch einmal auf diesen Gegenstand zurückkam, glaubte Nugent annehmen zu dürfen, dass der König der Sache nicht ferne stehe.[1])

Der König wurde zu diesem Schritte durch die Bemühungen Englands bewogen, eine Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen, um die Neutralität derselben bei einem Wiederausbruche eines Krieges mit Frankreich zu sichern. Der Gedanke vom Jahre 1755 lebte wieder auf, und die britischen Staatsmänner glaubten nun erreichen zu können, was ihnen damals missglückt war. Friedrich hatte seinen Widerwillen gegen England nicht überwunden; gegen ein Specialabkommen zwischen Preussen und dem Inselstaate hegte er nicht ungegründete Bedenken; es schien ihm einfacher, sich direct mit Wien zu verständigen. Der misstrauische Staatskanzler sah in diesem entgegenkommenden Schritte einen Oesterreich gelegten Fallstrick, um es in London oder Paris zu verdächtigen. Er war nicht abgeneigt, wie wir gesehen, mit England eine schriftliche oder mündliche Erklärung über die Einhaltung vollständiger Neutralität auszutauschen, aber eine Verbindung mit Preussen bezeichnete er als ein weitaussehendes Werk, welches unmöglich zu Stande kommen könnte. Nugent

[1]) Vrgl. hierüber und über das Folgende meine Abhandlung: Die Zusammenkünfte Friedrich's II. u. Josefs II. in Neisse und Neustadt, im Archiv für österreichische Geschichte XLVII. Band, II. S. 385 fg.; mannigfache Berichtigung verdanke ich dem königl. Archive zu Berlin.

wurde angewiesen, im Falle der König selbst in einem Gespräche die Angelegenheit berühren würde, sich mit der Erwiderung zu begnügen, dass man in Wien sehnlichst die Aufrechthaltung der Ruhe wünsche und besonders mit dem Könige im besten Einvernehmen leben möchte.[1])

Auch ein weiterer Versuch Friedrich's, vielleicht durch eine persönliche Zusammenkunft mit dem Kaiser bessere Beziehungen zu dem Wiener Hofe anzubahnen, blieb ohne Resultate. Josef hatte dem preussischen Gesandten in Wien gelegenheitlich seinen lebhaften Wunsch zu erkennen gegeben, die persönliche Bekanntschaft des Königs zu machen, was diesem als Anhaltspunkt dienen mochte, um im Sommer eine Begegnung mit dem Kaiser anzuregen. Kaunitz, anfangs dagegen, stimmte schon nach einigen Tagen zu und befürwortete die Zusammenkunft. Jedoch der Widerwille der Kaiserin war, wie es scheint, nicht zu überwinden. Friedrich war schon auf dem Sprunge abzureisen; erst in der letzten Stunde widerrief er die ertheilten Befehle.[2])

Wozu der österreichische Staatskanzler diesmal nur schweren Herzens seine Zustimmung gegeben, „um den König nicht zu verletzen", befürwortete er Anfangs 1768 in lebhafter Weise. In einer Denkschrift aus den ersten Tagen dieses Jahres legte er die hiebei massgebenden Gesichtspunkte dar. Die Entwickelung, welche die Dinge in Polen nahmen, gab hiezu den äusseren Anlass. Die ihm von Frankreich wiederholt in's Gesicht geschleuderten Vorwürfe sorgloser Unachtsamkeit und grosser Gleichgiltigkeit schmerzten ihn tief. Er wusste nur gut, mit welch' gespannter Aufmerksamkeit er Personen und Zustände verfolgte, wie sehr er nach dem Momente lechzte, thätig sein

---

[1]) An Nugent 22. April 1766, abgedruckt in meiner Abhandlung S. 471.

[2]) Vrgl. meine Abhandlung S. 392—96.

zu können und nur durch die politische Sachlage sich gehemmt fühlte. Das russisch-preussische Bündniss drückte ihn zu Boden. Die Hoffnungen auf die Polen selbst erwiesen sich als eitel und hohl. Die Berichte, die ihm aus guter Quelle zuflossen — ein Abbé Petanski lieferte sie — zeigten ein Bild trostloser Verwirrung. Die Gefahr für den Norden Europa's, in vollste Abhängigkeit von der moskowitischen Macht zu gelangen, war unbedingt eine grosse. Wie Kaunitz damals die Denkungsart Friedrich's beurtheilte, hätte es dieser nicht ungern gesehen, wenn von irgend einer Seite dem Vordringen Russlands Schranken gesetzt würden. Auf diese Annahme fussend, gab Kaunitz den Rath, dem König von Preussen die Mittheilung zu machen, dass man entschlossen sei, bei der polnischen Republik den Antrag zum Abschlusse eines ähnlichen Vertrages zu stellen, wie ihn Russland mit dem polnischen Reichstage eben vereinbarte; man sei aber gesonnen, keinen Schritt in dieser Richtung zu thun, wenn man nicht die vollständige Zusicherung des Königs erhielte, Oesterreich nicht nur keine Hindernisse in den Weg zu legen, sondern einen ähnlichen Freundschafts- und Garantievertrag mit der Republik zu schliessen. Auf die neuen Tractate gestützt, erhielten sodann Oesterreich und Preussen genügende Anhaltspunkte, der Alleinherrschaft Russlands in Warschau Schranken zu setzen. An der Einwilligung der Polen war nicht zu zweifeln, und lehnten sie ab, so wurde doch das Eine gewonnen, dass es nun offenkundig war, welche Aufmerksamkeit man in Wien den polnischen Angelegenheiten schenkte.[1])

Dieser Antrag des Staatskanzlers scheint jedoch nicht die Billigung der kaiserlichen Majestäten gefunden zu haben. Den Gedanken, durch Vermittlung von Preussen

---

[1]) Considerations sur l'etat des affaires en Pologne le 4. Janvier 1768. in den Documenten p. 1 ff.

aus der isolirten Stellung herauszutreten, liess der Staatskanzler indess nicht fallen. Es scheint, dass die Absendung eines österreichischen Staatsmannes, Zinzendorf, nach Berlin, den Zweck hatte, die dortigen Stimmungen zu erkunden. Kaunitz, der früher in allen Denkschriften darauf hingewiesen hatte, dass Friedrich sich nur mit Plänen zur Zersplitterung Oesterreichs trage, bezeichnete jetzt die Tendenzen des Königs als friedliche; er sei Russlands eigentlich überdrüssig und wäre nicht abgeneigt, mit Oesterreich in ein besseres Verhältniss zu treten. Desshalb hielt er es auch für wünschenswerth, das Misstrauen Friedrich's in Bezug auf Schlesien zu bannen und ihm die Ueberzeugung beizubringen, dass Oesterreich nicht wieder an eine Wiedereroberung der verlorenen Provinz denke.

Lebhaft wünschte Kaunitz eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige. Er verkannte zwar nicht die grosse Gefahr dieses Vorschlages. Wie leicht konnte Friedrich durch seinen Geist und die ganze Ueberlegenheit seines Wesens einen tiefen Eindruck auf den Kaiser machen, ihn vielleicht von der französischen Allianz abzukehren suchen. Er sprach sich auch darüber unumwunden gegen Josef aus; mit einer gewissen Furcht, schrieb er ihm, würde er einer Entrevue mit dem Könige von Preussen entgegensehen, aber er baue auf die Klugheit, besonders aber auf die Kaltblütigkeit des Monarchen. Kaunitz nahm an, dass vielleicht schon im Laufe des Jahres 1768 dieser Gedanke sich verwirklichen könnte, und er entwarf zu diesem Behufe Instructionen für seinen kaiserlichen Herrn.[1]) Besonders die Nachricht, die schon Ende August in Wien angelangt war, dass der Bruch zwischen der Pforte und Russland unausweichlich sei, steigerte bei dem Staatskanzler den Wunsch einer baldigen Begegnung des Kaisers mit Friedrich. Indess ging der Sommer des

[1]) Kaunitz an Joseph in meiner Abhandlung S. 441.

Jahres 1768 vorüber, ohne dass sich die beiden Monarchen kennen gelernt hatten.

An dem Ausbruche des Krieges zwischen Russland und der Pforte hatte man in Wien nicht den geringsten Antheil. Zegelin war schlecht unterrichtet, wenn er von einer Betheiligung Oesterreichs an den Aufhetzereien des Grafen Vergennes nach Berlin berichtete. Dieser hielt sich sogar dem österreichischen Gesandten gegenüber ganz verschlossen. Kaunitz bezweifelte es auch sehr, dass die Darlegungen des französischen Botschafters bei dem Pfortenminister Eindruck machen würden. [1]) Noch im September glaubte er nicht an eine ernstliche Absicht der Pforte, sich in einen Krieg mit Russland einzulassen, nur war er vorsichtig genug, dem Internuntius Weisungen für den Fall zu ertheilen, wenn die Pforte die Haltung Oesterreichs zur Sprache bringen sollte. Russland, sollte er darlegen, sei von dem Bündniss mit dem Wiener Hofe zuerst abgesprungen; es bestünde daher für Oesterreich keine Verpflichtung zu irgend einer Unterstützung.

Der Ausbruch des Krieges kam dem Staatskanzler ganz ungelegen und eine Betheiligung an demselben lag ihm damals sehr ferne. Er spottete über die Türken, die den Antrag stellten, dass Oesterreich mit ihnen gemeinschaftliche Sache machen möge. [2]) Die Stellung Stanislaus August's schien ihm nun eine unhaltbare; nichts blieb ihm nun mehr übrig, als Flucht zu den Russen oder nach Danzig. Welche Wendung die Dinge sodann nehmen würden war ihm noch nicht ganz klar, im Stillen schmiedete er

[1]) 8. Januar 1768 an Brognard. (W. A.)

[2]) „Die Herren Türken werden nun Politici und denken auf Mittel, sich selbsten ihr Unternehmen gegen Russland zu erleichtern und uns mit in partem curarum einzuflechten.“ An Mercy 7. November 1768. (W. A.)

Pläne, um im geeigneten Momente mit nützlichen Vorschlägen zur Hand zu sein.[1])

Staatsmänner haben in der Regel ein schlechtes Gedächtniss. Kaunitz machte keine Ausnahme. Er hatte seine Niederlage in der polnischen Frage ganz vergessen und that sich auf die Consequenz seiner Politik nicht wenig zu Gute. Mit dem Facit des politischen Calculs war er sehr zufrieden. Er beglückwünschte sich, in keiner Allianz mit Russland zu stehen und den Bearbeitungen Friedrich's in Petersburg freien Lauf gelassen zu haben; Oesterreich könne nun die Hände ruhig in den Schoss legen und mit aller Gemüthlichkeit zusehen, wie zwei gefährliche Mächte sich aufreiben, während Friedrich sich in grosser Verlegenheit befinden und darauf Verzicht leisten müsse, „die russische Freundschaft und das türkische Vertrauen mit einander zu vereinbaren", und mit Ungeduld sah er den Entschliessungen des Königs entgegen, um dessen politisches System genau beurtheilen zu können. Im Hintergrunde schlummerte noch die süsse Hoffnung, dass der Krieg mit der Pforte in Petersburg die gute Wirkung haben werde, die Ueberzeugung von der Grösse des Verlustes der österreichischen Allianz zu erwecken und die leichtsinnige Politik Russlands in's helle Licht zu setzen.[2])

Als bald nach erfolgter Kriegserklärung von verschiedenen Seiten Versuche zur Beilegung des Streites gemacht wurden, wollte auch der Staatskanzler nicht zurückbleiben. Eifrigst trug er den Türken die Mediation Oesterreichs an, nicht ohne zugleich auf die nachtheiligen Folgen einer Vermitt-

---

[1]) „Wie dann eine Epoque erschienen zu seyn scheinet, wo ein vernünftiger Betrag von erspriesslicher Wirkung seyn und nützliche Vorschläge zur Welt bringen könnte", in der citirten Depesche.

[2]) An Brognard 4. Nov. 1768. (W. A.)

lung Englands hinzuweisen. Um die Pforte zu überzeugen, wie werthvoll gerade Oesterreich für sie sei, nahm er das Verdienst in Anspruch, dass Friedrich mit Rücksicht auf den Wiener Hof sich darauf beschränke, Subsidien an Russland zu geben.[1]) Ueberhaupt liess er es an guten Rathschlägen nicht fehlen. Seiner Ansicht nach musste die Pforte als wichtigsten Endzweck die Beschränkung des allzu grossen Einflusses Russlands in Polen in's Auge fassen. Dies konnte aber nur erreicht werden, wenn es gelänge, alle Parteien in Polen zu vereinigen; alle Entthronungsgedanken des Königs mussten fahren gelassen werden. Der bedeutsame Einfluss Preussens in Constantinopel war Kaunitz ein Dorn im Auge, und um das Feld frei zu haben, wünschte er die Entfernung des preussischen Gesandten aus der türkischen Hauptstadt durchsetzen zu können.[2])

Die Aussichten, noch im letzten Momente die russisch-türkischen Wirren beilegen und den Ausbruch des Krieges hindern zu können, schwanden jedoch allmälig; weder die preussischen noch die österreichischen Bemühungen waren von einem Erfolge gekrönt. Denn auch König Friedrich hatte seinem Gesandten Weisungen ertheilt, in dieser Richtung thätig zu sein.[3]) Nach den Berichten aus der russischen Hauptstadt wäre man unter gewissen Bedingungen zu einem Abkommen nicht abgeneigt gewesen. Der österreichische Staatskanzler wurde desshalb in seinen Ansichten, zu Preussen bessere Beziehungen herzustellen, um so mehr bestärkt. Welche der beiden Mächte aus dem Kampfe siegreich her-

[1]) P. S. 20. Dec. 1768 an Brognard. (W. A.)

[2]) 7. Febr. 1769 an Brognard: Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Pforte veranlasst werden könnte, den preussischen Minister fortzuschicken, dessen König sie als ihren Feind nicht nur wegen seiner hohen und gleichsam bedrohlichen Sprache, sondern auch wegen der an Russland zu bezahlenden Subsidiengelder ansehen könnte.

[3]) An Zegelin 1. Januar, 5. Januar u. 5. Februar 1769. (B. A.)

vorging: der Donaustaat wurde dadurch auf das tiefste berührt, und wenn er durch die Verhältnisse genöthigt, in der einen oder andern Weise aus seiner Inactivität hervortreten musste, so war dies nur möglich, wenn man von Seite Preussens die Gewähr vollständiger Sicherheit hatte. So tief wurde allseitig das Bedürfniss nach besseren Beziehungen zu Preussen gefühlt, dass selbst die Kaiserin ihre Abneigung fahren liess und eine Zusammenkunft ihres Sohnes mit ihrem Gegner für nützlich und heilsam hielt. [1])

Schon im October 1768 hatte Nugent hierauf bezügliche Aufträge erhalten; in einer Audienz, am 15. November, entledigte er sich derselben. Dem Könige war dieses Entgegenkommen des Wiener Hofes, wenn auch unerwartet, doch nicht unerwünscht. Er zeigte sich sehr erfreut über die friedlichen Gesinnungen der Kaiserin. In Bezug auf Deutschland denke er wie sie, sagte er dem Gesandten; wenn Preussen und Oesterreich sich verständigen, sei ein Krieg auf deutschem Boden nicht zu befürchten; die Kaiserin und er hätten viele kostspielige Kriege ohne irgend welchen Nutzen mit einander geführt. Den Antrag des Königs zu einer Neutralitätsconvention nahm Nugent zur Berichterstattung. Auch die Zusammenkunft kam zur Sprache. Friedrich zeigte sich hierzu nicht abgeneigt. [2])

Eine grosse Bedeutung legte Friedrich der ganzen Sache nicht bei; [3]) er neigte sich zur Annahme, dass man in Wien über einige Punkte eine Vereinbarung suche, und er wollte deshalb weitere Eröffnungen abwarten. Finkenstein hegte ein grösseres Misstrauen gegen diese Annäherungsversuche Oesterreichs. Er sah darin das Bestreben, die Intimität

---

[1]) Maria Theresia an Kaunitz eigenhändig am 26. Januar 1769. (W. A.)

[2]) Nach Depeschen von Nugent. Vrgl. meine Abhandlung S. 403.

[3]) 16. Nov. 1768 Friedrich an Finkenstein. (B. A.)

Preussens und Russlands zu lockern; vielleicht auch ein geheimes Einverständniss mit Frankreich, wo man sich mit der Entthronung des Königs von Polen trage und hiefür auch Preussen zu gewinnen hoffe. Nur eine Convention bezüglich Deutschlands für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und England billigte der Minister, aber auch damit wollte er gewartet wissen, bis der Krieg ausgebrochen sein würde, da man sonst in Petersburg nur Verdacht erwecken werde.[1])

Die Darlegungen seines Ministers scheinen auf Friedrich nicht ohne Eindruck geblieben zu sein, denn als Nugent in den ersten Tagen des Jahres 1769 dem Könige eröffnete, dass der Kaiser im Herbste Schlesien besuchen werde und es dem Könige überlasse, den Ort der Zusammenkunft zu bestimmen, erhob er mannigfache Bedenken. Aus Paris war die Nachricht eingelangt, dass zwischen Oesterreich und Frankreich Verhandlungen über die polnischen Angelegenheiten stattfänden, wobei auch die Absetzung des Königs Stanislaus zur Sprache gekommen sei. Der König erwiederte daher dem österreichischen Gesandten: Ehe die Zusammenkunft stattfinde, müssten doch noch mancherlei Punkte geregelt werden. Vornehmlich hatte er die Haltung Oesterreichs in den polnischen Angelegenheiten im Auge, worüber er in's Klare zu kommen wünschte. Aus dem in Constantinopel veröffentlichten Manifeste ging hervor, dass die Pforte die Entthronung des Königs von Polen anstrebte. Man nannte die mannigfachsten Prätendenten: den Prinzen Conti, ein Mitglied des sächsischen Hauses, auch den Schwiegersohn der Kaiserin, den Prinzen Albert. König Friedrich hatte nun Oesterreich im Verdacht, an dem türkischen Schriftstücke mitgearbeitet zu haben. Mit besonderer Betonung hob er gegen Nugent hervor, dass er in dieser

[1]) Finkenstein an Friedrich 17. Nov. 1768. (B. A.)

Beziehung gebunden sei, und redete einem Frieden zwischen Russland und der Pforte das Wort. Auch Finkenstein sprach im besonderen Auftrage des Monarchen mit Nugent über die Entthronung des Königs von Polen und wünschte diesen Stein des Anstosses aus dem Wege geräumt zu haben. [1])

Kaunitz ahnte nicht, dass die Berichte des Königs über die vermeintlichen Absichten Oesterreichs in der polnischen Frage aus französischen Quellen flossen, er sah daher in den Auseinandersetzungen desselben nur die verdeckte Absicht, der Zusammenkunft überhaupt auszuweichen. Vor einigen Wochen hatte er allerdings dem Grafen Mercy den Auftrag ertheilt, den Duc de Choiseul auszuforschen, jedoch hinzugefügt, dass sich im gegenwärtigen Momente nichts festsetzen lasse und jeder voreilige Schritt zu vermeiden sei. Auf einen Anwurf Choiseul's, einem österreichischen Prinzen die polnische Krone zu verschaffen, war Kaunitz nicht eingegangen. [2]) In der Antwort an Nugent wies er daher die Betheiligung an einer Absetzung des Königs Stanislaus als eine müssige Erfindung zurück. Man könne sich schmeicheln, schrieb er dem Gesandten, österreichischerseits bessere Proben von der Beurtheilung der Weltumstände und der Staatsinteressen der Monarchie gegeben zu haben, als dass dieser Argwohn auch nur die geringste Berechtigung haben könnte. Auch war der Staatskanzler darüber verletzt, dass man ihn in Berlin in einer vollständigen Abhängigkeit von Frankreich wähnte.

König Friedrich war durch diese Darlegung nicht befriedigt, er hatte eine bestimmte Erklärung, namentlich über Polen erwartet, während Nugent diesen Punkt nur

---

[1]) Ausser den in meiner Abhandlung a. a. O. S. 23 angeführten Schriftstücken, sind noch benützt die zwischen Friedrich und Finkenstein gewechselten Briefe in den Jahren 1768 und 1769 im Berliner Staatsarchive.

[2]) An Mercy 26. Nov. 1768. (W. A.)

flüchtig berührte; auch auf das Neutralitätsversprechen bezüglich Deutschlands, welches der Gesandte vor einigen Wochen in den Vordergrund gestellt hatte, kam er nicht wieder zurück. Indess Friedrich brachte alle Bedenken, die sich gegen die Zusammenkunft ihm aufdrängten, zum Schweigen.[1])

Grossen Erwartungen gab man sich in Berlin über die Bedeutung dieser Begegnung nicht hin. König und Minister stimmten darin überein, dass es dem Kaiser blos darum zu thun sei, die Bekanntschaft des preussischen Monarchen zu machen, und dass man in Wien auf bestimmte Abmachungen, die man Anfangs erstrebt zu haben schien, verzichtet habe. Erst einige Monate später, als die Verhandlungen mit Russland über die Erneuerung des Vertrages langsam fortrückten und in Petersburg grosse Forderungen an den König gestellt wurden, um dafür verhältnissmässig geringe Gegenconcessionen zu gewähren, machte sich bei Friedrich eine andere Auffassung bemerkbar, und es schwebte ihm die Möglichkeit vor, durch eine Verständigung mit Oesterreich sich von Russland etwas unabhängiger zu machen.

Friedrich's Ansicht war nicht ganz richtig; für den österreichischen Staatskanzler war die Zusammenkunft von vitaler Bedeutung. Er dürstete darnach, an der Beilegung der russisch-türkischen Wirren Antheil zu nehmen. Die Pforte war bisher nicht geneigt, auf eine Vermittlung einzugehen und wünschte eine Betheiligung Oesterreichs an dem Kampfe. Nun schien die Sachlage günstiger. Aus Constantinopel erhielt man Berichte, dass man daselbst einem Frieden geneigt sei; auch in Petersburg waren, wie einige Anzeichen bekundeten, friedliche Dispositionen vorhanden, da man sich da-

[1]) Vrgl. meine Abhandlung a. a. O. S. 407. Ausserdem noch Briefe Friedrich's an Finkenstein vom 11. Febr. und von Finkenstein an den König vom 11. u. 13. Febr. 1769. (B. A.)

selbst, wie Kaunitz wenigstens annahm, wegen Geldmangels in der grössten Verlegenheit befand. Von Preussen erwartete er, dass es zu einer Ausgleichung der Irrungen gerne beitragen werde; die gut unterrichtete österreichische Diplomatie hatte in Erfahrung gebracht, dass Friedrich seinem Vertreter in Constantinopel den Auftrag gegeben, gemeinschaftlich mit England oder Oesterreich auf einen gütlichen Vergleich hinzuarbeiten. Indess nicht um die Beilegung der orientalischen Wirren allein war es dem Staatskanzler zu thun, sondern um zugleich eine Handhabe zu erhalten, in Warschau eine active Politik zu bethätigen. Denn nach seiner Ansicht lagen die Ursachen der russisch-türkischen Irrungen in Polen. Hier musste sich daher Russland zu Concessionen bereit erklären, nicht blos bezüglich der Dissidenten sich mit freier Religionsübung begnügen, sondern überhaupt alle Neuerungen, die in den letzten Jahren zu Stande gekommen, wieder aufheben, endlich auf die übernommene Garantie entweder verzichten, oder dieselbe wenigstens auch durch England, Preussen und Oesterreich übernehmen lassen. [1])

Die Ungeduld des Fürsten Kaunitz spiegelt sich auch in den vielerlei politischen Projecten, die sein geschäftig fruchtbarer Geist ausheckte, ab. Die Annahme, dass die Türken in dem Kriege mit Russland den Kürzeren ziehen und endlich zu einem äusserst nachtheiligen Frieden die Hand bieten könnten, verbitterte ihm manche Stunde. Russlands Einfluss in Polen stand dann unverkürzt da, seinem Machtgebote konnte sich sodann Niemand widersetzen. Dies zu hindern, lag seiner Meinung nach nicht blos in Oesterreichs, sondern auch in Preussens Interesse.

Kaunitz ersann nun ein ganz originales Project, wodurch die politische Situation mit einem Schlag eine andere

---

[1]) An Nugent im Januar 1769 abgedruckt in meiner Abhandlung a. a. O. S. 483.

Gestalt erhalten sollte. Der bisherige Gegensatz zwischen Preussen und Oesterreich beförderte vielfach das Anschwellen der russischen Macht; eine Behebung desselben verscheuchte alle Gefahr für die Zukunft. Der preussische Besitz Schlesiens stand einer vollkommenen Aussöhnung der beiden Nachbarstaaten im Wege. Kaunitz verfiel nun darauf, den gegenwärtigen Moment dazu auszubeuten, um Schlesien, wo nicht ganz, doch guten Theils, zwar nicht gleich, aber bei Erlöschung des preussischen Mannsstammes, ohne Krieg und ohne grosse Gefahren wieder zu erhalten. Und hiezu sollte die Pforte hilfreiche Hand bieten.

Kaunitz musste selbst das Paradoxe seines Planes fühlen. „Der Gedanke", schreibt er in seinem Vortrage, „dass der Türke unter Mitwirkung des Königs von Preussen Eure Majestät zu Schlesien verhelfen soll, ist an sich so ausserordentlich und chimärisch, dass ich mit mir selbst gekämpft habe, ob ich es wagen soll, denselben vorzulegen und mich der Gefahr des Auslachens auszusetzen." Nur durch die Erwägung, dass es seine Pflicht sei, ein Project zur Wiedergewinnung Schlesiens, dessen Durchführung nicht unmöglich, sondern sogar wahrscheinlich sei, nicht vorzuenthalten, liess ihn endlich alle Bedenklichkeiten überwinden.

Kaunitz behauptet, dass sich das wesentliche Staatsinteresse Oesterreichs, Preussens und der Türkei bei Durchführung seines Planes vereinigen lasse. Oesterreichs Vortheil lag viel zu sehr am Tage, als dass es nothwendig gewesen wäre, sich in ausführliche Darlegungen einzulassen. Die Türkei, dies war ebenfalls gewiss, würde zu Allem und Jedem bereit sein, was dazu beitragen konnte, sie aus ihrer gegenwärtigen Lage zu befreien. Und Preussen? Nun dieses sollte auch keinen Verlust erleiden, die Mittel für seine Schadloshaltung bot — Polen. Curland und ein Theil des polnischen Preussens waren gewiss ein entsprechendes Aequivalent für die Abtretung Schlesiens.

Die Zurückdrängung Russlands aus Curland und Polen, behauptete Kaunitz, sei von wesentlichem Interesse, und er zweifelte auch nicht daran, dass ein solch einsichtiger Politiker, wie Friedrich, nur nothgedrungen an der Allianz mit Russland festhalte, die doch seinem wahren Interesse nicht entspreche. Er beurtheilte ausnahmsweise die Politik seines Gegners richtig, wenn er dessen Verbindung mit Russland durch die Gegnerschaft Oesterreichs erklärte. Die principielle Opposition der beiden Nachbarstaaten zu einander wurde aber durch Wiedergewinnung Schlesiens beseitigt. Eine Handhabe zur Anbahnung eines derartigen Uebereinkommens erblickte Kaunitz in der Nachricht, dass Friedrich sich damit beschäftige, die Succession der weiblichen Linie seines Hauses zum Grundgesetze seiner Monarchie zu machen. Dies konnte nur durch Unterstützung des Kaisers bewerkstelligt werden.

Hatte man aber in Wien in den letzten Jahren den Gedanken an eine Wiedererlangung Schlesiens nicht vollständig in Abrede gestellt? Hatte nicht Nugent erst vor Kurzem Weisungen in dieser Richtung erhalten? Auch dafür wusste der erfinderische Kopf des Staatskanzlers Rath. Man entging allen Schwierigkeiten, indem man die Ehre, den ersten Anwurf in dieser Sache zu machen, der Pforte überliess. Brognard hatte berichtet, der Grossvezier habe ihm durch den Dolmetsch sagen lassen, es sei nunmehr die beste Gelegenheit, Schlesien dem König von Preussen wieder abzunehmen; die Pforte sei erbötig, ein derartiges Unternehmen auf das kräftigste zu unterstützen. Diese Eröffnungen sollten als Anhaltspunkte benützt werden, um die türkischen Staatsmänner für den Vorschlag Oesterreichs zu gewinnen. Und da es sich für die Türkei blos darum handelte, den innigen Alliirten Russlands von seinem Bundesgenossen abzuziehen und eine active Betheiligung desselben am Kriege zu verhindern, so konnte es ihr gleichgiltig sein, in

welcher Weise die Isolirung der nordischen Macht bewerkstelligt wurde. Um aber Friedrich's Zustimmung zu erlangen, was Kaunitz nicht für unmöglich hielt, sollte ihm nicht blos die Aussicht auf Curland, sondern auch auf eine beträchtliche Geldsumme gemacht werden. Die Pforte hatte sich bereit erklärt, Oesterreich mit Geld unter die Arme zu greifen. Diese Geldsumme wünschte Kaunitz Preussen zuzuwenden. Das Geldversprechen und die anderen reellen Vortheile, führte er aus, könnten nicht verfehlen, einen tiefen Eindruck auf den König zu machen. Ein Garantievertrag zwischen der Pforte, Oesterreich und Preussen sollte das Werk krönen.[1])

Gewiss, einen eigenthümlicheren und originelleren Plan dürfte wohl schwerlich der Premierminister Oesterreichs zu Tage gefördert haben. Er war indess von der Durchführbarkeit desselben überzeugt und that sich auch auf die Grossartigkeit dieser Idee nicht wenig zu Gute. Er verglich seinen Plan mit jenem im Jahre 1749 ausgesprochenen Projecte, als er die Allianz mit Frankreich zum ersten Male befürwortet hatte. Auch damals wurde sein Vorschlag als chimärisch bezeichnet, welcher später sich dennoch realisirt hatte. Und auch jetzt zweifelte er nicht, dass es seiner diplomatischen Gewandtheit gelingen werde, dies allerdings noch schwierigere Problem zu lösen, wenn ihm nur freie Hand gelassen würde in der Auswahl der Mittel und Personen, obzwar er zugestand, dass er nun bei vorgerückterem Alter die „Keckheit früherer Tage" vermisse.

Eine detaillirt ausgearbeitete Depesche an den Internuntius Brognard lag diesem allerunterthänigsten Vortrage bei. Kaunitz mochte hoffen, die Zustimmung des Kaisers und der Kaiserin zu erhalten. Von vornherein konnte aller-

---

[1]) Vortrag vom 3. Dec. 1768. (Wiener Archiv.)

dings als ausser Zweifel stehend angenommen werden, dass Maria Theresia nur schwer sich bewegen lassen werde einzuwilligen. Nicht als ob ihr die Wiedergewinnung Schlesiens weniger am Herzen gelegen wäre; aber es war für sie eine harte Zumuthung, sich mit den Ungläubigen zur Bekämpfung Russlands zu verbinden; auch war jene Spannkraft des Geistes, welche ihr in jungen Jahren eigen war, im Laufe der Zeit verloren gegangen. Aber ihr zur Seite stand als Mitregent ihr Sohn, in der Blüthe der Jahre und der Kraft, mit dem brennenden Ehrgeize, eine Rolle zu spielen, sich und Oesterreich zur Geltung zu bringen. Das Widerstreben der Mutter konnte nur dem Sohne zu besiegen gelingen. Für diesen bot das Kaunitz'sche Project des Verlockenden viel. Der Beistimmung des Sohnes schien der Staatskanzler gewiss.

Und doch war es Josef, der seine Zweifel an der Durchführbarkeit ausführlich darlegte und damit die Sache zum Scheitern brachte. Der Schüler war vorsichtiger als der Meister und erörterte mit nüchterner Ruhe die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Verwirklichung entgegenstanden.

Er zog zunächst die Geschicklichkeit des Mannes in Zweifel, durch dessen Hände die Unterhandlung gehen sollte. Brognard, der damalige Vertreter Oesterreichs in Constantinopel, schien nicht die geeignete Persönlichkeit zu sein, der man ein solch schwieriges Werk anvertrauen konnte. Sodann hielt er es nicht für wahrscheinlich, dass die Pforte auf den Vorschlag eingehen werde. Was konnte man der Pforte bieten, als die Aussicht, den Kampf gegen Russland abzukürzen. Wurde Oesterreich, wenn es von Seite Preussens für alle Zukunft sichergestellt ward, für die Pforte nicht ein weit gefährlicherer Feind als Russland? Und musste die Pforte nicht schon aus diesem Grunde sich wenig geneigt zeigen, wenn sie ihr eigenes Interesse zu Rathe zog, Oesterreich zur Wiedergewinnung Schlesiens zu verhelfen?

Josef beurtheilte auch den Gegner seines Hauses richtiger als der Staatskanzler. Er bezweifelte es, dass Friedrich sein Bündniss mit Russland einer Allianz mit Oesterreich und der Pforte opfern werde. Sodann schlug er die Bedeutung Schlesiens für die preussische Monarchie höher an als Kaunitz, er setzte die Vortheile, welche Friedrich dadurch besitze, in's helle Licht und hielt es für unmöglich, dass er Schlesien abtreten werde, um — Curland und ein Stück Polen dafür einzutauschen. Nur ein Land konnte als eine angemessene Entschädigung für Schlesien nach der Ansicht Josef's angesehen werden, — Sachsen.

Ferner zugegeben, dass Friedrich zu gewinnen war. Ohne Krieg konnte eine solche Veränderung der Karte Europa's nicht erfolgen und Josef schlug die Wechselfälle desselben nicht gering an: er brachte die ungeheuren Schwierigkeiten eines Kampfes mit Russland in Anschlag. Endlich, Kaunitz hatte auf die andern Mächte Europa's gar keine Rücksicht genommen. Josef hob hervor, dass England oder Frankreich von Russland gewonnen werden könnten.[1])

Ohne Einwirkung war das Kaunitz'sche Elaborat auf Josef doch nicht geblieben, es bot des Verlockenden viel. Es könnte nicht schaden, meinte er, die Pforte zu sondiren. Brognard sollte diesen Gedanken als den seinigen ausgeben und durch einen geheimen Canal dem Grossvezier mittheilen lassen, damit man im Stande sei, eventuell Alles in Abrede stellen zu können. Die Kaiserin stimmte den Ansichten ihres Sohnes bei. Eine definitive Entscheidung wurde auf diese Weise jedenfalls hinausgeschoben. Kaunitz beeilte sich dem zu entsprechen und legte nach einigen Tagen eine modificirte Weisung an Brognard vor. Eine Absendung derselben erfolgte nicht; die Kaiserin, wahrscheinlich durch ihren Sohn

[1]) Note de S. M. l'Empereur sur un Projet de nouveau systeme politique à entamer près de la Porte. 1768. (W. A.)

bestimmt, liess dem Staatskanzler sagen, dass sie auf die Durchführung seines Planes verzichte. —

Der Tag der Zusammenkunft nahte heran. Josef traf um Mitternacht am 24. August unter dem Namen eines Grafen Falkenstein mit einem kleinen militärischen Gefolge in Neisse ein. Vier Tage blieben die beiden Fürsten beisammen, in ihren Unterhaltungen militärische und politische Gegenstände berührend.

Die Lineamente, innerhalb deren sich der Kaiser bei seinen Gesprächen mit dem Könige bewegen sollte, waren ihm von Kaunitz in einer sorgfältig ausgearbeiteten Instruction vorgezeichnet worden. Kaunitz liess fast keinen Punkt unerörtert, von dem man annehmen konnte, dass er gestreift werden würde. In der That hat sich Josef an die Darlegungen des Staatskanzlers treu gehalten und dieser hatte vollständige Ursache mit ihm zufrieden zu sein.

Vor Allem sollte der König die Ueberzeugung gewinnen, dass der Kaiser zu dieser Zusammenkunft nur durch den lebhaften Wunsch bestimmt worden sei, seine Bekanntschaft zu machen, und von dem lebhaftesten Verlangen beseelt sei, ein besseres Verständniss zwischen den beiden Höfen anzubahnen und das bisherige Misstrauen vollständig zu zerstören. Der Kaiser liess es in dieser Beziehung an den erforderlichen Redensarten und Versicherungen nicht fehlen: zu wiederholtenmalen betonte er, nur der Wunsch, den grossen Monarchen kennen zu lernen, habe ihn zu seiner Reise bestimmt. Friedrich kargte ebenfalls nicht mit schmeichelhaften Erwiederungen, er sprach von wahrer Freundschaft und dem Wunsche vollkommener Aussöhnung. Auch des abwesenden Staatsmannes wurde gedacht. Der König bezeichnete Kaunitz als den ersten Kopf Europa's; wogegen der Kaiser der Bewunderung des Staatskanzlers für den König Worte lieh.

Kaunitz hatte vorausgesetzt, dass Friedrich die Allianz

zwischen Oesterreich und Frankreich zum Gegenstande seiner Gespräche mit dem Kaiser machen werde. Gerade darauf legte er Gewicht, dem Könige die Ueberzeugung beizubringen, dass dies Bündniss auf festen, unerschütterlichen Grundlagen beruhe. Obwohl er im Laufe der letzten Jahre die Hohlheit der Beziehungen zu Versailles kennen gelernt hatte, so war er dennoch bemüht, diese grosse That seines Lebens als den tiefen Bedürfnissen der Monarchie entsprechend darzustellen. Das Bündniss mit Frankreich, sollte der Kaiser erklären, wurzle tief in den Interessen beider Staaten; man könne es ein gutes Geschäft nennen, wobei jeder Theil seine Rechnung finde.

Der König hütete sich eingehende Auseinandersetzungen über diesen Punkt zu veranlassen. Josef sah sich genöthigt den Gegenstand zuerst zu berühren. Friedrich begnügte sich, die Stellung Oesterreichs dem Bundesgenossen gegenüber zu loben; er vermied es sichtlich den Gegenstand tiefer zu erörtern. Er beneidete damals Oesterreich um seine Verbindung mit Frankreich nicht. Ueber die militärische Tüchtigkeit der Franzosen legte er eine grosse Geringschätzung an den Tag; wenn sie über Krieg oder Taktik reden, sagte er einmal, komme ihm dies vor wie das Plappern eines Papageies.

Auch forschte der König nicht darnach, wie man in Wien über sein Bündniss mit Russland denke. Kaunitz wünschte nun, der Kaiser möge sich dahin aussprechen, dass es ganz anderer Natur als die österreichisch-französische Verbindung sei, indem es auch die Möglichkeit einer offensiven Tendenz in sich berge. Josef kam nicht in die Lage diese Bemerkung zu machen. Wohl wurde über Russland gesprochen, der König hob selbst die grosse Gefahr, die von diesem Staate dem übrigen Europa drohe, hervor; er leugnete nicht, dass ihm die Allianz mit Russland nothwendig sei, wenn sie ihm auch manchmal unbequem werde und viel Geld koste; es werde eine Zeit kommen, meinte er, wo

weder Oesterreich noch Preussen im Stande sein dürften, dem weiteren Umsichgreifen Russlands Schranken zu setzen, ganz Europa werde dann zusammenhalten müssen. Josef stellte sich vollständig gleichgültig, er erwiederte: der König bilde die Avantgarde.

Gerade die brennendsten Fragen des Tages wurden nur flüchtig und oberflächlich berührt. Friedrich lenkte wohl das Gespräch zu wiederholtenmalen auf den Krieg Russlands mit der Pforte und regte eine Mediation Oesterreichs an. Die Pforte sollte dieselbe anrufen. Gelang es ihm Oesterreich für diese Auffassung zu gewinnen, so war wenigstens eine äussere Veranlassung geboten, um in Petersburg Friedensversuche zu machen. Allein er vermied es ein besonderes Gewicht darauf zu legen, um nicht das Misstrauen Josef's zu erregen. Auf den Anwurf Friedrich's entgegnete der Kaiser, eine einseitige Aufforderung von Seite der Pforte genüge wohl nicht, beide kriegführenden Theile müssten die Mediation verlangen. Dass aber von Russland in dieser Richtung ein Schritt zu erwarten sei, bezweifelte Friedrich mit Recht. Der polnischen Angelegenheiten geschah nur in Verbindung mit dem russisch-türkischen Kriege Erwähnung; eine eingehende Erörterung der dortigen Verhältnisse fand nicht statt. Wohl aber hatte der Kaiser Gelegenheit, die Throncandidatur des Prinzen Albert in Abrede zu stellen und die österreichische Auffassung auseinanderzusetzen, durch welche Mittel die Ruhe in Polen hergestellt werden könnte. Der König begnügte sich mit der Bemerkung: Russland werde schwerlich auf solche Vorschläge eingehen. Die Anfrage Friedrich's, ob er nach Petersburg schreiben solle, wie sehr man in Wien die Herstellung der Ruhe in der Türkei und Polen wünschte, beantwortete Josef mit souveräner Gleichgültigkeit; es sei ganz indifferent, sagte er, was der König zur Kenntniss des russischen Hofes bringen wolle, er solle schreiben, was er für angemessen erachte.

Nur über einen Punkt wurde eine Einigung erzielt. Friedrich regte zuerst die Neutralität der beiden Staaten für den Fall eines Ausbruchs des Krieges an. Kaunitz hatte hiefür vorgesorgt. Josef verständigte sich mit dem Könige über die Form der Verabredung und übergab demselben den ihm von Kaunitz zu diesem Behufe mitgegebenen Entwurf eines Briefes. Hierin wurde eine Neutralität Oesterreichs und Preussens bei allen bevorstehenden Kriegen vorgeschlagen. Friedrich konnte hierauf nicht eingehen, da er durch seinen Vertrag mit Russland bezüglich Polens und Schwedens gebunden war; er war geneigt, einem auf Deutschland und beide Staaten, Oesterreich und Preussen, sich beziehenden Neutralitätsversprechen zuzustimmen. Josef ging hierauf ein; zunächst nur aus dem Grunde, wie er in seinen Aufzeichnungen sagte, um das Misstrauen des Königs nicht wachzurufen.

Kaunitz hatte in seiner Instruction an den Kaiser auch noch andere Punkte berührt: die baierische Successionsfrage, Anspach und Baireuth, die Regelung der Erbfolge in Preussen. Allein alle diese Gegenstände kamen gar nicht zur Sprache, nur mit dem Prinzen Heinrich hatte der Kaiser Gelegenheit über die fränkischen Herzogthümer einige Worte zu wechseln. [1])

So sehr man in Wien seit Jahr und Tag eine Begegnung der beiden Fürsten gewünscht hatte, nachgerade schlug man die Bedeutung derselben nicht hoch an. Der Kaiser legte der Neutralitätsabmachung keinen besonderen Werth bei; die ganze Sache sei eigentlich höchst unschuldig, schrieb er, man sei durch nichts gebunden und wäre bei einem Kriege vollkommen in der Lage zu thun, was man wolle, sich einzumischen oder fern zu bleiben. Auch Kaunitz theilte diese Ansicht Josef's; die zwischen den beiden Monarchen ausgewechselten Briefe, setzte er der Kaiserin auseinander,

---

[1]) Vrgl. das Detail in meiner Abhandlung. S. 407 ff.

enthalten eigentlich nichts mehr als eine einfache Bestätigung der durch die Verträge ohnehin bestehenden Verpflichtungen; die Briefe hätten ebenso gut ungeschrieben bleiben können. Dagegen empfand er, und wahrscheinlich auch die Kaiserin, ein besonderes Behagen über den gerade nicht günstigen Eindruck, den der König auf Josef gemacht hatte.

Ganz anders bei Friedrich. Nicht ohne Erwartungen hatte er, wie wir gesehen, die Reise angetreten, den Abschluss eines Vertrages mit Russland aus dem Grunde verzögert, um zu sehen, ob in Neisse nicht etwa eine Vereinbarung mit Oesterreich zu Stande käme, die es ihm ermöglichen würde, die Fesseln der russischen Allianz wenigstens theilweise abzustreifen. Aus diesem Grunde betonte er in seinen Gesprächen mit Josef die Nothwendigkeit eines beiderseitigen guten Einverständnisses. Indess dieser wich eingehenden Auseinandersetzungen aus; es erfordere dies eine reife Ueberlegung, sagte er dem Könige, käme man nur vorläufig über die Neutralität überein, so werde sich alles Uebrige künftighin schon bewerkstelligen lassen. Er beruhigte den König über Schlesien, aber ein weitergehendes Abkommen, worauf Friedrich Werth zu legen schien, wollte er vertagt wissen. Der König gab zu, dass es allerdings schwer sei, zu einem versöhnten Gegner volles Vertrauen zu fassen, sprach aber die Hoffnung aus, die Zeit werde das „patriotische deutsche System“ zur Reife bringen; er regte den Gedanken an, dass die Monarchen einander bei etwa auftauchenden Differenzen zuerst schreiben möchten, ehe die Minister sich der Sache bemächtigen. Josef leugnete nicht die Tragweite eines beiderseitigen Bündnisses; allein auf die von Friedrich gewünschte Verabredung wollte er nur für den äussersten Fall eingehen. Auch nach seiner Rückkehr schlug der König den Nutzen dieser Zusammenkunft und das eingegangene Neutralitätsversprechen höher an, als es in Wien der Fall war. In seinem Briefe an Finken-

stein sprach er sich sehr günstig über Josef aus; er glaube, dass er nichts Böses wolle und gut gesinnt sei; er erwartete mit der Zeit bessere Beziehungen zu Oesterreich hergestellt zu sehen. Es lässt sich nicht in Abrede stellen, dass er eine ehrliche und offene Verständigung mit dem Nachbarstaate suchte. Die Briefe, die Friedrich an Finkenstein schrieb, lassen darüber keinen Zweifel aufkommen. [1])

Indess vollkommen befriedigt war auch Friedrich über die Resultate seiner Reise nicht, jedenfalls musste er jeden Gedanken, seine Beziehungen zu Russland loser zu gestalten, bald fahren lassen.

Bei seiner Rückkehr nach Berlin harrten seiner Berichte seines Gesandten, die ein Entgegenkommen Russlands bekundeten. Die Zusammenkunft in Neustadt war hierauf nicht ohne Einfluss. Die Beschränkung bei der Garantie der fränkischen Markgrafthümer wurde nach Panin's Ausspruch als nicht gemacht betrachtet; bezüglich Schwedens lauteten die Erläuterungen zufriedenstellender. Finkenstein, von dem Könige befragt, sprach sich für die Erneuerung des Vertrages aus, und im September übersendete Friedrich einen modificirten Entwurf an Solms. Die Hilfsleistung an Russland war genau präcisirt, jedoch die Verpflichtung übernommen, sich den etwaigen Versuchen Sachsens in Warschau, einem Mitgliede des kurfürstlichen Hauses die polnische Krone zu verschaffen, zu widersetzen. Nicht minder übernahm Friedrich bezüglich des Königs von Polen, der polnischen Verfassung, der Dissidenten besondere Verbindlichkeiten. Im Falle von Schweden ein Angriff auf Russland erfolgen oder die schwedische Verfassung vom Jahre 1720 eine einschneidende Aenderung erfahren sollte, verband sich der König zu einer

---

[1]) Vrgl. das Schreiben Friedrich's an Finkenstein bei Ranke die deutschen Mächte und der Fürstenbund; ein anderes an den Minister stimmt fast wörtlich mit der Depesche an Solms überein, abgedruckt bei Smitt, Fréderic II. et Catherine II. p. 1.

Diversion gegen Schweden, und zwar nöthigenfalls durch Besetzung von Schwedisch-Pommern. Weitere Verbindlichkeiten wollte Friedrich nicht übernehmen, obzwar das ihm von russischer Seite Anfangs des Jahres gemachte Anerbieten verlockend genug war. [1]) Diesmal beeilte man sich in Petersburg an die Unterzeichnung des Vertrages zu schreiten, da man eine Allianz zwischen Preussen und Oesterreich befürchtete. Am 12. October 1769 wurde der neue Vertrag, dessen Dauer auf acht Jahre festgestellt wurde, unterfertigt. [2])

[1]) Je suis fondé, qu'on ne fera rien ici pour empecher V. M. de s'emparer de Stralsund et de toute la Pomeranie suedoise et qu'on ne s'opposera point qu'elle ne l'annexe pour toujours à ses autres Etats. Solms am $\frac{\text{30. December 1769}}{\text{10. Januar 1770.}}$ (B. A.)

[2]) Der Schweden betreffende Artikel zuerst abgedruckt in den Oeuvres de Fréderic le Grand T. XXVII Ière partie p. 381.

Achtes Capitel.

Die österreichisch-preussische Mediation und die Zusammenkunft in Neustadt.

Der erneuerte Vertrag mit Russland, der dem Könige neue grosse Opfer auferlegte, gewährte ihm nicht die sichere Beruhigung, dass der Kampf im Orient nicht weitere Dimensionen annehmen werde. Das erste Kriegsjahr war vorübergegangen, ohne dass eine der kämpfenden Parteien erkleckliche Erfolge aufzuweisen hatte. Die Eroberung Chotzims am Ende des Feldzuges wollte nicht viel besagen. Bei seiner genauen Kenntniss Catharina's und ihrer Staatsmänner zweifelte Friedrich nicht daran, dass Russland hochgeschraubte Forderungen stellen würde, wenn das Kriegsglück seinen Waffen fürderhin lächeln sollte. Jetzt war es noch möglich, unter mässigen Bedingungen den Frieden herbeizuführen. Friedrich war in dieser Richtung nicht unthätig. Durch Zegelin liess er die Stimmungen in der türkischen Hauptstadt erforschen; in Wien durch seinen Gesandten dem Fürsten Kaunitz seine Geneigtheit anzeigen, in Verbindung mit Oesterreich die Mediation zwischen der Pforte und Russland zu übernehmen. Hier war man über diese Eröffnung hoch erfreut. Der Verlauf des Krieges hatte die Gesichtspunkte, denen Fürst Kaunitz beim Beginn desselben gehuldigt, vollständig über den Haufen geworfen. Er war zeitweilig von der Annahme ausgegangen, dass die Kräfte der Russen und Türken einander die Wage halten und kein Theil über den andern ein entschiedenes Uebergewicht erlangen würde.

Traf diese Voraussetzung zu, dann war der Krieg nur von grossem Nutzen und eine längere allgemeine Ruhe zu erwarten, wenn Russland und die Pforte sich vollständig erschöpft und eine Anzahl von Jahren nöthig hatten, um die erlittenen Verluste zu ersetzen.

Die Dinge hatten nun eine andere Wendung genommen. Russland hatte einige Erfolge errungen, und wenn dieselben auch nach der fast allgemein herrschenden Ansicht mehr dem Glücke als der Tüchtigkeit der Feldherren und Heere zu danken waren, sie liessen sich einmal nicht läugnen und warfen das ohnehin durch die Macht der Thatsachen aufgedrungene, erkünstelte politische Kartenhaus des Staatskanzlers über den Haufen. Wie leicht konnte Kleinmuth die Türken übermannen und sie bewegen, einem nachtheiligen Frieden die Hand zu bieten! Unstreitig erlangte dann Russland grosse Vortheile und für lange Jahre hinaus bekam es die Hände, wenigstens was die Türkei anbelangt, frei. Der Staatskanzler sah im Geiste die Dictatur Russlands im Norden für die Dauer befestigt. In Schweden vermochten alle diplomatischen Künste der Franzosen nicht Russland aus dem Felde zu schlagen; Dänemark, fast ausschliesslich mit dem Austausche Holsteins beschäftigt, musste sich aus diesem Grunde der moskowitischen Macht willfährig erweisen; in Polen gebot der russische Machteinfluss unbedingt, mit Preussen war Catharina im Bunde. „Frei von Seite der Pforte", schrieb der österreichische Staatskanzler in diesen Tagen, „in Schweden und Polen Meister, von Dänemark und Preussen wenigstens nicht gehindert, hat also Russland die nordische Dictatur in Händen und die Liga in seiner Gewalt, welche nur noch durch englische Subsidien beseelt zu werden nöthig hat, um den gefährlichsten Ausbruch zu veranlassen." [1])

[1]) An Thugut 5. Januar 1770. (W. A.)

Die „systematische Inactivität" Oesterreichs erschien dem Fürsten Kaunitz, nachdem die Umstände eine solche Aenderung erfahren, nicht mehr am Platze zu sein. Er sann nach Mitteln, um den gefährlichen Folgen einer russischen Superiorität vorzubeugen. Dies Ziel war schwer zu erreichen, wenn Preussen seine Mitwirkung versagte, leicht, wenn der König, wie Kaunitz meinte, sein wahres Interesse verstand. Seit seiner Entrevue mit Josef hatte sich die Schroffheit des früheren Verhältnisses etwas gelindert, eine Verständigung wenigstens über einige nicht unwichtige Punkte war angebahnt worden. Die früher in den Wiener Kreisen herrschende Meinung, Friedrich erspähe nur den geeignetsten Moment, um abermals über die Monarchie herzufallen, war einer anderen Auffassung gewichen. Nicht etwa die Friedensliebe Friedrich's schlug man hoch an, man war nur der Ansicht, er werde dies Wagniss nicht wieder unternehmen, nachdem er in dem letzten Kriege seine Kräfte mit den österreichischen gemessen und oft beinahe an den Rand gänzlicher Vernichtung gebracht worden war. Ferner nahm Kaunitz fast als gewiss an, dass der König die zunehmende Uebermacht Russlands mit scheelen Augen verfolge und sich den ihm künftighin drohenden Gefahren nicht ganz verschliesse, wenn er auch an dem Bündniss mit dem Petersburger Hofe nicht gerüttelt wissen wollte.

In der That waren Friedrich und Kaunitz allerdings darin einverstanden, dem Kriege wo möglich durch eine etwaige gemeinsame Vermittlung ein Ende zu machen. Hievon abgesehen, gingen die Richtungen scharf auseinander. Kaunitz überzeugt, dass die Herstellung des Friedens im Oriente nur durch die vereinigte Mediation Preussens und Oesterreichs erreicht werden könne, fasste dabei zugleich Polen in's Auge und wollte durch ein Zusammenwirken mit dem Könige gleichzeitig die Angelegenheiten in Warschau geordnet und geregelt wissen, um dem Uebergewichte Russ-

lands daselbst ein Ende zu machen. Ferner war der österreichische Staatskanzler von der Ueberzeugung durchdrungen, dass Russland nur dadurch bewogen werden dürfte einem Frieden die Hand zu bieten, wenn die Mediation mit ernstlichem Nachdruck betrieben und selbst Demonstrationen nicht ausser Acht gelassen würden. In beiden Punkten war Friedrich nicht gewillt, mit dem Staatskanzler unbedingt Hand in Hand zu gehen. Seiner Tendenz entsprach es vollkommen, wenn Oesterreich in entschiedener Weise gegen Russland Front machte, seine eigenen Friedensmahnungen konnten dadurch um so grösseren Eindruck in Petersburg machen. Kaunitz war der Ansicht, Friedrich sei im Irrthum, wenn er annahm, eine entschiedene Haltung Oesterreichs allein werde in Petersburg Eindruck zu machen nicht verfehlen. Friedrich sollte sich entschliessen, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen und seine Nebenrücksichten für Russland eine Zeit lang bei Seite zu setzen, eine gleich ernsthafte Sprache reden und ähnliche Demonstrationen gegen den Petersburger Hof in Scene setzen, wenn ein Erfolg, nämlich die Wiederherstellung des ehemaligen Systems und Gleichgewichts, erreicht werden sollte. Noch hatte Kaunitz nicht alle Hoffnung aufgegeben, seiner Ansicht bei dem Könige zum Siege zu verhelfen. Vorläufig sollten aber blos die nöthigen Vorbereitungen getroffen werden, um, wenn eine Einigung mit Friedrich über die Modalitäten des weiteren Vorgehens erzielt wurde, allsogleich an's Werk gehen zu können.

In Siebenbürgen wurde die Zusammenziehung eines Armeecorps beschlossen. Es bedurfte grosser Geschicklichkeit, um die Bedeutung dieses Schrittes der Pforte im richtigen Lichte zu zeigen, denn in Constantinopel war man über die Stellung Oesterreichs nicht vollkommen beruhigt. Die Türken schöpften Verdacht, dass diese militärischen Massnahmen gegen sie gerichtet seien. Kaunitz suchte sie durch die Darlegung thunlichst zu beruhigen, dass nur der bedenkliche Umstand,

die Wallachei im Besitze der Russen zu wissen, die Veranlassung der Truppenzusammenziehung sei. Man wolle sich auf alle Fälle gegen die russische Nachbarschaft in Bereitschaft halten, die österreichische Grenze decken, dem russischen Hofe durch diese Demonstration Gelegenheit zum Nachdenken geben. Gleichzeitig gab man in Constantinopel zu verstehen, man sei bereit noch mehr zu thun, überhaupt Allem die Hand zu bieten, was zur Beförderung eines Friedens beitragen könnte. Russland werde sich jedoch nicht so leicht dazu bequemen, es komme daher hauptsächlich darauf an, dass die Pforte bei dem Könige von Preussen die geeigneten Schritte mache, um ihn nicht nur zur Mitübernahme der Mediation, sondern auch zu einer ernsthaften Unterstützung, im Falle jene fehlschlagen sollte, zu bewegen. Nur dürfte die Pforte nicht durchblicken lassen, dass Oesterreich ihr angerathen diesen Schritt zu thun. Sie müsste im Gegentheil heucheln, als sei sie bezüglich Oesterreichs nicht ganz ausser Sorgen; wenn der preussische Gesandte sich angelegen sein lassen werde, den Ministern jeden Verdacht zu benehmen, dann sei zu hoffen, dass die Bemühungen, Preussen zur Ergreifung geeigneter Massnahmen zu bestimmen, nicht fruchtlos bleiben würden.

Der Plan des Fürsten Kaunitz war gut erdacht. Nur täuschte er sich, wenn er im entferntesten wähnen konnte, dass Friedrich so leicht dem russischen Bündniss werde abspenstig gemacht werden können. Oesterreich allerdings wagte dabei gar nichts. Denn, selbst wenn Russland von diesen Versuchen Kenntniss erlangte, erfuhr es nur, was es ohnehin schon wusste, dass man in Wien mit sorgsamen Blicken seinen Fortschritten folgte. Der Einfluss Oesterreichs in Constantinopel konnte dadurch nur gesteigert werden, und wenn Preussen sich weigerte, den Wünschen der türkischen Minister nachzukommen, kam es in Gefahr, seine ganze Stellung bei der Pforte einzubüssen, jeden-

falls ein, wenn auch kleiner Erfolg österreichischer Staatskunst.[1])

Die Hoffnung, die Pfortenminister möglichst rasch in diese Action hineinzuziehen, musste nur zu bald wieder aufgegeben werden. Vergebens bemühte sich Thugut, von Zegelin auf das Wärmste unterstützt, in Constantinopel dem Frieden das Wort zu reden. Preussen machte sich anheischig, die Bürgschaft zu übernehmen, dass man in Wien nur freundschaftliche Gesinnungen gegen die Pforte hege, es empfahl die Annahme einer Vermittlung Oesterreichs und erklärte sich bereit ebenfalls daran Theil nehmen zu wollen.[2]) Noch war indess die kriegerische Stimmung nicht verraucht. Anstatt auf diese Vorschläge einzugehen, fragte der Reis Effendi, ob Oesterreich sich nicht mit der Pforte gegen Russland verbinden würde, und begleitete diese Insinuation mit der Enthüllung, dass noch unmittelbar vor der Kriegserklärung Russland in Gemeinschaft mit Preussen die Pforte durch Anerbietung grosser Geldsummen habe bewegen wollen, die Waffen gegen Oesterreich zu kehren. Die Pforte sei gewillt, auf jeden Antrag des Wiener Hofes einzugehen; durch eine gegenseitige Verständigung werde man allen Mächten Gesetze vorzuschreiben im Stande sein; insbesondere hinge es nach der Vertreibung der Russen aus Polen von Oesterreich ab, entweder die Wahl eines anderen Königs vornehmen zu lassen, oder Polen mit der Pforte zu theilen. Den Vorschlag Thugut's lehnten die Minister unter dem Vorwande ab, dass die Pforte bei einer neuen und nicht bedeutenden Macht wie Preussen nicht den ersten Schritt thun könne, und gleichzeitig erklärten sie dem preussischen Dolmetsch, dass man sich schwer zur Annahme der Mediation Oesterreichs zu entschliessen in der Lage sei, da

[1]) Rescripte an Thugut vom 5. u. 19. Januar 1770. (W. A.).

[2]) Von Thugut 17. Febr. 1770. (W. A.)

man demselben nicht trauen dürfe und befürchten müsse, es werde bei dieser Gelegenheit Belgrad wieder erhaschen wollen.[1]) Einige der türkischen Staatsmänner sehnten allerdings den Frieden herbei, allein sie wagten es nicht für denselben einzutreten, aus Furcht, sich die Ungnade des Sultans zuzuziehen. Zegelin meinte: die Pforte werde nur dann in Friedensunterhandlungen eingehen, wenn diese im Namen Russlands erbeten würden.[2])

Der erste Versuch des Fürsten Kaunitz, mit Hilfe der Pforte das sehnsuchtsvolle Ziel zu erreichen, war missglückt. Bis zum Ausgang des nächsten Feldzuges wollte er auf weitere Schritte in dieser Richtung verzichten. Friedrich ging von ähnlichen Gesichtspunkten aus.

Zeitweilig, wenn auch vorübergehend, lullte man sich in Wien mit dem Gedanken ein, dass vielleicht Russland die Initiative zum Frieden ergreifen werde. Man wähnte, dass die Zusammenziehung von Truppen in Siebenbürgen in Petersburg nicht ohne Eindruck bleiben werde. Rohd, der preussische Gesandte, machte wenigstens in dieser Richtung die Mittheilung, dass Russland seinen Verdacht gegen Oesterreich zu erkennen gegeben; sein König habe jedoch die Antwort ertheilt, es seien dies nur Vorsichtsmassnahmen. Kaunitz wünschte, Friedrich möchte doch bei einer nochmaligen Anfrage antworten, die in Siebenbürgen getroffenen Anstalten bezweckten blos die eigene Sicherstellung; Oesterreich sei fest entschlossen, an dem gegenwärtigen Kampfe sich nicht zu betheiligen, so lange Russland durch seine Eroberungen nicht das Gleichgewicht im Orient vollständig aus den Fugen bringe, für welchen Fall es vielleicht sich genöthigt sehen würde, aus seiner Passivität hervor-

---

[1]) Thugut vom 24. März 1770. (W. A.) Zegelin vom 3. Febr. 1770. (B. A.)

[2]) Zegelin's Berichte vom 17. Febr. u. 17. März 1770. (B. A.)

zutreten, ohne im Vorhinein bestimmen zu können, zu welchen Massnahmen es sich entschliessen werde.[1]) Die Kaunitz'schen Erklärungen waren immer in vorsichtiger Weise darauf berechnet, auf alle möglichen Eventualitäten Anwendung zu finden. Jedenfalls liessen die dunklen Worte des Staatskanzlers eine doppelte Auslegung zu. Bargen sie einerseits kühne Thatenlust zum Schutze der Pforte, so war auch die Möglichkeit einer Verständigung über die Türkei nicht ausgeschlossen, wenn der gebotene Preis der Mühe lohnte.

Die diplomatischen Verhandlungen traten während des Sommers vor den kriegerischen Ereignissen in den Hintergrund. Erst die Nachrichten von dem Missgeschick, welches die Flotte betroffen, rüttelte die türkischen Minister empor. Kriegerische Gelüste und friedliche Strömungen wogten unklar durcheinander. Bald wurde in einer Versammlung, an welcher sich die Minister und eine Anzahl Legisten in der Behausung des Mufti betheiligten, beschlossen, dem Sultan die Nothwendigkeit des Friedens vorzustellen; bald tauchte wieder die Furcht vor der Armee auf; man hielt die Ruhe in der Hauptstadt für gefährdet; es hiess, der Sultan werde sich an die Spitze der Armee stellen und habe schon den Befehl gegeben, die erforderlichen Vorbereitungen zu diesem seltenen Ereignisse zu treffen. Doch behaupteten schliesslich die friedlichen Tendenzen die Oberhand. Der Reis Effendi und der Kaimakam redeten dem Frieden das Wort.

In den ersten Augusttagen liess der Reis Effendi Thugut sagen, die Pforte werde binnen Kurzem die Vermittlung Oesterreichs förmlich anzurufen bereit sein. Thugut übergab in Folge dessen ein Memoire, worin er die Geneigtheit seines Hofes darauf einzugehen in vorsichtiger

[1]) 19. Juni 1770 an Thugut. (W. A.)

Weise aussprach.[1]) Schon am 13. August übersendete Thugut das Schreiben des Kaimakam an den Staatskanzler, ein zweites an Colloredo; gleichzeitig erhielt Zegelin ein ähnliches Schriftstück an Finkenstein eingehändigt.[2]) Thugut wusste auch zu berichten, dass England alle Minen springen lasse, um an der Mediation Antheil zu nehmen; es habe sich sogar zur Bezahlung der Kriegskosten anheischig gemacht.[3])

Als diese Depeschen in Wien einliefen, stand gerade eine zweite Zusammenkunft Josef's und Friedrich's, diesmal auf österreichischem Boden, bevor. Dieselbe erhielt schon dadurch eine grössere Bedeutung, dass auch der Staatskanzler daran Antheil nehmen sollte. Kaunitz befand sich in Austerlitz, als ihm die vorläufige Anzeige aus Constantinopel zuging, dass die Pforte die Vermittlung Oesterreichs anzunehmen gesonnen sei. Die Russen hatten im letzten Feldzuge Siege über Siege erfochten, Fürst Kaunitz sah sie schon die Donau überschreiten, ohne dass ihnen die Türken Widerstand entgegensetzen konnten. Er überdachte alle Eventualitäten, wie das Vordringen des nordischen Kolosses gehemmt werden könnte. Seiner Meinung nach war das Mittel ein höchst einfaches. Wenn Oesterreich und Preussen sich mit einander verbanden und die antirussische Partei

---

[1]) Se la fulgida Porta desidera l'alta mediazione di Lora Maesta. Thugut's Depesche vom 7. August 1770.

[2]) Die Unterschiede in diesen Schriftstücken in einer Depesche Thugut's vom 13. Aug. 1770 hervorgehoben. Der Schlusssatz an Kaunitz enthielt die Worte: Dass der österreichische Hof durch seine Vermittlung an der Herstellung des Friedens auf eine solche Art, durch welche die Ehre der Pforte in den Augen der übrigen Höfe nicht zu nahe getreten würde, arbeiten möge; in dem an Preussen gerichteten Schreiben stand der Passus: Durch Eure Vermittlung und wie Ihr Euch dazu anheischig gemacht.

[3]) Thugut vom 13. Aug. 1770. (W. A.) Zegelin vom 13. Aug. 1770. (B. A.)

in Polen zur Mitwirkung herangezogen würde, wurde Russland genöthigt die Segel zu streichen. Die Absetzung des Königs wurde hiebei von dem Staatskanzler nicht bezweckt, im Gegentheil eine Aussöhnung aller Parteien zum Behufe einer Bekämpfung Russlands in dunkle Aussicht genommen.

Bisher hatte Oesterreich den Conföderirten gegenüber eine eigenthümliche Stellung eingenommen. Alle Anwürfe, die von Seiten derselben gemacht wurden, um eine Unterstützung oder wenigstens indirect eine Förderung zu erlangen, beantwortete man in Wien ausweichend. Man erkannte dieselben nicht als kriegführende Macht an und lehnte es auch ab, einen Gesandten in officieller Weise zu empfangen. Man gewährte den Flüchtigen ein Asyl, ohne aber die Grenzen der Neutralität, innerhalb deren man bleiben wollte, zu überschreiten. Seit dem Ausbruche des Türkenkrieges wurde man zumeist auch von dem Gesichtspunkte geleitet, zur Pacification des Landes, selbst wenn die Möglichkeit zum Eingreifen vorhanden gewesen wäre, nicht beizutragen, damit die in Polen anwesenden russischen Streitkräfte nicht herausgezogen und gegen die Türken verwendet werden könnten. [1]) Die Conföderirten verzichteten nie auf die Hoffnung, dass man sich in Wien vielleicht doch bestimmen lassen dürfte, ihnen unterstützend unter die Arme zu greifen, wozu der Verkehr des Kaisers mit einzelnen Führern und die orakelhafte Sprache des Staatskanzlers beigetragen haben mögen. Bestimmte Zusicherungen dürften sie schwerlich erhalten haben, wenn auch der Gedanke, sich der Conföderirten bei geeigneter Gelegenheit zu bedienen, in den Combinationen des Staatskanzlers eine Stelle einnahm. Bisher freute man sich in Wien blos über die Verlegenheiten, die den Russen aus den polnischen Wirren erwuchsen.

Unmittelbar vor der Zusammenkunft in Neustadt

---

[1]) Instruction an Revitzki. (W. A.)

befanden sich der Marschall der Conföderation, Graf Pac, und der Marschall einer Provinzial-Conföderation, Lninsky, in Wien, der Kaiserin für das Asyl zu danken, welches sie den Flüchtigen in Ungarn gewährt habe, sodann aber auch um eine Unterstützung Oesterreichs in Anspruch zu nehmen. Die Stellung der Conföderation wurde mit einem Schlage eine andere, wenn es ihnen gelang, die Anerkennung Oesterreichs zu erwirken. Da Kaunitz von Wien abwesend war, so wurde die Verhandlung mit seinem Stellvertreter, dem Grafen Pergen, gepflogen. Die Forderung ging dahin, Lninski als Vertreter der Conföderation anzuerkennen und von demselben ein Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen. Man wollte sich begnügen, wenn dieselbe nur erfolge, übrigens jedoch geheim gehalten würde; es sollte dem Vertreter blos Gelegenheit geboten werden, sich den massgebenden Kreisen zu nähern und in fortwährender Berührung mit denselben zu bleiben. Die Conföderation beabsichtigte damals den Fürsten Radziwill nach Constantinopel zu entsenden, und es wurde das Ansuchen in Wien gestellt, demselben zur Fortsetzung seiner Reise einen Pass zu gewähren. Ausserdem verlangte Graf Pac, man möchte den von den Conföderirten aufgestellten Zolleinnehmern gestatten, sich an der ungarischen Grenze aufzuhalten; endlich forderte er ungehinderten Briefverkehr mit den Conföderirten in Oesterreich und die Erlaubniss, ihre Kanonen, Waffen u. dgl. aus Ungarn nach Polen bringen zu dürfen.[1])

Auf den Rath des Grafen Kaunitz, dem der Act zur Begutachtung übersendet wurde, entschied die Kaiserin.[2])

---

[1]) Promemoria pour son Excellence le Cte de Pergen. (W. A.)

[2]) Reponses marginales au Pro-Memoria remis à Vienne par le Cte de Pac au Comte de Pergen Austerlitz le 30 Aout 1770. (W. A.) Für die Gesinnung der Kaiserin ist ihre Resolution bezeichnend. Sie schrieb auf den Vertrag: Nach diesen remarquen des Fürsten Kaunitz zu expediren. Die terme ein wenig bemitleydender seind unglücklich genug. Vertrag 28. August 1770.

Von einer Anerkennung der Conföderation war natürlich nicht die Rede. Freies Asyl sollten die Flüchtlinge auch künftighin bekommen, wenn sie keinen Missbrauch mit dieser Gnade treiben würden. Radziwill und seine Begleiter sollten Pässe erhalten, aber ihr Charakter in dem Schriftstücke nicht erwähnt werden. Die Ueberführung von Kriegsgeräth aus Ungarn nach Polen wurde gestattet, nur durfte dasselbe, wenn es einmal die Grenze überschritten, nicht mehr zurückgebracht werden. Die Aufstellung von Zolleinnehmern wurde nicht bewilligt. Hierbei waltete ein eigenthümlicher Grund ob. Man fürchtete nämlich, dass die Polen bei etwaigen weiteren Versuchen Oesterreichs, sich polnisches Gebiet zuzueignen, den Beweis liefern würden, dass der Grund und Boden, auf dem die Zollstätten errichtet waren, Eigenthum der Republik sei. So wenig auch die Concessionen besagen mochten, bei Kaunitz war die Rücksicht massgebend, nicht alle und jede Verbindung mit den Conföderirten abzubrechen, und auf Russland, falls es Kunde davon erlangte, Eindruck zu machen. [1])

Durch die bevorstehende Begegnung mit Friedrich hoffte Kaunitz jedenfalls Klarheit in die Situation zu bringen. Er bereitete sich auf dieselbe sorgfältig vor. Zunächst sollte der König ein klares Bild von den Principien der österreichischen Politik erhalten, um dadurch die Ueberzeugung zu gewinnen, dass man in Wien kriegerischen Tendenzen ganz abhold sei. Aus diesem Grunde musste das actuell bestehende politische System, nämlich die Allianz

[1]) Elle (die Kaiserin Maria Theresia) observera que, soit pour donner à penser à la Russie, supposé que ces réponses parviennent à sa connaissance, soit pour ne pas ôter toute esperance à des gens, dont peut-être on pourroit avoir besoin dans peu, dans une des réponse négatives je me suis servi à dessein de l'expression: de l'état ou sont encore les choses. Kaunitz an Maria Theresia vom 30. August 1770, abgedruckt in meiner Abhandlung a. a. O. 497.

Oesterreichs mit Frankreich einerseits, sowie jene zwischen Preussen und Russland andererseits, als das einzige den Interessen der beiden Nachbarstaaten entsprechende dargestellt werden. Was die künftigen Beziehungen zwischen Oesterreich und Preussen anbelangt, so nahm sich Kaunitz vor, die grossen Vortheile darzulegen, die aus einer gegenseitigen Verständigung erwachsen würden, die auch, trotzdem man beabsichtigte an der Allianz mit Frankreich festzuhalten, leicht bewerkstelligt werden könnte. Im Laufe des Gespräches wollte er die Gelegenheit benützen, einige Andeutungen über die grossen Gefahren des Anwachsens von Russland zu machen. Kaunitz hatte seine vor Jahr und Tag ausgesprochene Ansicht nicht geändert, dass es eines Vertrages zwischen Berlin und Wien nicht bedürfe; es reiche vollständig aus, und die grossen Vortheile könnten nicht ausbleiben, wenn man sich mündlich über die wichtigsten Fragen der Politik verständige; die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa läge dann in der Hand der Bundesgenossen. Auch sollte dem König nicht verhehlt werden, dass die Fortschritte Russlands den Wiener Hof sehr beunruhigen, und Oesterreich bei einer etwaigen Störung des Gleichgewichts im Oriente sich genöthigt sehen könnte, auf energische Massnahmen fürzudenken.

Obwohl Kaunitz in Constantinopel rührig gewesen war, um seiner Zeit von der Mediation nicht ausgeschlossen zu werden, beabsichtigte er Friedrich gegenüber in dieser Beziehung eine grosse Gleichgiltigkeit an den Tag zu legen. Das Beispiel von Hubertsburg sollte erhärten, dass es am besten sein würde, wenn die beiden kriegführenden Theile ohne Dazwischenkunft eines Dritten die streitigen Punkte ordnen und ein Abkommen treffen. Dagegen wollte er hervorheben, dass die polnischen Angelegenheiten wohl eine grosse Aufmerksamkeit verdienen. Wenn der König in ihn dringen sollte, wollte er ihm auch seine Ansicht über

die einzige mögliche Art, wie die Ruhe in der Republik hergestellt werden könnte, darlegen. Die Führer der katholischen Partei und der Dissidenten müssten zusammentreten, die Sachlage einer ruhigen und nüchternen Prüfung unterziehen und auf Grundlage dieser Berathung eine Vereinbarung zu treffen suchen. An diesen Conferenzen sollte auch ein Abgeordneter von Seite des Königs von Polen theilnehmen, und wenn ein Ausgleich erzielt worden sei, die Zustimmung der Kaiserin von Russland, eventuell auch deren Garantie verlangt werden; die russischen Truppen könnten sodann das Land verlassen. Kaunitz hielt diese Idee für die einfachste der Welt, alle Parteien würden zufriedengestellt, das Zartgefühl der Czarin werde nicht verletzt; ihm blieb die Ehre, das grosse Werk zu Stande gebracht zu haben. Nach ein oder zwei Jahren konnte sodann auch von Oesterreich und Preussen die Garantie abgefordert werden, die man sodann übernehmen müsste, um nicht Russland die Alleinherrschaft in Polen zu belassen,

Auch über viele blos Deutschland betreffende Fragen nahm sich Kaunitz vor, mit dem Könige zu sprechen; über den Kaiser und seine Stellung zu den Kurfürsten, über die Gefahr einer Auflösung des deutschen Reichskörpers. Die baierische Erbfolgefrage wollte er ebenfalls berühren, ohne sich jedoch in eingehende Erörterungen einzulassen, sondern sie ganz einfach als eine Angelegenheit hinstellen, deren Erledigung erst in künftigen Tagen bevorstehe. Mit einem Worte, so weit es eben in den Tendenzen und in dem Charakter des Staatskanzlers lag, er beabsichtigte ehrlich und gründlich dem Monarchen Preussens einen Einblick in das wohlgegliederte politische System, als dessen Schöpfer und Träger er sich ansah, zu gewähren.

Innerlich schmeichelte er sich, dass der König seine Ueberlegenheit nothgedrungen anerkennen und gegen seine logischen Argumentationen nichts einwenden werde. Schon

von jeher war der Gedanke ihm ein peinlicher, dass Friedrich ihm nicht die Anerkennung zolle, die ihm gebühre, und gerade durch die Unumwundenheit und Offenheit seiner Darlegungen sollte der König die Ueberzeugung von der Ehrlichkeit seiner Politik gewinnen.[1])

Friedrich langte am 3. September um halb zwei Uhr in Neustadt an. Gleich in seinem ersten Gespräche mit dem Staatskanzler, welches nach Tische in einer Fensternische stattfand, gab Friedrich dem Wunsche lebhaften Ausdruck, den Frieden zwischen Russland und der Pforte hergestellt zu sehen. Kaunitz zweifelte nicht, dass dies des Königs ehrliche Ueberzeugung sei; doch schenkte er dem Zusatze desselben keinen Glauben, dass er auch im Hinblicke auf die etwaige Stellung Oesterreichs die Beendigung des Krieges ersehne. Kaunitz hielt den König nur ganz egoistischer Motive für fähig; seiner Meinung nach lag es in dessen Interesse, die an Russland zu verabfolgenden Subsidien zu ersparen, sodann aber könne er sich endlich der Einsicht nicht verschliessen, dass die Vergrösserung Russlands auch dem preussischen Staate gefährlich werden müsse, ohnehin ein Gesichtspunkt, den er lange genug ausser Acht gelassen hatte. Dass Friedrich den Frieden herbeiwünschte, aus Furcht, dass der Krieg grössere Dimensionen annehmen und er selbst genöthigt werden könnte, sich daran zu betheiligen, schien der österreichische Staatsmann nicht ernstlich genug in Erwägung zu ziehen. Der König hielt es nicht für unmöglich, dass der Friede noch im Laufe des Winters geschlossen werden könnte, wenn die Türken etwaige mässige Bedingungen Russlands nicht abweisen würden. Um Kaunitz

---

[1]) Kaunitz à l'Imperatrice vom 27. August 1770. (W. A.) Ein höchst interessantes Stück, aus dessen Vergleich mit dem von mir in meiner Abhandlung a. a. O. S. 500 veröffentlichten Briefe vom 18 Sept. 1870 hervorgeht, wie sorgfältig Kaunitz sein ganzes Gespräch mit dem Könige im Vorhinein durchdacht hatte.

zu sondiren, warf er hin, Russland werde Asow fordern und in der Moldau uud Wallachei sich mit Einsetzung unabhängiger Fürsten begnügen. Die der Türkei noch zur Verfügung stehenden Mittel stellte er sehr gering dar und fand darin für sie einen Grund mehr, einem Frieden unter diesen Bedinguugen die Hand zu bieten.

Schon hier trat die Differenz in den Ansichten des Königs und des Fürsten Kaunitz hervor, denn dieser stimmte mit Friedrich nur in dem einzigen Punkte überein, dass der Abschluss des Friedens allerdings wünschenswerth sei, nur durfte Russland seiner Ansicht nach so wenig Vortheile als möglich erhalten. Von diesem Gesichtspunkte geleitet musste er die Widerstandsfähigkeit der Pforte höher anschlagen, als er sie im Grunde hielt.

Das erste Gespräch machte auf Kaunitz keinen guten Eindruck. Viel zu sehr gewohnt seine eigenen Ideen in pedantisch doctrinärer Weise darzulegen, von allgemeinen, von ihm als absolut unantastbar aufgestellten Grundsätzen auszugehen und zu Folgerungen fortzuschreiten, eine gewisse Breite liebend, war ihm die Gesprächsweise des Königs, der in kurzen Sätzen, die er leicht hinwarf, seine Ideen entwickelte, nicht logisch genug. Er erblickte darin Mangel an Ordnung, an logischer Schulung; er sah sich in seinen Erwartungen getäuscht. Er benutzte eine Gelegenheit, um dem Könige zu sagen, dass nach seiner Ansicht Finasserien nichts weniger als fein seien, und wollte aus dem Verlaufe des nächsten Gespräches ersehen, „ob die Lection gewirkt habe“.

Kaunitz wurde in Folge dieser Unterredung in seinem Vorsatze, dem Könige eine gründliche Darlegung der leitenden Ideen der österreichischen Politik zu geben, nur noch mehr bestärkt. Die Zurückhaltung des Königs hielt er für Misstrauen, welches zu bannen er sich zur Aufgabe setzte, wenn die Zusammenkunft nicht resultatlos verlaufen

und keine grössere Entfremdung eintreten sollte. Im Wesentlichen waren es jene Gesichtspunkte, die er vor seiner Abreise von Austerlitz sorgsam entworfen hatte, die er in einer längeren Unterredung dem Könige auseinandersetzte.

Mit besonderer Ausführlichkeit verbreitete er sich sodann darüber, wie erwünscht und fruchtbringend eine Verständigung zwischen Oesterreich und Preussen wäre. Kaunitz hatte zu diesem Behufe die wichtigsten Grundsätze in zehn Punkten zusammengefasst. Im Falle der König denselben zustimmen würde, sollte ein einfaches mündliches oder schriftliches Versprechen, sich denselben conformiren zu wollen, genügen, welches weit grössere Dienste leisten werde, als alle Tractate der Welt. Der Staatskanzler war auf sein Elaborat nicht wenig stolz. Im Grunde genommen enthielt der Decalog, wie das Schriftstück von einem Zeitgenossen getauft wurde, einige allgemeine Sätze, ohne wesentlich praktische Bedeutung. Man sollte einander versprechen, freundschaftliche Aufklärungen zu verlangen, wenn Verdacht oder Misstrauen künftig auftauchen würden. Man werde stets mit Freimuth und Aufrichtigkeit mit einander verhandeln. Einer werde dem Andern keinen schädlichen Vorschlag machen oder einen solchen, der nicht auf Gegenseitigkeit fusse. Man werde sich bestreben, alle Höfe durch Wort und That von der aufrichtigen Freundschaft und gegenseitigen Hochachtung, welche zwischen Preussen und Oesterreich bestehe, zu überzeugen. Oesterreich werde bei Russland, Preussen bei Frankreich keine Annäherungsversuche machen, um das bestehende System nicht zu lockern. Wenn Russland in Wien oder Frankreich in Berlin Allianzanträge machen sollten, werde eine möglichst rasche gegenseitige Mittheilung erfolgen. Unternehmungen von einiger Bedeutung werde man sich vorher mittheilen. Der Eine werde den Vortheilen des Andern keine Hindernisse machen, wenn es sich blos um unbedeutende Dinge handelt; bei

Objecten von grösserer Bedeutung werde man einander benachrichtigen und mit einander ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Abkommen zu schliessen suchen, worauf sodann der Eine dem Andern erforderlichen Falls die nöthige Unterstützung angedeihen lassen werde. Ueber kleine und specielle Dinge werde man vermeiden in Unterhandlung von Staat zu Staat zu treten, da nichts so sehr geeignet ist, den Grund zu Entzweiungen zu legen. Endlich, man werde sich gegenseitig von allen Insinuationen Mittheilungen machen.[1])

Kaunitz setzte die grosse Bedeutung dieser zu vereinbarenden Grundsätze auseinander. Friedrich zeigte sich von den Erörterungen des Staatskanzlers entzückt. Nichts stehe im Wege sich nach dem „politischen Catechismus", wie dieses Actenstück getauft wurde, zu richten. Inständig und zu wiederholten Malen bat er um eine Copie, um diese Grundsätze immer vor Augen zu haben. Kaunitz lehnte dies mit der Bemerkung ab, dass er erst die Weisungen des Kaisers einholen müsse.

König Friedrich legte nur darauf ein besonderes Gewicht, der österreichischen Politik bezüglich der orientalischen Frage auf den Grund zu sehen. Während der Nacht war der Courier mit den Schreiben des Kaimakams angelangt. Friedrich sprach es offen aus und gab auch zu, dass Oesterreich an dem Kampfe sich betheiligen müsse, wenn die Russen die Donau überschreiten sollten, er verhehlte auch nicht, dass er kein passiver Beobachter bleiben könnte, wenn der Krieg vielleicht auf polnischen Boden hinübergespielt würde, da seine Verpflichtungen sich gerade auf dies Land beziehen; etwas anderes wäre es, wenn der Kampf auf die Donaufürstenthümer sich beschränken sollte. Man

[1]) Der Catechisme politique abgedruckt in meiner Abhandlung a. a. O. 526.

könne aber nie wissen, wie weit die Dinge, wenn einmal ein Conflict eingetreten, sich verwirren, aus welchem Grunde es sein Wunsch wäre, wenn Oesterreich überhaupt nicht in die Lage käme, sich mit Russland zu überwerfen. Schon Tags zuvor hatte er einige der Bedingungen namhaft gemacht, von denen er voraussetzte, dass sie von Russland werden gefordert werden. Er hatte damals durchaus keine positiven Mittheilungen darüber von Petersburg erhalten, sondern gerade diese Punkte nur hingeworfen, um aus der Antwort des Staatskanzlers den Standpunkt des österreichischen Hofes kennen zu lernen. Er kam nunmehr nochmals auf dieselben zurück. Auf Azow und die Krim werden die Russen unbedingt bestehen, von ihren Forderungen bezüglich der Moldau und Wallachei jedoch ablassen; die polnischen Dinge werden sich regeln lassen. Machen wir Frieden, ich bitte Sie, schloss der König seine Darlegung, hindern wir, dass die Türken nicht mehr zu einem neuen Feldzuge gezwungen werden. Ich bitte Sie, machen wir den Frieden, wiederholte Friedrich noch einmal, das Ersuchen beifügend, der Staatskanzler möge ihm seine Ansichten darüber eröffnen. Kaunitz erwiderte: Die gegenwärtige Sachlage verdiene die ernsteste Aufmerksamkeit, da eine bedeutende Vermehrung der russischen Macht die Sicherheit Oesterreichs und Preussens für die Zukunft ungewiss mache; im gegenwärtigen Augenblicke sei der Krieg ein geringeres Uebel, als die Unthätigkeit, da man noch auf die Mitwirkung der Pforte und Polens rechnen könne. Oesterreich könne sich nicht entschlagen, sich zum Kriege zu entschliessen, wenn Russland bedeutende Eroberungen zu behaupten gesonnen sein sollte, oder verlangen würde, dass Polen auf einem Fusse bleibe, wodurch dies Königreich zu einer russischen Provinz würde. Wenn der König sich nicht entschlösse, mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache zu machen, so könnte man in die Lage kommen, ihn angreifen zu müssen, sei es, um eine Diversion

gegen Russland zu machen, oder um einen Feind, wie Preussen, nicht im Rücken zu haben. Er glaube annehmen zu dürfen, dass es dem König ebenso wenig als Oesterreich convenire, dass ein Bruch zwischen den beiden Nachbarstaaten eintrete; es bleibe demnach nichts übrig, als zur baldigen Herbeiführung eines Friedens thätig zu sein.

Kaunitz hatte sich vorgesetzt, über die Mediation eine gewisse Gleichgiltigkeit an den Tag zu legen. Dieser Punkt seines Programmes erfuhr eine Aenderung, da mittlerweile die Pforte die Vermittelung Oesterreich förmlich nachgesucht hatte. Der Staatskanzler gestand dem Könige offen, dass Oesterreich die Türkei zu diesem Schritte bewogen und seine eigene Betheiligung nur für den Fall in Aussicht gestellt habe, wenn auch die Preussens abverlangt würde. Nun sei allerdings eine grössere Wahrscheinlichkeit für eine Beendigung der Wirren vorhanden, da die Pforte wenigtens dem Frieden sich geneigt zeige, während früher weder Russland noch die Pforte etwas davon wissen wollten. Es handle sich jetzt nur noch um Russland.

In Petersburg habe der König mehr Einfluss; er möge daher durch die stärksten Mittel der Ueberredung die Kaiserin zu bewegen suchen, Oesterreichs Mediation anzunehmen und sich verständigen Bedingungen zu fügen; er solle in stärkerem Masse dem Frieden in Petersburg das Wort reden, als er es bisher gethan; dies läge auch in seinem Interesse. Weigere sich „seine Kaiserin“[1]) der Mediation zuzustimmen, so könnte man sich zur Annahme berechtigt halten, dass sie die Dinge auf das Aeusserste treiben wolle; Oesterreich aber würde sich gezwungen sehen, einen Entschluss zu fassen, der die Fortschritte Russlands aufhalte.

Friedrich war der Darlegung des Staatskanzlers

[1]) Der Ausdruck „Son Imperatrice“ kehrt in dem Actenstücke oft wieder. Vrgl. meine Abhandlung a. a. O. S. 130 u. 131.

mit grosser Aufmerksamkeit gefolgt; er schien auch die Stichhaltigkeit der Argumente zuzugeben. Es entsprach seinen Intentionen vollkommen, wenn er durch den Hinweis auf die etwaige Haltung Gelegenheit erhielt, in Petersburg ernstlich zum Frieden zu mahnen. Seine bisherigen Bemühungen waren im Wesentlichen wirkungslos geblieben, vielleicht winkte ein grösserer Erfolg, wenn er auf die Gefahr einer Betheiligung Oesterreichs an dem Kampfe aufmerksam machen konnte. Indess bei seiner Stellung zu Russland und bei seiner genauen Kenntniss des Charakters der Kaiserin musste es ihm gewagt erscheinen, stärkere Mittel der Ueberredung anzuwenden, wie Kaunitz vorschlug. Er entgegnete daher nur, die Kaiserin sei stolz, sehr ehrgeizig und sehr eitel, man könne zu ihr als Frau nicht wie zu einem Minister sprechen, man müsse rücksichtsvoll auftreten, um sie nicht zu reizen, aber, setzte er hinzu: Liefern Sie mir die Waffen, damit ich Russland Furcht einjagen kann. Er warf den einen und den andern Vorschlag hin, in welcher Weise sich dies erreichen liesse; „könntet ihr nicht Romanzow sagen lassen, ihr hoffet, er werde die Donau nicht überschreiten, oder Frankreich zu bewegen suchen, die Erklärung abzugeben, dass es euch mit 100.000 Mann zu unterstützen gedenke, wenn ihr euch entschliessen würdet, an die Russen den Krieg zu erklären, falls diese die Donau überschreiten? Ihr würdet mir die Nachricht mittheilen, ich machte davon in Petersburg Gebrauch, ohne Zweifel, dies würde Eindruck machen."

Es waren dies leicht hingeworfene Gedanken, die der König selbst nicht ernstlich nahm. Kaunitz boten sie Anlass, sich über „diese kindischen Ideen" verwundern zu können, die er von einem Manne von solchem Geiste nicht erwartet hatte. Der Staatskanzler machte dem Könige den Vorschlag, an die Kaiserin zu schreiben; ohnehin habe er einen natürlichen Aulass, indem er sie über die Zusammen-

kunft in Neustadt werde unterrichten müssen; auch habe er ja von Constantinopel Depeschen erhalten, mit der Nachricht, dass die Pforte die Mediation der beiden Höfe verlange. Er sollte in Petersburg seine Bereitwilligkeit darlegen, sich dieser Aufgabe unterziehen zu wollen, und hinzufügen, dass er aus verschiedenen Gesprächen mit dem Kaiser und dem Staatskanzler auch die Geneigtheit derselben entnommen habe, zur Herstellung des Friedens mit beitragen zu helfen, wenn Russlaud in Wien die Vermittelung verlangen sollte. Gleichzeitig sollte der König aber bemerken, dass er zwar keine Erbitterung bei dem Kaiser und Kaunitz gegen Russland wahrgenommen, aber die Ueberzeugung gewonnen habe, dass bei einer Fortdauer des Kampfes und einer beträchtlichen Aenderung des Gleichgewichtes im Orient der Wiener Hof entschlossen zu sein scheine, dies zu hindern, weil er ein derartiges Ereigniss als unvereinbar mit dem Staatswohl betrachte. Kaunitz meinte auch ferner, es wäre gut, wenn die Kaiserin von Russland zu einer Beilegung der polnischen Wirren bewogen werden könnte, und zwar noch vor Beginn der Friedensverhandlungen mit der Pforte, denn dadurch würde ein wesentliches Hinderniss aus dem Wege geräumt. Die Kaiserin möge einen Pacificationsplan ausarbeiten und denselben in Wien und Berlin mittheilen lassen; fänden diese Höfe ihn ausführbar, so würden sie sich bemühen, den König von Polen und die Parteien dafür zu gewinnen, und wenn diese nicht darauf eingehen wollten, bleibe es Russland noch immer anheimgestellt, sie mit Waffengewalt zu zwingen; auch könnten die beiden Höfe die Garantie für die Aufrechterhaltung der Pacification übernehmen, sobald die Kaiserin ihre Truppen aus Polen zurückgezogen haben würde. Kaunitz schloss seine Auseinandersetzungen mit der Versicherung, dass er dem Könige hier nichts vorschlage, was er nicht selbst thäte, wenn er an dessen Stelle wäre.

Friedrich fand, dass die Vorschläge des Staatskanzlers im Grossen und Ganzen entsprechend seien; ohne eine bindende Zusage zu geben, begnügte er sich zu erwidern: er werde sich denselben conformiren und sich Aufzeichnungen machen, um ja nichts zu vergessen. Der König konnte mit dem Resultate seiner Zusammenkunft im Grunde genommen zufrieden sein, er hatte Gelegenheit gehabt, die Politik des Staatskanzlers kennen zu lernen. Zu einem Abkommen mit Oesterreich konnte er seine Hand nicht bieten, da ihm die Bundesgenossenschaft mit Russland von viel zu hohem Werthe war, um sie wegen einiger Abtretungen in der Türkei auf's Spiel zu setzen. Wie leicht konnte zwischen Petersburg und Wien eine Verständigung erfolgen, die ohnehin von einigen russischen Staatsmännern längst in's Auge gefasst war. Ueber die bedenklichen Folgen einer Vergrösserung Russlands war er sich vollständig klar, sprach er es doch Kaunitz gegenüber aus, dass er die von Petersburg für den Westen drohende Gefahr nicht gering anschlage, allein einen vollständigen Systemwechsel hatte er deshalb nicht im Plane. Seine Absicht, das angebahnte, gute Einvernehmen mit Oesterreich aufrecht zu erhalten, bekundet deutlich der Vorschlag, den er am letzten Tage dem österreichischen Staatskanzler machte, sich von Zeit zu Zeit über neu auftauchende Fragen persönlich zu verständigen, besonders wenn Veränderungen eintreten, die dies wünschenswerth machen. In solchen Fällen könnte eine Zusammenkunft nur sehr vortheilhaft sein. Kaunitz lehnte dies mit der Bemerkung ab, die Minister an beiden Höfen würden dazu genügen, wenn die Wahl nur auf geeignete Persönlichkeiten fiele; bei ganz besonderen Ereignissen würde sich ein Wiedersehen leicht bewerkstelligen lassen.

Kaunitz schmeichelte sich, dass seine Auseinandersetzungen grossen Eindruck auf den König gemacht haben;

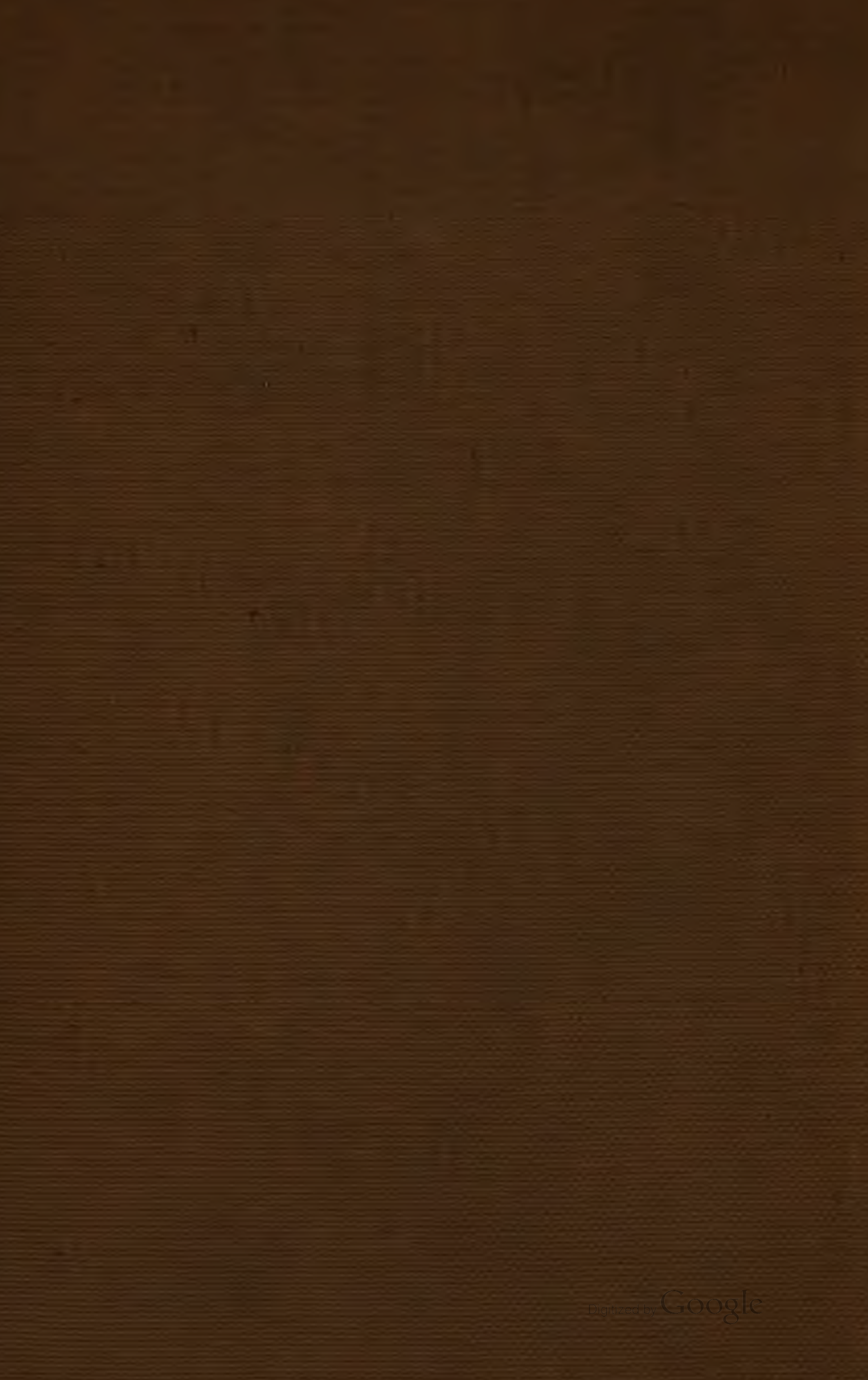
seiner Meinung nach vollzog sich ein totaler Umschwung in der Denkungsart des Königs. Ich glaube, dass er mit anderen Empfindungen über uns und für uns abgereist ist, als die, welche er mitgebracht, schrieb er an die Monarchin. Er baute darauf, dass der König in der von ihm selbst vorgeschlagenen Form an die Kaiserin von Russland schreiben werde, und wenn diese die Mediation ablehne, so habe man sich wenigstens in keiner Weise blossgestellt. Ferner nahm Kaunitz an, dass der König mit grosser Gelehrigkeit auf seine Ansichten über die Beilegung der polnischen Wirren eingegangen sei. „Ich habe Grund zu glauben", bemerkt Kaunitz in seinem Berichte an die Kaiserin, „dass er uns nun künftighin trauen wird, so weit es ihm möglich ist, Jemand zu trauen, und dass auch wir ihm mehr trauen dürfen, als dies bisher vernünftig gewesen wäre." [1])

Auf den politischen Katechismus kam der König bei Gelegenheit öfter zurück und erbat sich eine Copie; Kaunitz blieb unerbittlich. In seinem Bericht an die Kaiserin hebt er hervor, dass der König auch das Schriftstück unterzeichnet hätte, wenn der Kaiser es gethan. Von Wien aus erhielt Friedrich eine Abschrift zugesendet; am 15. November übermittelte der preussische Gesandte ein von dem Könige eigenhändig geschriebenes, jedoch nicht unterzeichnetes Exemplar dem Staatskanzler.

[1]) Vrgl. meine Abhandlung a. a. O. S. 499–523. Vrgl. die Mittheilung an den englischen Vertreter bei Raumer II, 285.


VE RI
TAS
SIGILLUM ACADEMIAE HARVARDIANAE IN NOV ANG
CHRISTO ET ECCLESIAE





Digitized by Google